

„Wachstum und Demographie –  
Der Einfluss sozio-ökonomischer  
Rahmenbedingungen auf die demografische  
Entwicklung im internationalen Vergleich“

Studie im Auftrag des  
Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

## Endbericht

Bearbeiter:

Bodo Aretz  
Dr. Denis Beninger  
Dr. Holger Bonin (Projektleitung)  
Dr. Anja Heinze  
Julia Horstschräer

25. November 2009

# Inhaltsverzeichnis

Tabellenverzeichnis .....	v
Abbildungsverzeichnis.....	vii
1 Einführung .....	1
2 Wohlstandswirkungen des demographischen Wandels.....	4
2.1 Einführung .....	4
2.2 Grundlegende Wachstumsfaktoren.....	7
2.3 Demographischer Wandel und Wachstum .....	14
2.3.1 Arbeitsangebot.....	14
2.3.2 Entwicklung der Arbeitsproduktivität .....	17
2.4 Schlussfolgerungen.....	27
3 Erklärungen zur Entwicklung des Geburtenverhaltens .....	29
3.1 Einleitung.....	29
3.2 Phasen der langfristigen demographischen Entwicklung.....	30
3.3 Ökonomische Erklärungen der Geburtenentwicklung.....	32
3.3.1 Frühe theoretische Ansätze.....	32
3.3.2 Wohlstandstheorie .....	34
3.3.3 Mikroökonomische Ansätze .....	35
3.3.4 Verhandlungsmodelle .....	40

3.4	Soziologische Erklärungsansätze.....	42
3.4.1	Wandel von Normen und Werten .....	42
3.4.2	„Value-of-Children“-Konzept .....	44
3.4.3	Theorie der biographischen Festlegung.....	49
3.5	Schlussfolgerungen.....	50
4	Rahmenbedingungen der Geburtenentwicklung im Ländervergleich .....	54
4.1	Einleitung.....	54
4.2	Spanien.....	59
4.2.1	Geburtenentwicklung.....	59
4.2.2	Sozio-ökonomischer Rahmen .....	61
4.2.3	Einflussfaktoren der Fertilität .....	67
4.2.4	Zusammenfassung .....	69
4.3	Vereinigte Staaten.....	71
4.3.1	Geburtenentwicklung.....	71
4.3.2	Sozio-ökonomischer Rahmen .....	74
4.3.3	Einflussfaktoren der Fertilität .....	79
4.3.4	Zusammenfassung .....	83
4.4	Schweden.....	84
4.4.1	Geburtenentwicklung.....	84
4.4.2	Sozio-ökonomischer Rahmen .....	87
4.4.3	Einflussfaktoren der Fertilität .....	91
4.4.4	Zusammenfassung .....	94

4.5	Frankreich .....	96
4.5.1	Geburtenentwicklung.....	96
4.5.2	Sozio-ökonomischer Rahmen .....	99
4.5.3	Einflussfaktoren der Fertilität .....	104
4.5.4	Zusammenfassung .....	107
4.6	Zusammenfassender Überblick.....	108
5	Rahmenbedingungen der Geburtenentwicklung in Deutschland.....	113
5.1	Geburtenverhalten.....	113
5.2	Rahmenbedingungen des generativen Verhaltens .....	128
5.2.1	Einleitung.....	128
5.2.2	Einstellungen zu Kindern und Beruf .....	129
5.2.3	Ehe- und familienbezogene Maßnahmen .....	133
5.2.4	Arbeitsmarktbedingungen.....	148
5.3	Opportunitätskosten, Arbeitsangebot und Fertilität.....	154
5.3.1	Einleitung.....	154
5.3.2	Daten.....	155
5.3.3	Modellrechnungen .....	162
6	Konsequenzen für die Wirtschaftspolitik .....	165
6.1	Einleitung.....	165
6.2	Rechtfertigung wirtschaftspolitischer Eingriffe.....	166
6.3	Lehren aus dem Ländervergleich.....	174

6.4	Bausteine einer geburtenorientierten Politik in Deutschland .....	187
6.4.1	Einleitung.....	187
6.4.2	Infrastrukturpolitik: Ausbau der Kindertagesbetreuung .....	188
6.4.3	Steuerpolitik: Mehr Geschlechterneutralität.....	191
6.4.4	Zeitpolitik: Reform der Elternzeit.....	196
6.4.5	Flexibilisierung des Arbeitsmarkt- und Bildungsrahmens .....	201
6.5	Bausteine einer kompensierenden Wirtschaftspolitik.....	205
6.6	Schlussbemerkungen .....	210
7	Literaturverzeichnis .....	213

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Phasen demographischer Entwicklungsphase in den Industrieländern vor 1970 .....	30
Tabelle 2:	Phasen demographischer Entwicklungsphase in den Industrieländern nach 1970 .....	31
Tabelle 3:	Wert von Kindern in der sozialen Produktionsfunktion.....	47
Tabelle 4:	Partizipations- und Beschäftigtenraten nach Geschlecht und Typ der Familie in 2007, Frankreich.....	100
Tabelle 5:	Kennziffern des Geburtenverhaltens und des sozio-ökonomischen Rahmens im Ländervergleich .....	109
Tabelle 6:	Anteil kinderloser Frauen nach Alter und Kohorte 2006, Deutschland .....	120
Tabelle 7:	Anteil der Frauen nach Geburtsjahr und Anzahl der Kinder, West- und Ostdeutschland, 2006.....	124
Tabelle 8:	Wichtige ehe- und familienbezogene Maßnahmen in Deutschland nach Art der Maßnahme .....	133
Tabelle 9:	Anteil der Teilzeitbeschäftigung an allen Tätigkeiten, Westdeutsche Frauen im Alter 37-40, 1987-2004 .....	152
Tabelle 10:	Charakteristika der SOEP-Haushalte mit und ohne Geburtenfälle .....	157
Tabelle 11:	Statistische Opportunitätskosten der Kindererziehung (Euro) in den ersten beiden Jahren nach der Geburt, Mutter mit 2 Kindern.....	161
Tabelle 12:	Arbeitsangebotseffekt kostenloser öffentlicher Kinderbetreuung.....	163

Tabelle 13:	Geburtenniveau und sozio-ökonomischer Kontext (2006) .....	176
Tabelle 14:	Geschlechterneutralität von Steuer- und Transfersystemen im internationalen Vergleich, 2006 .....	178
Tabelle 15:	Wichtige Umstände für die Fertilitätsentscheidung im europäischen Vergleich, 2006 .....	180
Tabelle 16:	Elternzeit-Politik im internationalen Vergleich, 2006 .....	183

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Bestimmungsfaktoren des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf.....	13
Abbildung 2:	Entwicklung der Zusammengefassten Geburtenziffer 1970- 2006 in ausgewählten Ländern.....	54
Abbildung 3:	Kohortenfertilität nach Jahrgang und Anzahl der Kinder, Spanien .....	60
Abbildung 4:	Kohortenfertilität nach Jahrgang und Anzahl der Kinder, Vereinigte Staaten .....	72
Abbildung 5:	Verteilung der Kinderanzahl pro Familie in 1965 und 2004, Schweden .....	85
Abbildung 6:	Altersspezifische Fertilitätsraten 1982-2007, Frankreich .....	97
Abbildung 7:	Kohortenfertilität nach Jahrgang und Anzahl der Kinder, Frankreich.....	98
Abbildung 8:	Zusammengefasste Geburtenziffer in West- und Ostdeutschland .....	114
Abbildung 9:	Kinderlosigkeit nach Geburtskohorte, Deutschland.....	118
Abbildung 10:	Anteil kinderloser Frauen nach Geburtskohorte, Deutschland .....	119
Abbildung 11:	Anteil der Frauen im Alter von 35-49 Jahren mit und ohne Kinder nach Familienstand 2006, Deutschland.....	121
Abbildung 12:	Erreichte Kinderzahl nach Geburtskohorte 2006, Deutschland .....	123
Abbildung 13:	Erreichte Kinderzahl nach Bildungsstand, Frauen im Alter von 40-75 Jahren 2006, Deutschland .....	125
Abbildung 14:	Alter zum Zeitpunkt der ersten Geburt der Geburtenkohorten 1931-1990, Deutschland.....	127



Abbildung 15: Ideale Kinderzahl von west- und ostdeutschen Frauen nach Alter, 2006.....	131
Abbildung 16: Grenzbelastungen von zusätzlichem Einkommen bei Erst- und Zweitverdienern, Deutschland .....	140
Abbildung 17: Altersspezifische Erwerbstätigenquoten von Frauen ohne Kinder und mit Kindern, Deutschland 2004 .....	150
Abbildung 18: Fallzahlen erster, zweiter und weiterer Geburten gemäß SOEP .....	156
Abbildung 19: Vollzeiteinkommenspotenzial von Frauen nach ihrer Kinderzahl .....	158
Abbildung 20: Anpassungen der Wochenarbeitszeit von Frauen nach Geburt.....	159
Abbildung 21: Anteil der Kinder in Betreuungseinrichtungen nach Alter des Kindes im internationalen Vergleich, 2006.....	182
Abbildung 22: Frauenerwerbsquote und Gesamtfertilitätsrate in der EU15, 2007 .....	185

# 1 Einführung

Der demografische Alterungs- und Schrumpfungsprozess, der sich in den kommenden Jahrzehnten in Deutschland vollziehen wird, kann die sozialen Sicherungssysteme, die Produktivität und die Innovationskraft der Wirtschaft belasten. Die demografische Entwicklung wird durch zwei „natürliche“ Faktoren ausgelöst. Ein Zuwachs der Lebenserwartung durch sinkende Sterblichkeit lässt die Gesellschaft von oben altern. Quantitativ und qualitativ bedeutsamer ist aber die Alterung von unten. Sie ist eine Folge der seit langem unter dem zur Bestandserhaltung der Gesellschaft als erforderlich anzusehenden Geburtenrate. Zuwanderung kann in erster Linie den mit der Alterung einhergehenden Schrumpfungsprozess der Bevölkerung aufhalten, verbessert aber die Altersstruktur selbst dann nicht substantziell, wenn der zuletzt stark rückläufige Wanderungssaldo wieder auf ein Normalniveau gebracht werden könnte.

Aus dieser Diagnose folgt, dass eine höhere Fertilität der entscheidende Faktor für eine nachhaltige demografische Gesundheit wäre. Um die sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen hierfür richtig zu setzen, ist ein präzises und umfassendes Verständnis der Ursachen des Geburtenrückgangs seit Beginn der 1970er Jahre gefordert. Diese Studie soll daher primär die möglichen Bestimmungsgründe für die die Entwicklung der Fertilität analysieren, um auf dieser Basis die Handlungsoptionen des Staates herauszuarbeiten, die in Deutschland herrschenden Rahmenbedingungen zu verbessern und geeignete Anreize zur Steigerung der Geburtenhäufigkeit zu setzen.

Moderne Theorien des Geburtenverhaltens begreifen die individuelle Geburtenhäufigkeit als Ergebnis individueller Wahlhandlungen. Potenzielle Eltern entscheiden sich für und gegen eine (weitere) Geburt in Abhängigkeit von ihrer gewünschten Kinderzahl und berücksichtigen dabei die sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen, die die mit Kindern verbundenen direkten, indirekten und psychologischen Kosten bestimmen. Diese Perspektive liefert wesentliche Anhaltspunkte, um den generellen Geburtenrückgang, aber auch die Unterschiede im Geburtenniveau zwischen Ländern zu erklären.

Dabei hat das Investitionsmotiv in Ländern wie Deutschland, wo die Absicherung aufeinander folgender Generationen durch umlagefinanzierte soziale Sicherungssysteme von der familiären auf die gesellschaftliche Ebene gehoben wurde, geringere Bedeutung als früher. Vielmehr erscheint der Geburtenrückgang vor allem als Folge einer stärkeren Abwägung zwischen Qualität und Quantität der Kinder sowie steigender Opportunitätskosten der Kindererziehung. Diese Kosten werden nicht nur durch individuelle Faktoren, wie Bildungsstand und Arbeitsmarktchancen, sondern auch durch die ehe- und familienbezogenen Maßnahmen des Staates beeinflusst. Politikfelder, die in diesem Zusammenhang besondere Aufmerksamkeit verdienen, sind die direkten Geldleistungen an Familien, der steuerliche Familienlastenausgleich sowie das Angebot und Kosten der Kinderbetreuung von der frühen Kindheit bis in die Schule.

Dass es auf diesen Feldern nutzbare Handlungsspielräume für die Wirtschafts- und Familienpolitik gibt, belegen internationale Erfahrungen. Zwar erlebten fast alle Industrienationen Ende der 1960er Jahre einen Rückgang der Geburtenraten bis unter das Reproduktionsniveau, jedoch ist in einigen OECD-Ländern, anders als in Deutschland, die Fertilität seit den 1990er Jahren wieder angestiegen. Diese Entwicklung steht möglicherweise im Zusammenhang mit der Umsetzung gezielter familienpolitischer Maßnahmen. Ziel dieser Studie ist zu prüfen, inwiefern aus den internationalen Erfahrungen brauchbare Handlungsempfehlungen für eine stärker geburtenorientierte Politik in Deutschland abgeleitet werden können.

Um die Bedeutung der Fragestellung aufzuzeigen, arbeitet Kapitel 2 zunächst die grundlegenden Zusammenhänge zwischen demographischer Entwicklung und Wirtschaftsentwicklung heraus. Es wird erklärt, dass der mit einem Geburtenrückgang verbundene Alterungsprozess die künftige Zunahme des Bruttoinlandsprodukts, aber auch das Einkommensniveau pro Kopf, in Deutschland empfindlich belasten könnte.

Kapitel 3 widmet sich dann den fundamentalen Theorien zur Erklärung des Geburtenrückgangs. Vor diesem Hintergrund wird anschließend die Entwicklung des Geburtengeschehens seit den 1970er Jahren in Schweden, Frankreich, Spanien und den Vereinigten Staaten näher beleuchtet. Ein Vergleich zwischen diesen Ländern ist aufschlussreich, weil sie verschiedene Modelle des Wohlfahrtsstaats repräsentieren, die unterschiedlich hohe Geburtenniveaus hervorbringen. Für diese Länder werden der so-

zio-ökonomischen Rahmen, in dem sich das Geburtengeschehen vollzieht, beschrieben und die Bedeutung für das Geburtenverhalten herausgearbeitet. Anschließend widmet sich Kapitel 4 analog zu den Länderstudien aus Kapitel 3 den Rahmenbedingungen der Geburtenentwicklung in Deutschland.

Die Länder vergleichende Betrachtung liefert Erkenntnisse zum Zusammenhang zwischen sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen und Fertilität, und zeigt Hinweise auf, welche Veränderungen in Deutschland zu einer substanziell höheren Geburtenrate beitragen könnten. Der Länder vergleichende Ansatz hat Grenzen. Wie bestimmte Maßnahmen wirken, entscheidet sich immer im Gesamtkontext der wirtschaftlichen, wirtschaftspolitischen, sozialstaatlichen, und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eines Landes. Erfolgreiche Vorbilder aus anderen Ländern lassen sich darum nicht ohne weiteres in den anderen deutschen Kontext übertragen.

Daher wählt die Studie zur Ableitung konkreter wirtschaftspolitischer Empfehlungen in Kapitel 5 einen vorsichtigen Ansatz. Der Ländervergleich wird genutzt, um die zentralen Elemente eines sozio-ökonomischen Rahmens zu bestimmen, die für ein hohes Geburtenniveau förderlich sind. Einzelschlüsse für eine stärker geburtenorientierte Politik gehen dagegen von den bestehenden Institutionen in Deutschland aus. Die Vorschläge für eine Weiterentwicklung dieses Rahmens berücksichtigen aber nur solche Maßnahmen, deren Wirksamkeit zur direkten oder indirekten Förderung der Geburtenhäufigkeit durch Beispiele aus anderen Ländern empirisch hinreichend belegt ist. Da auch eine erfolgreiche geburtenorientierte Strategie die demographische Struktur in Deutschland nur sehr langfristig verbessert, enthält die Studie auch Empfehlungen für eine kompensierende Strategie, um die zwischenzeitlichen potenziellen negativen Folgen des demographischen Wandels abzuschwächen.

## 2 Wohlstandswirkungen des demographischen Wandels

### 2.1 Einführung

Der demographische Alterungsprozess in Deutschland wird nicht nur wegen der damit einhergehenden sozialen Konsequenzen, etwa der sich lockernden familiären Strukturen oder des wachsenden Bevölkerungsanteils von Personen mit Migrationshintergrund, sondern auch wegen der langfristigen wirtschaftlichen Folgen vielfach mit Sorge betrachtet. In einer alternden Gesellschaft könnte es schwieriger werden, den Lebensstandard der Bevölkerung zu halten. Insofern könnten wirksame wirtschaftspolitische Maßnahmen gegen den Geburtenrückgang helfen, den Wohlstand heutiger und künftiger Generationen zu sichern.

Das Bevölkerungswachstum spielt in langfristigen Wachstumstheorien seit Malthus eine fundamentale Rolle. Für die vorindustrielle Zeit wird die Wechselwirkung zwischen Einkommen und Bevölkerungswachstum als zentrale Ursache der stagnierenden Einkommensverhältnisse gesehen. Da Produktion hauptsächlich im Agrarsektor stattfand und die Landfläche ein limitierender Produktionsfaktor war, führte Bevölkerungswachstum zu steigender Bevölkerungsdichte und trotz wachsender Produktivität zu sinkender Pro-Kopf-Produktion – der Lebensstandard stagnierte.

Heute verläuft die Wechselwirkung zwischen Einkommen und Bevölkerungswachstum in die umgekehrte Richtung. Sowohl im Vergleich zwischen reicheren und ärmeren Bevölkerungsschichten, als auch im Vergleich reicherer und ärmerer Länder zeigt sich, dass mit steigendem Wohlstand Geburtenraten und damit Bevölkerungswachstum abnehmen. Neuere Wachstumsmodelle erklären die Wechselwirkung beider Variablen vor allem im Zusammenhang mit der veränderten Bedeutung des Humankapitals.<sup>1</sup> Steigende Nachfrage nach Humankapital und höhere Erträge von Bildungsinvestitionen führen dazu, dass Kinderzahlen sinken, damit die verbliebenen Kinder eine bessere Ausbildung erhalten können (Becker und Barro, 1988).

---

<sup>1</sup> Vgl. etwa Galor und Weil (2000), Galor und Moav (2002), de la Croix und Doepke (2004) und Doepke (2004).

Die grundlegenden Wirkungsbeziehungen zwischen Bevölkerungswachstum, der Verfügbarkeit von Produktionsfaktoren und der Produktivitätsentwicklung haben aber auch im Kontext der wissensbasierten modernen Volkswirtschaften ihre zentrale Bedeutung behalten. Arbeit, vor allem qualifizierte Arbeit, kann in einer alternden Gesellschaft zum direkt limitierenden Produktionsfaktor werden. Die Verknappung des Produktionsfaktors muss durch Produktivitätssteigerungen aufgefangen werden, wenn eine Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstums verhindert werden soll.

Für die Beurteilung der wirtschaftlichen Folgen des demographischen Wandels ist es entscheidend, inwieweit bei einem sinkenden Anteil (qualifizierter) Arbeitskräfte in der Bevölkerung das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten aufrechterhalten werden kann. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob die Leistungen, die der kleiner werdende aktive Bevölkerungsteil erbringt, künftig noch ausreichen, um den im Gegenzug wachsenden Anteil der nicht am Produktionsprozess teilnehmenden Bevölkerung zu versorgen. Diese Perspektive unterscheidet zwischen zwei Zielmarken der langfristigen Wirtschaftsentwicklung:

- der Wachstumsrate des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzials, also des langfristigen Expansionspfades der Volkswirtschaft. Diese Dimension ist bedeutsam, weil eine schwächere Wachstumsdynamik in Ländern mit alternder Gesellschaft die wirtschaftlichen und politischen Gewichte hin zu Ländern mit jüngerer Bevölkerung und höherer Wachstumsdynamik verlagern könnte.
- der Entwicklung des Einkommens pro Kopf der Bevölkerung als Maß für den individuellen Wohlstand. Diese Größe kann selbst bei stagnierendem oder gar schrumpfendem Produktionspotenzial zunehmen, wenn gleichzeitig die Bevölkerung schrumpft.

Bei der zweiten Zielgröße sind auch die möglichen Verteilungswirkungen des demographischen Wandels in den Blick zu nehmen. Sowohl innerhalb der Generationen, etwa beim Vergleich von Arbeits- und Kapitaleinkommensbeziehern, als auch zwischen den Generationen könnten systematisch unterschiedliche Einkommensentwicklungen auftreten. Gerade die potenziellen Verteilungskonflikte zwischen Jüngeren und Älteren durch den demographischen Wandel finden in der öffentlichen Diskussion große Aufmerksamkeit. Die Verteilungsergebnisse des demographischen Wandels hängen stark

davon ab, inwieweit der Staat Generationenverträge einsetzt, die Konsummöglichkeiten zwischen den Generationen umverteilen. Die im Umlageverfahren finanzierten gesetzlichen Sozialversicherungen in Deutschland beruhen implizit auf Generationenverträgen. Aber auch die bestehende Staatsschuld bürdet unterschiedlichen Generationen unterschiedliche finanzielle Verpflichtungen auf.

Analysiert man die wirtschaftlichen Folgen der gesellschaftlichen Alterung, ist, was die Ursachen betrifft, eine Unterscheidung zwischen den Folgen eines verminderten Bevölkerungswachstums und den Folgen der damit verbundenen Veränderungen im Bevölkerungsaufbau nützlich. Das Bevölkerungswachstum wirkt unmittelbar auf die Niveaugrößen der Volkswirtschaft. Der demographische Alterungsprozess dagegen wirkt darüber, dass auf der individuellen Ebene viele ökonomisch relevante Variablen und Entscheidungen systematisch vom Alter abhängen. Zum Beispiel variieren Arbeitsangebot, Produktivität, Einkommen und Ersparnis systematisch über den individuellen Lebensverlauf.

Die Entwicklung der zugehörigen makroökonomischen Variablen – zentrale Treiber des Wachstumspotenzials – hängt entsprechend davon ab, in welcher Phase des Lebenszyklus sich die Bevölkerung überwiegend befindet. Da das Verhältnis von Konsum zu Produktion bei Jüngeren und Älteren tendenziell hoch, bei Personen im erwerbsfähigen Alter dagegen niedrig ist, wird unter sonst gleichen Umständen das Wachstumspotenzial einer Volkswirtschaft höher sein, wenn der Anteil der Bevölkerung, der sich in der Erwerbsphase befindet, höher ist.

Quantitative Vorhersagen der Wohlfahrtswirkungen des demographischen Wandels gestalten sich äußerst schwierig. Die erste Schwierigkeit liegt darin, dass der vorherzusehende Alterungsprozess ein historisch nahezu einmaliges Ereignis ist.<sup>2</sup> Daher lassen sich empirische Schätzungen zum Zusammenhang zwischen demographischer und wirtschaftlicher Entwicklung nur schwer auf den kommenden Prozess übertragen.

Eine zweite Schwierigkeit liegt darin, dass zwischen den verschiedenen Variablen, die das Wachstum des Produktionspotenzials in der langen Frist treiben, komplexe

---

<sup>2</sup> In der europäischen Geschichte führte allenfalls die große Pestwelle des 15. Jahrhunderts, die die arbeitsfähige Bevölkerung um rund ein Drittel reduzierte, zu einer vergleichbar starken demographischen Verwerfung.

Abhängigkeiten und Rückkopplungsmechanismen bestehen. Märkte und Individuen reagieren von sich aus ständig auf sich verändernde Rahmenbedingungen. Diese Anpassungsprozesse könnten die direkten Partialeffekte abschwächen. Ein Beispiel wäre, dass die Folgen einer demographisch alternden erwerbsfähigen Bevölkerung für den Arbeitsmarkt durch Anpassungen der Lohnstruktur oder vermehrte Erwerbsbeteiligung vermindert werden.

Schließlich ist davon auszugehen, dass sich auch die institutionellen Rahmenbedingungen an das demographische Geschehen anpassen. Der Druck zu institutionellen Reformen wächst, je mehr die demographische Entwicklung das Wachstumspotenzial einer Volkswirtschaft belastet. Jüngere Beispiele in Deutschland für solche stabilisierenden Anpassungen sind die Stärkung der privaten Altersvorsorge (Riester-Renten), die allmähliche Heraufsetzung des gesetzlichen Rentenalters und die Einführung eines Demographiefaktors in die Rentenformel. Genereller gesprochen könnte eine demographisch bedingte Wachstumsabschwächung Reformen zur Verringerung von Ineffizienzen auf den zentralen Märkten für Arbeit, Humankapital, Kapital und Güter auslösen.

Mit Blick auf mögliche wirtschaftspolitische Ansatzpunkte ist eine Reduktion des Analyserahmens auf wenige Schlüsselgrößen und partielle Zusammenhänge, wie sie im Folgenden vorgenommen wird, allerdings durchaus nützlich. Der nächste Abschnitt arbeitet die zentralen Bestimmungsgründe des langfristigen wirtschaftlichen Wachstumstrends anhand einfacher Wachstumszerlegungen heraus. Anschließend befasst sich Abschnitt 2.3 mit den demographischen Einflüssen die zentralen Wachstumsfaktoren. Dabei wird zwischen den Einflüssen über das Arbeitsangebot und den Einflüssen über die Arbeitsproduktivität unterschieden.

## **2.2 Grundlegende Wachstumsfaktoren**

Dieser Abschnitt veranschaulicht die zentralen Faktoren, die die Entwicklung des wirtschaftlichen Wohlstands und des Einkommens pro Kopf in einer alternden Gesellschaft beeinflussen können, auf Grundlage einiger fundamentaler makroökonomischer Zusammenhänge.



Ein Maß für den Lebensstandard und damit das Wohlfahrtsniveau der Bevölkerung ist das reale Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung ( $Y^{PK}$ ).<sup>3</sup> Um zu verstehen, wie die demographische Entwicklung diese Größe beeinflusst, ist es nützlich, sich die folgende definitorische Beziehung vor Augen zu führen:

$$Y^{PK} = \frac{Y}{N} = \frac{Y}{L} \cdot \frac{L}{E} \cdot \frac{E}{N}$$

Hierbei steht Y für das Bruttoinlandsprodukt, L für den gesamtwirtschaftlichen Arbeitseinsatz in Stunden, E für die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung in Personen und N für die Bevölkerungszahl.

Das Inlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung bestimmt sich demzufolge als Produkt dreier Faktoren: der Arbeitsproduktivität, definiert als durchschnittlicher Output pro Arbeitsstunde ( $P = Y/L$ ), der durchschnittlichen Arbeitszeit je Beschäftigten ( $H = L/E$ ) und der Beschäftigtenquote bezogen auf die Bevölkerung ( $B = E/N$ ). Bezeichnet man die jährlichen Veränderungsrate aller Größen mit Kleinbuchstaben, ergibt sich aus dieser Beziehung, dass sich die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts pro Kopf wie folgt entwickelt:

$$y^{PK} = y - n = p + h + b.$$

Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts lässt sich hieraus unmittelbar ableiten:

$$y = p + h + b + n.$$

Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf wird demnach getrieben durch die Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität, die Veränderung der durchschnittlichen Arbeitszeit der Beschäftigten und die Veränderung der Beschäftigtenquote in der Bevölkerung. Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts ist die Summe dieser drei Wachstumsraten zuzüglich der Wachstumsrate der Gesamtbevölkerung.

---

<sup>3</sup> Unter Wohlfahrtsaspekten sind neben Abschreibungen auf das Sach- und Humankapital sowie der Saldo der Transferzahlungen gegenüber dem Ausland ebenso zu berücksichtigen wie Verteilungs- und Risikoaspekte, die die Breite der Teilhabe am Wohlstand und die Nachhaltigkeit einer einmal erreichten Einkommensposition berücksichtigen. Von diesen Dimensionen wird hier aus Gründen der Klarheit der Darstellung verzichtet.

Hieraus folgt als erstes Ergebnis, dass eine sinkende Bevölkerungswachstumsrate unter sonst gleichen Umständen die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts belastet. Anders ausgedrückt müssen, damit das Wirtschaftswachstum nicht zurückgeht, bei einer schrumpfenden Bevölkerung die Arbeitsproduktivität, das Arbeitsvolumen je Beschäftigten oder die Beschäftigtenquote in der Bevölkerung zunehmen. Allerdings ist lediglich bei der Arbeitsproduktivität ein permanenter Fortschritt denkbar. Arbeitszeiten und Beschäftigtenquote sind dagegen natürlich nach oben begrenzt. Daher würde eine Steigerung bei diesen Größen längerfristig zwar das Wohlfahrtsniveau erhöhen, dessen Wachstumsrate aber nicht dauerhaft positiv beeinflussen.

Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf hängt dagegen nicht direkt von der Bevölkerungswachstumsrate ab. Vielmehr ist entscheidend, inwieweit die Komponenten Arbeitsproduktivität, durchschnittliche Arbeitszeit und effektive Beschäftigtenquote eine Funktion der demographischen Entwicklung sind.

Solange die Bevölkerung nicht stationär ist, gilt dies eindeutig für die effektive Beschäftigtenquote.<sup>4</sup> In einer Bevölkerung, deren Altersstruktur sich als Folge eines Geburtenrückgangs verändert, schrumpft während der Übergangsphase der Bevölkerungsanteil der Beschäftigten. Dies macht eine Zerlegung der Beschäftigtenquote deutlich. Zur Gesamtbevölkerung zählen drei verschiedene Gruppen, die nicht als Beschäftigte eingesetzt werden:

- Personen, die altersbedingt nicht erwerbstätig sind, weil sie zu jung oder zu alt für den Arbeitsmarkt sind; hierbei ist nicht noch die physische Fähigkeit zur Arbeit relevant, sondern auch die effektive Erwerbsbereitschaft unter den – etwa durch das gesetzliche Rentenalter – gegebenen institutionellen Bedingungen.
- Personen, die zwar im Erwerbstätigenalter sind, jedoch nicht am Arbeitsmarkt teilnehmen wollen oder können; diese Gruppe umfasst vor allem die so genannte „Stille Reserve“, aber auch Personen, die wegen persönlicher oder fa-

---

<sup>4</sup> Eine stationäre Bevölkerung liegt vor, wenn sämtliche Parameter der Bevölkerungsdynamik – Geburtenraten, Sterberaten, Wanderungssaldo – langfristig konstant sind. Eine stationäre Bevölkerung kann zwar wachsen, stagnieren oder schrumpfen, innerhalb der Bevölkerung verändern sich jedoch allerdings alle Alterskohorten mit derselben Wachstumsrate.

miliärer Verpflichtungen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen, oder sich in Ausbildung befinden.

- Personen, die zwar im Erwerbstätigenalter sind und am Arbeitsmarkt teilnehmen, aber keine Beschäftigung finden.

Nimmt man diese drei Personengruppen in den Blick, lässt sich die effektive Beschäftigtenquote wie folgt schreiben:

$$B = \frac{E}{N} = \frac{E}{N^P} \cdot \frac{N^P}{N^A} \cdot \frac{N^A}{N}.$$

Hierbei bezeichnet  $N^P$  die Zahl der Personen, die am Arbeitsmarkt partizipieren, und  $N^A$  die Personen, die altersbedingt dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, also im erwerbsfähigen Alter sind.

In dieser Terminologie ist die Arbeitslosenquote definiert als:  $ALQ = (N^P - E) / N^P$ . Die Partizipationsrate am Arbeitsmarkt ist gegeben durch das Verhältnis von Teilnehmern am Arbeitsmarkt und Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter:  $PR = N^P / N^A$ . Des Weiteren lässt sich der demographische Gesamtlastquotient definieren als:  $GLQ = (N - N^A) / N^A$ . Der Gesamtlastquotient gibt an, wie viele Personen, die altersbedingt nicht erwerbstätig sein können, auf eine Person kommen, die im erwerbsfähigen Alter ist. Im Zuge eines demographischen Alterungsprozesses steigt der Gesamtlastquotient an.

Mit Hilfe der definierten Raten lässt sich die obige Formel für die effektive Beschäftigtenquote auch wie folgt schreiben:

$$B = (1 - ALQ) \cdot PR \cdot \left( 1 + \frac{1}{GLQ} \right).$$

Wie oben gezeigt, erhöht sich die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts absolut und pro Kopf, wenn die effektive Beschäftigtenquote wächst. Dies ist der Fall, wenn die Arbeitslosenquote zurückgeht, die Partizipationsrate steigt oder der Gesamtlastquotient fällt.

Wie die letzte Beziehung zeigt, führt ein Anstieg der demographischen Gesamtlastquote, also eine Verschlechterung des Verhältnisses der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zur Bevölkerung, die noch nicht oder nicht mehr am Arbeitsmarkt teilnimmt, zu einem geringeren wirtschaftlichen Wachstum. Die Wirkung des steigenden Gesamtlastquotienten auf das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts ist dabei systematisch stärker als die Wirkung auf das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, weil mit dem Alterungsprozess simultan das Bevölkerungswachstum abnimmt oder die Bevölkerung sogar schrumpft.

Um die negative Wirkung des demographischen Alterungsprozesses auf die effektive Beschäftigtenquote zu kompensieren, müsste gleichzeitig die Arbeitslosenquote sinken oder die Partizipationsrate zunehmen. Das Ausmaß dieser kompensierenden Prozesse ist aber natürlich begrenzt. Die Arbeitslosigkeit kann nicht unter das Niveau der – friktionellen – Arbeitslosigkeit fallen, bei dem unter Berücksichtigung der unvermeidbaren Suchprozesse am Arbeitsmarkt Vollbeschäftigung herrscht. Zuwächse der Partizipationsrate sind nicht mehr möglich, wenn die Stille Reserve abgebaut ist und alle erwerbsfähigen Personen dem Arbeitsmarkt auch zur Verfügung stehen.

Ein wichtiges Element für die Entwicklung der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts und der Wachstumsrate pro Kopf ist die Entwicklung der Arbeitsproduktivität. Diese hängt von zwei Komponenten ab: dem technischen Fortschritt und der Entwicklung der Kapitalausstattung der Volkswirtschaft. Diesen Zusammenhang erkennt man, wenn man von einer einfachen gesamtwirtschaftlichen Produktionsfunktion ausgeht:

$$Y = TF \cdot (EL)^\alpha \cdot K^{1-\alpha} .$$

Hierbei ist TF ein Parameter, der den technischen Fortschritt beschreibt, K steht für die eingesetzte Menge Kapital, Y und L beschreiben wie zuvor das Bruttoinlandsprodukt bzw. die eingesetzte Menge Arbeit, E steht für das in den Arbeitskräften durchschnittlich verkörperte Humankapital beschreibt.  $\alpha$  ist ein Parameter, der beschreibt, in welchem Einsatzverhältnis Arbeit und Kapital stehen. Ein größerer Wert von  $\alpha$  bedeutet, dass im Produktionsprozess mehr Arbeit eingesetzt wird, so dass der Lohnanteil am Bruttoinlandsprodukt steigt. Technischer Fortschritt, also ein steigender Wert von TF,

sorgt dafür, dass mit gleichem Arbeits- und Kapitalkapitaleinsatz eine höhere Produktion möglich ist.

Drückt man diese Produktionsfunktion in Wachstumsraten aus, ergibt sich:<sup>5</sup>

$$y = tf + \alpha(e + l) + (1 - \alpha)k$$

Hieraus folgt für die Veränderungsrate der Arbeitsproduktivität:

$$p = y - l = tf + \alpha e + (1 - \alpha)(k - l).$$

Die Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität setzt sich demnach aus drei Komponenten zusammen:

- der technologisch bedingten Effizienzsteigerung,
- der Veränderung des durchschnittlichen Humankapitals je Beschäftigten,
- der Veränderung der Kapitalintensität, also des eingesetzten Kapitals je Beschäftigten.

Sollte der demographische Alterungsprozess negativ auf eine dieser Komponenten wirken, würde dies den negativen Effekt auf die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts über die Abschwächung des Bevölkerungswachstums und den sinkenden Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter noch verstärken.

Fasst man die bisherigen Überlegungen zusammen, führt der Schrumpfungs- und Alterungsprozess der Bevölkerung, der mit dem Geburtenrückgang verbunden ist, in der Tendenz zu einem Rückgang des Arbeitsangebots und dadurch in der Tendenz zu einem Rückgang der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts. Trotzdem sind eindeutige Aussagen darüber, wie stark die Wachstumsrate und das Sozialprodukt pro Kopf betroffen sein werden, schwierig. Eine zentrale gesamtwirtschaftliche Variable, die über die konkreten Folgen des demographischen Alterungsprozesses entscheiden wird, ist die Entwicklung der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität.

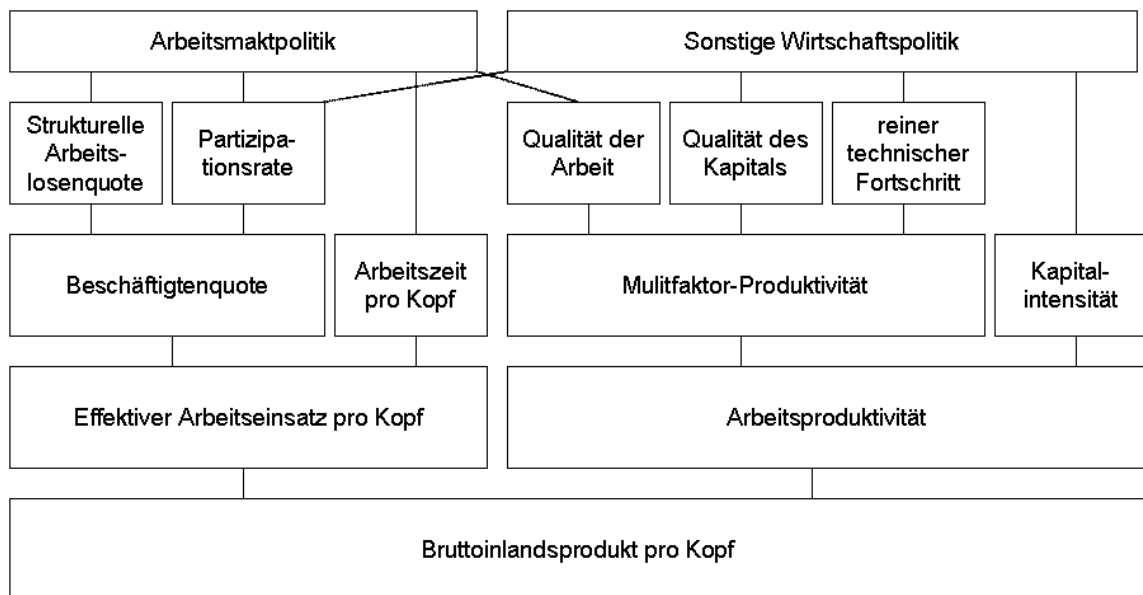
---

<sup>5</sup> Kleinbuchstaben stehen wie oben für Veränderungsraten.

Unterstellt man grob vereinfachend, dass die Entwicklung der Arbeitsproduktivität durch den Alterungsprozess nicht berührt wird, sind seine Wirkungen relativ klar. Die Dämpfung der Wachstumsraten beruht auf dem Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, die – unter bestimmten Annahmen – auf das effektive Arbeitsangebot bzw. den effektiven Arbeitseinsatz durchschlägt.

Komplizierter zu beurteilen sind die Wechselwirkungen zwischen dem demographischen Alterungsprozess und der Entwicklung der Arbeitsproduktivität. Dazu müssen die Wirkungen des Alterungsprozesses auf die verschiedenen Komponenten der Produktivitätsentwicklung berücksichtigt werden. Hierzu zählen die Wirkung auf die durchschnittliche Kapitalausstattung je Beschäftigten und den allgemeinen technischen Fortschritt. Da der technische Fortschritt nicht nur kapital-, sondern auch wissensgetrieben ist, sind hierfür wiederum auch die Wirkungen des Alterungsprozesses auf die Humankapitalbildung in der Volkswirtschaft zu berücksichtigen.

**Abbildung 1: Bestimmungsfaktoren des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf**



Quelle: Leibfritz und Roeger (2008).

Sämtliche demographisch beeinflussten Größen, die auf die Wachstumsrate des Sozialprodukts wirken, werden zudem durch die gesetzten wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen beeinflusst. Das Schema in Abbildung 1 verschafft einen Überblick über die

zentralen Faktoren, die bei der Frage nach den Wohlfahrtswirkungen des Geburtenrückgangs zu beachten sind (Leibfritz und Roeger, 2008).

Im Folgenden werden die verschiedenen Faktoren, die das Wachstum des Wohlstands in der durch einen Geburtenrückgang alternden Bevölkerung negativ beeinflussen können, genauer betrachtet.

## **2.3 Demographischer Wandel und Wachstum**

### **2.3.1 Arbeitsangebot**

In einer alternden Gesellschaft geht die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter tendenziell zurück. Die Folge ist, wie die Überlegungen im letzten Abschnitt gezeigt haben, geringeres Wirtschaftswachstum, falls der demographische Wandel auf das effektiv geleistete Arbeitsvolumen durchschlägt. Dies gilt zumindest, solange der demographisch bedingte Rückgang (bzw. das abgeschwächte Wachstum) des Arbeitsangebots nicht durch ein entsprechend erhöhtes Wachstum der Arbeitsproduktivität ausgeglichen wird. Das pro Kopf erzeugte Sozialprodukt fällt ebenfalls, da der Bevölkerungsanteil der Bevölkerung im Erwerbsalter schrumpft.

Folgt man der jüngsten koordinierten Bevölkerungsvorausrechnung des Statistischen Bundesamts (mittlere Variante, jährliche Zuwanderung 200.000 Personen), wird die Bevölkerung im Erwerbsalter bis zum Jahr 2030 um über zehn Prozent abnehmen. Im Schnitt schrumpft diese Bevölkerungsgruppe im nächsten Jahrzehnt jährlich um gut 0,2 Prozent, im folgenden Jahrzehnt um 0,8 Prozent. Bleiben alle übrigen Parameter und die jährliche Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität auf dem heutigen Niveau von etwa 1,25 Prozent, wird sich durch den demographischen Prozess das jährliche Wirtschaftswachstum pro Kopf bis 2020 auf gut ein Prozent, zwischen 2020 und 2030 auf rund ein halbes Prozent abschwächen. Zwar ist das Einkommensniveau am Ende des Betrachtungszeitraums spürbar höher, die demographische Entwicklung für sich genommen begrenzt die künftige Steigerung des Wohlstands in Deutschland jedoch spürbar.

Würde es der alternden Gesellschaft gelingen, die effektive Nutzung des vorhandenen Arbeitskräftepotenzials zu verbessern, könnten die negativen Auswirkungen des demographischen Wandels allerdings abgeschwächt werden. Dies gilt zumindest während des Übergangs zu einer höheren Nutzungsrate des Arbeitskräftepotenzials. Sobald die Steigerung zum Stillstand kommt, erhöht diese Größe nicht mehr die Wachstumsrate, bewirkt allerdings ein höheres Wohlfahrtsniveau.

Für die Steigerung der effektiven Nutzung des Arbeitskräftepotenzials stehen gemäß den konzeptionellen Überlegungen des vorangegangenen Abschnitts im Wesentlichen drei Instrumente zur Verfügung:

- eine Reduktion der Arbeitslosenquote bzw. eine Steigerung der Rate der Beschäftigung unter denjenigen, die am Arbeitsleben teilnehmen wollen. Allerdings wirkt die Arbeitslosenquote im demographischen Übergang nicht automatisch stabilisierend. Zwischen dem verfügbaren Arbeitskräfteangebot (bzw. der Bevölkerungsgröße) und dem Beschäftigungsstand (bzw. der Arbeitslosigkeit) eines Landes gibt es keinen direkten Zusammenhang, da ein Gutteil der Arbeitslosigkeit struktureller Natur ist. Strukturelle Arbeitslosigkeit ist Ausdruck institutionell bedingter Ineffizienzen des Arbeitsmarkts. Ein Rückgang der strukturellen Arbeitslosenquote würde zunächst Veränderungen bei den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen erfordern. Prinzipiell könnte der Alterungsprozess die Arbeitslosenquote sogar erhöhen, wenn Friktionen auf den Märkten so zunehmen, dass die Arbeitsnachfrage fällt. Würde die Arbeitslosigkeit zurückgehen, fällt tendenziell die durchschnittliche Arbeitsproduktivität, weil niedrig produktive Arbeitnehmer häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Trotzdem entfaltet ein Rückgang der Arbeitslosigkeit einen positiven Wachstumseffekt, da der unmittelbare Zuwachs an Produktion durch die verbesserte Nutzung des Arbeitskräftepotenzials bei mehr Beschäftigung stärker wirkt als der dämpfende Effekt durch ein Absinken der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität.
- die Verkleinerung der Inaktivitätsrate innerhalb der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, bzw. die Steigerung der Partizipationsrate. In Deutschland besteht derzeit vor allem bei Frauen und älteren Arbeitnehmern teilweise noch



deutliches Steigerungspotenzial. In bestimmten Segmenten des Arbeitsmarkts, vor allem bei den Hochqualifizierten, sind bei den Partizipationsraten aber auch Sättigungstendenzen erkennbar.

- eine Steigerung der durchschnittlichen Arbeitszeit pro Beschäftigten. Dies ließe sich entweder durch eine Ausweitung der regulären Arbeitszeit bei Vollzeitbeschäftigung oder durch eine Senkung des Anteils der Teilzeitbeschäftigten erreichen. Dabei können Wechselwirkungen zwischen Partizipationsraten und durchschnittlichen Arbeitszeiten zurückgehen. So könnte ein Teil der positiven Wirkungen einer steigenden Partizipationsrate von Frauen auf das wirtschaftliche Wachstumspotenzial dadurch kompensiert werden, dass Frauen eine hohe Teilzeitquote aufweisen, so dass die durchschnittliche Arbeitszeit je Beschäftigten fällt.

Gemessen etwa im Vergleich mit den skandinavischen Ländern nutzt Deutschland sein Arbeitskräftepotenzial derzeit eher schlecht aus. Deshalb sind für eine Weile die Aussichten, die negativen Wachstumsfolgen des Geburtenrückgangs durch steigende Partizipationsraten und längere Arbeitszeiten zumindest teilweise zu kompensieren, vergleichsweise gut.

Wie stark aber das von der Bevölkerung im Erwerbsalter gewünschte Arbeitsangebot tatsächlich zunehmen wird, hängt davon ab, wie sie die Einstellungen der Bürger zur Arbeit verändern werden, und welche Rahmenbedingungen die Wirtschaftspolitik in Zukunft setzen wird.

Dabei könnten die Folgen der demographischen Alterung selbst kompensierende Anpassungsprozesse beschleunigen. So könnte der individuell gewünschte Arbeitsumfang zunehmen, wenn durch relative Verknappung des Produktionsfaktors Arbeit die Löhne steigen. Dies setzt nur voraus, dass die mit der Lohnsteigerung verbundene Möglichkeit, ein bestimmtes angestrebtes Konsumniveau mit einer geringeren Arbeitszeit zu realisieren, die positiven Arbeitsanreizwirkungen einer Lohnsteigerung nicht dominiert.<sup>6</sup> Wie stark diese Arbeitsangebotsreaktion tatsächlich ausfällt, ist aber auch von

---

<sup>6</sup> Technisch gesprochen muss der Substitutionseffekt der Lohnsteigerung, die das Gut Freizeit relativ verteuert, den Einkommenseffekt überwiegen.

institutionellen Faktoren abhängig. Das Lohnverhandlungssystem beeinflusst das Ausmaß der Lohnzuwächse, und die marginale Steuerbelastung beeinflusst die resultierende Zunahme der Partizipationsrate.

Ein weiterer demographischer Einfluss auf das Arbeitskräfteangebot kann sich aus der gesteigerten Lebenserwartung und den Wirkungen des Alterungsprozesses auf das Rentensystem ergeben. Wenn sich die Zeit im Ruhestand verlängert und das Rentenniveau sinkt, bestehen Anreize, im Erwerbsalter länger und intensiver zu arbeiten, um zusätzliche Vorsorge für das Alter betreiben zu können. Auch dieser Effekt ist von den institutionellen Rahmenbedingungen abhängig. So verändert die Einführung des Demographiefaktors in die Rentenformel die Entwicklung des staatlichen Rentenniveaus. Eine effektive Heraufsetzung des gesetzlichen Rentenalters, wie sie im Zuge der jüngeren Rentenreformen beschlossen wurde, verkürzt die erwartete Zeit im Ruhestand. Zugleich wird das Arbeitskräfteangebot direkt angehoben, weil ältere Arbeitnehmer länger im Arbeitsmarkt verbleiben.

Es ist damit zu rechnen, dass sich im Verlauf des demographischen Übergangs der wirtschaftspolitische Rahmen noch weiter beschäftigungsfreundlicher ausrichten wird. Schon heute ist das politische Bewusstsein, dass institutionelle Bedingungen, die die Ausschöpfung des Arbeitskräftepotenzials belasten, zu Wohlfahrtsverlusten führen, gewachsen. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung sind staatliche Rahmensetzungen, die Anreize zur Frühverrentung oder zur geringfügigen Beschäftigung von Frauen geben, unter Druck.

Dennoch stehen sowohl die Präferenzen der Bürger hinsichtlich des Arbeitsangebots als auch die diesbezüglich wirkenden wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen nur in einem mittelbaren Zusammenhang mit den demographischen Strukturverschiebungen. Sie wirken nicht automatisch als Stabilisatoren, die die negativen Wachstumswirkungen des Alterungsprozesses mit Sicherheit – ganz oder teilweise – kompensieren.

### **2.3.2 Entwicklung der Arbeitsproduktivität**

Schon in den zurückliegenden Jahrzehnten waren Fortschritte bei der Arbeitsproduktivität in Deutschland eine zentrale Kraft für das Wachstum individuellen und gesellschaftlichen Wohlstands. In Anbetracht der Dämpfung des wirtschaftlichen Wachstumspoten-

zials durch ein demographisch bedingt stagnierendes oder rückläufiges Arbeitsangebot wird die Entwicklung der Arbeitsproduktivität für das wirtschaftliche Wachstum in Zukunft noch weiter an Bedeutung gewinnen.

Allerdings erscheint das künftige Zuwachspotential bei der Arbeitsproduktivität zunächst begrenzt, da das deutsche Ausgangsniveau im internationalen Vergleich relativ hoch ist. Während Länder mit vergleichsweise niedriger Produktivität Wachstum durch die Übernahme von Technologien aus Ländern mit höherer Produktivität erzielen können, müssen Länder mit hoher Produktivität die technologischen Grenzen selbst nach außen verschieben, um noch Produktivitätsgewinne zu erzielen.

Deutschland gehört zweifellos zur Spitzengruppe von Ländern, die vor allem auf die zweite Möglichkeit angewiesen sind. Im Niveau ist die durchschnittliche Arbeitsproduktivität pro Arbeitnehmer derzeit nur weniger als zehn Prozent geringer als bei den in dieser Hinsicht weltweit führenden Vereinigten Staaten. Betrachtet man die Arbeitsproduktivität pro Arbeitsstunde, steigt der Rückstand allerdings auf 20 Prozent (Cette, 2005). Bezogen auf die Arbeitsproduktivität je Stunde hat sich der Abstand zu den Vereinigten Staaten in den letzten Jahren vergrößert, weil die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer durch Arbeitszeitverkürzung und einen wachsenden Beschäftigtenanteil geringfügig oder in Teilzeit beschäftigter Frauen gesunken ist.

Würde die durchschnittliche Arbeitszeit in Deutschland zukünftig wieder steigen, hätte dies zwar negative Folgen für die Arbeitsproduktivität je Stunde, aber positive Wirkungen für die Arbeitsproduktivität je Beschäftigten und damit auf das Bruttoinlandsprodukt und das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Der positive Effekt der besseren Nutzung des Arbeitskräftepotenzials überwiegt den negativen Effekt auf die durchschnittliche Arbeitsproduktivität pro Stunde.

Auch wenn Deutschland somit durch längere Arbeitszeiten bei der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität je Beschäftigten näher an die Vereinigten Staaten heranrücken könnte, dürften in der langen Frist vor allem die Faktoren, die die eingesetzten Technologien und die Arbeitsorganisation verbessern, über die Entwicklung der Arbeitsproduktivität entscheiden. Zu diesen Faktoren zählen, wie im letzten Abschnitt formal gezeigt, die Verbesserung der Kapitalausstattung je Beschäftigten (Kapitalintensität), die Steigerung des durchschnittlichen Humankapitals je Beschäftigten, und tech-

nologische Effizienzgewinne, die bei konstantem Arbeits- und Kapitaleinsatz eine höhere Produktion ermöglichen.

Alle drei Faktoren sind selbst von der demographischen Entwicklung abhängig. Wie sie sich im demographischen Alterungsprozess verändern, ist allerdings eine bisher nicht abschließend geklärte Frage. Im Folgenden betrachten wir zunächst die denkbaren demographischen Einflüsse auf die Kapitalintensität und anschließend die möglichen Wirkungen auf das durchschnittliche Humankapital und die technologischen Effizienzfortschritte.

### **Kapitalintensität**

In vielen Teilen der Wirtschaft gibt es Möglichkeiten, menschliche Arbeit durch Kapital und Maschinen ersetzen. Dies gilt auch im Bereich der (höherwertigen) Dienstleistungen, wo der Trend zu einer höheren Kapitalintensität bereits heute sichtbar ist. Wird mit einer höheren Kapitalintensität produziert, werden die verbleibenden Beschäftigten produktiver. So kann eine verbesserte Kapitalausstattung einen Rückgang des Arbeitskräftepotenzials kompensieren und zur Sicherung des Wohlstands in einer alternden Gesellschaft beitragen.

Um die Kapitalausstattung der Arbeitsplätze zu verbessern, sind Investitionen erforderlich. Investitionen setzen wiederum Ersparnis voraus, das heißt Menschen müssen bereit sein, auf laufenden Konsum zu verzichten, um zu einem späteren Zeitpunkt den Ertrag der Investitionen genießen zu können. Für die künftige Entwicklung der Kapitalintensität ist also entscheidend, wie sich Ersparnis und Investitionen in der Folge der demographischen Entwicklung verändern. Würde die Ersparnisbildung in einer alternden Gesellschaft abnehmen, würde das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts zusätzlich gedämpft.

Das einfachste ökonomische Modell des Sparverhaltens geht davon aus, dass Haushalte sparen, um ihre Konsummöglichkeiten über den Lebenszyklus zu glätten. Dazu bilden sie während der Erwerbsphase Ersparnisse, die sie während der Ruhestandsphase allmählich abbauen. Da in einer alternden Gesellschaft der Anteil der ihre Ersparnisse auflösenden Ruheständler an der Bevölkerung steigt, folgt aus diesem Modell, dass die gesamtwirtschaftliche Ersparnis zurückgeht. In einer geschlossenen

Volkswirtschaft würden die Investitionen entsprechend zurückgehen. Diese reduziert die Wachstumsrate des Kapitalstocks. Wie sich dieser Prozess in einer alternden Gesellschaft auf die Kapitalintensität auswirkt, hängt jedoch entscheidend davon ab, wie stark Ersparnis und Investitionen zurückgehen. Im Extremfall könnte bei einem starken Rückgang der Ersparnis der vorhandene Kapitalstock sogar schrumpfen, wenn die Neuinvestitionen kleiner werden als die Abschreibungen.

Allerdings könnte selbst bei einem in der alternden Gesellschaft schrumpfenden Kapitalstock die Kapitalintensität steigen, da gleichzeitig das schrumpfende Arbeitskräftepotenzial die Beschäftigung vermindert. Ist die Verknappung des Arbeitsangebots relativ größer als die Verknappung der Ersparnis, fallen die relativen Kapitalkosten (bei steigenden Reallöhnen), so dass sich Investitionen vergleichsweise besser rechnen. Simulationsrechnungen für den europäischen Raum unterstützen die Hypothese, dass die Kapitalintensität trotz demographischer Alterung zunimmt, weil Ersparnis und Investitionen weniger stark fallen als das Arbeitsangebot. Dies verbessert langfristig das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Allerdings entsteht gegenüber einer Situation ohne demographischen Wandel ein Wohlfahrtsverlust (Miles, 1997).

Um die möglichen Wirkungen der alternden Bevölkerung auf die private Ersparnisbildung einzuschätzen, müssen auch folgende Argumente bedacht werden:

- In offenen Volkswirtschaften mit international integrierten Kapitalmärkten wird der Zinssatz auf Kapital global bestimmt. Damit entfällt zwar die zusätzliche positive Wirkung auf die Kapitalintensität, die sich aus der Verschiebung der relativen Faktorpreise in einer geschlossenen Ökonomie ergibt. Umgekehrt verringert sich auf einem globalen Finanzmarkt, solange der Alterungsprozess nicht überall gleich stark verläuft, die Gefahr, dass nicht genügend Ersparnisse bereitstehen, um gewünschte Investitionen zu realisieren.
- Es gibt starke empirische Evidenz dafür, dass das Verhältnis von Sparen und Entsparen im Vergleich von Erwerbs- und Ruhestandsphase weniger ungünstig ist, als es das Lebenszyklusmodell nahelegt. Vielmehr werden auch in der Ruhestandsphase vielfach noch Ersparnisse gebildet. Ein wichtiger Grund hierfür ist das Motiv, Vermögen an die nachkommende Generation zu vererben. Zudem bestehen bei zunehmender Langlebigkeit und damit verbundenem

längerem Rentenbezug Anreize, aus Vorsichtsgründen Ersparnisse zu bilden. Je höher die aus diesen Motiven heraus gebildeten Ersparnisse in der Rentenphase, desto weniger belastet der demographische Alterungsprozess künftig das für Investitionen verfügbare Kapitalangebot.

- Private Ersparnisbildung wird auch durch die Reaktionen der Politik auf die demographische Entwicklung beeinflusst. Finanzpolitischer Anpassungsbedarf ergibt sich daraus, dass der Sozialstaat in der Tendenz von der Bevölkerung im Erwerbsalter (mit hoher Ersparnis) zur Bevölkerung im Rentenalter (mit niedriger Ersparnis) umverteilt. Hierdurch wächst der öffentliche Finanzbedarf, wenn der Altenanteil zunimmt. Finanziert der Staat seine alterungsbedingt wachsenden Ausgaben durch höhere Besteuerung der Erwerbstätigen, verstärkt sich der negative Effekt des Alterungsprozesses auf die Ersparnis. In dieselbe Richtung wirkt in der Tendenz eine Heraufsetzung des gesetzlichen Rentenalters, wie sie in Deutschland langfristig durchgeführt wird – die Ersparnisbildung der Rentner aus dem zuvor genannten Vorsichtsmotiv heraus sinkt. Umgekehrt können niedrigere Transfers, etwa durch ein sinkendes staatliches Rentenniveau, zu vermehrter Ersparnisbildung führen. In diesem Sinn wirkt etwa der eingeführte demographische Faktor in der Gesetzlichen Rentenversicherung, verstärkt noch durch die staatliche Förderung der kapitalgedeckten Altersvorsorge (Riester-Rente).

Angesichts der zahlreichen denkbaren, in verschiedene Richtungen wirkenden Einflüsse muss der Zusammenhang zwischen demographischer Entwicklung und privater Ersparnisbildung letztlich anhand der Daten beurteilt werden. Die vorhandene empirische Evidenz ist allerdings bei weitem nicht eindeutig. Zwar finden manche Studien, dass ein höherer Anteil von Rentnern in der Bevölkerung die private Ersparnis signifikant senkt, was mit dem Lebenszyklusmodell des Sparens vereinbar ist. Häufig lässt sich dieser Zusammenhang jedoch nicht feststellen (Masson et al. 1995).

Fasst man zusammen, spricht einiges dafür, dass die private Ersparnisbildung im demographischen Alterungsprozess, wenn überhaupt, eher moderat abnimmt. Dies verbessert die Aussichten, dass die Kapitalintensität im demographischen Übergang wächst, weil das Kapitalangebot weniger stark fällt als das Arbeitsangebot. Eine solche

Entwicklung könnte die Arbeitsproduktivität erhöhen. Der Produktivitätsgewinn wiederum würde zumindest einen Teil der Wachstumseinbußen, die durch den Rückgang des Arbeitskräftepotenzials entstehen, kompensieren. Der Wachstum fördernde Einfluss der privaten Ersparnis ist aber wohl kaum so groß, dass der negative Impuls der Demographie auf das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf aufgefangen werden wird. Insofern müssen die Bürger im Vergleich zu einer Situation ohne demographischen Wandel Wohlstandsverluste hinnehmen.

Diese relativ optimistische Perspektive setzt voraus, dass die private Ersparnis tatsächlich für Investitionen in produktives Kapital eingesetzt wird. Die gesamtwirtschaftliche Ersparnis, die für Investitionen zur Verfügung steht, ist jedoch die Summe der Ersparnis der privaten und öffentlichen Haushalte. Daher muss an dieser Stelle auch der Effekt der demographischen Entwicklung auf die öffentliche Ersparnis, oder besser die öffentliche Verschuldung in den Blick genommen werden. Eine wachsende öffentliche Verschuldung absorbiert private Ersparnis, die zur Steigerung der Kapitalintensität in der Produktion nicht mehr zur Verfügung steht, so dass das Produktionswachstum geringer ausfällt.

Es spricht einiges dafür, dass die öffentlichen Haushalte durch den Alterungsprozess unter Druck geraten: In erster Linie leisten die Personen im Erwerbsalter einen positiven Beitrag zu den Staatsfinanzen. Diese Bevölkerungsgruppe zahlt im Durchschnitt mehr an Steuern und Beiträgen, als sie an öffentlichen Transfers erhält. Bei den Kindern und Jugendlichen und bei den Rentnern verhält es sich umgekehrt. Diese Gruppen sind per saldo die Empfänger staatlicher Transfers. Darum steigt tendenziell das Defizit der öffentlichen Haushalte, wenn der Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter zurückgeht.

Stark wachsende Defizite im demographischen Übergang zu vermeiden, erfordert eine auf Nachhaltigkeit angelegte, zukunftsorientierte Finanzpolitik. In Deutschland gehören hierzu vor allem rechtzeitige Reformen zur Anpassung der überwiegend im Umlageverfahren organisierten Sozialversicherungen an die sich ändernden demographischen Verhältnisse. Durch die in den letzten Jahren vorgenommenen strukturellen Veränderungen in der Gesetzlichen Rentenversicherung wurde tatsächlich bereits eine deutliche Verbesserung der fiskalischen Nachhaltigkeit erreicht (Raffelhüsch, 2008). Nach

wie vor bestehen jedoch strukturelle Probleme in der Gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung, liegt die bestehende Staatsschuld weit oberhalb der durch die Maastricht-Kriterien vorgegebenen Grenze und ist das laufende Defizit bei guter Konjunkturlage zu hoch. Dies gibt Anlass zu Bedenken, dass der Alterungsprozess mit wachsenden Defiziten in den öffentlichen Haushalten einhergehen könnte, die private Ersparnis absorbieren und über ein geringeres Produktivitätswachstum zu einem geringeren Wachstum des Produktionspotenzials führen.

### **Humankapital**

In der modernen Wissensgesellschaft hat die Verbesserung des in den Arbeitskräften verkörperten Humankapitals für das wirtschaftliche Wachstum hohe Bedeutung. Bedenkt man das nach wie vor relativ schlechte Abschneiden Deutschlands bei internationalen Bildungsvergleichen, könnten hier noch größere Spielräume bestehen, die negativen Wohlstandsfolgen des quantitativen Rückgangs bei den Arbeitskräften durch eine qualitative Steigerung zu kompensieren, die das verbleibende Arbeitskräftereservoir im Durchschnitt produktiver macht. Somit erhält die Bildungspolitik künftig eine eher noch höhere Bedeutung.

Wahrscheinlich wird der Alterungsprozess die Entwicklung des durchschnittlichen Humankapitals je Beschäftigten unmittelbar verändern. Zwei entgegen gesetzt wirkende Prozesse spielen hierbei eine Rolle. Einerseits ist die Verteilung des Humankapitals in der gegenwärtigen deutschen Erwerbsbevölkerung noch stark durch die Bildungsexpansion der 1970er Jahre geprägt. Dies bedeutet, dass die jüngeren Jahrgänge im Erwerbsleben im Durchschnitt besser qualifiziert sind als die älteren Jahrgänge. Wenn durch den Alterungsprozess die schlechter gebildeten älteren Jahrgänge zunehmend aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden, wächst das durchschnittliche Humankapital je Beschäftigten – die Arbeitsproduktivität steigt.

Der zweite Prozess beruht darauf, dass im Zuge des Alterungsprozesses auch das Durchschnittsalter innerhalb der Gruppe der Beschäftigten steigt. Dies kann zu einem Abfall beim durchschnittlichen Humankapital führen, je nachdem, wie sich der Humankapitalbestand über den individuellen Lebenszyklus entwickelt. Diese Entwicklung



hängt neben dem Qualifikationsniveau am Beginn der Arbeitsmarktkarriere von mehreren Faktoren ab:

- den weiteren Ausbildungsinvestitionen im Berufsverlauf (lebenslanges Lernen),
- der Entwicklung von Erfahrungs- und arbeitgeberspezifischem Wissen,
- der altersabhängig notwendigen Abschreibung von Wissen,
- dem möglichen Verlust körperlicher und geistiger Leistungsfähigkeit im Alter.

Das jeweilige Gewicht dieser Faktoren kann nur empirisch bestimmt werden. Die verfügbare Evidenz zum Humankapitalverlauf über das erwerbsfähige Alter lässt jedoch nach wie vor keine ganz eindeutigen Schlussfolgerungen zu. Günstigstenfalls steigt die Arbeitsproduktivität bis etwa 45 Jahren ansteigt und bleibt dann weitgehend auf dem erreichten Niveau. Einiges spricht jedoch dafür, dass die Arbeitsproduktivität älterer Arbeitnehmer nach diesem Höhepunkt mehr oder minder stark abnimmt. Bleibt dies in Zukunft so, könnte der Alterungsprozess der Erwerbsbevölkerung die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts zusätzlich belasten. Allerdings lässt sich zeigen, dass selbst bei einem relativ starken Abfall des Humankapitals bei älteren Arbeitnehmern die negative Wirkung des demographischen Prozesses auf die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität relativ moderat ausfällt (Blanchet, 1993).

Die Anreize zum lebenslangen Lernen, durch das sich ein Abfall der Arbeitsproduktivität im Alter hinausschieben lässt, könnten sich durch institutionelle Anpassungen an die demographische Entwicklung systematisch verbessern. Für die Arbeitgeber entstehen zusätzliche Anreize, vom nach wie vor verbreiteten System der Senioritätsentlohnung, in dem alters- statt produktivitätsabhängige Löhne gezahlt werden, abzugehen und leistungsorientierte Löhne zu zahlen. Ein späterer effektiver Renteneintritt durch ein höheres gesetzliches Rentenalter und weniger Frühverrentung erhöhen die Erträge der Weiterbildung für die Beschäftigten, so dass verstärkte Investitionen in den Erhalt des Humankapitals lohnen.

Allerdings könnte sich der Alterungsprozess auch negativ auf die Humankapitalbildung und damit die Produktivitätsentwicklung auswirken. Wenn die Verknappung

des Arbeitskräftepotenzials zu realem Lohnwachstum führt, entsteht ein Einkommenseffekt. Die Beschäftigten können ein bestimmtes Konsumziel auch mit weniger Humankapital erreichen.

### **Technologische Effizienz**

Auch eine Zunahme bei der technologischen Effizienz könnte dazu beitragen, den demographisch bedingten Rückgang des Arbeitskräftepotenzials durch Produktivitätssteigerung aufzufangen. Hierbei kommt es vor allem auf die Innovationsfähigkeit an. Produkt- und Prozessinnovationen sind in Deutschland traditionell starke Treiber des Wachstums. Allerdings belegt Deutschland bei der Innovationsfähigkeit unter den 17 führenden Industriestaaten derzeit nur Rang 9. Zudem hat Deutschland gegenüber den innovativsten Staaten zuletzt an Boden verloren. Zwar sind die Hersteller von Hochtechnologie hervorragend aufgestellt. Wirtschaft und Wissenschaft kooperieren eng bei der Entwicklung neuer Produkte. Gebremst wird die Innovationsfähigkeit jedoch durch fehlendes Risikokapital für Innovationen, ein unterfinanziertes Bildungssystem und eine vergleichsweise wenig innovationsfreundliche Gesetzgebung (BDI, 2009).

Wie sich der demographischen Wandels auf die Wachstumsrate der technischen Effizienz aufwirken wird, ist nach wie vor umstritten. Die Innovationskraft hängt zunächst einmal wesentlich von einem modernen Kapitalstock und der Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte für Forschung und Entwicklung ab. Daher wirken die oben behandelten demographischen Einflüsse auf die Sach- und Humankapitalbildung indirekt auch hier.

Darüber hinaus lassen sich einige spezifischere Argumente für einen demographischen Einfluss auf das Innovationstempo anbringen. Das offensichtlichste Argument für eine Schwächung der Innovationskraft in einer alternden Gesellschaft ist, das besonders hohe Innovationskraft bei denjenigen Fachkräften und Wissenschaftlern zu vermuten ist, die über ihre Ausbildung die neueste Generation des Wissens erworben haben. Daher könnte die Innovationsfähigkeit abnehmen, wenn der Bevölkerungsanteil der 30-40-Jährigen in der Gesellschaft zurückgeht.

Ein weiteres Argument für eine abnehmende Innovationskraft ist, dass eine alternde Gesellschaft mehr Ressourcen in die gesellschaftliche Umverteilung stecken

muss und daher weniger Mittel für Forschung und Entwicklung zur Verfügung stehen. Schließlich könnten Veränderungen bei der Nachfrage nach Gütern die Innovationskraft hemmen. Zum einen werden bei schrumpfenden Absatzmärkten Innovationen weniger profitabel. Größenvorteile einer innovativen Technik lassen sich nicht oder nicht voll ausschöpfen. Zum anderen könnten altersstrukturbedingte Verschiebungen der Konsumgüterstruktur, zum Beispiel von der Unterhaltungselektronik und Kommunikationstechnik hin zu personalintensiven Dienstleistungen im Gesundheits- und Pflegebereich, die Möglichkeiten zu technologischer Innovation bremsen. Simulationsrechnungen legen allerdings nahe, dass die gesamtwirtschaftlichen Folgen demographisch bedingter Änderungen bei der Konsumstruktur praktisch eher unbedeutend sind (Martins et al., 2005).

Auf der anderen Seite gibt es auch verschiedene Argumente dafür, dass die Innovationsaktivität in einer alternden Gesellschaft zunehmen könnte. Das nächstliegende Argument ist der wachsende Druck zu arbeitssparendem technischen Fortschritt, wenn die Verfügbarkeit der Produktionsfaktors Arbeit abnimmt. Bei demographisch bedingten Reallohnsteigerungen rechnen sich Investitionen in Forschung und Entwicklung, um Arbeit zu sparen, besser.

Ein zweiter möglicher Kanal für zusätzliche Innovationen wäre die verstärkte Zuwanderung ausländischer Fachkräfte und Wissenschaftler als Ersatz für inländische Arbeitskräfte. Qualifizierte Zuwanderer könnten die internationale Verflechtung auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung verbessern. Schließlich wächst mit demographisch bedingt geringeren wirtschaftlichen Wachstumsraten generell die Notwendigkeit, sich international zu verflechten, etwa um ausländische Direktinvestitionen anzulocken oder Innovationen zu importieren. Hieraus folgt auch, dass es auch bei dieser Komponente der Entwicklung der Arbeitsproduktivität sehr darauf ankommen wird, wie sich die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen im demographischen Übergang gestalten werden. Insbesondere muss die Volkswirtschaft für den Zustrom von Gütern, Kapital und Arbeitskräften geöffnet sein. Generell gesprochen ließe sich die Innovationskraft Deutschlands steigern und dadurch die demographisch bedingte Abschwächung der Einkommenszunahme abschwächen, indem bestehende Produkt-, Kapital- und Arbeitsmarktregulierungen beseitigt werden, um die Reallokation der verfügbaren Ressourcen in die produktivste Verwendung zu fördern (Fuentes et al., 2004).

## 2.4 Schlussfolgerungen

Die Zusammenhänge zwischen demographischer und langfristiger wirtschaftlicher Entwicklung sind komplex. Unmittelbar negativ wirkt sich auf die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts aus, dass im Alterungsprozess der Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter sinkt. Wie stark der demographisch bedingte gesamtwirtschaftliche Wohlfahrtsverlust insgesamt ausfällt, hängt jedoch entscheidend davon ab, inwieweit es gelingt, das schrumpfende Arbeitskräftereservoir in Zukunft besser zu nutzen. In Deutschland bestehen hierfür zumindest für eine Übergangszeit durch Verlängerung der Arbeitszeiten, Senkung der Inaktivitätsrate und Reduzierung der nicht konjunkturell bedingten Arbeitslosigkeit noch Spielräume zur Verfügung.

Dauerhaft kann eine effizientere Nutzung des Arbeitskräftereservoirs auch durch eine Zunahme der Arbeitsproduktivität erreicht werden. Wie die Arbeitsproduktivität auf den demographischen Wandel reagieren wird, ist nicht zuverlässig vorherzusagen. Im ungünstigsten Fall könnten sinkende private Ersparnis und Investitionen sowie Verlust an Humankapital und Innovationskraft die wirtschaftliche Expansion zusätzlich behindern. Im besten Fall könnte sich die Arbeitsproduktivität jedoch auch neutral oder positiv entwickeln, falls demographische Faktoren, die die Arbeitsproduktivität positiv beeinflussen können, stark wirken.

Wie hoch die demographisch bedingten Wohlfahrtseinbußen ausfallen, wird nicht zuletzt entscheidend davon abhängen, wie die Wirtschaftspolitik auf diese Herausforderung reagiert. In Deutschland bestehen nach wie vor Spielräume für eine wachstumsorientierte Politik. Hierzu gehören Schritte hin zu nachhaltigen öffentlichen Finanzen und eine effizientere Gestaltung sämtlicher Bildungsprozesse im Lebensverlauf. Darüber hinaus könnte eine Verbesserung von Anpassungsfähigkeit und Wettbewerb auf Produkt-, Kapital- und Arbeitsmärkten helfen, sich durch den demographischen Prozess verändernde Ressourcen in die produktivste Verwendung zu lenken. Maßnahmen dieser Art könnten nicht nur das Niveau, sondern eventuell auch das Wachstum von Arbeitsproduktivität und damit des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf dauerhaft verbessern.

Insgesamt genommen dürfte die demographische Entwicklung das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts und das Wachstum pro Kopf jedoch selbst dann negativ beein-

flussen, wenn die großen Reformlinien der vergangenen Jahre – Begrenzung der Steuer- und Abgabenbelastung, Erhöhung des Rentenzugangsalters, Stabilisierung der öffentlichen Finanzen und insbesondere der Gesetzlichen Sozialversicherungen – fortgeführt werden. Wenn das Wachstum der Arbeitsproduktivität einigermaßen gehalten werden kann, wird der Wohlstand in Deutschland aber auch weiterhin zunehmen, jedoch weniger stark als bei konstanten demographischen Rahmenbedingungen. Die Folgen des Rückgangs der Geburtenraten und der steigenden Lebenserwartung machen die Bürger zwar nicht absolut ärmer, jedoch ärmer im Vergleich zu der Entwicklung, die bei einer günstigeren Bevölkerungsentwicklung möglich wäre.

Dies bedeutet auch, dass die deutsche Wirtschaft in Zukunft international zurückfallen könnte. Jedenfalls dürfte sich der Einkommensabstand gegenüber Ländern wie den Vereinigten Staaten, deren Alterungsprozess wegen höherer Geburtenraten moderater ausfällt, vergrößern. Dies gilt umso mehr, falls der demographische Wandel das Wachstum der Arbeitsproduktivität belastet. Dann würde sich eine doppelte Einkommensschere – durch Unterschiede in der Beschäftigtenquote und der Produktivität – aufbauen.

Der demographische Wandel hat also weitreichende wirtschaftliche Folgen. Sie erfordert eine steigende Anpassungsfähigkeit von Märkten wie Bürgern und birgt Wohlstandsverluste. Aus diesen Gründen erscheint es sinnvoll, nicht nur über wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen des demographischen Wandels nachzudenken, sondern auch über Maßnahmen zur langfristigen Beseitigung der Ursachen. Von den natürlichen Faktoren der Bevölkerungsbewegung – sinkende Geburtenhäufigkeit und steigende Langlebigkeit – kommt als Zielgröße der Wirtschaftspolitik nur das Geburtenverhalten in Frage. Um sinnvolle Strategien zur Förderung der Geburtenhäufigkeit zu entwickeln, ist es notwendig, die Ursachen des Geburtenrückgangs, der für den im Gang befindlichen demographischen Übergangsprozess verantwortlich ist, zu verstehen. Diese Ursachen sind der Gegenstand des folgenden Kapitels.

## **3 Erklärungen zur Entwicklung des Geburtenverhaltens**

### **3.1 Einleitung**

Auf die Entscheidung eine Familie zu gründen, indem eine spezielle Familienform und eine bestimmte Anzahl von Kindern gewählt werden, wirkt eine Reihe von Faktoren ein. Von herausragender Bedeutung sind dabei neben rein ökonomischen Beschränkungen auch die individuelle Paar- und Familiensituation, das gesellschaftliche und politische Umfeld, sowie historisch geprägte Verhaltenstraditionen. Vor diesem Hintergrund würde sich eine interdisziplinär angelegte Theorie am besten zur Erklärung der Fertilität eignen. Allerdings gibt es keinen umfassenden Erklärungsansatz des reproduktiven Verhaltens. Vielmehr betrachten Disziplinen wie die Soziologie, Psychologie, Philosophie oder die Ökonomie das Geburtenverhalten aus unterschiedlichen Blickwinkeln und liefern Teilbausteine für eine Erklärung des Geburtenrückgangs.

Wirtschaftswissenschaftliche Arbeiten stützen sich im Wesentlichen auf das Fertilitätsmodell von Becker, in dem die Familienbildung und die Geburt von Kindern auf ein rationales Nutzenmaximierungskalkül zurückgeführt werden. Obwohl dieser Erklärungsansatz im Rahmen der sogenannten Neuen Haushaltsökonomie eine Reihe von Determinanten der Fertilität und ihre Wirkungsweise identifiziert, kann er die ganze Komplexität des Geburtenverhaltens nicht erfassen. Insbesondere finden historische und kulturelle Entwicklungen im Rahmen der rationalen Kosten-Nutzen-Abwägung, zusammengefasst unter dem Begriff des Wertewandels, nur unzureichend Eingang.

Im Folgenden werden darum neben der ökonomischen Theorie auch soziologische (und psychologische) Erklärungsansätze beschrieben, um die Vielschichtigkeit der Ursachen eines geänderten Geburtenverhaltens aufzuzeigen. Die Übersicht stellt keineswegs eine vollständige Sammlung aller theoretischen Konzepte zum Thema Fertilität dar. Sie beschränkt sich auf Ansätze, die hohe Popularität erlangt haben und infolgedessen auch vielfach diskutiert und zum Teil empirischen Tests unterzogen wurden.

Um den empirischen Rahmen abzustecken, in dem sich die theoretischen Sichtweisen auf das Geburtenverhalten entwickelt haben, sollen zunächst jedoch die langen Phasen der demographischen Entwicklung kurz skizziert werden.

### 3.2 Phasen der langfristigen demographischen Entwicklung

Betrachtet man die Phasen der Bevölkerungsentwicklung vor 1970 (Tabelle 1), waren am Ausgangspunkt des demographischen Übergangs im 18. Jahrhundert die Geburten- und Sterberaten hoch, schwankten aber stark. Diese Schwankungen waren Ergebnis von kurzfristigen Schocks, wie schlechten Wetterbedingungen, Missernten, Epidemien und Kriegen. Langfristig wuchs die Bevölkerung in diesem Umfeld nur moderat.

**Tabelle 1: Phasen demographischer Entwicklungsphase in den Industrieländern vor 1970**

Epoche	Charakteristik	Ursachen	Konsequenzen
vor 1800	Hohe Geburtenrate Hohe Sterberate		Moderates Bevölkerungswachstum
1800-1900	Hohe Geburtenrate Rückgang Sterberate	Industrialisierung Medizinischer Fortschritt	Höhere Überlebenschancen von Kindern Höhere Lebenserwartung Hohes Bevölkerungswachstum Auswanderung
1800/1870-1914	Rückgang Geburtenrate Niedrige Sterberate	Industrialisierung Höhere Wertschätzung der Kinder	Steigender Anteil der Älteren in der Bevölkerung Moderates Bevölkerungswachstum
1914-1945	Niedrige Geburtenrate Niedrige Sterberate	Weltkriege Ökonomische Lage	Niedriges Bevölkerungswachstum
1930-1940	Anstieg der Geburtenrate in manchen Ländern (Deutschland, Italien)	Pronatalistische Politik	Moderates Bevölkerungswachstum
1945-1970	Anstieg der Geburtenrate („Baby-Boom“) Weiterer Rückgang der Sterberate	Wohlstand Ausbau des Wohlfahrtsstaates	Moderates Bevölkerungswachstum

Die zweite Phase (1800-1900) beginnt damit, dass ausgelöst durch die Industrialisierung im 19. Jahrhundert die altersspezifischen Sterberaten, vor allem die Sterberaten bei Kleinkindern, sinken. Der medizinische Fortschritt, bessere hygienische Bedingungen sowie die Entwicklung eines privaten und öffentlichen Gesundheitssystems erklären das weitere Absinken der Sterberaten ab Ende des 19. Jahrhunderts. Mit der steigenden Lebenserwartung geht ein hohes Bevölkerungswachstum einher.

In der dritten Phase sinkt schließlich die Geburtenrate. Die Zahl von Kindern, die eine Frau im Durchschnitt zur Welt bringt, fällt zwischen 1800 und 1920 in allen Industrienationen von sechs auf weniger als drei Kinder pro Frau. Spätestens mit dem Ausbrechen des Ersten Weltkriegs war in allen Industrienationen der demographische Übergang von einem Zustand mit hohen Geburten- und Sterberaten zu einem Zustand mit niedrigen Geburten- und Sterberaten abgeschlossen.

Im weiteren Verlauf ist für praktisch alle Industrienationen ein Anstieg der Geburtenrate („Baby-Boom“) während der Wiederaufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg charakteristisch. Dies ist eine Phase überdurchschnittlich starker wirtschaftlicher Expansion. Das erhöhte Geburtenniveau kann jedoch nach Fortschritten bei der Verhütungstechnik während der 1960er Jahre nicht gehalten werden. („Pillenknick“).

**Tabelle 2: Phasen demographischer Entwicklungsphase in den Industrieländern nach 1970**

Epoche	Charakteristik	Ursachen	Konsequenzen
1970-	Rückfall der Geburtenrate auf, bzw. unter die Reproduktionsrate Minimale Sterberate	Wertewandel in der Institution „Familie“ Erhöhte Ansprüche an die Kinder Frauenerwerbstätigkeit	Alterung der Bevölkerung Niedriges, bzw. negatives Bevölkerungswachstum
1980-	Leichter Anstieg der Geburtenrate in manchen Ländern	Politische Maßnahmen (Zuschüsse, zusätzliche Transfers, Subventionierung von Kinderbetreuungseinrichtungen,...) Akzeptanz der „nicht-traditionellen“ Familie	Niedriges Bevölkerungswachstum



Die Entwicklung seit 1970 lässt sich ganz grob in zwei Phasen einteilen (Tabelle 2). Während der 1970er Jahre fällt die Geburtenrate bei weiter steigender Lebenserwartung rasch und deutlich unter das zur Bestandserhaltung der Bevölkerung erforderliche Niveau. Dieser rasche Geburtenrückgang löst langfristig einen Alterungs- und Schrumpfungsprozess der Bevölkerungen aus. In der Folge wird die Fertilitätsentwicklung verstärkt zum politischen Thema. Erste Versuche, die Geburtenrate durch familienpolitische Maßnahmen wieder anzuheben, werden unternommen.

Die vorerst letzte Phase beginnt in den 1980er Jahren. Seitdem haben sich die Geburtenraten in den Industrieländern spürbar auseinander entwickelt. Während einige Länder einen Wiederanstieg der Fertilität erlebten, stagnierten die Geburtenraten in anderen Ländern oder entfernten sich sogar noch weiter vom bestandserhaltenden Niveau.

Die Frage, wie sich die skizzierte langfristige Entwicklung der Geburtenraten erklären lässt, hat schon früh wissenschaftliches Interesse geweckt.

### **3.3 Ökonomische Erklärungen der Geburtenentwicklung**

#### **3.3.1 Frühe theoretische Ansätze**

Erste Gedanken zu einer Theorie der Fertilität und den Folgen für die Bevölkerung finden sich in dem von Malthus formulierten Bevölkerungsgesetz von 1798. In seinem „Essay on the Principle of Population, as it affects the Future Improvement of Society“ formuliert er, dass die Bevölkerung mit wachsender Nahrungsmittelgrundlage zunimmt. Allerdings wächst die Bevölkerung immer schneller als die zur Verfügung stehenden Lebensmittel. Nur durch zwei Schranken wird diese demographische Entwicklung aufgehalten. Einerseits führen Krieg, Naturkatastrophen und Seuchen zu einer erhöhten Sterberate und andererseits wird die Fertilität durch sittliche Beschränkungen bewusst begrenzt.

Im Modellrahmen von Malthus wird der Wunsch nach Kindern als allgemein gegeben angesehen und die Verwirklichung dieses Wunsches wird durch die ökonomische Situation beschränkt. Folgender Zusammenhang wird dabei unterstellt: Wenn ein Einkommen oberhalb des Existenzminimums erzielt wird, steigt die Heiratsneigung sowie

die Anzahl der Kinder. Eine wachsende Bevölkerungszahl führt automatisch zu einer Erhöhung des Arbeitsangebotes und somit zu einer größeren Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Das wiederum bewirkt ein Absinken des Realeinkommens. Dadurch verzögern sich im Durchschnitt die Eheschließungen und die Geburten von Kindern. Infolge der zeitlichen Aufschiebung von Geburten werden auch insgesamt weniger Kinder geboren. Zusammenfassend zeigt dieser Mechanismus, dass die Bevölkerungszahl um ein bestimmtes Optimum schwankt.

Wenn man allerdings den Blick auf die Entwicklung der gesamten Weltbevölkerung richtet und sich nicht nur auf die Entwicklung der europäischen Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten konzentriert, könnten Zweifel an Malthus Annahmen aufkommen. Wie die Datenlage aufzeigt, ist die Bevölkerung im Laufe der letzten Jahrhunderte sehr stark, beinahe exponentiell gewachsen (Livi-Bacci, 1997). Man könnte meinen, dass die Beschränkung durch ein geringeres Wachstum der Nahrungsgrundlage zu kurz greift. Infolge technischer Innovationen und der Realisierung von Skaleneffekten, basierend auf einer zunehmenden Arbeitsteilung, hat sich die Versorgungslage günstiger entwickelt als von Malthus angenommen.

Bei genauer Betrachtung demographischer Entwicklungsmuster in einzelnen Ländern und Regionen zeigt sich, dass diese modifizierte Annahme das Modell von Malthus trotzdem nicht richtig erscheinen lässt. So ist das Bevölkerungswachstum in Europa im 19. Jahrhundert und in Entwicklungsländern im 20. Jahrhundert nicht auf einen Anstieg in der Geburtenrate als Folge des vergrößerten Nahrungsspielraums sondern auf den Rückgang der Sterberate zurückzuführen. Wie man aufgrund der rückläufigen Geburtenzahlen in hochindustrialisierten Ländern schließen kann, gibt es sogar einen negativen Zusammenhang zwischen Fertilität und Wirtschaftswachstum.

Damit ist die theoretische Argumentation von Malthus historisch widerlegt. Strittig ist allerdings auch die unterstellte Prämisse eines uneingeschränkten Erhaltungstriebes der menschlichen Gattung. Diese Kritik sowie die Annahme, dass dieser Erhaltungstrieb konstant über die Zeit sein soll, haben neue Theorien zur Fertilität unter dem Begriff der Wohlstandstheorie hervorgebracht.

### 3.3.2 Wohlstandstheorie

Die sogenannten Wohlstandstheoretiker, wie Brentano (1910) und Mombert (1907) nehmen ausdrücklich eine Gegenposition zu der These von Malthus ein, indem sie Begründungen dafür suchen, warum ein allgemeiner Einkommenszuwachs keinen Anstieg, sondern einen Rückgang der Geburten auslöst. Obwohl die Wohlstandstheorie schon zentrale Elemente der modernen Haushaltsökonomie beinhaltet, finden die Ideen innerhalb der Ökonomie kaum Beachtung.

Grundgedanke dieses Ansatzes ist die Betrachtung der Fertilität als Wahlakt und somit bewusste individuelle Entscheidung, die im Gegensatz zu früheren Annahmen steht, die den Kinderwunsch als gegeben und nur von äußeren Ressourcen begrenzt sahen. Kinder werden als Nutzen stiftendes Gut angenommen, deren Anzahl sich als rationale Entscheidung aus der nutzenmaximierenden Ressourcenaufteilung ergibt. Mit zunehmendem Wohlstand und wachsenden Bildungsmöglichkeiten konkurrieren immer mehr alternative Verwendungsmöglichkeiten der knappen Ressourcen mit dem Gut Kind. Diese sogenannte „Konkurrenz der Genüsse“ (Brentano, 1910) ist das zentrale Moment zur Erklärung der abnehmenden Geburtenneigung bei steigendem Wohlstand. Damit werden erstmals die Opportunitätskosten der Kindererziehung zur Erklärung herangezogen.

Neben den konkurrierenden Möglichkeiten wird ein weiterer wichtiger Aspekt zur Erklärung des Geburtenverhaltens eingeführt, der später von Becker unter dem Begriff der Kinderqualität aufgegriffen wird. Mit wachsendem Einkommen steigt auch die Erwartungshaltung an Kinder und es wird mehr in die Ausstattung der Kinder investiert (z. B. in Form von Bildungsausgaben).

Die hervorgebrachten Argumente der Wohlstandstheoretiker nehmen zentrale Argumente der mikrotheoretisch fundierten Fertilitätstheorie vorweg. Allerdings bleibt im Rahmen der Wohlstandstheorie unklar, warum individuelle Rationalität zwangsläufig zu einer Reduktion der Fertilität führt. Auch Kinderreichtum kann sich aus einer rationalen Entscheidung ergeben.

### 3.3.3 Mikroökonomische Ansätze

Die mikroökonomischen Theorien zur Erklärung des Geburtenverhaltens wurden durch die Wirtschaftswissenschaftler Leibenstein (1957, 1974) und Becker (1960, 1981) begründet. Sie griffen den Grundgedanken der Wohlfandstheoretiker auf, dass die Entscheidung für Kinder eine rationale Entscheidung unter Ressourcenknappheit ist. In ihren Modellen stellten sie den Nutzen von Nachkommen den Kosten gegenüber.

In der Neuen Haushaltsökonomie wird der Haushalt als eine Produktions- und Verbrauchsgemeinschaft betrachtet, die gemeinsam über den Ressourceneinsatz entscheidet (Becker, 1960). Die Interessen der einzelnen Partner und mögliche Konflikte werden dabei ausgeblendet. Im Rahmen der ökonomischen Konsumtheorie arbeitet Becker zunächst einen positiven Einkommenseffekt heraus: Kinder als superiore Konsumgüter konkurrieren (wie bei den Wohlfandstheoretikern) bei der Einkommensverwendung mit dem Erwerb anderer Güter. Mit steigendem Einkommen wächst auch die Kinderzahl unter der Annahme, dass die Präferenzen sich nicht verändern. Wohingegen die Kinderzahl fällt, wenn der Preis bzw. die Kosten steigen. Dieser angenommene positive Einkommenseffekt hat empirisch allerdings keine Bestätigung gefunden (u.a. Becker 1976).

Um die Kosten-Nutzen-Abwägung genauer betrachten zu können, insbesondere vor dem Hintergrund stark fallender Geburtenrate in den Industrieländern, nimmt Leibenstein (1974) eine genauere Klassifikation der Nutzen- und Kostenkomponenten von Kindern vor. In Abhängigkeit von der gesellschaftlichen Entwicklung der Eltern können Nachkommen folgende drei Arten von Nutzen bieten:

- Konsumnutzen: Nutzen „an sich“ in Form von Zuneigung, Bereicherung, persönlicher Erfüllung
- Einkommensnutzen: Nutzen durch eigene produktive Tätigkeit, die einen Beitrag zum Familieneinkommen leistet
- Versicherungsnutzen: Nutzen durch Absicherung gegen materielle Notsituationen infolge von Krankheit oder Alter.

Nach Leibenstein (1974) können Nachkommen zwei Arten von Kosten verursachen:

- Direkte Kosten: Kosten, die unmittelbar mit der Kindererziehung zusammenhängen, wie beispielsweise Ausgaben für Nahrung, Kleidung und Bildung
- Indirekte Kosten: Opportunitätskosten, die mit der Kindererziehung zusammenhängen. Die wichtigste Alternative zur Kinderbetreuung, Arbeit am Markt anzubieten, kann nicht wahrgenommen werden. Durch das reduzierte Arbeitsangebot entstehen virtuelle Einkommensverluste, die den größten Teil der Opportunitätskosten der Kindererziehung ausmachen.

Die Entscheidung für die Geburt eines Kindes wird nun anhand eines rationalen Kosten-Nutzenkalküls abgewogen. Solange der (erwartete) Nutzen eines zusätzlichen Kindes die (erwarteten) Kosten übersteigt, werden Eltern versuchen den Kinderwunsch zu realisieren. Der negative Zusammenhang zwischen Einkommen und Kinderzahl wird bei Leibenstein (1974) mit parallel zum Einkommen sinkendem Nutzen bei gleichzeitiger Zunahme der Kosten begründet.

Die Nutzen- und Kostenstruktur verändert sich infolge vielfältiger gesellschaftlicher Entwicklungen. Der Einkommens- und Versicherungsnutzen hat in modernen Gesellschaften stark an Bedeutung verloren. Vor dem Hintergrund des Verbotes von Kinderarbeit können Kinder in den meisten Ländern keinen nennenswerten Beitrag zum Familieneinkommen leisten. Die Einführung und der Ausbau von staatlichen Sozialversicherungssystemen wie der Kranken-, der Unfall-, der Renten- und Pflegeversicherung sowie der Arbeitslosenunterstützung sind Nachkommen auch nicht zur Versorgung der Eltern im Alter oder bei Krankheiten notwendig. Dahingegen wird der Konsumnutzen von Kindern als konstant angesehen.

Die Kosten von Kindern steigen mit wachsendem Wohlstandsniveau. So ist anzunehmen, dass die direkten Kosten (pro Kind) mit dem Ausbau des Erziehungssystems, mit der Verlängerung von Ausbildungszeiten und mit sozialen Erwartungen für eine kindgerechte Sozialisation stark zugenommen haben. Dabei ist der Anstieg für verschiedene soziale Gruppen unterschiedlich ausgefallen.

Den Anstieg der direkten Kosten begründet Becker (1960) mit einer Umstellung von der Quantität der Kinder auf eine stark erhöhte Investition in die Qualität in modernen Gesellschaften. Tatsächlich sind die Ressourcen, die Eltern für ihre Kinder aufwen-

den in Abhängigkeit von den gegebenen Marktpreisen (etwa für Bildung- und Gesundheitsgüter) auch Ergebnis des elterlichen Entscheidungsverhaltens. Wenn Eltern simultan über die Qualität und die Zahl der Kinder entscheiden, lassen sich beide Größen gegeneinander austauschen. Technisch gesprochen sind Qualität und Quantität der Kinder für die Eltern Substitute; sie rivalisieren um die vorhandenen Ressourcen des Haushalts.

Eltern müssen also wählen, ob sie ihre Mittel einsetzen, um die Zahl der Kinder (bei geringerer Qualität pro Kind) oder um die Qualität pro Kind (bei geringerer Kinderzahl) zu erhöhen. Da bei gegebenen Ressourcen Qualität und Quantität der Kinder nicht gleichzeitig wachsen können, besteht ein „Qualitäts-Quantitäts-Trade off“. Dass Eltern bessere Ausbildung als Substitut für eine höhere Kinderzahl sehen, ist seit langem empirisch belegt (Rosenzweig und Wolpin, 1980).

Bei konstanten relativen Preisen der Kindererziehung kann gemäß diesem Modell eine sinkende Kinderzahl pro Familie dadurch erklärt werden, dass sich die Präferenzen der Eltern hin zu höheren Qualitätsansprüchen an die Kinder verschoben haben. Becker (1981) stellt die Hypothese auf, dass Eltern bei steigenden Einkommen systematisch stärker mit einer Ausweitung der Nachfrage nach Qualität reagieren als mit einer Ausweitung der Nachfrage nach Quantität. Die unterschiedliche Einkommenselastizität der Nachfrage nach diesen beiden Gütern wäre eine Erklärung für den langfristigen Geburtenrückgang, da das Einkommen der Eltern von Generation zu Generation gewachsen ist.

Von großer Bedeutung für den Geburtenrückgang ist zudem der Anstieg der indirekten Kosten, den Opportunitätskosten. Wie bereits erwähnt, handelt es sich dabei im Wesentlichen um Zeitkosten. Insbesondere familienökonomische Ansätze im Rahmen der Neuen Haushaltsökonomie, die eng mit den Arbeiten von Becker (u. a. 1981, 1960) verbunden sind, haben diesen zeitlichen Aspekt im Hinblick auf die Fertilität stark betont. Im 20. Jahrhundert stieg der Anteil des Sozialprodukts, der auf den Produktionsfaktor Arbeit entfällt, trotz sinkender Arbeitszeiten pro Kopf durch die rasch zunehmende Arbeitsproduktivität im langfristigen Trend an – Folge höherer Kapitalintensität, besseren Humankapitals und technischen Fortschritts (Fogel 1999).

Anders ausgedrückt sind die Lohnsätze relativ zum Pro-Kopf-Einkommen gestiegen. Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass zeitintensive Aktivitäten, wie die private Betreuung von Kindern, teurer geworden sind, und zwar relativ teurer als der Durchschnitt der übrigen Konsumgüter. Bei einer solchen Entwicklung ist es rational, den Verbrauch der übrigen Konsumgüter zu erhöhen und dafür, um das dafür notwendige Einkommen zu erzielen, mehr zu arbeiten. Hierdurch geht unter sonst gleichen Umständen gleichzeitig die Nachfrage nach zeitaufwändigen Aktivitäten wie der Kinderbetreuung zurück. Durch diesen einfachen Mechanismus könnte das säkulare Lohnwachstum die niedrigeren Geburtenraten erklären. Er wirkt noch verstärkt, wenn der Zeitaufwand, um die angestrebte Qualität der Kinder zu realisieren, zunimmt.

Da Kinderbetreuung in den Familien nach wie vor überwiegend Aufgabe der Mütter ist, muss bei Opportunitätskostenbetrachtungen die Situation der Frauen besonders in den Blick genommen werden. Mehrere Entwicklungen verdienen hierbei besondere Beachtung.

Erstens sind die durchschnittlichen Löhne von Frauen über einen langen Zeitraum hinweg betrachtet relativ stärker gestiegen als die Löhne von Männern. Eine zentrale Ursache hierfür ist das stark verbesserte Ausbildungsniveau der Frauen. In den meisten europäischen Ländern sind die durchschnittlichen Ausbildungszeiten von Frauen mittlerweile gleich hoch oder sogar höher als die von Männern. Anfang der 1970er Jahre betrug der Rückstand der Frauen je nach Land noch ein bis drei Ausbildungsjahre. Ursachen hinter dieser Entwicklung sind die allgemein gestiegenen Bildungsrenditen, aber auch veränderte gesellschaftliche Normen hinsichtlich der Stellung der Frau in Beruf und Familie.

Empirisch lässt sich der partielle Einfluss der Lohn- bzw. Bildungsentwicklung auf das Geburtenniveau allerdings schwierig isolieren. Welche Ausbildung für eine Frau optimal ist, hängt offensichtlich eng mit ihrem geplanten Arbeitsangebot zusammen. Das Arbeitsangebot ist wiederum nicht unabhängig von den geplanten und realisierten Kinderwünschen. Wenn Bildungs-, Arbeitsangebots- und Fertilitätsentscheidung sich wechselseitig beeinflussen, ist der Lohn eine endogene Variable. Haushalte können ihre Opportunitätskosten der Kindererziehung selbst beeinflussen. Kausale Wirkungen der

einzelnen Größen lassen sich dann empirisch nur identifizieren, wenn zusätzliche strukturelle Annahmen getroffen werden (Schulze, 2001).<sup>7</sup>

Zweitens sind, wenn man eine dynamische Perspektive einnimmt, mit dem steigenden Bildungs- und Lohnniveau auch die Kosten einer vorübergehenden Unterbrechung des Erwerbsverlaufs zur Kindererziehung deutlich gestiegen. Die langfristigen Opportunitätskosten, die dadurch entstehen, dass Mütter durch die mit der Mutterschaft verbundene (erwartete) Unterbrechung auf einen dauerhaft niedrigeren Karrierepfad gelangen, sind sehr viel höher als die Kosten durch den kurzfristigen Einkommensausfall (Beblo et al. 2009, Kunze und Ejrns, 2004)). Dieser Effekt könnte sich daran zeigen, dass Mütter, vor allem hochqualifizierte Mütter, ihre Erwerbsbiographie im Anschluss an eine Geburt in der Tendenz seltener oder kürzer unterbrechen als früher, obwohl die Möglichkeiten dazu im Rahmen der Familienpolitik mit dem Ziel der Geburtenförderung teilweise ausgebaut wurden.

Schließlich verwenden Frauen ihre Zeit nicht nur für Arbeit und Freizeit, sondern sind darüber hinaus in besonderer Weise in die Haushaltsproduktion eingebunden. Eine wichtige Komponente der Haushaltsproduktion in Familien ist die individuelle Kinderbetreuung. Ein um die Haushaltsproduktion erweitertes Arbeitsangebots-Konsummodell führt zu der Aussage, dass die Entscheidung über die Zeitverwendung der Frauen auch davon abhängig ist, wie gut und zu welchem Preis es möglich ist, Güter der Haushaltsproduktion durch am Markt gekaufte Güter auszutauschen. Je leichter dieser Austausch möglich ist, und je billiger die als Ersatz dienenden Güter, desto eher wird die Haushaltsproduktion zu Gunsten der Erwerbsarbeit zurückgefahren.

Angewendet auf den Fall der Kinderbetreuung bedeutet dies: Wenn außerhalb des Haushalts gute Möglichkeiten der Kinderbetreuung zur Verfügung stehen oder diese preiswerter werden, wird Erwerbsarbeit attraktiver. Die Opportunitätskosten der Kin-

---

<sup>7</sup> Für eine integrierte Analyse der komplexen und dynamischen Zusammenhänge zwischen Humankapitalbildung, Arbeitsangebot und Familienverlauf wären Lebenszyklusmodelle ideal. In diesen Modellen wird die Entwicklung der einzelnen Größen im Lebensverlauf auf Basis dynamischer Erwartungen bestimmt – zukünftige Entscheidungen können auch das heutige Verhalten bestimmen. Die empirische Umsetzung solcher Modelle ist allerdings äußerst komplex. Die meisten empirischen Studien auf Grundlage von Individualdaten gehen weit einfacher vor. Aussagen zum Zusammenhang zwischen Einkommen und Geburtenhäufigkeit auf mikroökonomischer Ebene sind darum nur vorbehaltlich als Kausalaussagen zu interpretieren. Diese Einschränkung gilt für die meisten der in Kapitel 4 erfassten Studien zu diesem Thema.



derbetreuung fallen und es entsteht ein Anreiz für mehr Geburten. Tatsächlich wurde das Betreuungsangebot für Kinder in vielen Ländern seit den 1970er Jahren ausgebaut. Möglichkeiten und Kosten externer Betreuung variieren international allerdings ganz erheblich, so dass dieser Faktor für unterschiedliche Geburtenniveaus mit verantwortlich sein könnte.

### **3.3.4 Verhandlungsmodelle**

Eine wesentliche Kritik des mikroökonomischen Grundmodells für das Geburtenverhalten richtet sich an die Behandlung des nutzenmaximierenden Haushaltes als Black Box. Den Angriffspunkt bildet die Entscheidungsfindung von Paaren (Ott, 1998, Pollack, 1985), für die Becker implizit annimmt, dass Mann und Frau in einer Beziehung deckungsgleiche Interessen haben. Die Frau begibt sich sogar freiwillig bei Maximierung des Gesamtnutzens in eine ungünstige Verhandlungsposition, nicht zuletzt deshalb, weil strategische Verhandlungen zwischen Partnern im einfachen Grundmodell gar nicht vorkommen. Darin verteilt ein altruistischer Haushaltsvorstand den gesamten Nutzen auf alle Mitglieder gerecht. Diese unrealistische Vereinfachung wird in sogenannten Verhandlungsmodellen (Ott, 1989, Lundbeck und Pollak, 1996) aufgehoben.

Ausgangspunkt dieser Modelle ist die These, dass Mann und Frau über die Aufgaben- und Ressourcenverteilung im Haushalt verhandeln. Dabei können Individuen die eigene und die Verhandlungsposition des Partners rational antizipieren (Ott, 2001). Anders als im mikroökonomischen Grundmodell zur Erklärung der Fertilität wird den partnerschaftlichen Entscheidungen kein Konsens zugrunde gelegt, sondern Verhandlungsprozesse auf der Basis individueller Interessen. Das Resultat von Verhandlungen ergibt sich dabei aus der relativen Verhandlungsmacht der einzelnen Partner.

Dieses Modell berücksichtigt, dass eine Spezialisierung der jeweiligen Partner auf bestimmte Tätigkeiten mit Humankapitalakkumulationen in diesem Bereich verbunden sind. So kann es kurzfristig durchaus vorteilhaft sein, wenn sich ein Partner (meist die Frau) ausschließlich der Familienarbeit widmet und die Erwerbsarbeit aufgibt, während der andere (meist der Mann) sich auf die Erwerbsarbeit konzentriert.

Allerdings sinken bei der Spezialisierung auf die Familienarbeit die Möglichkeiten der Frau, ein Erwerbseinkommen zu erzielen, weil das am Arbeitsmarkt verwertbare

Humankapital abnimmt. Das führt langfristig zu einer Reduktion ihres Nutzens, während sich für den durchgängig erwerbstätigen Mann keine Konsequenzen bezüglich des Nutzenniveaus ergeben. Diese Entwicklung wiederum wirkt sich auf die Verhandlungsmacht von Mann und Frau aus, das sich nun ungleichgewichtig zu lasten der Frau verschiebt, weil die Verhandlungsmacht stark von Alternativen, die ein Individuum außerhalb des Haushaltes hat, abhängt.

Per Annahme wird dieser Mechanismus im Modell von beiden Partnern antizipiert und im Entscheidungsprozess berücksichtigt. Insbesondere nach der Geburt eines Kindes ist es möglich, dass Frauen durch die Spezialisierung auf Familienarbeit unter ihr vorheriges Nutzenniveau zurückfallen. Wenn sie dies antizipieren, werden sie sich gegen die vollständige Spezialisierung und damit vielleicht auch gegen Kinder entscheiden.

Dieses Bestreben wird noch dadurch verstärkt, dass die Rendite auf haushaltsspezifisches Humankapital infolge der leichteren Substituierbarkeit von Haushaltsgütern durch Marktgüter sinkt. Auf der anderen Seite haben sie mit steigendem Bildungsniveau bessere Erwerbschancen, was den Nutzenverlust nach der Geburt durch Spezialisierung nochmals vergrößert und eine Entscheidung gegen Kinder forciert.

Allerdings besteht die Möglichkeit, eine einseitige erwerbsbezogene Schlechterstellung der Frauen zu kompensieren, wenn bereits vor der Geburt eines Kindes ein Vertrag zwischen den Partnern geschlossen werden kann, der die Verhandlungsstärke vor der Geburt garantiert. Dabei spielen vor allem implizite Verträge eine große Rolle, bei denen Aspekte von Vertrauen in den Partner und Zuversicht in die Stabilität der Beziehung bedeutsam ist. Die Entscheidung darüber wer sich um die Betreuung und Erziehung der Kinder kümmert und wer außerhäuslicher Erwerbstätigkeit nachgeht, muss dabei nicht zwangsläufig vom Geschlecht unter Berücksichtigung von Normen und Erwartungen abhängen, sondern womöglich auch von den Erwerbsbedingungen der Eltern vor der Geburt (Schulz und Blossfeld, 2006).

Obwohl es sich hier um Entscheidungen und Verhandlungsprozesse innerhalb von Partnerschaften handelt, besteht auch hier Raum für familienpolitische Leistungen, wie die Stärkung der Väterrolle durch das Elterngeld.

## **3.4 Soziologische Erklärungsansätze**

### **3.4.1 Wandel von Normen und Werten**

Soziologische Zugänge zur Erforschung der Fertilität betonen den verhaltenswirksamen Einfluss sozialer Rollen und Normen – Determinanten, die in der ökonomischen Theorie nur am Rande berücksichtigt werden. Auf den ersten Blick beruhen diese Einflussfaktoren nicht auf dem Prinzip der rationalen Nutzenmaximierung. Bei genauer Betrachtung kann Normenkonformität mit dem Ziel der Akzeptanz in einem bestimmten sozialen Umfeld auch als individuelle Verhaltensorientierung verstanden werden.

In der soziologischen Literatur wird dem Wandel der Familienform und dem Rollenverständnis von Mann und Frau im Verlauf der letzten Jahrhunderte besondere Bedeutung bei der Erklärung des Geburtenrückgangs beigemessen. In Europa gründen Ehepartner mit der Heirat einen neuen eigenen Haushalt, während in anderen Kulturen das Leben in großen Familienverbänden vorherrscht. Voraussetzung für die Familiengründung ist somit die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Ehepaares, was zu einem hohen Heiratsalter der Partner führt.

Zur vorindustriellen Familie gehörten neben der Kernfamilie (Vater, Mutter, Kinder) auch Mägde und Knechte. Die Familien waren durch hohe Fertilitätsraten und hohe Sterblichkeit gekennzeichnet, so dass die als heutiges Ideal gedachte Großfamilie, die aus mehreren Generationen besteht, kaum existierte (Mittauer und Sieder, 1991). Das Familienverhalten wurde im Wesentlichen durch das ökonomische Interesse und die Erfordernisse der Haushaltsproduktion geprägt. In der Produktionsstätte „Haus“ arbeiteten zwar alle Mitglieder der Familie zusammen, aber der Vater war das Familienoberhaupt und hatte weitreichende Rechts- und Strafbefugnisse für Frau, Kinder und Gesinde.

Erst mit der Industrialisierung wurde Haus- und Erwerbsarbeit örtlich getrennt, was als eine wesentliche Voraussetzung für die moderne Familienform gilt. Während in der Arbeiterschicht Frauen mit der Fabrikarbeit und der Versorgung des Haushaltes auch weiterhin eine Doppelrolle übernahmen, wurde die Rolle bei Frauen in der Bürgerschicht homogener. So waren sie vorrangig für die Schaffung eines harmonischen Heims verantwortlich. Auch die Rolle der Kinder änderte sich, indem sie nicht mehr als

unterstützende Arbeitskräfte herangezogen wurden. Mit steigendem Lohn übernahmen Arbeiterfamilien das bürgerliche Modell mit dem Ideal der nichterwerbstätigen Frau. So entstand die „traditionelle“ bürgerliche Kleinfamilie aus Vater, Mutter und Kindern. Obwohl diese in Deutschland eigentlich nur in den 1950er und 1960er mehrheitlich gelebt wurde, ist sie zu einem normativen Musterbild und zur „Normalfamilie“ stilisiert worden (Auer, 2000). Das besondere Merkmal ist die strenge Aufgabenverteilung: Der Vater verdient außerhalb den Lebensunterhalt, während der Mutter die Haushaltsführung und die Kindererziehung obliegt.

Ab den 1960er Jahren vollzog sich ein erneuter Wandel des Familienlebens. Die Hausarbeit beanspruchte infolge technischer Errungenschaften wie Waschmaschinen, Bügeleisen und Staubsauger immer weniger Zeit. Zudem entstand das Ideal des Bildungsbürgertums. Frauen sollten ihren Bildungshintergrund erweitern, um zunächst ihre Kinder besser erziehen und bilden zu können. Es kam zu einer Bildungsemanzipation der Frauen, die sich unter anderem an dem rasant steigenden Frauenanteil bei den Studierenden zeigte. Die Rollenaufteilung innerhalb des Familienhaushalts hat sich allerdings parallel dazu nicht geändert (OECD, 2004). Zwar streben Frauen immer höhere Bildungsabschlüsse an, mit der Heirat, spätestens mit der Geburt des ersten Kindes muss sie sich infolge der schlechten Vereinbarkeit von Beruf und Familie aus dem Erwerbsleben zurückziehen. Sie stehen vor der Entscheidung Familie oder Beruf.

Die fortschreitende Individualisierung hat auch Auswirkungen auf die Partnerschaft. Die Partnerschaften erhalten heute nicht mehr ihre Stabilität durch die ökonomische Abhängigkeit, stattdessen wird die persönliche Nähe stark hervorgehoben (Huinink und Wagner, 1998). Steigende Ansprüche an eine Partnerschaft und die Betonung individueller Bedürfnisse tragen zur Instabilität vieler Beziehungen bei, was sich nicht förderlich auf die Geburtenrate auswirkt. Zudem erscheinen Eheschließung und Familiengründung heute nicht mehr selbstverständlich, Ehe Sexualität und Reproduktion sind entkoppelt.

Vor dem Hintergrund der gleichwertigen Ausbildung von Frauen und Männer sowie der zunehmenden Individualisierung erscheint eine strikte Rollenteilung heute nicht mehr zeitgemäß. Frauen sehen sich nicht mehr nur in der Mutterrolle, sondern streben als qualifizierte Kräfte auf den Arbeitsmarkt. Diese Entwicklung erfordert eine emanzi-

pierte Aufteilung der inner- und außerhäuslichen Aufgaben. Bisher erschweren Strukturen der Arbeitswelt, institutionelle und gesellschaftliche Arrangements die Umsetzung eines egalitären Rollenmodells. Solche Hindernisse stellen beispielsweise mangelnde Möglichkeiten der außerhäuslichen Kinderbetreuung, die Ausgestaltung der Steuer- und Sozialsysteme aber auch unflexible Arbeitszeiten sowie geschlechtsspezifische Segregation und Lohnunterschiede dar.

Ein weiterer Aspekt zur Erklärung des Geburtenrückgangs ist die verlängerte Lebenszeit, die bei Frauen heute im Durchschnitt um 35 Jahre höher ist als in der Mitte des 19. Jahrhunderts (Livi-Bacci, 1973). Das hat zur Folge, dass Frauen nach dem Erwachsenwerden ihrer Kinder heute noch viele Jahre ohne die Aufgabe der Kindererziehung erleben. In dieser Zeit gehen Frauen heute häufig einer Erwerbstätigkeit nach, was sich wiederum auf die Erwerbsorientierung und die Bildungsziele junger Frauen auswirkt. Insbesondere qualifizierte Frauen schieben den Zeitpunkt der ersten Geburt immer weiter auf, um zunächst einmal ihre beruflichen Ziele zu verwirklichen und eine gesicherte Position auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen, zu der nach möglichen Erziehungszeiten wieder zurückgekehrt werden kann (Herlyn und Krüger, 2003).

Insgesamt lässt sich ein enger Zusammenhang zwischen dem Rückgang der Geburtsraten und einem Wertewandel herstellen, der sich in allen europäischen Ländern in verschieden starker Ausprägung vollzogen hat. Dabei sind die Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes sowie der Familien- und Sozialpolitik für den individuellen Umgang mit dem Wertewandel entscheidend.

### **3.4.2 „Value-of-Children“-Konzept**

Das Konzept des „Value-of-Children“ geht auf Arbeiten von Hoffman und Hoffman (1973) zurück. Dieser Ansatz ist den mikroökonomischen Modellen zur Erklärung des Geburtenverhaltens sehr ähnlich, rückt allerdings den Nutzen bzw. den Wert von Kindern für Eltern stärker in den Vordergrund. Der „Wert von Kindern“ wird hier als zentrale Determinante des Geburtenverhaltens verstanden, die in Abhängigkeit von gesellschaftlichem Wandel und sozial-kulturellen Umfeld variiert. Dabei wird das Geburtenverhalten durch individuelle Entscheidungen unter restriktiven Rahmenbedingungen

erklärt und wie im mikroökonomischen Modell nutzenmaximierendes Verhalten angenommen.

Der Wert von Kindern wird von Hoffman und Hoffman (1973) zunächst in neun verschiedene Komponenten zerlegt:

- Erwachsenenstatus und soziale Identität,
- Fortleben der eigenen Person in den Kindern,
- Religiöse, ethnische und soziale Normen,
- Familiäre Bindungen,
- Suchen neuer Erfahrungen,
- Kreativität und Leistung,
- Macht und Einfluss,
- Sozialer Vergleich und Wettbewerb,
- Ökonomischer Nutzen.

Diese Kategorien und weitere Determinanten, wie Kosten der Kinder, Hürden, Anreize und alternative Quellen des Werts von Kindern, werden in ein Modell integriert. Kosten entstehen den Eltern sowohl direkt (finanzielle Kosten) als auch indirekt durch den Verzicht auf andere Güter (Opportunitätskosten). Als Hürden werden Faktoren verstanden, die die Realisierung des angestrebten Werts von Kindern erschweren, wie die Krankheit der Mutter oder eine schlechte Wohnsituation. Im Gegensatz dazu erleichtern Anreize, wie z.B. die Unterstützung der Familie, ausreichender Wohnraum oder eine positive Einstellung zum Kind, es den Eltern den Wert von Kindern zu erreichen.

Der „Value-of-Children“-Ansatz wurde entwickelt, um Geburtsentscheidungen interkulturell zu vergleichen. Dies ist möglich, indem für verschiedene Länder bzw. Kulturkreise unterschiedliche Kosten, Hürden, Anreize, aber auch Werte von Kindern angenommen werden.

In einem nächsten Schritt wird die allgemeine Theorie sozialer Produktionsfunktionen integriert. Diese auf Adam Smith zurückgehende Theorie beinhaltet die Annahme, dass Individuen sowohl soziale Anerkennung als auch physisches Wohlbefinden maximieren wollen (Lindenberg, 1990). Ersteres steht für positive Rückmeldungen aus dem sozialen Umfeld, während letzteres die Sicherung des (physischen) Überlebens und die Steigerung des Wohlbefindens umfasst. Beide Grundbedürfnisse können von einem Individuum nicht direkt befriedigt werden, sondern nur über die Bereitstellung verschiedener Produktionsfaktoren (Zwischengüter).

Das „Value-of-Children“-Konzept klärt nun, unter der Annahme von nutzenmaximierendem Verhalten, in welcher Art und Weise Kinder als Zwischengüter in der sozialen Produktionsfunktion der (potentiellen) Eltern zur Verbesserung ihrer sozialen Anerkennung und ihrem physischen Wohlbefinden dienen. Dabei werden die Entscheidungen immer vor dem Hintergrund spezifischer wahrgenommener Rahmenbedingungen getroffen.

Eine Systematisierung des Zusammenhangs zwischen dem Wert von Kindern und der sozialen Produktionsfunktionen hat Kohlmann (2000) in enger Abstimmung mit der Kategorisierung des Nutzens von Kindern bei Leibenstein (1974) vorgenommen:

- Kinder können einen eigenen Beitrag zur Haushaltsproduktion leisten und sind insofern produktive und nicht nur konsumtive Güter. Dies kann kurzfristig durch die Besteuerung von Erwerbseinkommen und die Mithilfe im elterlichen Haushalt sowie langfristig durch die Mitwirkung bei der Absicherung gegen die Lebensrisiken der Eltern geschehen. Generell wird dieser Nutzen besonders dann zum Tragen kommen, wenn Ausbildungsinvestitionen gering sind und Kinder relativ früh Kinderarbeit verrichten können. In Bezug auf die Absicherung steigt die Bedeutung von Nachkommen, wenn in einer Gesellschaft zur intergenerativen Absicherung keine institutionellen Alternativen vorgesehen sind. Wie bereits von Leibenstein (1974) festgestellt, umfasst der Nutzen bzw. der Wert von Kindern für die Verbesserung des physischen Wohlbefindens einen möglichen Einkommensnutzen und einen Versicherungsnutzen.

- Kinder können direkt und indirekt zur Optimierung der sozialen Anerkennung von Eltern dienen. Indirekt geschieht dies, indem sie Beziehungen zu Dritten intensivieren oder zusätzlich bewirken. So können beispielsweise durch die Elternschaft neue Kontakte zu Eltern entstehen oder die Beziehung zu den Schwiegereltern und den eigenen Eltern verbessert werden. Dieser Statusgewinn kann durch die Geburt eines Kindes (mit einem bestimmten Geschlecht) oder über die Anzahl von Nachkommen steigen. Darüber hinaus können Kinder auch direkt die soziale Anerkennung erhöhen. Durch sie wird eine einzigartige enge, lebenslange selbstbindende soziale Beziehung geschaffen.

Zur Veranschaulichung lassen sich die vier Nutzenkomponenten wie in Tabelle 3 darstellen:

**Tabelle 3: Wert von Kindern in der sozialen Produktionsfunktion**

	Physisches Wohlbefinden	Soziale Anerkennung
Kurzfristig	Einkommensnutzen	Statusgewinn
Langfristig	Versicherungsnutzen	Emotionaler Nutzen

In einer Gesellschaft, in der der Einkommens- und Versicherungsnutzen hoch bewertet wird, sind viele Nachkommen von Vorteil. Im Gegensatz dazu ist es keine effiziente Strategie, möglichst viele Kinder zu haben, wenn zusätzliche soziale Beziehungen hoch geschätzt werden, denn diese steigen nicht linear mit der Kinderzahl.

Insgesamt ist es unklar, ob Statuszugewinne durch Kinderlosigkeit, durch einfache Elternschaft und durch Kinderreichtum zustande kommen. Dies ist stark von der im sozialen Umfeld vorherrschenden Kinderzahl abhängig. Allerdings kann davon ausgegangen werden, dass Normen bezüglich der Anzahl an Nachkommen nicht zufällig entstehen. So wird wahrscheinlich der Statuszugewinn durch viele Kinder gerade in einer Umgebung besonders ausgeprägt sein, in der Kinderreichtum auch eine effiziente Strategie zur Steigerung des physischen Wohlbefindens darstellt.



Im Umkehrschluss wird Kinderlosigkeit in einem sozialen Umfeld vorherrschen, in dem gerade Kinderlose im Wettbewerb um knappe Ressourcen im Vorteil sind. Wenn der emotionale Nutzen von Kindern ebenfalls hoch bewertet wird, dann sieht die effiziente Strategie eher weniger Geburten vor, da auch dieser Nutzen sich nicht über die Anzahl an Nachkommen kumuliert, wohl aber die ökonomischen Kosten. Psychische Befriedigung können auch ein oder zwei Kinder verschaffen.

Wie schon im Rahmen der mikroökonomischen Modelle zur Erklärung der Fertilität ist die wichtigste Restriktion bezüglich des Besitzes von Kindern die jeweiligen relativen Kosten des Aufwachsens. Diese werden sowohl durch die Preise für die Aufwendungen als auch durch die Länge der Zeit, die für diese Aufwendungen aufgebraucht werden muss, bestimmt. Dabei lässt sich das physische Wohlbefinden durch Nachkommen stärker im großräumigen sozialen Umfeld mit ausgebauten staatlichen Bildungsinstitutionen (geringe Ausbildungskosten) und kurzen Ausbildungszeiten steigern. Im Gegensatz dazu wird die soziale Anerkennung durch Kinder von kleinräumigen Faktoren beeinflusst, wie dem Vorhandensein von sozialen Netzwerken, die ein psychisch unbelastetes und konfliktfreies Aufwachsen der Kinder ermöglicht (Nauck 1989).

Inwieweit Kinder als Zwischengüter zur Steigerung des physischen Wohlbefindens und sozialer Anerkennung dienen, wird auch durch die individuellen Ressourcen (potentieller) Eltern in Form von ökonomischen und Humankapital bestimmt. Bei geringer Ressourcenausstattung werden die kurzfristigen Nutzenerwartungen an die Kinder stärker ausgeprägt sein als die langfristigen.

So ist die Wertschätzung des Einkommensnutzens von Kindern umso ausgeprägter, je geringer die Ressourcen der Eltern sind, weil gerade dann alternative Quellen der Nutzensteigerung nur schwer zugänglich sind. Die Kinderzahl ergibt sich hier aus Alternativlosigkeit. Dieser Effekt bleibt auch ohne sozialpolitische Maßnahmen, wie beispielsweise Kompensationszahlungen für die Kindererziehung, bestehen. Die Bewertung des Versicherungsnutzens nimmt unmittelbar mit steigendem ökonomischem Kapital und mittelbar mit dem Humankapital ab, wobei insbesondere ersteres bessere Absicherungsmöglichkeiten gegen Krankheit und Alter bietet als das Aufziehen von Nachkommen. Der Nutzen aus dem Statuszugewinn durch Kinder sinkt mit steigendem Kapital ebenfalls, weil alternative Quellen der Nutzensteigerung zugänglich sind. Aller-

dings wird dieser Nutzenabfall geringer ausfallen als beim Versicherungs- und Absicherungsnutzen, weil der Aufbau alternativer Beziehungen außerhalb der Familie zeitaufwendiger ist und somit der Schattenpreis dieser Kontakte höher ausfällt. Beim emotionalen Nutzen durch Kinder hat bereits Leibenstein (1957) festgestellt, dass dieser unabhängig von den individuellen Ressourcen der Eltern ist.

Insgesamt zeigt der „Value-of-Children“ für westeuropäische Länder und Nordamerika, dass eigene Kinder in der sozialen Produktionsfunktion keine effizienten Zwischengüter sind, wenn im Vordergrund die Optimierung des physischen Wohlbefindens steht. Wie bereits erwähnt, können Kinder nicht in nennenswerten Umfang zum Familieneinkommen beitragen. Eine Versicherung gegen Lebensrisiken entspricht eher dem Subsidiaritätsprinzip: Die Versicherung durch Kinder greift erst, wenn alle anderen institutionellen Sicherungssysteme ausfallen.

Ein differenziertes Bild ergibt sich bei der Optimierung der sozialen Anerkennung durch Kinder. Ein soziales Umfeld, in dem eher Kinderlosigkeit herrscht und somit Kinder beim Aufbau von Beziehungen hinderlich sind, wird die Geburt und das Aufziehen von Kindern nicht hoch bewerten, so dass der Statuszugewinn durch Kinder geringer ausfällt. Andererseits ist die Effizienz von Generationenbeziehungen für die Steigerung des emotionalen Nutzens außerordentlich hoch.

### **3.4.3 Theorie der biographischen Festlegung**

Im Vordergrund der Theorie der biographischen Festlegung (Birg und Koch, 1987; Birg et al. 1991) steht der individuelle Lebensverlauf, sowohl dessen bisheriger Verlauf als auch dessen mutmaßliche künftige Entwicklung. Diese individuelle Biographie setzt sich aus einer relativ kleinen Anzahl von Teilbiographien zusammen, wobei Wohn-, Erwerbs-, und die Familienbiographie besonders herauszuheben sind. Jede dieser Einzelbiographien besteht wiederum aus biographischen Bausteinen, wie beispielsweise Geburt, Tod, Heirat, Scheidung, Wiederheirat, Kindgeburt, die zur Familienbiographie gehören.

Die Kombination der verschiedenen Teilbiographien und Bausteine führt zu einer Vielzahl biographischer Abläufe, die allerdings durch bereits getroffene Festlegungen und Entscheidungen eingeschränkt wird. Die Geburt eines Kindes stellt nun eine außer-

ordentlich bedeutsame Einschränkung des Möglichkeitsraums dar, denn sie verändert im Unterschied zu „einfachen“ Alltagsentscheidungen den Verlauf des Lebens und ist zudem irreversibel (Burkart, 1994). Damit ist die Entscheidung für ein Kind mit hohen biographischen Opportunitätskosten verbunden.

Dies gilt natürlich nur, wenn es nennenswerte alternative Biographieentwürfe gibt. Nun ist davon auszugehen, dass sich mehr Alternativmöglichkeiten im Verlauf der historischen Entwicklung ergeben haben, vor allem für Frauen. Ein Beispiel wäre die verstärkte freiwillige (ohne ökonomischen Zwang) Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben. Insbesondere für hochqualifizierte Frauen ist die Erwerbstätigkeit eine Alternative zur Familiengründung, die höhere gesellschaftliche Anerkennung und Befriedigung verspricht. Als Folge werden biographische Entscheidungen bezüglich Partnerschaft und Familiengründung zeitlich verschoben oder ganz aufgehoben, was unter sonst gleichen Umständen insgesamt zu einer Verringerung der Geburtenzahlen führt.

Erwähnt sollte noch werden, dass biographische Entscheidungen und insbesondere Fertilitätsentscheidungen nicht an einem bestimmten Zeitpunkt getroffen werden, sondern sukzessive im Zeitverlauf. Dabei spielen Erfahrungen aus dem bisherigen Lebenslauf eine bedeutende Rolle. So fällt allgemein die Entscheidung für ein zweites Kind leichter als für das erste, weil weniger zusätzliche Festlegungen bezüglich der Partnerschaft oder der Erwerbstätigkeit getroffen werden müssen. Vor allem die Geburt des ersten Kindes ist biographisch riskanter als eine Familienerweiterung.

### **3.5 Schlussfolgerungen**

Der Überblick über die verschiedenen Erklärungsansätze verdeutlicht die Komplexität der Fertilitätsentscheidung. Die ökonomischen Modelle nehmen dabei eine dominante Rolle bei der Erklärung des generativen Verhaltens ein, nicht trotz, sondern vielleicht gerade wegen der umfangreichen Kritik, die an ihnen geübt wird. Insbesondere die Neue Haushaltsökonomie bietet aufgrund ihrer eindeutigen und sparsamen Modellierung zwangsläufig eine breite Angriffsfläche für detailbezogene Kritik.

So sind einige theoretische Prämissen zu stark vereinfachend, wie die Annahme konstanter Präferenzen, die exogen in das Modell eingeführt werden, und deren Entste-

hung unklar bleibt. Bereits angesprochen wurde die Kritik bezüglich der unzureichenden Betrachtung von Eltern als zwei Akteure, die nicht unbedingt gleichgerichtete Interessen haben müssen. Zudem finden im ökonomischen Modell Entscheidungen auf der Basis vollkommener Informationen statt, was ebenfalls realitätsfern ist.

Trotz dieser Kritikpunkte hat der ökonomische Modellrahmen lohnende Impulse für die soziologische Diskussion geliefert, indem sie unterschiedliche Bedeutungen von Kindern für (potentielle) Eltern herausarbeitet. Dabei legen sowohl die soziologischen als auch die ökonomischen Theorien der Entscheidung eine Kosten-Nutzen-Abwägung zugrunde. Während bei den soziologischen Theorien, wie beim „Value-of-Children“-Konzept, der Nutzen bzw. der Wert von Kindes sowie deren Wandel im historischen Zeitverlauf im Vordergrund stehen, werden bei den ökonomischen Theorien die Kosten von Kindern detaillierter thematisiert.

Auf aggregierter Ebene helfen die skizzierten Modelle zu verstehen, welche Faktoren in der langen Frist den allgemeinen Rückgang der Geburtenraten erklären können. So zeigen die soziologischen Modellen, dass der Einkommens- und Versicherungsnutzen von Kindern vor dem Hintergrund existierender staatlicher Sicherungssysteme in reichen Industrienationen nahezu unbedeutend ist. Auch in entwickelten Ländern wird mit dem Ausbau von sozialstaatlichen Strukturen eine ähnliche Entwicklung stattfinden.

Die ökonomischen Modelle machen im Wesentlichen die gestiegenen Kosten von Kindern für den Geburtenrückgang verantwortlich. In reichen Industrienationen wird vergleichsweise mehr Wert auf Bildung gelegt, was zu (i) einem höheren allgemeinen Lohnniveau, (ii) höheren Opportunitätskosten für Eltern und (iii) höheren Ausgaben für die Ausbildung des Kindes führt. In entwickelten Ländern sind infolgedessen die Eltern motiviert, eine zusätzliche Geburt („Quantität“) durch die Investition in die Bildung der Kinder („Qualität“) zu substituieren, was bedeutet, dass die Fertilitätsrate negativ im Zusammenhang mit dem Entwicklungsgrad der Volkswirtschaft steht.

Auf mikroökonomischer Ebene erklären die Modelle die Unterschiede beim individuellen Geburtenniveau mit Unterschieden in persönlichen Merkmalen und Präferenzen. Einflussreiche ökonomische Determinanten der Entscheidung für oder gegen Kinder sind insbesondere die Lohnsätze der Eltern und die davon abhängenden (Opportunitäts-)Kosten der Kindererziehung sowie das Nettoeinkommen.

Diese ökonomischen Determinanten legen auch offen, welche Rahmenbedingungen des Geburtengeschehens durch den Staat prinzipiell beeinflusst werden können. In den meisten Industrienationen existiert ein umfangreiches familienpolitisches Instrumentarium, mit dem Eltern im Vergleich zu kinderlosen Haushalten materiell besser gestellt werden. Neben dem unmittelbaren finanziellen Nachteilsausgleich für Familien ist ein dahinter stehendes Ziel vielfach, die individuelle Geburtenentscheidung positiv zu beeinflussen und so die gesellschaftliche Geburtenrate zu erhöhen. Das eingesetzte Instrumentarium lässt sich wie folgt kategorisieren:

- Maßnahmen zur Gewährleistung des Existenzminimums für das Kind. Hierbei soll sichergestellt werden, dass die Familie über genügend monetäre Mittel verfügt, um der Erziehung der Kinder nachzukommen, sodass die Kinder nicht unter der möglichen Armut der Eltern leiden. Typische Instrumente sind einkommensunabhängige Transferleistungen wie zum Beispiel das Kindergeld sowie Zusatzzahlungen an Familien mit niedrigem Einkommen. Solche Maßnahmen wirken über den „Qualitäts-Quantitäts-Trade off“.
- Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hierzu gehören etwa die öffentliche Förderung von Kindertageseinrichtungen und Kinderbetreuung, Prämien für erwerbstätige Eltern, oder die gesetzliche Absicherung des Arbeitsplatzes bei einer Inanspruchnahme von Elternzeit. Diese Instrumente wirken über die Veränderung der Opportunitätskosten der Kindererziehung. Da Familien mit höherem Einkommen tendenziell auch höhere Opportunitätskosten haben, gehören Familienkomponenten in der Einkommenssteuer mit progressiver Entlastungswirkung ebenfalls in diese Kategorie.
- Maßnahmen zur Übertragung der mit Kindern verbundenen hohen Risiken (etwa Bereitstellung öffentlicher Gesundheitsvorsorge) oder hohen Kosten (etwa Bereitstellung öffentlicher Bildung) auf die Gesellschaft. Diese Instrumente tragen dazu bei, für Familien die gemäß den sozialen Normen mindestens erforderlichen Mittel zur wirtschaftlichen Absicherung einer Familiengründung sicherzustellen. Dies ist der bereits von Malthus betonte Wirkungskanal.

Anhand dieser Auswahl an familienpolitischen Leistungen wird deutlich, dass der Hebel dieser Maßnahmen die Veränderung der Kostenseite ist. Dahinter steht die Annahme bzw. die Vorstellung, der Kinderwunsch ist eigentlich allen Menschen inne.

In soziologisch geprägten Fertilitätsmodellen wird der „Kinderwunsch“ nicht als eine anthropologische Konstante betrachtet, die bei allen Menschen natürlich vorliegt und nur durch widrige Umstände (insbesondere hohe Kinderkosten) „verschüttet“ ist (Nauck, 2007). Kinder können ihren Eltern einen Nutzen bieten, indem sie neue Beziehungen zu Dritten (beispielsweise zu anderen Eltern) oder bestehenden Beziehungen intensivieren.

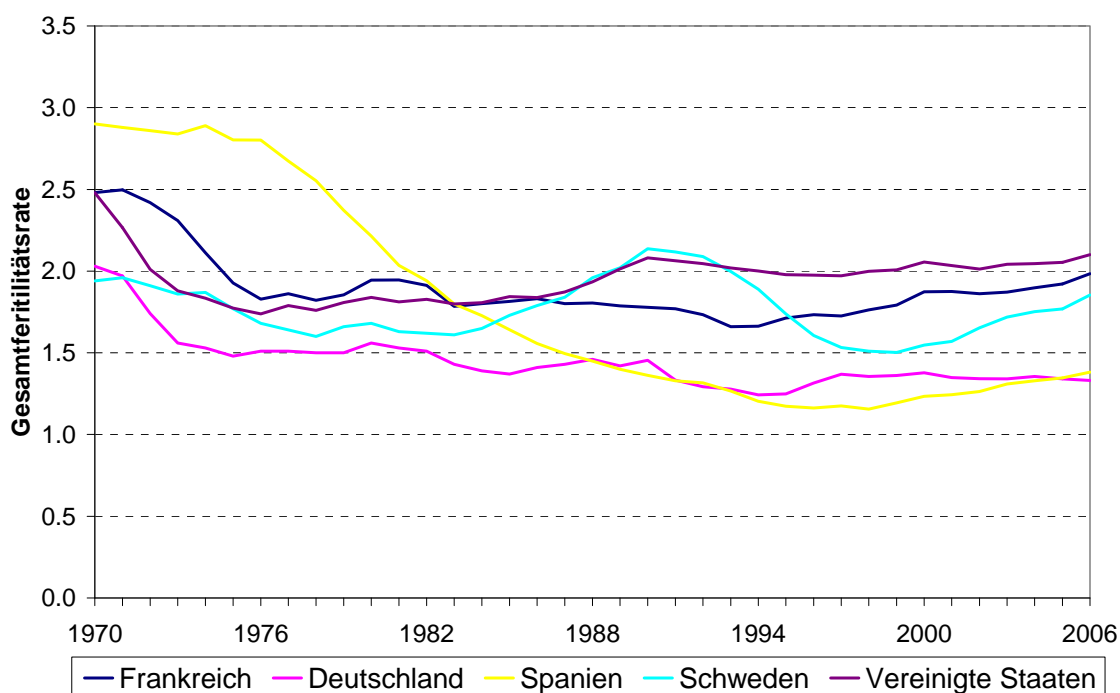
Diesen Aspekt können familienpolitische Leistungen nicht direkt beeinflussen. Wenn Kinder allerdings in Gesellschaften wieder „alltäglicher“ sind, wird auch die individuelle Bedeutung von Kindern ausgeprägter sein.

## 4 Rahmenbedingungen der Geburtenentwicklung im Ländervergleich

### 4.1 Einleitung

Obwohl sich die Länder Westeuropas und Nordamerikas auf einem relativ ähnlichen Entwicklungsniveau befinden und der langfristige Wachstumstrend seit den 1970er Jahren insgesamt genommen relativ ähnlich verlief, haben sich die Fertilitätsraten in den letzten Jahrzehnten stark unterschiedlich entwickelt. Abbildung 2 illustriert die Entwicklung der zusammengefassten Geburtenziffer, also der durchschnittlichen Zahl von Geburten je Frau im gebärfähigen Alter für einige ausgewählte Länder<sup>8</sup>.

**Abbildung 2: Entwicklung der Zusammengefassten Geburtenziffer 1970-2006 in ausgewählten Ländern**



Quelle: OECD Family Database.

<sup>8</sup> Laut OECD Family Database unterscheidet sich die Definition für Frauen im gebärfähigen Alter zwischen den OECD-Ländern. In manchen Ländern gelten Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren als gebärfähig, in anderen Ländern Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren.

Unterschiede zeigen sich sowohl beim Ausmaß als auch beim Zeitpunkt des Geburtenrückgangs seit 1970. Die zusammengefasste Geburtenziffer liegt 1970 in Deutschland, Frankreich und den Vereinigten Staaten zwar auf einem unterschiedlichen Niveau, die Geburtenentwicklung in den darauf folgenden Jahren verläuft aber zunächst ähnlich. Die Geburtenrate fällt in der ersten Hälfte der 1970er Jahre stark ab und stabilisiert sich anschließend in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts.

Die weitere Entwicklung dieser Länder verläuft jedoch unterschiedlich. In Deutschland geht, abgesehen von kleineren Schwankungen, die Geburtenrate in zwei Schritten weiter zurück: Im Durchschnitt der 1980er Jahre erreicht das Niveau der Zusammengefassten Geburtenziffer zunächst knapp 1,5 Kinder pro Frau. Im Durchschnitt der Jahre seit 1990 liegt die zusammengefasste Geburtenziffer dann um 1,4. In den Vereinigten Staaten und Frankreich tritt dagegen eine Erholung ein. Diese beginnt in den Vereinigten Staaten bereits etwa Mitte der 1980er Jahre und führt zurück auf Geburtenzahlen, die das Reproduktionsniveau sichern. Seit Anfang der 1990er Jahre bleibt die zusammengefasste Geburtenrate dann bei Werten oberhalb von 2 Kindern pro Frau stabil. In Frankreich setzt der Aufschwung der Geburtenraten deutlich später ein, der Umschwung erfolgt erst in der ersten Hälfte der 1990er Jahre. Seitdem zeigen die zusammengefassten Geburtenziffern einen recht stark positiven Trend, auch wenn das für den Erhalt des Bevölkerungsbestands erforderliche Niveau bisher noch nicht wieder erreicht wurde.

Ein besonderer Verlauf der Geburtenentwicklung zeigt sich in Spanien und Schweden. In Spanien bleibt die Geburtenhäufigkeit bis weit in die 1970er Jahre hoch – mit Gesamtfertilitätsraten weit über dem Reproduktionsniveau. Danach vollzieht sich über fast drei Jahrzehnte ein stetiger Rückgang der Geburtenhäufigkeit, an dessen Ende das Land mit 1,2 Kindern pro Frau eines der weltweit niedrigsten Geburtenniveaus aufweist. Erst seit Ende der 1990er Jahre ist eine leichte Erholung feststellbar. Zuletzt lagen die Geburtenraten annähernd auf dem – niedrigen – deutschen Niveau.

In Schweden lassen sich mehrere Besonderheiten ausmachen. Erstens verlief der Abfall der Geburtenhäufigkeit Anfang der 1970er Jahre im internationalen Vergleich relativ moderat. Zweitens zeigt der Verlauf der zusammengefassten Geburtenziffern in den zurückliegenden vier Jahrzehnten ausgeprägte Wellenbewegungen. Drittens stiegen



die zusammengefassten Geburtenziffern Anfang der 1990er Jahre vorübergehend nicht nur wieder über das Reproduktionsniveau, sondern überschritten sogar das Ausgangsniveau der 1970er Jahre. Nach diesem Höhepunkt folgte allerdings ein rascher Rückgang, der das Land in nur einem Jahrzehnt auf den historischen Tiefststand von 1,5 Kindern pro Frau brachte. In jüngster Zeit ist allerdings wieder ein starker Aufschwung zu erkennen.

Der internationale Vergleich wirft die Frage auf, welche Faktoren die unterschiedliche Entwicklung des Geburtengeschehens in diesen Ländern treiben. Wie die konzeptionellen Überlegungen im vorangegangenen Kapitel gezeigt haben, sind dabei neben Unterschieden in den normativen Vorstellungen der Bevölkerung zu Ehe und Familie vor allem wirtschaftliche Faktoren bedeutsam. Aus wirtschaftspolitischer Perspektive ist hierbei vor allem die Wirkung der institutionellen Rahmenbedingungen, wie z.B. der Familienpolitik, zu beachten.

Unsere zentrale Hypothese lautet, dass es einigen Ländern offenbar besser als anderen gelungen ist, ihre institutionellen Rahmenbedingungen so zu gestalten bzw. anzupassen, dass ein vergleichsweise hohes Geburtenniveau erreicht wird. Dieses Kapitel diskutiert für die vier hier gewählten internationalen Beispiele, inwieweit das unterschiedliche Geburtenverhalten auf ökonomische und institutionelle Faktoren zurückzuführen ist.

Der Vergleich der ausgewählten Länder ist besonders aufschlussreich, da Spanien, die Vereinigten Staaten, Schweden und Frankreich unterschiedliche wohlfahrtsstaatliche Typen repräsentieren (Esping-Andersen (1990), Ferrera (1996)):

- Spanien steht stellvertretend für den *südeuropäisch-mediterranen* Wohlfahrtsstyp. Der Wohlfahrtsstaat ist in dieser Region eher spät entstanden und daher vergleichsweise rudimentär angelegt. Staatliche Leistungen werden eher klientelorientiert vergeben, Märkte sind relativ stark reguliert. Da die staatliche Umverteilung wenig ausgeprägt ist, hat die Familie als Institution der sozialen Sicherung relativ hohe Bedeutung.
- Die Vereinigten Staaten repräsentieren den *liberalen* Wohlfahrtsstaat, in dem der Markt weitgehend die Wohlfahrt und Versorgung der Bevölkerung regelt.

Sozialpolitische Interventionen kommen selten vor. Der Staat übernimmt die ordnungspolitische Lage, die Eigenverantwortung zu stärken und die Märkte zu stabilisieren.

- Schweden ist nach wie vor ein Beispiel für das *sozialdemokratische* Wohlfahrtsmodell. Der Staat übernimmt eine weitreichende Versorgung der Bürger und garantiert einen bestimmten Lebensstandard. Ansprüche an Sozialleistungen sind eher unabhängig vom Erwerbsstatus. Mittels Umverteilung sorgt der Staat für eine breite Versorgung der Bevölkerung mit sozialen Leistungen und Diensten.
- Frankreich schließlich steht – wie Deutschland – für den *konservativen* Wohlfahrtsstaat. Der Staat ist hier auf Erhalt des auf dem Arbeitsmarkt erworbenen Status ausgerichtet. Es dominieren einkommensbezogene Sozialleistungen. Ergänzend bietet der Staat Unterstützung für Personen, die nicht eigenverantwortlich für sich selbst sorgen können, ist aber darauf bedacht, die Marktmechanismen zur Belohnung von Leistungen nicht auszuhebeln.

Diese wohlfahrtsstaatlichen Arrangements werden durch relativ stabile normative Präferenzen in den Bevölkerungen gestützt. Sie prägen auch die familienpolitisch bedeutsamen Institutionen. Dies heißt allerdings nicht, dass sich die Geburtenverhältnisse innerhalb von Ländergruppen mit vergleichbaren wohlfahrtsstaatlichen Prinzipien gleich entwickeln. So zeigen sich etwa zwischen den nordischen Ländern (sozialdemokratisches Modell), zwischen den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich (liberales Modell) oder zwischen Frankreich und Deutschland (konservatives Modell) erhebliche Unterschiede in der Geburtenentwicklung. Dennoch ist die hier vorgenommene Klassifikation eine nützliche Systematisierung, um aus einem Ländervergleich grundlegende Anforderungen an ein Geburten förderndes Umfeld herauszuarbeiten.

Die folgenden Abschnitte zeigen als ersten Schritt anhand von individuellen Länderbeispielen Zusammenhänge zwischen sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen und der Geburtenentwicklung auf. Jedes Länderkapitel startet mit einer Analyse ausgewählter Indikatoren der Geburtenentwicklung und -struktur. Das zweite Element ist ein Überblick über die ökonomischen Restriktionen, unter denen die Geburtenentscheidungen fallen. Hierzu gehören vor allem die Möglichkeiten der Müttererwerbstätigkeit und

die familienbezogenen Leistungen. In einem dritten Teil fassen wir die vorhandenen empirischen Erkenntnisse über den Zusammenhang von länderspezifischen Institutionen und Fertilitätsniveau zusammen.

Berücksichtigt werden hierbei nur Studien, die modernen Standards kausalanalytischer empirischer Wirkungsforschung genügen. Unsere Anforderung ist, dass die Studien mit quasi-experimentellen Designs auf mikroökonomischer Ebene operieren. Dies bedeutet, dass die Analysen die kontrafaktische Frage, welches Ergebnis ohne die zu evaluierende Maßnahme oder Institution erreicht worden wäre, durch Vergleich mit den Ergebnissen einer geeigneten Kontrollgruppe messen, die quasi nur zufällig nicht von der Maßnahme erreicht wird.

Dieser strenge Maßstab führt zu einer vergleichsweise geringen Zahl auswertbarer Studien. Im Bereich der familienbezogenen Maßnahmen ist kausalanalytische empirische Wirkungsforschung nämlich überdurchschnittlich schwierig. Dies liegt erstens an den langsamen Verhaltensreaktionen, da die Entscheidungen über das individuelle Geburtenverhalten in einer Lebensverlaufsperspektive fallen. Zweitens haben die Maßnahmen in diesem Bereich häufig universellen Charakter, stehen also allen Familien offen, was eine Kontrollgruppenbildung erschwert. Schließlich wirken Maßnahmen oft nicht isoliert, sondern im Geflecht mit einem ganzen anderen Bündel anderer Maßnahmen. Dies erschwert die Gewinnung empirisch fundierter Aussagen über die kausale Wirkung einzelner Maßnahmen.

## 4.2 Spanien

Spanien bildet als südeuropäisch-mediterraner Wohlfahrtstyp ein System ab, das Familien unter den für diese Studie ausgewählten Beispielfällen die geringsten familienbezogenen Leistungen bietet. Zudem ist der Arbeitsmarkt stark polarisiert: neben einem Arbeitsmarktsegment mit hohen Hürden beim Eintritt in eine Beschäftigung steht ein Arbeitsmarkt mit sehr hoher Beschäftigungsunsicherheit und vielen befristeten Arbeitsverhältnissen.

### 4.2.1 Geburtenentwicklung

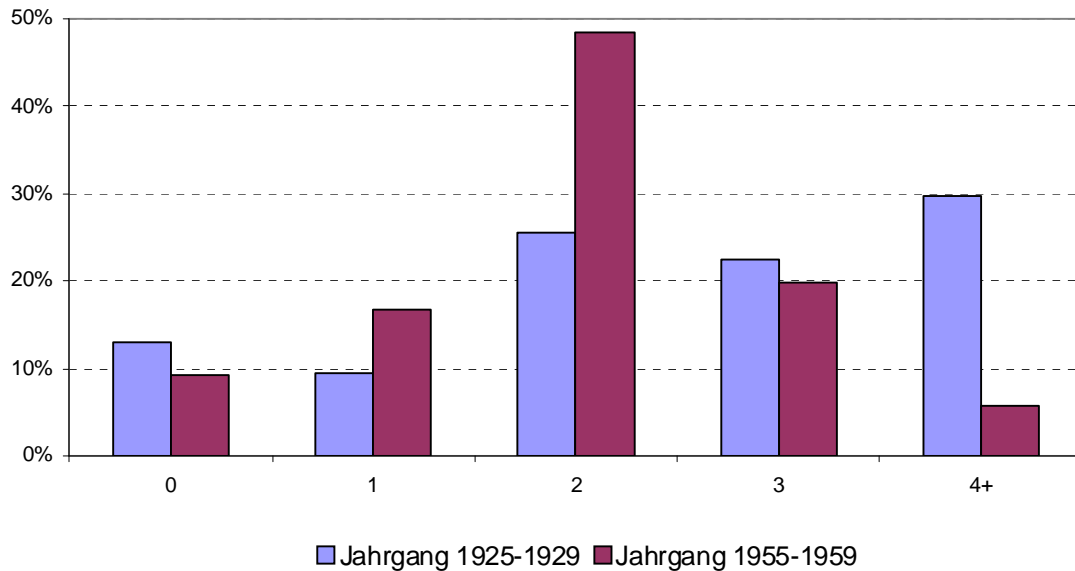
Spanien hat nach dem Ende der Franco-Diktatur im Jahre 1975 einen starken politischen und sozialen Wandel erlebt. Der Rückgang der Fertilitätsrate ist seitdem im Vergleich zu den OECD-Ländern besonders gravierend vorangeschritten. Zwar setzte der Rückgang der Geburten im Vergleich zu anderen europäischen Ländern später ein, fiel dafür aber umso heftiger aus. Lag die Geburtenrate im Jahr 1975 noch bei 2,8 Kindern pro Frau und somit deutlich über dem Niveau der anderen in dieser Studie betrachteten Länder, so fiel die Anzahl der Geburten um mehr als die Hälfte und lag 1995 noch bei 1,2 Kindern pro Frau. Auch heute ist die Geburtenrate Spaniens mit 1,34 Kindern pro Frau eine der niedrigsten der Welt.

Dieser seit 1975 vollzogene, demographische Wandel spiegelt sich auch in der Altersstruktur Spaniens wider. Kein Land der EU25 hat seit 1980 einen stärkeren Rückgang des Anteils der unter 15-Jährigen an der Gesamtbevölkerung erlitten als Spanien. Der Anteil fiel in diesem Zeitraum um 44%. Gleichzeitig ist der Anteil der über 64-jährigen Spanier an der Gesamtbevölkerung mit 56% so stark wie in keinem anderen Land der EU25 angestiegen.

Dank der geburtenreichen Jahrgänge bis in die 1970er Jahre verzeichnet Spanien auch heute noch ein positives Bevölkerungswachstum. Dieses schmolz jedoch von einem Überschuss an Geburten gegenüber Todesfällen in Höhe von ca. 400.000 bis 1998 auf ein fast stagnierendes Niveau. Seither ist das Bevölkerungswachstum wieder gestie-

gen, so verzeichnete Spanien im Jahr 2005 bereits wieder über 100.000 Geburten mehr als Todesfälle. Dennoch besteht gegenüber 1975 ein Geburtenrückgang von über 25%.

**Abbildung 3: Kohortenfertilität nach Jahrgang und Anzahl der Kinder, Spanien**



Quelle: Instituto Nacional de Estadística (1999).

In den letzten Jahrzehnten haben sich, wie in Abbildung 3 zu sehen, auch die Familienstrukturen verändert. Im Zuge des demographischen Wandels werden die Familien immer kleiner. 30% der zwischen 1925 und 1929 geborenen Frauen haben vier oder mehr Kinder zur Welt gebracht. In der Kohorte der dreißig Jahre später geborenen Frauen hat sich dieser Anteil auf 6% verringert. Im gleichen Zeitraum hat sich der Anteil von 2-Kind-Familien von 26 % auf 49 % fast verdoppelt.

Einhergehend mit der Verkleinerung der Familie ist in Spanien auch ein Anstieg des durchschnittlichen Alters der Mutter bei ihrer ersten Geburt zu beobachten. Heute sind die Mütter mit 29,2 Jahren durchschnittlich vier Jahre älter als noch die Mütter im Jahr 1975 bei der Geburt ihres ersten Kindes waren. Der Anteil der Geburten von Frauen in ihren Dreißigern hat ähnlich stark zugenommen (von 36% in 1991 auf 58% in 2003) wie der Anteil der Geburten von Frauen zwischen 20 und 30 Jahren abgenommen hat (von 56% auf 36%). Auch das durchschnittliche Heiratsalter hat sich in den letzten 30 Jahren im Lebensverlauf um ca. 5 Jahre nach hinten verschoben. Dazu sinkt die An-

zahl der neuen Ehen, seit 1980 um insgesamt 20%. Im Zuge dessen werden mehr Kinder unehelich auf die Welt gebracht. Lag der Anteil unehelicher Geburten 1975 noch bei 2%, so ist dieser bis 2006 auf 28,4% angestiegen.

Parallel dazu hat sich der Anteil der Migranten stark verändert. Noch in den 1950er Jahren wanderten 1,2 Mio. Menschen mehr aus Spanien aus als ein. Mit Ende der Diktatur 1975 kehrte sich dieser Trend erstmals um, da viele zuvor Ausgewanderte und Geflohene wieder ins Land zurückkehrten. Die Nettomigration ebnete nach kurzer Zeit wieder ab und verharrte bis Mitte der 1990er Jahre auf einem relativ niedrigen Niveau. Seither ist der Anstieg der Immigration rasant. Lebten 1995 noch 0,5 Mio. Ausländer in Spanien, waren es im Jahr 2005 bereits 3,73 Mio. Ausländer. Allein in 2006 kamen über 800.000 neue Ausländer hinzu, so dass Spanien derzeit im EU25-Vergleich die höchste absolute Zahl an neuen Immigranten aufweist.

Die größte Gruppe der Immigranten sind dabei Marokkaner, die als Flüchtlinge in Spanien Zuflucht suchen. Rumänen, Bolivianer und Briten belegen die nachkommenden Plätze in der Einwanderungsstatistik. Dabei ist die Fertilität der Einwanderer, wie in anderen europäischen Ländern auch, höher als die der Einheimischen. Vila und Martín (2007) ermitteln mit Hilfe des Bevölkerungsregisters und des Zensus 2001 für das Jahr 2002 eine Fertilität der Ausländer in Höhe von 2,12 Kindern pro Frau. Dabei tragen in Spanien lebende Marokkanerinnen mit einer Geburtenrate von nahezu vier Kindern pro Frau überproportional zu der hohen Fertilität der Migranten bei. Insgesamt liegt die Geburtenrate der Migranten also fast um ein Kind pro Frau höher als bei spanischen Frauen. Mit einer Ausländerquote von über 10% erhöhen die Immigranten damit die Fertilitätsrate Spaniens um 0,08 Kinder pro Frau. Damit einhergehend ist der Anteil ausländischer Mütter an Neugeburten stetig angestiegen. War im Jahr 1998 noch jedes 33. in Spanien geborene Kind ausländischer Herkunft, so ist es mittlerweile bereits jedes sechste Kind.

#### **4.2.2 Sozio-ökonomischer Rahmen**

In den 1950er Jahren wurden bezogen auf das BIP ca. 3% der Ausgaben für Familienleistungen verwendet. Wegen der steigenden Notwendigkeit von Gesundheits- und Rentenausgaben in den 70er Jahren schrumpfte dieser Anteil jedoch erheblich. 2005 gab

Spanien nach Angaben der OECD nur rund 1.2% des BIP für familienbezogene Leistungen aus.<sup>9</sup> Das Land bewegt sich damit in etwa auf dem Niveau Italiens. Im Vergleich fällt allerdings das sehr geringe Niveau monetärer Leistungen in Spanien auf. Mit einem Anteil von weniger als 0,5% am BIP sind die monetären Leistungen von allen 25 EU-Ländern am niedrigsten. Bis heute verfügt der spanische Staat über keine verantwortliche Institution im Sinne eines Ministeriums, das der Familienpolitik voll verpflichtet ist.

Das spanische Wohlfahrtsmodell ist durch ein patriarchalisches Familienmodell gekennzeichnet, in dem primär die Familie für die soziale Sicherung zuständig ist. Daher besteht eine klare Rollenverteilung. Die Frau übernimmt die Betreuung der Kinder und ist eher nicht erwerbstätig, während der Mann den Lebensunterhalt für die Familie erwirtschaftet. Dies entspricht somit dem klassischen Einverdiener-Modell und spiegelt sich unter anderem in der Beschäftigungsquote der spanischen Frauen wider. Zwar liegt die Quote mit 55,5% deutlich über der von 1980, als noch weniger als ein Drittel der Frauen am Arbeitsmarkt partizipierten, das aus den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von 2002 hervorgehende Ziel einer Frauenbeschäftigungsquote von 60% bis 2010 wird Spanien jedoch nicht erreichen. Somit wird die spanische Frauenbeschäftigungsquote auch über die nächsten Jahre unter dem europäischen Durchschnitt liegen. Einhergehend mit einer niedrigen Partizipationsrate sind Frauen in Spanien auch öfter als Männer arbeitslos gemeldet. Gerade unter den 15-24-Jährigen sind Frauen mit einer Arbeitslosenquote von über 20% besonders stark betroffen. Diese Quote lag 1994 allerdings noch bei über 50%. Auch wenn die Jugendarbeitslosigkeit und damit die Arbeitslosigkeit von Frauen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren deutlich reduziert werden konnte, so liegt die Arbeitslosigkeit spanischer Frauen im europäischen Vergleich doch noch immer deutlich über dem Durchschnitt.

Erst das Ende der Diktatur im Jahre 1975 ebnete den Weg für Reformen, die auch die Familienstrukturen veränderten. So wurde erst in den Folgejahren die Gleichstellung

---

<sup>9</sup> Die Datenbasis für internationale Vergleiche der Ausgaben für Familienpolitik ist etwas widersprüchlich. Die EUROSTAT-Statistik von der unter [www.oecd.org/els/social/family/database](http://www.oecd.org/els/social/family/database) zugänglichen OECD-Statistik der Vorzug gegeben, weil diese die realen und steuerlichen Leistungen für Familien breiter erfasst. Die EUROSTAT-Statistik unterzeichnet durch eine Konzentration auf monetäre Leistungen tendenziell den tatsächlichen Aufwand. Ein sinnvolles Messkonzept familienbezogener Leistungen sollte alle Tatbestände, die unter sonst gleichen Umständen eine Besserstellung von Familien mit Kindern zu Paaren ohne Kinder bedeuten, umfassen. Realleistungen sind Leistungen in diesem Sinne, weil Familien die Betreuungsleistung ansonsten einkaufen müssten. Ein Grenzfall sind gemäß dieser Definition staatliche Bildungsaufwendungen.

zwischen Frau und Mann – auch in der Ehe – vorangetrieben. Die Unterscheidung zwischen ehelichen und unehelichen Kindern wurde ebenso wie die Differenzierung zwischen kirchlich und zivil geschlossenen Ehen aufgehoben. Zudem wurde schließlich in 1981 die Scheidung ermöglicht und in 2005 vereinfacht, so dass sich die Anzahl der Scheidungen in wenigen Jahren verdreifachte. Eine Statistik, die die fortschrittlichen Reformbemühungen untermalt, ist die Abtreibungsstatistik. Allein zwischen 2000 und 2006 hat die Rate der in 1985 legalisierten Abtreibungen um 56% zugenommen. So wurde in Spanien im Jahr 2006 mehr als jedes sechste Kind abgetrieben.

Diese Zahlen sind umso bemerkenswerter, wenn die Angaben von Testa (2006) in Betracht gezogen werden. Dem zufolge wünschen sich Spaniens Mütter im Schnitt 2,3 Kinder. Dies ist erheblich mehr als die tatsächliche Kinderzahl von derzeit 1,34 Kindern pro Frau. Die niedrige Geburtenrate ist also offenbar nicht auf die Präferenzen der spanischen Frauen zurückzuführen. Vielmehr bestehen offenbar erhebliche Restriktionen, die es ihnen nicht ermöglichen, den Kinderwunsch in die Realität umzusetzen.

Hierzu gehört die späte Gründung der Familie wegen der schwierigen Arbeitsmarktintegration jüngerer Menschen, die oft nicht oder nur über befristete, relativ unsichere Beschäftigungsverhältnisse in den Arbeitsmarkt finden. Der mit der Erwerbsunsicherheit verbundene zeitliche Aufschub von Geburten führt in der Längsschnittperspektive zu unerfüllten Kinderwünschen. Zudem setzt der spanische Staat heute wenig Anreize, um Eltern bei der Realisierung des Kinderwunsches zu unterstützen.

Weitere Restriktionen ergeben sich, wie das vorangegangene Theoriekapitel gezeigt hat, auch aus den Opportunitätskosten der Kinder. Eine Lockerung dieser Restriktionen kann u.a. durch die Verringerung der Opportunitätskosten durch umfassende familienbezogene Leistungen von Seiten des Staates erfolgen. Die wenigen in Spanien existierenden Maßnahmen zu Gunsten von Familien bestehen neben Steuerentlastungen hauptsächlich aus dem Kindergeld und verschiedenen Prämien sowie Einmalzahlungen. Dazu kommen Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Aktivitäten auf Länderebene.

Das Kindergeld wurde 1991 in seiner heutigen Form verabschiedet. Alle Familien, die ein bestimmtes jährliches Einkommen unterschreiten – damals 56% des Durchschnittseinkommens – erhalten bis zum 18. Geburtstag des Kindes umgerechnet ca. 18



Euro (etwa 5% des damaligen Mindestlohns) pro Monat und Kind. Während sich die Einkommensgrenze, ab der das Kindergeld gewährt wird, mit jedem zusätzlichen Kind um 15% erhöht, ist die Höhe des Kindergeldes unabhängig von der Anzahl der Kinder. Für Eltern mit behinderten Kindern gilt keine Einkommensgrenze, und sie erhalten den doppelten Kindergeldsatz. Bis heute ist das Kindergeld nur einmal angepasst worden, im Jahre 2000 wurde es auf umgerechnet 24,25 Euro pro Monat und Kind erhöht. Studien des spanischen Instituts für Familienpolitik zeigen allerdings, dass die Kosten eines Kindes durch das Kindergeld nur zu einem geringen Prozentsatz gedeckt werden und darüber hinaus zuletzt inflationsbedingt drastisch gestiegen sind. Aufgrund der derzeitigen restriktiven Einkommensgrenze in Höhe von 11.000 Euro für eine Familie mit einem Kind erhalten tatsächlich lediglich ca. 10% der spanischen Kinder überhaupt Kindergeld. Mit dieser Quote liegt Spanien im europäischen Vergleich abgeschlagen an letzter Stelle.

In den letzten Jahren sind einige zusätzliche staatliche Zahlungen zur Familienförderung eingeführt worden. So werden berufstätige Mütter seit 2003 monatlich mit 100 Euro bezuschusst, bis das Kind das Alter von drei Jahren erreicht hat. Einmalzahlungen erfolgen von Seiten des Staates seit 2001 in Höhe von 450 Euro für jedes Neugeborene ab der Geburt des dritten Kindes. Aber auch für diese Leistung besteht eine Einkommensgrenze, die hier 15.900 Euro beträgt. Zusätzlich erfolgt seit dem Jahr 2000 eine Einmalzahlung bei der Geburt von Zwillingen (2.282 Euro), Drillingen (4.565 Euro) und Vierlingen (6.847 Euro). Seit 2007 erhält jede Familie zudem einkommensunabhängig pro Neugeborenem eine Einmalzahlung in Höhe von 2.500 Euro. Während alle anderen direkten staatlichen Förderungen nur für spezielle Gruppen gezahlt werden ist dies erstmals in Spanien eine universelle Leistung, die ohne Einschränkung des Personenkreises und ohne Einkommensgrenze gewährt wird. Die Durchschnittsverdienerfamilie mit zwei Kindern und einer nichterwerbstätigen Mutter bekommt dementsprechend erst seit 2007 durch die Einmalzahlung in Höhe von 2.500 Euro überhaupt eine monetäre Familienunterstützung durch den Staat.

Neben der direkten staatlichen Förderung werden Familien in Spanien auch indirekt durch Steuerermäßigungen unterstützt. Generell unterliegt das spanische Einkommenssteuersystem der Individualbesteuerung. Allerdings dürfen verheiratete Paare mit Kindern unter 18 Jahren die gemeinsame Besteuerung beantragen. In diesem Fall wer-

den die Steuerfreibeträge entsprechend verdoppelt. Der Kinderfreibetrag wurde 1979 landesweit eingeführt und sieht seit 1999 für jedes unverheiratete Kind unter 30 Jahren, das maximal den Mindestlohn verdient, einen Freibetrag vor. Seit 1995 steigen die Kinderfreibeträge mit der Kinderzahl an. So erhält eine Familie für ihr viertes Kind eine fast 50% höhere Steuerersparnis als für das erste Kind. Neben der Prämie für kinderreiche Familien ist dies als weiterer Anreiz anzusehen, mehr Kinder zu bekommen. Seit der Einkommensteuerreform 1998 wird der Kinderfreibetrag nicht mehr von der Steuer-schuld abgezogen, sondern es wird die Steuerbemessungsgrundlage als Basis dafür he-rangezogen. In 2005 betragen die Steuerabzüge von der Bemessungsgrundlage für Fa-milien mit einem Kind jährlich 1.400 Euro, während für das vierte Kind der Familie eine um 64% höhere Ermäßigung von jährlich 2.300 Euro galt.

Im Einklang mit den neuen demokratischen Strukturen und den daraus resultie-renden Änderungen bezüglich der Gleichstellung von Frau und Mann, wurden ab 1980 Regelungen eingeführt, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. In ei-ner umfassenden Reform wurde der Mutterschaftsurlaub mit Lohnfortzahlung in Höhe von 75% von 12 auf 14 Wochen verlängert. Außerdem wurden die Arbeitszeiten von jungen Müttern flexibler gestaltet und die Möglichkeit einer Elternzeit für beide Eltern-teile eingeräumt. Während der Elternzeit bestand jedoch kein Anrecht auf Lohnfortzah-lung und Rückkehr auf den gleichen Arbeitsplatz. In weiteren Reformen wurde 1989 der Mutterschaftsurlaub auf 16 Wochen erweitert und die unbezahlte Elternzeit auf drei Jahre ausgedehnt, wobei nun zumindest für das erste Jahr der Elternzeit eine Arbeits-platzgarantie zugesichert wurde. Im Jahr 1995 wurde, neben der Anhebung der Lohn-fortzahlung im Mutterschaftsurlaub auf 100%, auch die Arbeitsplatzgarantie auf drei Jahre verlängert. In Folge des in 2005 in Kraft getretenen „plan concilia“ wird nun wäh-rend der Elternzeit der Arbeitsplatz der Mutter zwei Jahre und ein vergleichbarer Ar-beitsplatz für ein weiteres Jahr freigehalten. Des Weiteren wird es seither Frauen mit Kindern unter 12 Jahren ermöglicht, ihre Arbeitszeit zu verkürzen bzw. flexiblere Ar-beitszeiten zu erhalten. Allerdings gilt es zu beachten, dass die Maßnahmen des „plan concilia“ nur die etwa 500.000 staatlichen Angestellten betreffen.

Die Einbindung der Väter wird seit 1999 aktiv gefördert. So wird ihnen die Mög-lichkeit gegeben, vier – seit 2005 sind es 10 - der 16 Wochen Mutterschaftsurlaub bei vollem Gehalt zu übernehmen. Diese Möglichkeit wird jedoch von den Vätern ähnlich

selten wahrgenommen (ca. 2,5%) wie die Elternzeit (3,5%). Erst kürzlich ist mit der Einführung eines 15-tägigen Vaterschaftsurlaubs und mit gegenüber 2006 fast 14% höheren Ausgaben im Bereich der Elternzeit ein neuer Impuls zur Familienförderung unter stärkerer Einbindung der Väter in die Wege geleitet worden.

Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zählen nicht nur die staatlichen Leistungen, die die Eltern erhalten. Entscheidend ist auch, inwiefern die Kinder betreut werden, während die Eltern arbeiten. In Spanien stand im Jahr 2005 nicht einmal für 10 von 100 Kindern ein Betreuungsplatz zur Verfügung. Im Hinblick auf das im Barcelona-Vertrag von 2002 festgelegte europäische Ziel bis 2010 mindestens jedem dritten Kind unter drei Jahren einen Betreuungsplatz zur Verfügung zu stellen, ist dies ein unzureichender Zustand. Kinder ab 3 Jahren besitzen hingegen seit 1998 Anspruch auf einen kostenlosen Betreuungsplatz. Dieser wird von weit über 90% der Kinder wahrgenommen. Gerade aber in den ersten Jahren nach der Geburt schafft der Staat bisher keine geeigneten Strukturen, die ein leichtes Zusammenspiel von Familie und Beruf erlauben. Viele Frauen nehmen allein aus Mangel an Betreuungsangeboten die Elternzeit in Anspruch. Daraus resultiert eine Beschäftigungsquote der Mütter mit Kindern unter sechs Jahren von im europäischen Vergleich niedrigen 43%.

In Spanien sind auch die Provinzen – die comunidades autonómicas – dazu aufgefordert, Familien mit direkten Zuschüssen und indirekten Steuerentlastungen zu fördern. Die Familienunterstützung variiert jedoch stark je nach Provinz und unterliegt zumeist recht niedrig angesetzten Einkommensgrenzen. Durchschnittlich beträgt das Kindergeld der Länder, welches zusätzlich zum Kindergeld des Bundes gezahlt wird, immerhin 181 Euro im Jahr. Dieses erhalten zwar 42% der Familien, allerdings höchstens bis zum dritten Geburtstag des Kindes. Darüber hinausgehende regionale Leistungen erreichen meist nur einen kleinen Teil der Bevölkerung. Erwähnt seien hier beispielsweise die Einmalzahlung für jede Geburt dreier Provinzen oder die finanzielle Unterstützung von Mehrlingsgeburten oder Großfamilien in sechs anderen Provinzen. Auch die fiskalpolitischen Maßnahmen der Provinzen konzentrieren sich auf einen geringen Teil der Familien und sind regional stark unterschiedlich ausgeprägt.

Wie sich diese familienpolitischen Maßnahmen auf das Geburtenverhalten in Spanien auswirken, behandeln einige empirische Studien, die den möglichen Ursachen der

niedrigen Fertilität nachgehen. Anhand dieser Studien lassen sich die zentralen Einflussfaktoren der Fertilität in Spanien beschreiben.

#### **4.2.3 Einflussfaktoren der Fertilität**

Ein möglicher Einfluss auf die Fertilität geht von den spezifischen Arbeitsmarktbedingungen, insbesondere der Frauen, aus. Ausgehend von der Beobachtung, dass die Reduktion der spanischen Fertilitätsrate seit den 70er Jahren mit einer hohen Arbeitslosigkeit einherging, untersuchen Ahn und Mira (2001), inwiefern ein kausaler Zusammenhang zwischen den beiden Entwicklungen besteht. Auf der Basis eines Verweildauermodells kommen die Autoren zu dem Ergebnis, dass die Arbeitslosigkeit in Spanien nicht die Hauptursache der niedrigen Fertilität darstellt. Die verwendeten Daten schließen jedoch nicht die spanische Rezession in den 90er Jahren ein.

Demgegenüber kann Adsera (2006a) durchaus einen negativen Einfluss der verfestigten Arbeitslosigkeit Spaniens und der damit einhergehenden Unsicherheit auf die Fertilität isolieren. Insbesondere stellt die Autorin eine Divergenz zwischen der präferierten und der tatsächlichen Fertilität fest, sofern die Frauen mit hoher Arbeitslosigkeit konfrontiert sind. Gestützt werden die Ergebnisse auch durch eine frühere Studie der Autorin. So suggeriert Adsera (2004) mittels eines Ländervergleichs unter Berücksichtigung von 23 OECD-Ländern, dass einerseits die ausgeprägte Arbeitslosigkeit und andererseits die Verbreitung von zeitlich befristeten Arbeitsverträgen in Ländern Südeuropas die Fertilität negativ beeinflussen.

Auch de la Rica und Iza (2005), Ariza und Ugidos (2007) sowie Gutierrez-Domenech (2002) betonen die negativen Wirkungen einer mit Zeitarbeitsverträgen und Arbeitslosigkeit einhergehenden Unsicherheit. So hat die Arbeitslosigkeit des Mannes im Rahmen der Gutierrez-Domenech (2002)-Studie durch eine Verzögerung der Eheschließung einen negativen Einfluss auf die Fertilität, ein Effekt, den auch Ahn und Mira (2001) für möglich halten.

Darüber hinaus wird die Geburt des ersten und zweiten Kindes laut Gutierrez-Domenech (2002) bei Partizipation der Frau am Arbeitsmarkt auf Grund höherer Opportunitätskosten aufgeschoben. Des Weiteren hat ein hohes Bildungsniveau der Frau über eine Verzögerung der Eheschließung einen negativen Einfluss auf die Fertilität. Im

Licht dieser Ergebnisse schlagen die Autoren – ähnlich wie Del Boca und Sauer (2006) – eine Reform der spanischen Familienpolitik vor, indem die Maßnahmen staatlicher Kinderbetreuung ausgebaut und die Flexibilität der Arbeitszeiten für Frauen erhöht werden.

Del Boca und Sauer (2006) fügen in ihrer komparativen Studie unter Berücksichtigung der Länder Spanien, Frankreich und Italien hinzu, dass die erworbene Berufserfahrung und die damit einhergehende Humankapitalakkumulation in Spanien und Italien im Gegensatz zu Frankreich einen negativen Einfluss auf die Fertilität entfaltet. Dieses Ergebnis weist ebenfalls implizit auf die besseren Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf (zum Beispiel einer besseren Verfügbarkeit von Teilzeitstellen und Kinderbetreuungsangeboten) in Frankreich hin. In Spanien und Italien sehen sich die Mütter häufig nur den Alternativen Vollzeitbeschäftigung oder vollständiger Verzicht auf Erwerbstätigkeit gegenüber. Durch flexiblere Arbeitszeiten und einem größeren Angebot an Teilzeitstellen könnte somit ein Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf geleistet werden.

Auch die Analyse des Einkommens kann im Hinblick auf die Fertilität aufschlussreich sein. Aus theoretischer Perspektive gehen von einem höheren Lohn grundsätzlich zwei gegenläufige Effekte aus. Auf der einen Seite sinkt die Fertilität mit einem steigenden Lohn der Frau auf Grund höherer Opportunitätskosten. Auf der anderen Seite geht mit einem höheren Lohn ein höheres Einkommen einher, was seinerseits in die Kinderbetreuung investiert werden könnte. Demnach hätte ein höheres Einkommen einen positiven Effekt auf die Fertilität. Der Wirkungszusammenhang zwischen Einkommen und Fertilität ist daher nicht eindeutig.

Vallés-Giménez und Zárate-Marco (2006) isolieren in Übereinstimmung mit Ariza und Ugidos (2007) für Spanien einen positiven Effekt des Lohns der Frau auf die Wahrscheinlichkeit der Geburt des ersten Kindes. In der Studie von Ariza und Ugidos (2007) weist der positive Zusammenhang zwischen dem Lohn der Frau und der Fertilität auf eine Dominanz des Einkommenseffektes hin. Gonzáles und Jurado-Guerrero (2006) gelangen zu ähnlichen Ergebnissen. In ihrer empirischen Analyse der Kinderlosigkeit heben die Autoren hervor, dass die Wahrscheinlichkeit der Geburt des ersten Kindes in Spanien höher ist, wenn das Einkommen der Frau im höchsten Einkommens-

quartil liegt. In diesem Fall kann sie einen Teil der Betreuungskosten kompensieren. Darüber hinaus steigt die Wahrscheinlichkeit der Geburt des ersten Kindes, sofern die Frau nicht erwerbstätig ist, jedoch vom Einkommen des erwerbstätigen Ehegatten profitiert. Weiterhin geht mit der Eheschließung eine höhere Wahrscheinlichkeit einher Mutter zu werden. Dieser Befund wird auch durch eine Studie von Baizan, Aassve und Billari (2001) gestützt.

Die explizit familienpolitischen Leistungen werden bisher nur wenig in der Literatur diskutiert. Eine der seltenen Studien stammt von Vallés-Giménez und Zárata-Marco (2006). In ihrer empirischen Wirkungsanalyse des Kinderfreibetrages zeigen sie, dass die marginale steuerliche Ersparnis durch ein zusätzliches Kind, neben dem Einkommen und dem Alter der Frau, einen positiven Einfluss auf die Familiengröße hat. Dabei ist der Effekt der steuerlichen Ersparnis auf die Wahrscheinlichkeit der Geburt eines zweiten Kindes am größten, so dass die Autoren im Sinne einer höheren Effizienz eine Konzentration der steuerlichen Ersparnis auf das zweite Kind empfehlen. Ergebnis der Studie ist jedoch auch, dass die Familiengröße negativ durch das Alter der Frau zum Zeitpunkt der Eheschließung sowie die Dauer der Humankapitalbildung am Arbeitsplatz beeinflusst wird.

Auch die Religion als potentielle Determinante der Fertilität muss in Betracht gezogen werden, zumal Spanien in den vergangenen Jahrzehnten neben einer niedrigen Fertilität auch einen starken Rückgang der Kirchenbesuche erfahren hat. Ausgehend von dieser Beobachtung kommt Adsera (2006b) im Rahmen ihrer empirischen Studie für Spanien zu dem Ergebnis, dass einerseits die nicht praktizierenden Katholiken aktuell eine signifikant niedrigere Fertilität aufweisen als die praktizierenden Katholiken und andererseits religiöse Minderheiten wie Muslime und konservative Protestanten im katholisch geprägten Spanien im Durchschnitt eine höhere Fertilität haben. Demgegenüber können Brañas-Garza und Neuman (2006) keinen kausalen Zusammenhang zwischen der Fertilität und der Bedeutung der Religion isolieren.

#### **4.2.4 Zusammenfassung**

Spanien weist im internationalen Vergleich eine sehr niedrige Fertilitätsrate auf, die in etwa auf dem deutschen Niveau liegt. Die niedrigen Geburtenzahlen Spaniens stehen

hier exemplarisch für weitere Länder des südeuropäisch-mediterranen Wohlfahrtstyps, in denen nur ein rudimentär ausgeprägtes Netz von Sozialleistungen besteht. So weist Spanien im europäischen Vergleich die niedrigsten Familienausgaben am BIP auf.

Der Staat übernimmt nur einen geringen Anteil der Kosten eines Kindes, wobei Steuerentlastungen eine größere Rolle spielen als die direkte monetäre Hilfe in Form von Kindergeld. Das staatliche Kindergeld kommt beispielsweise aufgrund von geringen Einkommensgrenzen nur jedem zehnten Kind zu und beläuft sich auf lediglich 25 Euro pro Monat und Kind. Von der in 2007 eingeführten Einmalzahlung pro Neugeborenem in Höhe von 2.500 Euro geht ebenfalls nur ein geringer Anreiz zur Steigerung der Geburten aus, da mit dem Betrag nicht einmal die Hälfte des ersten Lebensjahres des Kindes finanziert werden kann. Auch die Unterstützung der Provinzen kann die Kosten der Eltern für ein Kind nicht erheblich senken.

Die wenigen Familienleistungen, die in Spanien existieren sind, wie gesehen, hauptsächlich monetärer Natur. Darüber hinaus ist es dem spanischen Staat bislang nicht ausreichend gelungen nicht-monetäre Maßnahmen umzusetzen, wie insbesondere die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In Spanien existiert gerade für junge Frauen nach wie vor eine hohe Arbeitslosigkeit. Zwar wurden in den letzten Jahren Reformen zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes durchgeführt, diese führten aber vor allem zu einem Anstieg der befristeten Arbeitsverhältnisse. Diese Entwicklung verstärkt die Unsicherheit und erschwert somit die Familiengründung.

Die unzureichende Vereinbarkeit von Familie und Beruf zeigt sich auch darin, dass ein Großteil der Mütter nach der Geburt vorerst nicht in den Beruf zurückkehrt. Von Bedeutung sind dafür auch die wenigen öffentlichen Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter drei Jahren, wodurch die dreijährige Elternzeit oft unumgänglich ist. Zudem ist die Elternzeit unbezahlt, wenn auch seit einigen Jahren mit einer Arbeitsplatzgarantie versehen.

Festzuhalten bleibt für Spanien somit, dass die Fertilitätsrate des Landes eine der geringsten im internationalen Vergleich ist und dass sich die wenigen existierenden Familienleistungen hauptsächlich auf eine monetäre Förderung konzentrieren.

## **4.3 Vereinigte Staaten**

Die Vereinigten Staaten bilden im Hinblick auf den institutionellen Rahmen einen deutlichen Gegensatz zu Spanien. Während in Spanien ein besonders rigides Staatssystem vorherrscht, ist das amerikanische System ein besonders liberales. Die Sicherung des Lebensstandards und die Versorgung der Familie obliegen in den Vereinigten Staaten überwiegend dem einzelnen Bürger.

### **4.3.1 Geburtenentwicklung**

Die demografische Entwicklung in den Vereinigten Staaten zeichnet sich in den letzten Jahren insbesondere durch ein hohes Bevölkerungswachstum aus, so dass das Land eines der am schnellsten wachsenden Industrieländer ist. Ausschlaggebend dafür ist zunächst eine vergleichsweise hohe Fertilitätsrate.

Während die Geburtenhäufigkeit seit 1970 in den europäischen Ländern - und dort insbesondere in Spanien - deutlich zurückgegangen ist, blieb die Fertilitätsrate in den Vereinigten Staaten recht stabil. Die Rate fiel ab 1970 ausgehend von 2,48 Geburten pro Frau bis 1975 auf ein Niveau von 1,77 Geburten pro Frau. Damit ist der Zeitpunkt des demografischen Übergangs in den Vereinigten Staaten früher als in Spanien erfolgt. Im Gegensatz zu Spanien und anderen europäischen Ländern stabilisierte sich die Fertilitätsrate der Vereinigten Staaten jedoch zwischen 1975 und 1988 bei 1,8 Geburten pro Frau, um anschließend wieder auf eine Rate von über 2 Geburten pro Frau anzusteigen. Aktuell weisen die Vereinigten Staaten damit eine höhere Fertilität als die meisten europäischen Länder auf.

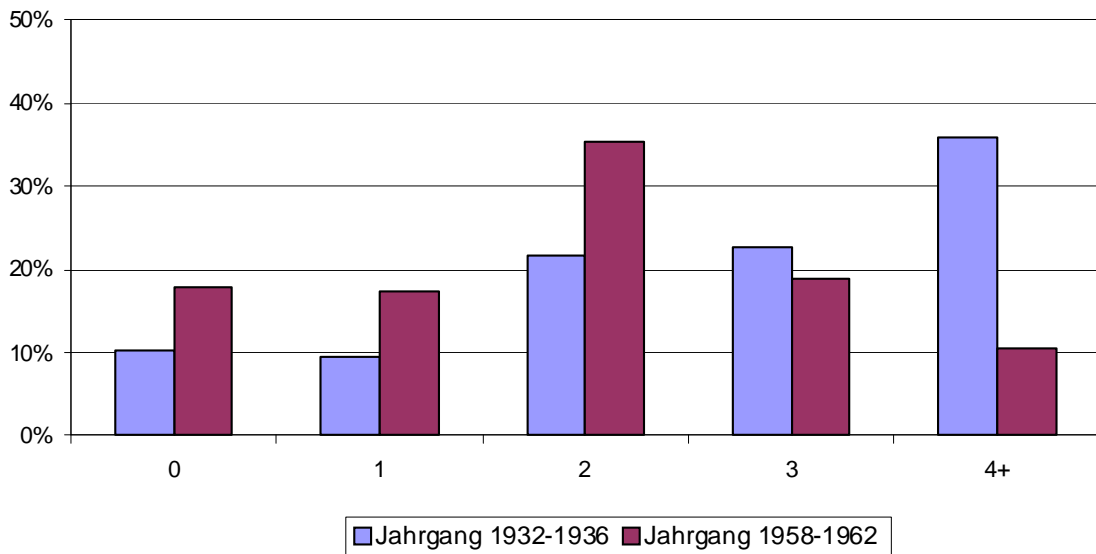
Dass sich in den letzten Jahrzehnten die Familienstruktur verändert hat, wird anhand eines zeitlichen Vergleichs der Verteilung der Kinderanzahl pro Familie deutlich (Abbildung 4). Noch im Jahr 1976 hatten laut Downs (2003) 35% der 40 bis 44-jährigen Mütter in den USA vier oder mehr Kinder. Dieser Anteil ist bis 2002 auf 11% geschrumpft, was im internationalen Vergleich mit industrialisierten Ländern noch immer ein hoher Wert ist.

Zeitgleich mit den meisten europäischen Ländern ist auch in den Vereinigten Staaten eine Entwicklung hin zu einer 2-Kinder-Familie zu beobachten. So stieg der



Anteil der Mütter mit zwei Kindern seit 1976 von 22 auf 35 %. Beachtlich ist zudem, dass sich die Anteile der Paare ohne Kinder und der Paare mit einem Kind innerhalb von 25 Jahre in etwa verdoppelt haben.

**Abbildung 4: Kohortenfertilität nach Jahrgang und Anzahl der Kinder, Vereinigte Staaten**



Quelle: Downs, 2003

Ein Grund für den Rückgang der Kinderzahl pro Familie könnte in der Verschiebung des Geburtenalters liegen. Noch 1970 gebar eine Mutter ihr erstes Kind mit durchschnittlich 22,7 Jahren. In 2005 lag das Durchschnittsalter bereits um 2,5 Jahre höher. Aus internationaler Sicht ist dies jedoch ein unterdurchschnittlicher Anstieg des Geburtenalters. Frauen in den Vereinigten Staaten bekommen somit vergleichsweise früh Kinder. Dies zeigt insbesondere die hohe Geburtenrate der unter 20-Jährigen mit über 40 Geburten pro 1000 Personen. Nur Mexiko und die Türkei weisen in den OECD-Ländern eine höhere Quote auf. Somit ist das aus Europa bekannte Phänomen des Aufschiebens des Kinderwunsches in den USA nicht so stark ausgeprägt.

Auch das Heiratsalter ist in den letzten Jahrzehnten stetig angestiegen. Für Männer lag es in 2007 mit 27,6 Jahren 4,3 Jahre über dem Durchschnitt von 1970. Frauen heirateten mit durchschnittlich 25,6 Jahren im Jahr 2007 knapp fünf Jahre später als

noch 1970. Trotz dieses Anstiegs heiraten im OECD-Vergleich lediglich Paare aus osteuropäischen Ländern früher. Allerdings verzeichnet die USA schon seit Langem besonders hohe Scheidungsquoten. Scheidungen sind vor allem bis in die 1970er angestiegen, so dass die Vereinigten Staaten mit mehr als 3,5 Scheidungen pro 1000 Personen auch heute noch die höchste Scheidungsquote aller OECD-Länder aufweisen.

Ähnlich wie in Deutschland bekommen in den Vereinigten Staaten schlechter verdienende Paare im Durchschnitt mehr Kinder als besser verdienende Paare. Laut Hülkamp (2006) lag die Fertilitätsrate bei Paaren in den untersten vier Einkommensdezilen im Jahr 2000 zwischen 1,76 und 1,90 Kindern pro Frau. Die Werte in den oberen Einkommensdezilen liegen hingegen zwischen 1,62 und 1,73 Kindern pro Frau. Dieser negative Zusammenhang zwischen dem Einkommen und der Fertilität bestand in den Vereinigten Staaten auch schon im Jahr 1980.

Ausschlaggebend für diese Beobachtung dürfte der hohe Anteil an Familien mit vier oder mehr Kindern bei niedrigverdienenden Paaren sein. So ergeben Untersuchungen von Hülkamp (2006), dass das niedrigste Einkommensdezil den höchsten Anteil an kinderreichen Familien (11,3 %) aufweist. Insgesamt sind die Anteile an kinderreichen Familien in den vier untersten Einkommensdezilen deutlich höher als in den oberen Dezilen. Auf die Kinderlosigkeit scheint das Einkommen allerdings keine Auswirkungen zu haben. Sowohl im unteren als auch im oberen Einkommensbereich bewegt sich der Anteil der kinderlosen Frauen um den Durchschnittswert von 18,4 %.

Neben dem Einkommen ist die Kinderzahl auch vom Bildungsniveau der Frauen abhängig. Der bestehende negative Zusammenhang ist in den USA besonders stark ausgeprägt. Während Frauen mit niedrigem Bildungsstand im Jahr 2000 laut Hülkamp (2006) 2,28 Kinder bekamen, betrug die Geburtenrate für hochqualifizierte Frauen lediglich 1,61 Kinder pro Frau. Einen großen Anteil machen dabei auch hier die kinderreichen Familien aus. Mit 18 % liegt der Anteil der kinderreichen Frauen innerhalb der Geringqualifizierten fast viermal so hoch wie der entsprechende Anteil innerhalb der Hochqualifizierten (4,8 %).

Einhergehend mit dem negativen Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Kinderzahl ist ein positiver Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Kinderlosigkeit zu beobachten. So blieben im Jahr 2000 mit 21 % weit mehr Frauen mit hohem

Bildungsniveau kinderlos als dies für die niedrig gebildeten Frauen (12,5 %) der Fall ist. Dieser Zusammenhang ist auch für Deutschland feststellbar.

Die Geburtenentwicklung wird auch durch die Immigration beeinflusst. Im Gegensatz zu Spanien war diese in den Vereinigten Staaten schon immer ein wichtiger Faktor für die Fertilität. So wiesen die Einheimischen im Jahr 2006 62 Geburten pro 1.000 Frauen auf, während dieser Indikator für die Einwanderer 80 Geburten pro 1.000 Frauen betrug. Durch den Anstieg der Migration ab 1970, währenddessen der Anteil der Migranten an der Gesamtbevölkerung von 4,7 % in 1970 auf 11,1 % im Jahr 2000 angestiegen ist (Gibson und Jung, 2006), schlägt sich die hohe Fertilität der Einwanderer in der Gesamtfertilitätsrate nieder und sichert den Vereinigten Staaten eine Fertilität auf Reproduktionsniveau. Langfristig wird die Zunahme der Migration in Kombination mit der hohen Geburtenhäufigkeit dieser Bevölkerungsgruppe dazu führen, dass die Minderheiten zu Mehrheiten werden.

#### **4.3.2 Sozio-ökonomischer Rahmen**

Ähnlich zur Entwicklung in Europa hat auch in den Vereinigten Staaten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine Bildungsexpansion stattgefunden. So führten die höheren Bildungsinvestitionen der Frauen zu einer höheren Frauenerwerbstätigkeit und förderten somit auch die Verschiebung des Heirats- und Geburtsalters. Im Jahr 1970 hatten nur 8,2 % der Frauen ein College für mindestens 4 Jahre besucht. Der Anteil der hoch gebildeten Frauen stieg seither kontinuierlich an, so dass in 2007 bereits 28,2 % der Frauen für mindestens vier Jahre auf einem College waren. Als Folge der besseren Ausbildung der Frauen stieg die Partizipationsrate der Frauen auf dem Arbeitsmarkt von 43% in 1970 auf 52 % in 1980 und lag zuletzt (2007) bei 59 %.

Die Bildungsexpansion zog außerdem einen Bedeutungsverlust der Ehe nach sich, da immer mehr Männer und Frauen außerhalb der Ehe leben. So waren 1970 noch 67 % der Männer und 62 % der Frauen verheiratet, während dies in 2007 nur auf 56 % der Männer und auf 54 % der Frauen zutrifft. Damit einhergehend ist auch der Anteil der unehelich geborenen Kinder von weniger als 10 % im Jahr 1970 auf 33 % in 2007 angestiegen.

Dennoch herrscht in den Vereinigten Staaten ein nach wie vor besonders ausgeprägtes Bewusstsein für Familienwerte. Der Kinderwunsch ist zwar auch in den Vereinigten Staaten höher als die tatsächliche Kinderzahl, liegt aber mit 2,7 Kindern pro Frau deutlich über dem europäischen Durchschnitt (D'Addio und d'Ercole, 2005). Zusätzlich spiegelt sich das ausgeprägte Familienbewusstsein auch in Heiraten und Erstgeburten zu einem frühen Zeitpunkt im Lebensverlauf wider. Diese frühe Familiengründung wiederum begünstigt die Realisierung weiterer Geburten.

Im internationalen Vergleich ist besonders auffällig, dass die Vereinigten Staaten eine sehr hohe Gesamtfertilitätsrate erreichen, obwohl sie im Unterschied zu den europäischen Ländern keine besonderen staatlichen Maßnahmen zur Steigerung der Geburtenrate – wie finanzielle Leistungen für Familien und Ausweitung des Erziehungsurlaubs sowie der öffentlichen Kinderbetreuung – verfolgt haben.

Die Vereinigten Staaten verfügen generell über ein nur wenig ausgeprägtes Sozialsystem, was gerade den liberalen Wohlfahrtsstaat kennzeichnet. Das Gesamtniveau familienbezogener Leistungen liegt mit rund 1,2% des BIP in etwa auf dem Niveau der südeuropäischen Länder. Allerdings wird etwa die Hälfte der Leistungen über den rein steuerlichen Lastenausgleich erbracht. Der Anteil monetärer Leistungen ist mit unter 0,1% des BIP der niedrigste unter allen entwickelten Industriestaaten. Auch bei den Sachleistungen liegen die Aufwendungen in den Vereinigten Staaten mit rund 0,5% des BIP im internationalen Vergleich am unteren Rand.

Leistungen zur Unterstützung von Familien sieht das Transfersystem der Vereinigten Staaten demnach nur in sehr begrenztem Umfang vor. Eine Familienpolitik im engeren Sinne mit zentraler Planung und Verwaltung existiert hier nicht. Die bestehenden Maßnahmen entsprechen vielmehr separaten Einzelleistungen, die nur bei Bedürftigkeit gezahlt werden. Ein generelles Kindergeld, das in fast allen europäischen Ländern gezahlt wird, ist in den Vereinigten Staaten beispielsweise nicht vorgesehen.

Eine weitere Besonderheit in den Vereinigten Staaten ist, dass den einzelnen Bundesstaaten eine wichtige Rolle zur Ausgestaltung der Politik zukommt. So bestehen die familienpolitischen Maßnahmen in den Vereinigten Staaten einerseits aus Leistungen auf Ebene des Föderalstaates, die für jeden Bundesstaat gleichermaßen gelten, und andererseits zu einem großen Teil aus verschiedenen Leistungen der einzelnen Bundes-

staaten. Häufig werden auch föderale Mittel zweckgebunden an die Bundesstaaten transferiert, denen dann die genauere Ausgestaltung der Leistungen, wie zum Beispiel die Festlegung der Transferhöhe und der Anspruchsberechtigten, obliegt. Die Politik zur Förderung von Kindern in den Vereinigten Staaten besteht somit größtenteils aus Einzelleistungen, auf die der Bürger erst nach Nachweis der Bedürftigkeit Anspruch hat. Zudem unterscheiden sich die familienpolitischen Leistungen sehr stark in den verschiedenen Bundesstaaten.

Auf Ebene des Föderalstaats nehmen einige Leistungen jedoch eine besonders wichtige Stellung ein und werden daher im Folgenden näher vorgestellt. Die finanzielle Unterstützung für Familien mit niedrigem oder keinem Einkommen umfasste lange Zeit das Programm „Aid to Families with Dependent Children“ (AFDC). Dieser Transfer geht zurück bis zum „Social Security Act“ von 1935 und wurde auf föderaler Ebene vom „Department of Health and Human Services“ zentral verwaltet.

Die Kritik am AFDC verstärkte sich mit der Zeit und bezog sich vor allem auf (i) die fehlende zeitliche Begrenzung des Transfers, (ii) die Förderung von Geburten zur Verlängerung der Transferzahlungen und (iii) die geringen Anreize zur Aufnahme einer Arbeit. In den 90er Jahren wurde das Programm schließlich einer ausführlichen Evaluation unterzogen und in Folge dessen neu gestaltet. Von 1997 an wurde der AFDC daraufhin durch das Programm „Temporary Assistance for Needy Families“ (TANF) ersetzt. Im Rahmen dieses Transferprogramms stellt der Föderalstaat den einzelnen Bundesstaaten Mittel zur Absicherung der Familien zur Verfügung. Die explizite Ausgestaltung der Transferzahlungen bezüglich Höhe und Anspruch auf Leistungen des TANF Programms obliegt aber den Bundesstaaten.

Somit ist TANF zwar ein föderales Instrument, gleichzeitig zeigt sich aber die große Bedeutung der einzelnen Staaten bei der Ausgestaltung des Programms. Vorgegeben wird den Bundesstaaten lediglich ein Höchstbetrag, den die Leistung nicht überschreiten darf. Außerdem wird der Transferbezug auf maximal fünf Jahre der Lebenszeit begrenzt. Die Mittelvergabe des TANF von Seiten der Bundesstaaten muss entsprechend der folgenden Zwecke erfolgen.

- Mittel für bedürftige Familien, damit die Kinder zu Hause betreut werden können.

- Mittel zur Förderung der Arbeitsaufnahme und der Ehe, damit die Abhängigkeit von Transferzahlungen entfällt.
- Mittel zur Vermeidung von Alleinerziehenden
- Mittel zur Förderung von Familien mit zwei Elternteilen

Gleichzeitig werden die Transferzahlungen des TANF-Programms an strengere Arbeitsverpflichtungen geknüpft. So müssen Alleinerziehende beispielsweise mindestens 30 Stunden pro Woche und Familien mit zwei Elternteilen zwischen 35 und 55 Stunden pro Woche arbeiten. Sollten diese Verpflichtungen nicht eingehalten werden, so kann dies eine Leistungskürzung zur Folge haben.

Eine Maßnahme, die gezielt zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf beiträgt, ist der „Family and Medical Leave Act“ (FMLA) von 1993, der die Einführung des Erziehungsurlaubs vorsieht. Das Gesetz ermöglicht es, 12 Wochen unbezahlten Urlaub pro Jahr für die Betreuung von neugeborenen oder adoptierten Kindern, für die Pflege von erkrankten Verwandten oder für die eigene Genesung zu nehmen. Dieser im internationalen Vergleich kurze Erziehungsurlaub spiegelt die Eigenschaften des liberalen Staates wider. Längere Phasen der Nichterwerbstätigkeit sind für junge Mütter nicht vorgesehen. Stattdessen wird von diesen eine schnelle Rückkehr in den Beruf erwartet.

Im Gegensatz zu den Erziehungszeiten in den meisten europäischen Ländern umfasst der FMLA nur eine Arbeitsplatzgarantie und keine Lohnfortzahlung. Lediglich die Krankenkassenbeiträge werden vom Arbeitgeber weiter gezahlt. Die Arbeitsplatzgarantie ist zudem nur in sehr begrenztem Umfang gültig. Zum einen sind zum Teil die Schlüsselarbeitnehmer – die zehn Prozent der Arbeitnehmer mit den höchsten Löhnen – von der Garantie ausgeschlossen und zum anderen fällt nur ein Teil der Arbeitnehmer überhaupt unter dieses Gesetz. Anspruchsberechtigt ist nämlich nur, wer bei einem privaten Arbeitgeber mit mindestens 50 Angestellten innerhalb eines 75 Meilen Radius der Betriebsstätte beschäftigt ist. Zusätzlich muss der Arbeitnehmer mindestens 12 Monate bei einem solchen Arbeitgeber angestellt gewesen sein und mindestens 1.250 Stunden im Jahr für diesen gearbeitet haben.

Aufgrund dieser Einschränkungen fallen gerade viele Mütter in Teilzeit aus dieser Regelung heraus. Bei einem entsprechenden Arbeitgeber arbeiten ca. 60 – 66 % der Arbeitnehmer, 83 % davon wiederum erfüllen die Betriebszugehörigkeits- und Arbeitszeitbedingung, so dass maximal 55 % der arbeitenden Individuen anspruchsberechtigt sind. Frauen stellen zwar nur 46 % der Beschäftigten, machen aber 58 % der gesamten Erziehungszeitnutzer aus (Ruhm, 1997). Und dies, obwohl sie die Anspruchsbedingungen des FMLA deutlich seltener erfüllen (Klerman und Leibowitz ,1998).

Ein weiterer für die Familienfreundlichkeit der Vereinigten Staaten und damit für die Fertilität relevanter Punkt ist das Schulsystem. Das flächendeckende Ganztageschulsystem ermöglicht prinzipiell die Erwerbstätigkeit der Mütter. Aufgrund der vergleichsweise geringen Qualität des öffentlichen Schulsystems nehmen jedoch Privatschulen mit teilweise hohen Schulgebühren eine wichtige Stellung in den Vereinigten Staaten ein. Familien müssen daher zwischen den zusätzlichen Kosten und der angestrebten Qualität der Bildung abwägen. Das mangelhafte öffentliche Schulsystem erhöht somit die potentiellen Opportunitätskosten der Kinder und beeinflusst somit auch die Fertilitätsentscheidung.

Leistungen zu Gunsten von Familien erfolgen in den Vereinigten Staaten auch auf steuerlicher Basis. So ist der Earned Income Tax Credit (EITC) - eine erstattungsfähige Steuergutschrift - heute neben dem TANF das bedeutendste Instrument zum Einkommenstransfer an bedürftige Familien mit Kindern. Die anfänglichen Bestrebungen des EITC lagen 1975 darin, die Lohnsummensteuer zur Finanzierung der Sozialversicherung für Geringverdiener mit Kindern zu senken. Daher wurden niedrige Erwerbseinkommen um 10 Prozent bis zu einem Höchstbetrag aufgestockt. Dieser Höchstbetrag wurde dann ab einer bestimmten Einkommenshöhe mit 10 Prozent wieder abgeschmolzen.

Die Abgabentlastung war zunächst auf ein Jahr begrenzt, wurde aber im Jahr 1978 im Einkommensteuerrecht festgeschrieben. Gleichzeitig wurde der untere Einkommensbereich („phase-in range“) erweitert und ein mittlerer Bereich („flat range“) eingeführt, in dem der Höchstbetrag ohne Abschmelzung fortgezahlt wird, bevor er letztendlich vermindert wird. Anspruchsberechtigt für den EITC waren zunächst nur Erwerbstätige mit Kindern. Im Jahr 1991 wurden schließlich unterschiedliche Sätze und

Beträge für Familien mit einem, zwei und mehr Kindern eingeführt. Zudem wurde auch eine geringe Gutschrift für Kinderlose eingeführt. Durch die Ausweitung des EITC im Jahr 1994 wurden der Höchstbetrag und der Aufstockungssatz für Niedrigverdiener mit zwei und mehr Kindern überproportional angehoben.

Im Jahr 1997 schließlich wurde zusätzlich der Child Tax Credit (CTC) eingeführt, mit dem jährlich bis zu 1.000 US-Dollar tatsächlich anfallender Kinderbetreuungskosten abgesetzt werden können. Empfänger des EITC profitieren davon indirekt, weil der Anspruch auf den CTC ab dem Einkommen einsetzt, bei dem der Höchstbetrag des EITC erreicht ist (10.500 US-Dollar), so dass der CTC die Grenzbelastung des EITC in der Auslaufphase reduziert. Im Jahr 2002 wurden außerdem Beginn und Ende der Auslaufphase des EITC für verheiratete Steuerzahler um 1.000 US-Dollar erhöht, um die negativen Arbeitsanreize für doppelverdienende Ehepaare zu vermindern.

Die steuerlichen Leistungen zur Förderung von Familien umfassen in den Vereinigten Staaten auch einen Kinderfreibetrag. Während in Deutschland eine Günstigerprüfung zwischen dem Kindergeld und dem Kinderfreibetrag durchgeführt wird, erhalten Familien in den Vereinigten Staaten immer den Kinderfreibetrag, sofern sie darauf Anspruch haben, da das amerikanische System kein Kindergeld vorsieht. Der Kinderfreibetrag entspricht in etwa dem Existenzminimum und wird für jedes Kind gewährt.

Der Betrag, um den sich das verfügbare Einkommen durch Abzug des Kinderfreibetrages erhöht, steigt demnach mit der Anzahl der Kinder, aber auch mit dem Einkommen, da der Vorteil aus dem Kinderfreibetrag vom marginalen Steuersatz abhängt. Familien mit hohem Einkommen profitieren daher stärker von dieser Leistung als einkommensschwache Familien. Neben dem allgemeinen Kinderfreibetrag können zusätzlich auch die Kosten der Kinderbetreuung bei der Einkommensteuer geltend gemacht werden. Im Rahmen des „Child and Dependent Care Credit“ kann ein bestimmter Prozentsatz der arbeitsbedingten Betreuungskosten angerechnet werden.

### **4.3.3 Einflussfaktoren der Fertilität**

Zu den Einflussfaktoren der Fertilität zählen potentiell auch die familienbezogenen Maßnahmen, da sie beispielweise die Opportunitätskosten der Kinder senken oder direkt das Einkommen der Familien erhöhen. Aus theoretischer Perspektive kann zum



Beispiel das Steuersystem über Kinderfreibeträge positive Effekte auf die Fertilität entfalten, indem das verfügbare Haushaltseinkommen erhöht wird. Eine empirische Wirkungsanalyse des Kinderfreibetrags führen Whittington, Alm und Peters (1990) sowie Whittington (1992) durch. Whittington, Alm und Peters isolieren einen positiven und signifikanten Einfluss des steuerlich bewerteten Kinderfreibetrags auf die Anzahl der Geburten je 1000 Frauen im Alter zwischen 15 und 44 Jahren, wobei der Fertilitätseffekt für Haushalte mit mittlerem Einkommen am größten ist. Die Ergebnisse dieser Studie werden von Whittington (1992) unterstützt, der unter Verwendung von Individualdaten ebenfalls einen signifikant positiven Einfluss des steuerlich bewerteten Kinderfreibetrags auf die Fertilität feststellt.

Analog zu Whittington, Alm und Peters (1990) untersuchen auch Georgellis und Wall (1992) sowie Gohmann und Ohsfeldt (1994) die Wirkungen steuerlicher Erleichterungen auf die Fertilität. Zwar können auch Georgellis und Wall (1992) positive Wirkungen des Kinderfreibetrags auf die Fertilität ausmachen, doch sind die Effekte auf die Fertilität konkav, d.h. der positive Fertilitätseffekt des Kinderfreibetrags sinkt mit der Höhe der steuerlichen Entlastung. Gohmann und Ohsfeldt (1994) bestätigen zum einen die Ergebnisse der vorangegangenen Studien hinsichtlich der Wirkung des Kinderfreibetrags und kommen unter anderem zu dem Ergebnis, dass die legalen Abtreibungsmöglichkeiten negative Effekte auf die Fertilität entfalten. Insgesamt betonen die Studien nahezu übereinstimmend die positive Wirkung des Kinderfreibetrags.

Einen guten Überblick über die Ausgestaltung und Reformen des für Familien aus steuerlichen Gesichtspunkten attraktiven EITC geben Hotz und Scholz (2001). Die meisten dieser Wirkungsstudien analysieren Änderungen der Arbeitsmarktpartizipation und der Arbeitsstunden (Eissa und Liebman 1996, Keane und Moffit 1998, Meyer und Rosenbaum 1999). Einen besonderen Aspekt dieses Literaturstranges, die Arbeitsanreize für Zweitverdiener, beschreiben Eissa und Hoynes (2004) sehr detailliert.

Von Interesse sind aber auch insbesondere mögliche Verhaltensänderungen bezüglich der Eheschließung und der Fertilität. Mit Blick auf die Eheschließungen schlussfolgert Ellwood (1999), es gäbe keine Anzeichen dafür, dass Reformen des EITC das Muster der Eheschließungen beeinflusst haben. Bezüglich der Wirkung des EITC auf die Fertilität können Baughman und Dickert-Conlin (2003) einen positiven Effekt

auf die Rate der Erstgeburten feststellen. Zusätzlich differenzieren sie die Politikwirkung nach den verschiedenen ethnischen Bevölkerungsgruppen und nach Familienstand, da die Politik unterschiedlich auf diese Gruppen wirken kann. Während der Effekt für die weißen Frauen erstaunlicherweise negativ ist, ergibt sich für nicht-weiße Frauen ein stärkerer positiver Effekt. Für die Gruppe der verheirateten Frauen gilt, dass sowohl für die weißen als auch die nicht-weißen Frauen ein positiver Einfluss des EITC auf die Fertilität besteht.

Im Rahmen einer Evaluation des für Familien mit niedrigem oder keinem Einkommen konzipierte AFDC-Programms isoliert Rosenzweig (1999) quantitativ stark positive Effekte des AFDC auf die Fertilität unverheirateter Frauen bis zum 23. Lebensjahr, sofern deren Eltern über ein Einkommen unter 10.000 Dollar verfügen. Ein Ergebnis, das im Wesentlichen von Hoffman und Foster (2000) repliziert wird. So induziert eine zehnpromtente Erhöhung des AFDC eine Steigerung der Wahrscheinlichkeit, im Alter von 22 Jahren ein nicht eheliches Kind zu bekommen, um 12 Prozent. Acs (1996) analysiert die Wirkung der Sozialhilfe sowie von Lebensmittelmarken auf die Fertilität jener Mütter, die bereits ein Kind haben. Auf der Basis von Mikrodaten kann Tasiran (1995) durchaus einen positiven Einfluss des AFDC auf die Wahrscheinlichkeit der ersten und zweiten Geburt feststellen, allerdings ist der Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit einer dritten Geburt negativ. Studien zu dem seit 1997 eingeführten TANF-Programm sind bisher noch nicht durchgeführt worden.

Die Wirkungen des Erziehungsurlaubs hingegen sind vielfach empirisch untersucht worden. So belegen Klerman und Leibowitz (1998) in ihrer Studie, dass die Erwerbstätigkeit der Mütter und die Dauer der Elternzeit nach Einführung des FMLA zugenommen haben. Die Dauer der Elternzeit ist zudem positiv mit dem Anteil der Beschäftigten in der Bevölkerung und der Arbeitsmarktpartizipation korreliert (Ruhm und Teague, 1998). Ähnliche Effekte finden auch Hofferth und Curtin (2003). Laut ihren Analysen kehren Frauen schneller an den Arbeitsplatz zurück und verbleiben häufiger bei ihrem ursprünglichen Arbeitgeber, was sich für die Arbeitgeber als positiv erweist. Gleichzeitig ermitteln sie, dass sich das Angebot des FMLA negativ auf die Löhne auswirkt.

Aus Sicht der Arbeitnehmer wurde die Politik des FMLA auch von Waldfogel (1996) untersucht. Die Ergebnisse zeigen keinen Anstieg der Löhne aufgrund der Einführung des FMLA, ein moderater Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit in Folge der Einführung ist jedoch ersichtlich. Ruhm (1997) untersucht darüber hinaus den Zusammenhang mit dem Einkommen und findet, dass die Elternzeit mit dem Einkommen steigt. Ein stärkerer Einfluss auf die Beschäftigung als auch auf die Löhne könnte vom FMLA ausgehen, wenn die Elternzeit für einen größeren Teil der Beschäftigten gültig wäre, in der Erwerbspause eine Lohnersatzleistung ausgezahlt würde oder die Dauer der maximalen Elternzeit ausgedehnt würde.

Des Weiteren suggeriert Ruhm (1997), dass der Nutzen einer limitierten Erweiterung des FMLA entlang dieser drei Dimensionen die Kosten übersteigen würde. Gleichzeitig warnt er davor, die generösen Regelungen zu übernehmen, wie sie in den meisten europäischen Ländern bestehen, da in diesem Fall die Kosten höher als der Nutzen wären. Phillips (2002) modelliert die Kosten für kleine Unternehmen bei einer Erweiterung hin zu einer bezahlten Elternzeit. Seine Ergebnisse zeigen, dass dies zu zusätzlichen Kosten für die einzelnen Unternehmen als auch für die Gesamtwirtschaft führen würde. Zusätzlich prognostizieren die Simulationen, dass mindestens 60.000 Arbeitsplätze in Unternehmen mit weniger als 20 Mitarbeitern innerhalb der ersten 3 Jahre nach Ausweitung des FMLA verloren gehen würden.

Zur Wirkung der amerikanischen Elternzeitregelungen auf die Fertilität besteht bis jetzt noch keine Evidenz in der Literatur. Auf Grund des sehr begrenzten Umfangs der Leistung ist allerdings fraglich, ob hier überhaupt ein kausaler Effekt beobachtet werden kann. Viel entscheidender ist hier wohl der Symbolcharakter der Maßnahme zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Neben den bisher genannten politischen Faktoren, die die Fertilität beeinflussen können, gibt es auch Untersuchungen zu gesellschaftlichen und persönlichen Bestimmungsgründen. Beispielfhaft sei hier nur eine Studie zu Religion und Fertilität in den Vereinigten Staaten von Frejka und Westoff (2008) genannt. Je größer die Rolle der Religion im Alltag der Frauen ist, umso höher fällt die Geburtenrate aus. Die Studie zeigt, dass die Geburtenrate für Frauen in Europa theoretisch um 13 Prozent höher liegen würde, wenn die Religion für die Europäerinnen im Alltag genauso wichtig wäre,

wie für die Amerikanerinnen. In Nordeuropa würde der Anstieg am geringsten ausfallen, in Westeuropa am höchsten. Dies zeigt deutlich wie wichtig die normativen Wertvorstellungen in Bezug auf die Familie für die Geburtenentwicklung der Vereinigten Staaten ist.

#### **4.3.4 Zusammenfassung**

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Vereinigten Staaten eine für Industrieländer vergleichsweise hohe Fertilität aufweisen. Die Geburtenrate lag in den vergangenen Jahren recht stabil bei knapp über zwei Kindern pro Frau. Die Fertilität unterscheidet sich jedoch beträchtlich zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen. So erreichen die Einheimischen nicht die zum Generationenersatz notwendige Rate, während die hispanischen Immigranten den Gesamtdurchschnitt über dieses Niveau heben.

Die wenigen familienpolitischen Leistungen, die in den Vereinigten Staaten existieren, und die dadurch im internationalen Vergleich niedrigen Ausgaben im Bereich der Familienpolitik haben eine unterschiedliche Wirkung auf die Fertilität. Studien zum Wohlfahrtsprogramm AFDC und zum Kinderfreibetrag weisen darauf hin, dass monetäre Anreize einen Einfluss auf die Geburtenhäufigkeit haben können. Gleichzeitig sind aber auch insbesondere im Fall der Vereinigten Staaten gesellschaftliche Aspekte wie Religion und Wertevorstellungen zu berücksichtigen.

Die geringen Effekte, die von den wenigen familienbezogenen Leistungen ausgehen zeigen, dass die hohe Fertilität in den Vereinigten Staaten nicht vordergründig auf bestimmten staatlichen Familienleistungen basiert, sondern neben einer durch Immigration begünstigten Bevölkerungsstruktur ein ausgeprägtes, eher konservatives, Familienbewusstsein dafür verantwortlich zu machen ist. Dieses ist sowohl durch einen im internationalen Vergleich erhöhten Kinderwunsch gekennzeichnet als auch durch ein frühes Heirats- und Geburtsalter der Mütter.

## **4.4 Schweden**

Schweden wird hier repräsentativ für den sozialdemokratischen Wohlfahrtstyp der nordischen Länder analysiert. Dieses Wohlfahrtsmodell bietet seinen Bürgern umfangreiche Sozialleistungen, die ein Leben über dem Existenzminimum gewährleisten sollen. Im Vergleich zu den Vereinigten Staaten und Spanien existiert in Schweden somit ein deutlich stärker ausgeprägtes soziales Netz.

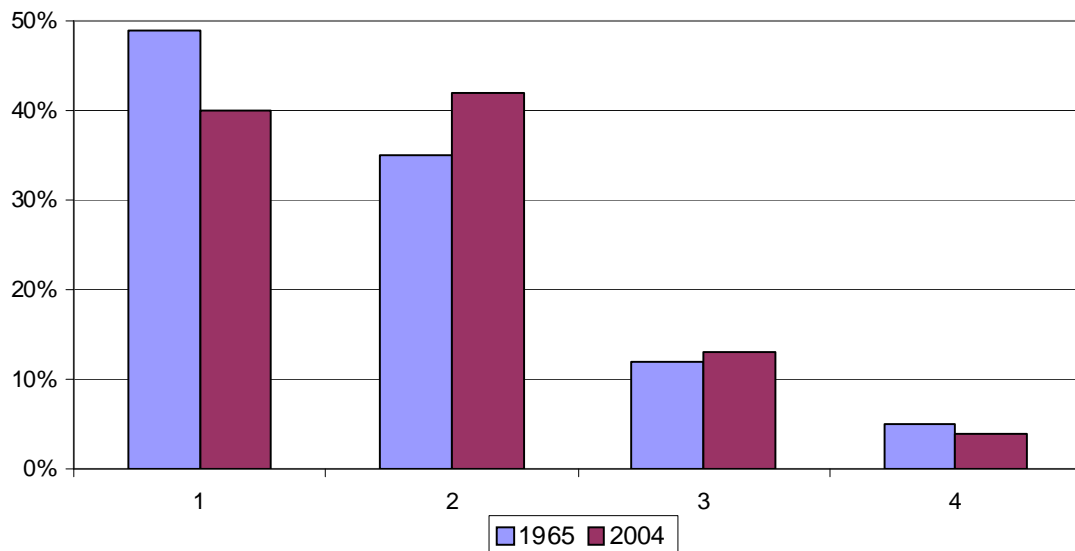
### **4.4.1 Geburtenentwicklung**

Entgegen dem rückläufigen europäischen Trend hat Schweden noch heute eine mit 1,77 Kindern pro Frau ähnlich hohe Fertilitätsrate wie im Jahr 1970. Allerdings war die Geburtenrate in diesem Zeitraum größeren Schwankungen ausgesetzt als dies zum Beispiel in den USA oder in Spanien der Fall war. In Folge des demografischen Übergangs sank die Geburtenrate bis 1983 auf ein Niveau von etwa 1,6 Kindern pro Frau und stieg anschließend bis 1990 auf ihren Höchststand von 2,1 Kindern pro Frau. In den Jahren der wirtschaftlichen Rezession Anfang der 1990er Jahre war ein deutlicher Rückgang der Geburtenraten zu verzeichnen. Der Abwärtstrend endete 1999 auf einem Tiefstand von 1,5 Kindern pro Frau. Seitdem hat sich die Geburtenrate spürbar erholt und liegt derzeit auf einem Niveau von 1,77 Kindern pro Frau.

Analog zu den Beobachtungen in den USA und Spanien hat sich auch in Schweden das Alter verschoben, mit dem eine Mutter ihr erstes Kind bekommt. Gebar eine schwedische Mutter im Jahr 1975 noch mit durchschnittlich 26 Jahren ihr erstes Kind, war sie 2006 bei der Geburt des ersten Kindes bereits 30 Jahre alt. Diese Verschiebung des Geburtsalters fällt für die weiteren Geburten einer Frau allerdings geringer aus. Bei der Geburt des vierten Kindes war die Mutter im Jahr 2004 im Durchschnitt mit 36 Jahren nur ein Jahr älter als eine Mutter 1965 bei der vierten Geburt. Parallel hat sich auch das durchschnittliche Heiratsalter im Lebensverlauf nach hinten verschoben. So wird mit durchschnittlich 31 Jahren innerhalb Europas nur noch in Island so spät geheiratet wie in Schweden.

Eine Verschiebung über die Zeit ist auch in der Anzahl der Kinder im Haushalt ersichtlich. Abbildung 5 zeigt die Verteilung der Anzahl der Kinder pro Haushalt für die Jahre 1965 und 2004 auf. Die Zahlen beruhen nicht auf einer abgeschlossenen Geburtenkohorte, sondern bilden vielmehr eine Momentaufnahme des jeweiligen Jahres ab. Während der Anteil der Familien mit zwei Kindern seit 1965 von 35 % auf 42 % gestiegen ist, hat sich der Anteil der Familien mit einem Kind von 49 % auf 40 % verringert. Diese Momentaufnahme lässt den Trend hin zu einer Familie mit zwei Kindern erkennen.

**Abbildung 5: Verteilung der Kinderanzahl pro Familie in 1965 und 2004, Schweden**



Quelle: Statistics Sweden.

Wie in den meisten industrialisierten Ländern ist auch in Schweden die Fertilitätsrate negativ mit dem Bildungsniveau korreliert. Das bedeutet, dass hochgebildete Frauen tendenziell weniger Kinder gebären als niedriggebildete Frauen. Dieser Unterschied ist in Schweden jedoch deutlich geringer als zum Beispiel in den USA und in Deutschland. So bekommen die Frauen mit niedrigem Bildungsniveau mit 1,85 Kindern durchschnittlich nur 0,1 Kinder mehr als hochqualifizierte Frauen. Nach Berechnungen von Hülskamp (2006) ist diese Differenz nicht signifikant.

Ähnliche Erkenntnisse liefert der Blick auf den Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau und der Kinderlosigkeit. Während gerade in Deutschland der Anteil der kinderlosen Hochqualifizierten mit 24,4 % doppelt so hoch ist wie der entsprechende Anteil bei den Geringqualifizierten, liegt in Schweden der Anteil der kinderlosen Paare mit hohem Bildungsniveau mit 13,4 % nur geringfügig oberhalb des Anteils der kinderlosen Geringqualifizierten (12,4 %).

Der geringe Einfluss des Bildungsniveaus auf das Geburtsverhalten in Schweden geht mit einem positiven Zusammenhang zwischen der Fertilitätsrate und dem Einkommen einher. Während in den USA und auch in Deutschland tendenziell die schlechter verdienenden Frauen mehr Kinder bekommen, ist dies in Schweden genau umgekehrt (Hülkamp, 2006). So lag die Fertilitätsrate in Schweden im Jahr 2000 im niedrigsten Einkommensdezil bei 1,55 Kindern pro Frau. Für das höchste Einkommensdezil belief sich die Geburtenrate hingegen auf 1,92 Kinder pro Frau. Gleichzeitig waren im niedrigsten Einkommensdezil mit 19 % fast doppelt so viele Frauen kinderlos wie im Durchschnitt über alle Einkommensdezile (10,6 %). Dies steht im deutlichen Gegensatz zu Deutschland, wo der größte Anteil der kinderlosen Frauen im zweithöchsten Einkommensdezil beobachtet wird.

Ein Effekt des Bildungsniveaus besteht jedoch im Hinblick auf kinderreiche Familien. Wie in anderen europäischen Ländern werden kinderreiche Familien in Schweden (mit vier oder mehr Kindern) am häufigsten bei geringqualifizierten Frauen registriert. So sind in Schweden 7,5 % der 30 bis 42-jährigen Frauen mit niedrigem Bildungsniveau Mütter von mindestens vier Kindern, während dies für die Hochqualifizierten nur für 4,2 % der Frauen zutrifft. Allerdings ist zu beachten, dass Frauen mit niedrigerer Bildung ihre Kinder zu einem früheren Zeitpunkt als hochgebildete Frauen bekommen. Dadurch wird die beobachtete Differenz etwas überschätzt.

Dank einer positiven Nettomigration wächst die Bevölkerung Schwedens Jahr für Jahr. Während die Ausländerquote sich in den letzten Jahrzehnten stabil zwischen 5% und 6% hält, hat sich der Anteil der im Ausland geborenen Personen gegenüber 1970 hingegen verdoppelt. Dies hat zu einer Steigerung des Anteils der Personen mit einem Migrationshintergrund von 14,5% im Jahr 2000 auf 17,3% in 2007 geführt. Die positive Wirkung der Migration auf das Bevölkerungswachstum wird zusätzlich dadurch ver-

stärkt, dass die Fertilitätsrate der Migranten mit 2,2 Kindern pro Frau über der Fertilitätsrate der Einheimischen liegt. Bereits für Spanien und die Vereinigten Staaten wurde beobachtet, dass die Migranten eine höhere Fertilität aufweisen. Im Gegensatz zu diesen beiden Ländern kommen die Ausländer Schwedens jedoch aus den direkten Nachbarstaaten Finnland, Dänemark und Norwegen. Da sie also aus dem gleichen Kulturkreis stammen, weisen sie auch ein ähnliches Fertilitätsmuster auf. Dies könnte erklären, warum der Unterschied zwischen der Fertilität der Einheimischen und der der Migranten nicht so groß ist wie in Spanien oder den Vereinigten Staaten.

#### **4.4.2 Sozio-ökonomischer Rahmen**

Schweden ist gekennzeichnet durch ein Sozialsystem, das die Grundversorgung der Bevölkerung auf hohem Niveau von Seiten des Staates sichert. Dies ist charakteristisch für den sozialdemokratischen Wohlfahrtstyp der nordischen Länder. Dieser bietet seinen Bürgern umfangreiche Sozialleistungen, die ein Leben über dem Existenzminimum gewährleisten sollen. Im Vergleich zu den Vereinigten Staaten und Spanien existiert in Schweden somit ein deutlich umfangreicheres soziales Netz.

Die schwedische Gesellschaft und Politik legt außerdem viel Wert auf die Gleichheit zwischen den Geschlechtern. Diese fortschrittliche Haltung spiegelt sich nicht nur in der Familienpolitik wider, sondern macht sich auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Ausgehend von einer Partizipationsrate von 59,3% in 1970 ist der Anteil der erwerbstätigen Frauen über die vergangenen Jahrzehnte auf 78,2% im Jahr 2007 stark angestiegen. Damit liegt die Partizipationsrate der schwedischen Frauen zwar unter der Partizipationsrate der Männer, aber im internationalen Vergleich weist kaum ein anderes Land eine so hohe Partizipation der Frauen auf.

Diese Tatsache könnte eine Erklärung für die niedrigen Heiratsquoten sein. Schweden weist mit weniger als 30% den im OECD20-Vergleich niedrigsten Anteil der verheirateten 20 bis 40-Jährigen auf (OECD, 2006). Gleichzeitig übersteigt der Anteil der Lebenspartnerschaften in diesem Altersabschnitt mit über 35% den Anteil der Verheirateten und liegt über 20 Prozentpunkte höher als der Durchschnitt der EU-20. Damit einhergehend werden immer mehr Kinder unehelich geboren, mittlerweile überwiegen sogar die außerehelichen Geburten. In keinem anderen EU-Land ist dieser Trend so stark ausgeprägt.



Damit die erwerbstätigen Frauen trotz der hohen Erwerbsquote die Rolle als Mutter wahrnehmen können, wendet der schwedische Staat erhebliche Mittel auf. Gerade im Hinblick auf die Familienausgaben unterscheidet sich Schweden deutlich von den vorangegangenen Länderbeispielen Spanien und den Vereinigten Staaten. Während die familienbezogenen staatlichen Ausgaben in den USA und Spanien bei rund 1,2% des BIP liegen, investierte Schweden mit 3,2 % des BIP deutlich mehr in die Familienförderung. Im Jahr 1990 lag der Anteil der Familienausgaben in Schweden mit 4,4 % des BIP allerdings noch höher. Auffällig ist im internationalen Vergleich weiterhin, dass Schweden keine steuerlichen Formen der Familienleistungen einsetzt. Die Aufwendungen verteilen sich zu etwa gleichen Teilen auf monetäre und reale Leistungen.

Trotz dieser finanziellen Anstrengungen erreichen schwedische Mütter ihre gewünschte Kinderanzahl von 2,4 Kindern laut Testa (2006) nicht. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern fällt die Diskrepanz zwischen der tatsächlichen und der gewünschten Fertilitätsrate jedoch geringer aus (D'Addio und D'Ercole, 2005).

Wie gesehen, verfügt Schweden bei einer hohen Partizipationsrate der Frauen gleichzeitig über eine überdurchschnittliche Fertilitätsrate. Familie und Beruf sind in Schweden also außerordentlich gut vereinbar. Das Zusammenspiel zwischen Beruf und Familie wird in Schweden wie in kaum einem anderen Land durch familienpolitische Maßnahmen des Staates unterstützt. Schwedische Familien profitieren sowohl von umfangreichen monetären Leistungen, wie Eltern- und Kindergeld, als auch von den nicht-monetären Leistungen, wie kostenfreie Schulbildung und Kinderbetreuung. Außerdem ermöglichen die schwedischen Arbeitgeber eine flexible Arbeitszeiteinteilung.

Eine Leistung des Staates, die die umfangreiche Fürsorge des Staates gut darstellt ist das bereits 1955 eingeführte Elterngeld. Es wird einkommensabhängig ausgezahlt, wobei die Höhe der Leistung 1974 stark erhöht wurde. Seit dem erhielt, das Elternteil, welches die Kinderbetreuung für die ersten sechs Monate nach der Geburt übernahm, 90% des bis zur Geburt des Kindes verdienten Einkommens. Erwerbslose und andere nicht am Arbeitsmarkt Mitwirkende erhielten einen Mindestsatz, Hocheinkommensbezieher einen festgesetzten Höchstsatz. Mit dieser Regelung schloss Schweden als erstes Land überhaupt auch den Vater in den Erziehungsurlaub mit ein.

In weiteren Reformen wurde der Erziehungsurlaub verlängert. Derzeit haben Eltern Anspruch auf 480 Tage Erziehungsurlaub. Der Anspruch verfällt, wenn das Kind das achte Lebensjahr vollendet hat. Der Erziehungsurlaub kann aber innerhalb dieser Zeit sowohl zeitlich als auch personenbezogen flexibel zwischen beiden Elternteilen aufgeteilt werden. Heute beträgt das Elterngeld in den ersten 13 Monaten 80% des vor Antritt des Erziehungsurlaubes verdienten Einkommens. Die restlichen drei Monate Erziehungsurlaub werden mit einem relativ niedrigen einkommensunabhängigen Pauschalbetrag bezuschusst. Sofern vorhanden sind heute außerdem beide Elternteile zur Betreuung des Kindes für jeweils mindestens zwei Monate verpflichtet.

Zusätzlich zum Elterngeld wurde 1980 ein Anreiz zur zügigen Erweiterung der Familie geschaffen. Gebärt eine Mutter innerhalb von 24 Monaten – seit 1986 sind es 30 Monate - ein weiteres Kind, so setzt die sogenannte „speed premium“ ein. Diese fördert das betreuende Elternteil mit erneut 80% des Einkommens, welches vor Geburt des ersten Kindes erzielt wurde. Damit soll nicht nur eine mögliche Einkommensverschlechterung durch die Geburt eines weiteren Kindes verhindert, sondern auch der Abstand zwischen zwei Geburten verkürzt werden.

Als weitere finanzielle staatliche Leistung dient Eltern seit 1948 das einkommensunabhängige Kindergeld. Dieses wurde 1982 in ein progressives System umgewandelt, so dass jedes zusätzliche Kind (bis zum vierten Kind) mit höheren Zuschüssen gefördert wird. Derzeit erhält eine Familie mit einem Kind 105 Euro Kindergeld. Eine Familie mit zwei Kindern erhält für jedes Kind 110 Euro und eine Familie mit drei (vier) Kindern für jedes Kind 120 (138) Euro. Das Kindergeld wird bis zu einem Alter von 16 Jahren gezahlt und danach im Falle einer weiterführenden Schulausbildung bis zu dessen Ende verlängert.

Die Familie und in spezieller Weise die Gleichberechtigung zwischen den Ehepartnern wird auch mit nicht-monetären Mitteln unterstützt. So ist vor allem die öffentliche Kinderbetreuung in Schweden stark ausgeprägt. Während in den 1960er Jahren nur wenige Betreuungsplätze für Kinder im Vorschulalter existierten, ist das Angebot an staatlichen Krippenplätzen in den letzten Jahrzehnten stark ausgeweitet worden. Heute bietet der Staat allen Kindern ab dem zweiten Lebensjahr eine Ganztagsbetreu-

ung an, die im Schulalter in eine Ganztagschulausbildung übergeht. Dabei wird nur ein geringer Anteil der Betreuungskosten von den Eltern getragen.

Jedes zusätzliche Kind senkt außerdem den Kostenbeitrag, der pro Kind zu entrichten ist. Diese staatlich bereitgestellte Betreuungsinfrastruktur ermöglicht auch der Mutter eine Vollzeiterwerbstätigkeit. Zudem profitieren schwedische Mütter von der 1979 eingeführten Regelung, dass sie nach der Geburt ihres Kindes Anrecht auf ihre vor der Schwangerschaft ausgeübte Stelle haben und diese auch in Teilzeit ausüben können. Dieser Rechtsanspruch gilt, bis das Kind das Alter von acht Jahren erreicht hat und ermöglicht somit einen leichten Wiedereinstieg in den Beruf. Dass auch die gesellschaftliche Akzeptanz für eine Erwerbstätigkeit einer Mutter mit einem Kleinkind vorhanden ist, wird aus einer Studie von DiPrete et al. (2003) ersichtlich. Während in Deutschland über 60 % der befragten Frauen im Alter von 18 bis 35 Jahren angaben, dass ein Kind im Vorschulalter durch eine Erwerbstätigkeit der Mutter leidet, so sind in Schweden nur 18 % der befragten Frauen dieser Ansicht.

Als weiterer Beitrag zur Gleichstellung von Frau und Mann wurden im Jahr 1980 außerdem die sogenannten „daddy days“ eingeführt. So stehen dem Vater zehn Urlaubstage für jede Geburt zur Verfügung und fördern somit das aktive Einbinden des Vaters in das Familienleben. Die staatlich übernommene Krankenversorgung des Kindes seit 1990 für bis zu 120 Tage im Jahr mit einer maximalen Förderung von bis zu 820 Euro im Monat rundet die nicht-monetäre staatliche Unterstützung für Familien ab.

Nicht nur die Familienpolitik kann die Fertilitätsrate in positiver Weise beeinflussen. Auch das Renten- und Steuersystem bietet in Schweden pro-natalistische Anreize. So wurde beispielsweise durch die in Schweden 1971 eingeführte Individualbesteuerung von Ehepartnern die Aufnahme einer Teilzeitbeschäftigung attraktiver. Die hohen marginalen Steuersätze für Zweitverdiener im Rahmen einer gemeinsamen Steuerveranlagung und die damit verbundenen negativen Effekte auf die Frauenerwerbstätigkeit können dadurch vermieden werden. Das schwedische System belastet Familien bei denen sich das Haushaltseinkommen aus zwei gleichen Teilen zusammensetzt deutlich weniger als Familien, bei denen ein Alleinverdiener dasselbe Einkommen erzielt.

Das schwedische Rentensystem wurde im Zuge der volkswirtschaftlichen und demographischen Entwicklung 1999 grundlegend reformiert. Zuvor setzte sich die Ren-

te aus einer Grundrente und einer allgemeinen Zusatzrente zusammen. Die Grundrente war grundsätzlich allen Bürgern zugänglich, während die allgemeine Zusatzrente einkommensabhängig war und die eigene Grundrente im Höchstfall um weitere 55% anheben konnte. Im Zuge der Reform ersetzte die Einkommensrente die allgemeine Zusatzrente, während die Grundrente ganz abgeschafft wurde. Diese Reform verstärkte die Anreize für Mütter über ein eigenes Erwerbseinkommen Rentenansprüche zu erwerben und förderte somit ebenfalls die Erwerbstätigkeit von Frauen. Wie und ob diese umfangreichen familienbezogenen Maßnahmen die Geburtenentwicklung beeinflussen, wird im folgenden Abschnitt anhand der empirischen Literatur diskutiert.

#### **4.4.3 Einflussfaktoren der Fertilität**

Schweden ist in den letzten Jahrzehnten größeren Schwankungen in der Fertilitätsrate ausgesetzt gewesen als die meisten europäischen Staaten. Dass aber gerade in Zeiten volatiler Fertilitätsraten der Blick auf die Gesamtfertilitätsrate trügerisch sein kann, zeigt Andersson (2008). Er stellt fest, dass in den Jahren des Rückgangs der Fertilitätsrate der Anteil der kinderlosen Frauen unter 30 Jahren deutlich angestiegen ist. Parallel zu dem Anstieg der Fertilitätsrate Anfang des Jahrtausends ist der Anteil der Frauen, die nach ihrem 30. Geburtstag ihr erstes Kind bekommen, gewachsen. Daraus schließt Andersson, dass die Mütter in wirtschaftlich schlechten Zeiten die Geburt ihres ersten Kindes hinausgezögert und in besseren Zeiten nachgeholt haben. Der Autor argumentiert, dass die Betrachtung der Gesamtfertilitätsrate daher vor allem dann aufschlussreich ist, wenn nicht die Fertilität über die Zeit betrachtet wird, sondern die Fertilität über Kohortenjahrgänge.

In einer früheren Analyse zeigt Andersson (2000) mit Hilfe von administrativen Daten, dass zumindest ein Teil des Fertilitätsrückgangs mit der Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation der Frauen einhergeht. Diese drückt sich unter anderem in der Arbeitslosenquote aus, die in Schweden Anfang der 1990er Jahre in nur drei Jahren von weniger als 2 % auf mehr als 8 % anstieg. Da sich der Geburtenrückgang am stärksten auf die Erstgeburten auswirkte, deutet Andersson (2000) an, dass der Rückgang der Fertilitätsrate auf die Zunahme an Geringverdienenden und Studentinnen zurückzuführen sein könnte. Der Autor schließt daraus, dass Schweden einem pro-zyklischen Fertilitätsmuster folgt.

Hoem und Hoem (1997) fügen der Analyse der von ihnen so betitelten „Achterbahnfertilität“ den Faktor Unsicherheit hinzu. Sowohl die schlechte Aussicht auf dem Arbeitsmarkt als auch die einkommensabhängigen Familienbezüge in Form des Elterngeldes könnten die Frauen in wirtschaftlich schlechteren Zeiten dazu verleiten, die Geburt eines Kindes auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben.

Die pro-zyklischen Ergebnisse werden von Andersson et al. (2004) bestätigt: Erwerbstätigkeit und Mutterschaft in Schweden sind nicht nur miteinander vereinbar, sondern auch positiv korreliert (Hoem, 2000). Des Weiteren wirken Einkommen und Erwerbstätigkeit beider Partner weitgehend unabhängig voneinander auf die Wahrscheinlichkeit, ein weiteres Kind zu bekommen. Für ausländische Frauen, die in Schweden leben, finden Andersson und Scott (2005) einen positiven Zusammenhang zwischen dem Einkommen und der Wahrscheinlichkeit, Mutter zu werden. Der Beschäftigungsstatus hat für Immigranten im Gegensatz zu Einheimischen keinen signifikanten Effekt auf die Geburtswahrscheinlichkeit.

Heckman und Walker (1990a,b) ermitteln anhand von schwedischen Längsschnittdaten unter der Betrachtung der Löhne der Männer einen negativen Zusammenhang zwischen der Geburtswahrscheinlichkeit und den Löhnen der Frauen. Mit einer Erweiterung des Modells von Heckman und Walker um individuelle Einkommensinformation stellt Tasiran (1995) fest, dass sich der negative Einkommenseffekt auf die Fertilität über die Zeit verringert hat und nicht mehr für alle Geburtenkohorten zutrifft.

Vor allem die Wirkungen der so genannten „speed premium“, die für Frauen den Anreiz setzen soll, zwischen zwei Geburten nicht viel Zeit verstreichen zu lassen, wird in zahlreichen empirischen Studien evaluiert. Hoem (1993) stellt fest, dass in dieser Leistung „eine seltene Demonstration eines direkten kausalen Effektes einer Politikreform auf demographisches Verhalten“ besteht. Denn, wie auch Andersson (2004), führt er die auffällig erhöhte Rate an Zweitgeburten in Schweden Mitte der 80er Jahre auf die Einführung der „speed premium“ zurück. Auch Björklund (2006) erklärt, dass die „speed premium“ mitverantwortlich für die Verringerung der Geburtenabstände seit Mitte der 80er Jahre ist. Die beobachtete Zunahme an Dritt- und Viertgeburten in den 80er Jahren könnte nach Sundström und Stafford (1992) hingegen mit dem 1982 eingeführten progressiven Kindergeldsystem zusammenhängen.

Für Schweden liegen darüber hinaus einige Studien zur Fertilitätsdynamik im Lebensverlauf vor. Hoem und Hoem (1989) berechnen, dass Hausfrauen eher ein zweites und ein drittes Kind bekommen als aktuell beschäftigte Frauen. Zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten besteht hingegen kein signifikanter Unterschied. Die niedrige Übergangsrate zur dritten Geburt von Frauen, die seit der ersten Geburt überwiegend Hausfrau waren, aber aktuell erwerbstätig sind, lässt sich damit begründen, dass der Eintritt in den Arbeitsmarkt ein Signal dafür ist, dass derzeit kein weiteres Kind geplant ist. Insofern, so schließen die Autoren, beeinflusst die geplante Fertilität die Erwerbstätigkeit und nicht die Erwerbstätigkeit die Fertilität.

Auch Berinde (1999) untersucht den Übergang zum dritten Kind in Schweden. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass der Beschäftigungsstatus zwar einen signifikanten Einfluss auf die Übergangsrate zum dritten Kind haben kann, der Unterschied zwischen berufstätigen Frauen und Hausfrauen aber nicht signifikant ist. Das Ergebnis steht jedoch nicht in Widerspruch zu den Erkenntnissen von Hoem und Hoem (1989). Diese stellen für Frauen, die zwischen 1936 und 1950 geboren wurden, fest, dass der Unterschied in der Wahrscheinlichkeit einer dritten Geburt zwischen Hausfrauen und erwerbstätigen Frauen abgenommen hat. Mit dem gleichen Datensatz wie Berinde (1999) zeigt Oláh (2003), dass die Geburtswahrscheinlichkeit eines zweiten Kindes für Hausfrauen signifikant höher ist als für derzeit Vollzeit erwerbstätige Frauen.

Um die Frauenerwerbstätigkeit nach Geburt des ersten Kindes zu steigern, weist Kenjoh (2005) darauf hin, nicht nur auf eine ausgewogene Kombination zwischen Elternzeit und bezahlter Arbeit abzielen, sondern auch die Verfügbarkeit qualitätsreicher Teilzeitarbeit zu ermöglichen. Dass dies in Schweden bereits der Realität entspricht, zeigen beginnend mit Sundström und Stafford (1992) mehrere Studien. Sundström und Stafford (1992) belegen, dass die Einführung der Individualbesteuerung die Teilzeitarbeit für Frauen attraktiv gemacht hat. Dies könnte die hohen Partizipationsraten bei gleichzeitig hoher Gesamtfertilität erklären.

Mit Hilfe der schwedischen Household Survey von 1984 gelangen Gustafsson und Stafford (1992) darüber hinaus zu dem Schluss, dass Frauen mit Kindern im Vorschulalter durch die qualitativ hohe öffentliche Kinderversorgung dazu ermutigt werden, am Arbeitsleben teilzunehmen. Auch Andersson et al. (2004) bescheinigen Schweden ein

relativ hohes Level an Kinderversorgung. Ihre wenig aussagekräftigen Ergebnisse bezüglich der Auswirkungen von regionalen Merkmalen der Kinderversorgung (zum Beispiel Anzahl Kinder pro Betreuer, Versorgungskosten für Eltern) auf das Ausmaß an Zweit- und Drittgeburten führen sie auf den hohen Grad an Kinderversorgung zurück.

Die Wirkungen der Elternzeit auf das Geburtenverhalten analysieren Duvander und Andersson (2006). Ihr Ergebnis, dass sich eine moderate Beteiligung des Vaters an der Elternzeit positiv auf weitere Geburten auswirkt, begründen die Autoren einerseits mit der Möglichkeit der Mutter, Beruf und Familie mit einer höheren Betreuungsbereitschaft des Vaters besser vereinbaren zu können. Andererseits zeigten die Väter mit ihrem familienfreundlichen Verhalten Interesse an einer Ausweitung der eigenen Familie. Die Beteiligung des Vaters an der Elternzeit korreliert laut einer Studie von Sundström und Duvander (2002) dabei positiv mit dem Einkommen der Eltern. Bei gleichem Einkommen nutzen außerdem eher die gut ausgebildeten Männer die Elternzeit.

Einen Überblick über die familienpolitischen Maßnahmen Schwedens in den letzten Jahren mit einer Gegenüberstellung der deutschen Situation bietet Hoem (2005). Er begründet die höhere Fertilitätsrate in Schweden mit den familienpolitischen Investitionen, die beim Elterngeld und im Bereich der Kinderbetreuung deutlich höher ausfallen als in Deutschland. In einem Vergleich mit Dänemark beleuchten Pylkkänen und Smith (2004) die jeweiligen Familienpolitiken hinsichtlich der durch Geburt eines Kindes auferlegten Karrierepause von Frauen. Sie finden heraus, dass Vaterschaftsurlaub das Verhalten der Frauen bezüglich ihrer Erwerbstätigkeit positiv beeinflusst. Der Fokus auf flexiblere Elternzeiten und geteilte Verantwortlichkeiten bei der Betreuung des Kindes in Schweden trägt dazu bei, dass die familienpolitischen Maßnahmen dort einen größeren Einfluss haben als in Dänemark.

#### **4.4.4 Zusammenfassung**

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Schweden eine hohe Geburtenrate aufweist und eine umfassende Familienpolitik durchführt. Im europäischen Vergleich wendet Schweden am meisten finanzielle Mittel dafür auf. Einerseits werden die Familien mit Eltern- und Kindergeld vom Staat monetär unterstützt, andererseits wird insbesondere viel Wert auf die nicht-monetäre Unterstützung – wie Vereinbarkeit von Familie und

Beruf sowie die Gleichberechtigung der Geschlechter – gelegt. Betreuungsangebote ab dem zweiten Lebensjahr für jedes Kind und flexible Arbeitszeiten der Mütter während der Elternzeit ermöglichen nach der Geburt eine schnelle und unkomplizierte Rückkehr ins Arbeitsleben. Dies spiegelt sich auf dem Arbeitsmarkt in einer für Europa überdurchschnittlich hohen Partizipationsrate der Frauen wider.

Besonders eine familienpolitische Maßnahme hat in Schweden für Aufmerksamkeit in Politik und Wissenschaft gesorgt, die sogenannte „speed premium“. Gebärt eine Mutter innerhalb von 30 Monaten nach ihrer Geburt ein weiteres Kind, so hängt das Elterngeld weiterhin vom Einkommen ab, welches die Mutter vor der Geburt des ersten Kindes erzielt hat. Mithilfe dieser Maßnahme, die laut Hoem (1993) „eine seltene Demonstration eines direkten kausalen Effektes einer Politikreform auf demographisches Verhalten“ ist, konnte in den 1980er Jahren die Rate an Zweitgeburten erhöht und die Verkürzung zwischen zwei Geburten erzielt werden.

Allerdings war das Geburtenverhalten trotz der familienfreundlichen institutionellen Rahmenbedingungen in den letzten Jahrzehnten stark volatil. Eine Ursache dafür ist, wie die wissenschaftliche Literatur zeigt, das pro-zyklische Fertilitätsverhalten. In wirtschaftlich schlechten Zeiten schieben die schwedischen Frauen eine Geburt auf, in wirtschaftlich besseren Zeiten holen sie die Geburt dann nach. Das heißt, die vergleichsweise hohe Fertilitätsrate in Schweden ist trotz umfangreicher, insbesondere nicht-monetärer, Familienförderung von konjunkturellen Schwankungen der Wirtschaft abhängig.



## **4.5 Frankreich**

Frankreich ist als konservativer Wohlfahrtstyp dem deutschen Sozialsystem am ähnlichsten. Sozialleistungen sind in Frankreich im Gegensatz zu Ländern, wie den Vereinigten Staaten und Spanien, stark ausgeprägt. Nur der, vor allem in Skandinavien vorherrschende, sozialdemokratische Wohlfahrtstyp bietet seinen Bürgern noch umfangreichere Leistungen. Da sich allerdings trotz der ähnlichen sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen die demografische Entwicklung Deutschlands und Frankreichs so deutlich unterscheidet, lohnt sich eine besonders genaue Betrachtung der französischen Fertilitätsentwicklung und ihrer Einflussfaktoren.

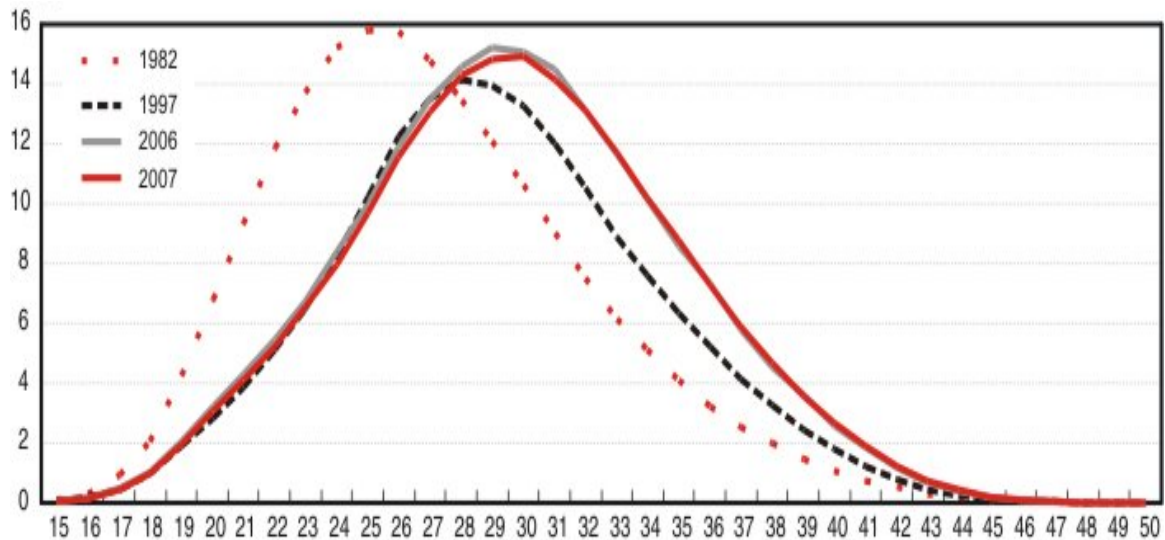
### **4.5.1 Geburtenentwicklung**

Mit 1,98 Kindern je Frau im Jahr 2007 weist Frankreich trotz eines leichten Rückgangs im Vergleich zu 2006 nach Island europaweit die höchste Geburtenrate auf (INSEE, 2008a). Auch absolut betrachtet ist Frankreich das Land in Europa mit der höchsten Geburtenzahl. Mit 816.000 Neugeborenen im Jahr 2007 wurden in Frankreich 20 Prozent mehr Kinder geboren als in Deutschland, obwohl die Einwohnerzahl in Deutschland die französische Einwohnerzahl um fast 30 Prozent übersteigt (INSEE, 2008b). Nach einem starken Rückgang zu Beginn der 1970er Jahre von ca. 2,5 auf 1,8 Kinder pro Frau ist die Fertilitätsrate auch im weiteren Zeitverlauf moderat gesunken. Diese Entwicklung erreichte ihren Tiefpunkt 1993 mit einer Geburtenziffer von 1,65 Kindern je Frau. Dieser Wert lag jedoch immer noch über dem europäischen Durchschnitt. Ähnlich zu den Vereinigten Staaten, Schweden und Spanien ist die Fertilitätsrate im letzten Jahrzehnt wieder leicht angestiegen.

Diese Fertilitätsentwicklung wird begleitet von einer Veränderung des Durchschnittsalters der Mutter zum Zeitpunkt der Geburt ihrer Kinder. Während das Durchschnittsalter der Mutter bei der Geburt des ersten Kindes im Jahr 1977 noch bei 26,5 Jahren lag, ist es bis zum Jahr 1995 auf 29,3 Jahre gestiegen, was einem Anstieg von über 1,5 Monaten pro Jahr entspricht. Seit 1995 beobachtet man jedoch einen geringeren Zuwachses von weniger als einen Monat pro Jahr (INSEE, 2008b).Dieser Anstieg

des Geburtsalters wird in Abbildung 6 illustriert: Während 1982 15,8 % der 25-jährigen Frauen ein Kind zur Welt brachten, waren es im Jahr 2007 lediglich 9,7 %.

**Abbildung 6: Altersspezifische Fertilitätsraten 1982-2007, Frankreich**



Anmerkungen: x-Achse: Alter der Mutter, y-Achse: Anteil in Prozent. Die Grafik zeigt, welcher Prozentsatz von Frauen in welchem Alter ein Kind geboren hat.

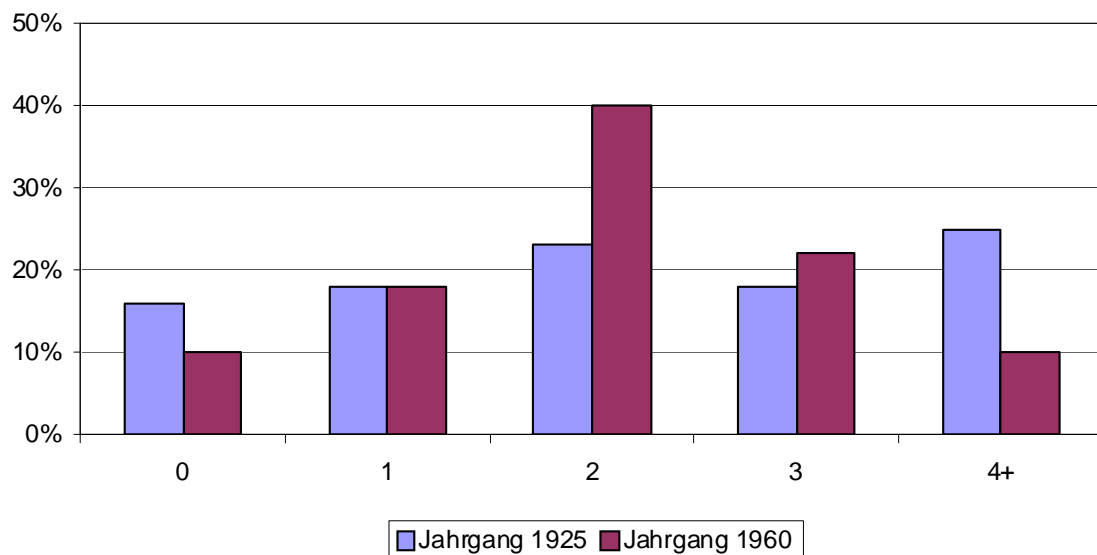
Quelle: Pla (2008); Daten: INSEE.

Auch der Blick auf die Geburtenkohorten zeigt die Verschiebung des Alters der Frauen bei einer Geburt. Frauen des Altersjahrgangs 1957 hatten zum Zeitpunkt ihres 35. Geburtstags durchschnittlich 1,95 Kinder zur Welt gebracht. Im Jahr 2007 hingegen hatten die 35-jährigen Frauen durchschnittlich nur 1,68 Kinder geboren. Die zusammengefasste Geburtenziffer für diese Frauen wird jedoch voraussichtlich wieder ca. 2 Kinder pro Frau betragen und entspricht damit in etwa der kumulativen Fertilität der nach 1950 geborenen Frauen. Die Geburtenhäufigkeit des Altersjahrgangs 1937 mit durchschnittlich 2,52 Kindern pro Frau wird allerdings wohl nicht erreicht werden (Pla, 2008).

Der Rückgang der Fertilität von ca. 2,5 auf etwa 2,1 Kinder ist insbesondere durch den Rückgang der Familien mit vier Kindern zu erklären. In der Alterskohorte der in 1925 geborenen Frauen haben 25 Prozent der Frauen mindestens vier Kinder zur Welt

gebracht, in der Alterskohorte der 1960 geborenen hingegen lediglich 10 Prozent (Abbildung 7). Der Rückgang der Kinderzahl innerhalb der Familien führte zu einem deutlichen Anstieg der Familien mit 2 Kindern. So haben 40 Prozent der Frauen der „Baby-Boom-Generationen“ zwei Kinder, während nur 22 Prozent der Frauen in der vorangegangenen Generation zwei Kinder hatten. Dennoch ist der Anteil der Familien mit mehr als zwei Kindern im internationalen Vergleich noch recht hoch und der Anteil der kinderlos bleibenden Frauen eher gering.

**Abbildung 7: Kohortenfertilität nach Jahrgang und Anzahl der Kinder, Frankreich**



Quelle: Toulemon et al. (2008)

In Frankreich ist der Anteil der Paare, die keine Kinder besitzen, seit den 1970er Jahren stetig gestiegen und liegt nun bei etwa einem Viertel (INSEE 2008c). Deshalb hat sich der Anteil von Paaren mit Kindern relativ zu der Gesamtzahl der Haushalte verringert.

Im traditionellen Einwanderungsland Frankreich wird häufig die These aufgestellt, dass die relativ hohe französische Fertilitätsrate zumindest partiell auf die hohe Geburtenrate der Zuwanderinnen zurückzuführen ist. Dieser Zusammenhang lässt sich

allerdings nur bedingt bestätigen. Mit Ausnahme der Zuwanderinnen aus der Türkei und aus Portugal weisen die Zuwanderinnen Fertilitätsraten auf, die sich eher an der französischen Fertilitätsrate orientieren als an der Fertilitätsrate ihres Heimatlandes. Im Durchschnitt war die Fertilität der Zuwanderinnen im Jahr 1999 dennoch um 0,7 Punkte höher als die Fertilität der Einheimischen. Da Frauen mit Migrationshintergrund rund 10 Prozent der gesamten weiblichen Bevölkerung ausmachen, ist der Effekt der überdurchschnittlichen Fertilität der Zuwanderinnen auf die gesamte Fertilitätsrate mit 0,07 Punkten jedoch relativ gering (Toulemon, 2003).

#### **4.5.2 Sozio-ökonomischer Rahmen**

In Frankreich hat sich die Beschäftigungsquote von Frauen, bei relativ stabiler Fertilitätsrate, seit 1970 von 46 Prozent auf 78 Prozent im Jahr 2007 deutlich erhöht. Dennoch sind hier etwa 40 Prozent der Frauen und Männer der Auffassung, dass Berufs- und Familienleben schwierig zu vereinbaren sind (Garner et al., 2004). Entsprechend zeigen sich erhebliche Unterschiede in der Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern. Wie in anderen Ländern hängt die Männererwerbstätigkeit kaum von der familiären Situation ab. Bei Frauen sinkt die Erwerbstätigkeitsquote dagegen mit der Kinderzahl.

Die Partizipations- und Beschäftigtenraten französischen Männer und Frauen ist in Tabelle 4 in Abhängigkeit des jeweiligen Familientyps dargestellt. Anders als etwa in Deutschland ist die Erwerbsbeteiligung der verheirateten Französinen mit einem Kind und der Alleinerziehenden kaum geringer als die der kinderlosen Frauen (Aliaga, 2005). Erst ab dem zweiten Kind fällt die Beschäftigtenquote der verheirateten Mütter von über 80 Prozent auf 61 Prozent, sofern sie zumindest ein Kleinkind haben. Mütter mit drei Kindern, unter denen zumindest ein Kleinkind ist, haben mit 39 Prozent eine noch deutlich niedrigere Beschäftigungsquote.

Besonders auffällig ist die insgesamt niedrige Teilzeitquote von Müttern – nur jede fünfte Französin arbeitet in Teilzeit. Die Teilzeitquote steigt zwar mit der Kinderzahl und dem Alter des Kindes an, bleibt aber insgesamt in jeglicher Familienkonstellation auf einem recht niedrigen Niveau. Das zeigt, dass französische Mütter in der Tendenz zunächst recht gut Familie und Beruf miteinander kombinieren können, und ihre Erwerbstätigkeit nur bei sehr hohem familiärem Zeitaufwand auf eine Teilzeitbeschäfti-

gung beschränken. Dieses Muster steht in starkem Gegensatz zum Erwerbsverhalten von Frauen in Deutschland.

**Tabelle 4: Partizipations- und Beschäftigtenraten nach Geschlecht und Typ der Familie in 2007, Frankreich**

	Partizipationsrate		Beschäftigtenquoten			
			Vollzeit		Teilzeit	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Verheiratete	77,4	91,8	48,7	84,5	23,3	3,1
Ohne Kinder	76,7	84,9	53,3	76,6	17,9	3,8
1 Kind, jünger als 3 Jahre	80,6	97,7	53,6	88,0	19,1	3,9
2 Kinder, mind. 1 jünger als 3 Jahre	61,3	96,8	31,7	88,5	25,1	3,3
3 Kinder, mind. 1 jünger als 3 Jahre	39,0	96,6	17,3	87,7	19,1	3,7
1 Kind, älter als 3 Jahre	82,3	92,3	54,5	85,8	22,6	2,7
2 Kinder, älter als 3 Jahre	85,0	95,8	50,7	90,7	29,9	2,1
3 Kinder, älter als 3 Jahre	70,3	95,0	33,1	86,6	30,2	3,3
Alleinstehende	79,8	83,6	56,2	69,9	15,8	5,2
Ohne Kinder	78,3	82,8	58,9	69,0	13,7	5,3
1 Kind und mehr	82,0	91,4	52,3	79,4	19,0	4,1
Insgesamt	78,0	89,9	50,6	81,1	21,4	3,6

Anmerkungen: 15 bis 59-Jährige, ohne Übersee-Departements.

Quelle: INSEE (2008d).

Lediglich 17 % der Kinderlosen und 30 % der Frauen mit drei Kindern arbeiten in Teilzeit. Allerdings hat etwa ein Fünftel dieser Frauen die Teilzeitbeschäftigung nicht auf freiwilliger Basis gewählt. Avenel (2001) nennt dafür zwei ausschlaggebende Gründe. Einerseits ist es möglich, dass die Frauen keine zufriedenstellende Vollzeitstelle finden und andererseits kann die ungewollte Teilzeitbeschäftigung auf eine Inkompatibilität einer Vollzeitbeschäftigung mit den angebotenen Kinderbetreuungsmöglichkeiten hindeuten. Gegen das letztere Argument spricht allerdings, dass die Kinderbetreuung generell als Tagesbetreuung eingerichtet ist, die sich an den üblichen Bürozeiten orientiert.

Insgesamt verfügt Frankreich über ein breites Angebot an Kinderbetreuung und hält für Kleinkinder zwischen drei Monaten und drei Jahren ein gut ausgebautes Netz an Kinderkrippen, Kinderbetreuungsstätten und staatlich anerkannten Tagesmüttern bereit. Zwar werden fast 60 Prozent der Kleinkinder hauptsächlich von ihren Eltern betreut, für über ein Viertel der Kleinkinder übernehmen jedoch hauptsächlich Kinderbetreuungs-einrichtungen sowie staatlich anerkannte Tagesmütter die Betreuung. Informelle Betreuungsarrangements durch Verwandte bzw. Freunde werden nur gelegentlich in Anspruch genommen. Kinderkrippen werden nicht vom Staat, sondern vielmehr von den Gemeinden oder von privaten Einrichtungen (mehrheitlich: von Verbänden und Unternehmen) finanziell gefördert.

Die umfangreichen Betreuungsmöglichkeiten könnten auch ein Grund dafür sein, warum das Bildungsniveau in Frankreich für das Geburtenverhalten nur eine bemerkenswert geringe Rolle spielt. Bei den hoch gebildeten Frauen wird eine Fertilitätsrate von 1,9 Kindern pro Frau beobachtet – eine nur geringfügige Abweichung vom französischen Durchschnitt (Robert-Bobbée und Mazuy, 2005). Entsprechend ist die Rate der kinderlosen französischen Akademikerinnen im Vergleich zu Deutschland oder dem Vereinigten Königreich sehr niedrig (Eckert-Jaffé et al., 2002).

Die für europäische Verhältnisse überdurchschnittliche Fertilität in Frankreich wird daher häufig mit der französischen Familienpolitik in Verbindung gebracht. Die gesamten staatlichen Leistungen für Familien beliefen sich gemäß OECD-Angaben 2005 – neuere Daten sind bisher nicht verfügbar – auf 3,8% des BIP. Dies ist im Vergleich von 37 OECD-Ländern der höchste Wert. Dabei zeigt sich eine besondere Struktur der familienbezogenen Leistungen. Die monetären Leistungen fallen im internationalen Vergleich mit 1,4% eher durchschnittlich aus. Sie bewegen sich etwa auf dem deutschen Niveau und sind deutlich niedriger als etwa im Vereinigten Königreich (2,2% des BIP). Dagegen ist der Anteil der Realleistungen hoch – mit 1,6% des BIP bewegt er sich auf dem Niveau von Schweden und deutlich über dem Niveau in Deutschland (0,7% des BIP). Hinzu kommen Aufwendungen für steuerliche Fördermaßnahmen von 0,8% des BIP, ein im internationalen Vergleich herausragender Wert, der nur in Deutschland vergleichbar hoch ausfällt.

Ein markantes Merkmal der französischen Familienpolitik ist die traditionell starke Begünstigung kinderreicher Familien. Für Paare mit einem Kind rangiert der Umfang finanzieller Hilfen für Familien im Vergleich westeuropäischer Länder nur auf einem hinteren Platz (Math und Meilland, 2007). Das französische System zielt somit stark auf eine horizontale Umverteilung von kinderlosen und kinderarmen Familien hin zu Familien mit mehreren Kindern.

Die pro-natalistische Familienpolitik Frankreichs wird zum Beispiel anhand der Kindergeldregelung ersichtlich. Das Kindergeld („allocations familiales“) wird nämlich erst ab dem zweiten Kind gezahlt und beträgt für dieses 120 €. Für jedes weitere Kind erhält die Familie jeweils bis zum 20. Lebensjahr des Kindes zusätzlich 154 €. Einen Zuschlag von 34 € (60 €) gibt es für jedes Kind über 11 (16) Jahren. Kinderreiche Familien (ab drei Kindern) erhalten zusätzlich einen Kinderzuschlag (157 €) („complément familial“), sofern sie eine bestimmte Einkommensgrenze nicht überschreiten. Diese Einkommensgrenze ist u.a. von der Anzahl der Kinder abhängig.

Darüber hinaus erhalten Eltern Zuzahlungen für Kinder unter sechs Jahren, welche unter dem Begriff PAJE („prestation d'accueil du jeune enfant“) bekannt sind. PAJE besteht aus einer Einmalzahlung im Zuge der Geburt des Kindes („prime à la naissance“) und einer monatlichen Zahlung (zusätzlich zum Kindergeld) für Kinder unter drei Jahren („allocation de base“). Außerdem fördert der Staat mit diesem Instrument die externe Kinderbetreuung. So zahlt er einen monatlichen Zuschuss für die Kinderbetreuung, falls das Kind von einer staatlich anerkannten Tagesmutter betreut wird („complément de libre choix du mode de garde“). Gleichzeitig sind die Kinderbetreuungskosten generell zur Hälfte steuerlich absetzbar. Darüber hinaus wird für Kinder unter drei Jahren ein monatlicher Zuschuss in Form eines Erziehungsgeldes gezahlt, falls eines der Elternteile aus dem Erwerbsleben ausscheidet oder in die Teilzeitbeschäftigung übergeht („complément de libre choix d'activité“). Das Erziehungsgeld wurde anfangs nur kinderreichen Familien gewährt, wurde aber 1994 auf das zweite Kind und im Jahr 2004 auf das erste Kind ausgeweitet.

Auch der Punkt Gleichberechtigung der Geschlechter wird in der französischen Familienpolitik berücksichtigt. Bereits seit 2002 besteht auch für Väter die Möglichkeit nach der Geburt eines Kindes eine 14-tägige Vaterzeit („congé paternité“) zu nehmen.

Diese nutzen bereits in etwa 70 Prozent der Väter. Ergänzend dazu sieht das französische System seit 2004 einen Erziehungsurlaub vor. Dieser kann von beiden Elternteilen für jedes Kind (leiblich oder adoptiert) beantragt werden. Für das erste Kind ist ein Erziehungsurlaub von bis zu sechs Monaten vorgesehen, welcher nach dem 16-wöchigen Mutterschutz beginnt. Für jedes weitere Kind besteht ein Anspruch auf einen dreijährigen Erziehungsurlaub. Ab dem dritten Kind können Eltern wählen, ob sie das dritte Jahr Erziehungsurlaub nutzen oder ein erhöhtes Erziehungsgeld beziehen möchten. Aus diesem Grund nehmen Mütter ab dem dritten Kind häufig das erhöhte Erziehungsgeld in Anspruch und verzichten damit auf den Anspruch auf Erziehungsurlaub. Dies zeigt sich auch in der Beschäftigungsquote der Frauen. Diese sinkt erst ab der dritten Geburt deutlich (Tabelle 4).

Neben den Transfer- und Sozialleistungen beinhaltet auch das Einkommensteuersystem eine Kinderkomponente. In Frankreich werden die Einkommen auf Haushaltsebene nach dem Prinzip der Familienbesteuerung besteuert. Das heißt alle Einkommen der Familie werden addiert und durch einen Splittingfaktor dividiert, der von der Anzahl der Kinder abhängt. Jedes Elternteil wird mit dem Faktor eins gewichtet, die beiden ersten Kinder jeweils mit dem Faktor 0,5 und jedes weitere Kind mit dem Faktor eins. Da der Steuertarif progressiv ist, entsteht für die kinderreichen Familien potentiell ein erheblicher steuerlicher Vorteil. Diese Maßnahme betrifft jedoch nur eine geringe Anzahl von Steuerzahlern. So erreicht die Hälfte der französischen Familien die Einkommensgrenze nicht, ab der ein Haushalt steuerpflichtig ist. Vor diesem Hintergrund kann die Kinderkomponente im Einkommensteuersystem als Ausgleich für die höheren Opportunitätskosten der Kindererziehung für die besser verdienenden Haushalte angesehen werden.

Ein wichtiger Aspekt der Familienpolitik Frankreichs ist die nicht-monetäre Unterstützung in Form von Betreuungsangeboten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Für Kinder ab dem Alter von drei Jahren garantiert der Staat einen Platz in der „*école maternelle*“. Dort wird – wie auch in der Grundschule – im Allgemeinen eine Ganztagsbetreuung angeboten. Trotz einer vergleichsweise guten Betreuungssituation empfinden französische Frauen es dennoch als Problem, Beruf und Familie in Einklang zu bringen (Bressé et al., 2007). Dieses Empfinden kann darauf zurückgeführt werden,



dass in 80 Prozent der Familien eines der beiden Elternteile mit atypischen Arbeitszeiten konfrontiert ist (Schicht- oder Nachtarbeit, unregelmäßige Arbeitszeiten, etc.).

### **4.5.3 Einflussfaktoren der Fertilität**

Wie in anderen Ländern auch ist die Evaluation der Wirkung von einzelnen familienpolitischen Maßnahmen in Frankreich schwierig. Wechselseitige Abhängigkeiten zwischen den verschiedenen Maßnahmen und makroökonomische Gleichgewichtseffekte sind schwierig zu kontrollieren. Darum existieren für Frankreich nur relative wenige Studien, die einen kausalen Zusammenhang zwischen familienorientierten Maßnahmen und Geburtenraten mit den Methoden der Programmevaluation empirisch nachweisen.

Für Frankreich wurde insbesondere die Wirkung des Erziehungsgeldes evaluiert. Die Inanspruchnahme des Erziehungsgeldes war ursprünglich lediglich ab dem dritten Kind möglich. 1994 (2004) wurde die Maßnahme dann auf das zweite (erste) Kind ausgeweitet. Jene Frauen, die nach dem Inkrafttreten der Reform im Juli 1994 ein zweites Kind bekommen haben, konnten von der Reform profitieren. Für Frauen, die ein zweites Kind vor dem Juli 1994 auf die Welt gebracht haben, hat sich dagegen nichts geändert. Indem das Verhalten beider Gruppen verglichen wird, kann der Effekt der Reform auf das Arbeitsangebot und die Fertilität isoliert werden.

Auf der Basis der Beschäftigungsdaten kommt Picketty (2005) zu dem Ergebnis, dass sich durch die Reform die Anzahl der Frauen, die nach der Geburt des zweiten Kindes aus dem Erwerbsleben ausscheiden, mehr als verdoppelt hat. Im Gegensatz zu den Arbeitsangebotseffekten ist der Effekt der Reform auf die Fertilität quantitativ gering. Entsprechend der Schätzergebnisse sind aufgrund der Reform ca. 1,6 Prozent zusätzliche Kinder geboren worden. Zudem stellt Picketty fest, dass insbesondere gering qualifizierte Frauen von der Reform profitieren.

Moschion (2008) reproduziert die Studie von Picketty, allerdings kontrolliert die Autorin dafür, dass Frauen, die zwei Kinder zur Welt gebracht haben, durch besondere Charakteristika, z.B. durch eine unterdurchschnittliche Ausbildung, gekennzeichnet sein könnten. Dabei gelangt sie zu ähnlichen Ergebnissen. Ein Nachteil beider Studien ist, dass das französische Steuer- und Transfersystem nicht präzise erfasst wird. Folglich können die Ergebnisse der Schätzungen unter Umständen verzerrt sein.

Im Unterschied zu Picketty (2005) oder Moschion (2008) nutzten Laroque und Salanié (2005) ein Mikrosimulationsmodell. Die Autoren untersuchen die Wirkung der Elterngeldreform ex-ante anhand von Simulationsrechnungen. Dabei ergibt sich im Vergleich zu den beiden anderen Studien ein weitaus stärkerer Effekt der Reform auf die Fertilität. Im Rahmen des Mikrosimulationsmodells steigt die Wahrscheinlichkeit einer zweiten Geburt um 11 Prozent, während die Wahrscheinlichkeit einer dritten Geburt um 3 Prozent sinkt. Mit diesen Ergebnissen erklären Laroque und Salanié (2005) die Hälfte des Fertilitätsanstieges in Frankreich zwischen 1994 und 2003. Allerdings ist eher unwahrscheinlich, dass die Reform einen solchen „Baby-Boom“ induziert hat. Eine Erklärung für die überraschenden Ergebnisse ist, dass die Autoren nicht für das Zeitintervall zwischen zwei Geburten kontrolliert haben.

Moschion (2008) analysiert zusätzlich den Effekt der frühen Kinderbetreuungsgarantie auf die Fertilität. Jedes Kind hat in Frankreich ein Recht auf einen Kindergartenplatz ab dem Alter von drei Jahren, jedoch werden nach Wunsch und Möglichkeit auch Kinder, die das zweite Lebensjahr erreicht haben, angenommen. Allerdings gibt es zwischen den Departements in Bezug auf den Anteil der zweijährigen Kinder in Betreuung große regionale Unterschiede, welche Moschion (2008) nutzt, um mögliche Zusammenhänge zwischen der frühkindlichen Betreuung, der Fertilität und dem Arbeitsangebot der Mutter zu untersuchen. Aus den Ergebnissen der Studie geht hervor, dass der Effekt des frühen Kindergartenbesuchs auf die Fertilität nicht signifikant ist. Jedoch haben Frauen in Departements mit einem hohen Anteil an zweijährigen Kindern, die bereits den Kindergarten besuchen, ein vergleichsweise höheres Arbeitsangebot.

Der Effekt einzelner Maßnahmen auf die Fertilität ist im Allgemeinen gering. Zum Beispiel finden Blanchet und Eckert-Jaffé (1994), dass das Kindergeld die Fertilität um 0,2 bis 0,3 Punkte erhöht. Weiterhin zielt die französische Familienpolitik insbesondere darauf ab, die Familien zu ermutigen, ein drittes Kind zu bekommen. Eckert-Jaffé et al. (2002) zeigen, dass diese Politik durchaus wirkungsvoll ist. Als weiteren positiven Aspekt der französischen Familienpolitik heben die Autoren hervor, dass Unterschiede in der Fertilität zwischen Frauen mit unterschiedlichem sozialem Hintergrund (z.B. Gering- und Hoch-Qualifizierte) vermindert werden.

Del Boca et al. (2005) betrachten das gesamte soziale Umfeld im Rahmen eines integrierten Arbeitsangebots- und Fertilitätsmodells. Del Boca und Sauer (2008) entwickeln ergänzend ein dynamisches Modell, dessen Vorteile die Erfassung der Zeitdimension sowie die Berücksichtigung des Entscheidungsprozesses im Lebenszyklus sind. Beide Untersuchungen (Del Boca et al., 2005; Del Boca und Sauer 2008) finden unter Verwendung der Daten des Europäischen Haushaltspanels (ECHP) heraus, dass das weibliche Arbeitsangebot sowie die Fertilität in Italien steigen würden, wenn die französische soziale Struktur in Italien implementiert würde. Jedoch berücksichtigen diese beiden Studien nur begrenzt Merkmale des sozialen Umfeldes wie z.B. den Anteil der Teilzeitbeschäftigten. Die Effekte des Steuer- und Transfersystem auf die individuelle und familiäre Entscheidung finden ebenfalls keine Berücksichtigung. Studien, die das Steuer- und Transfersystem auf der Basis eines dynamischen ökonomischen Modells evaluieren, sind bislang nicht vorhanden.

Eine empirische Analyse der Wirkung von Bildung auf die Fertilität unternehmen Bac et al. (2005) auf der Basis von Beschäftigungsdaten. Sie errechnen, dass Frauen mit hohem Schulabschluss eine um fünf Prozentpunkte niedrigere Wahrscheinlichkeit haben, in einem bestimmten Jahr ein Kind zu bekommen. Darüber hinaus stellen die Autoren fest, dass sich im Vergleich zu Frauen früherer Kohorten die Differenz nach Bildungsabschluss vermindert hat. Damit bestätigen sie empirisch die negativen aber quantitativ moderaten Effekte der Bildung auf die Fertilität.

Indem Pailhé und Solaz (2007) die Determinanten eines Berufslaufbahnwechsels der Frau nach der Geburt eines Kindes schätzen, analysieren sie die Wirkung der Fertilität auf den Karriereverlauf der Mütter, wobei sie für sozio-demografische Merkmale kontrollieren. Insbesondere verbeamtete Mütter sowie Mütter mit hohem Ausbildungsstand entscheiden sich nach der Geburt des zweiten Kindes für eine Verkürzung ihrer Arbeitszeit. Im Gegensatz dazu präferieren Frauen mit geringem Ausbildungsstand bzw. prekärer Beschäftigung das Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt nach der Geburt des dritten Kindes. Allerdings geht aus dieser Studie nicht hervor, ob die Fertilitätsentscheidung zusammen mit der zukünftigen Arbeitsform getroffen wurde und ob die Möglichkeit, die eine oder die andere Variante zu wählen, einen Einfluss auf die Entscheidung für bzw. gegen ein Kind hatte.

Dass Ungleichheiten und Unzufriedenheiten auch zu nicht realisierten Kinderwünschen führen können, zeigt Recoules (2008). Diese entwickelt einen Ansatz auf der Basis eines allgemeinen Gleichgewichtmodells, um Zusammenhänge zwischen geschlechterbasierter Diskriminierung und dem Haushaltsverhalten zu untersuchen, wobei sowohl die Arbeitsangebots- als auch die Fertilitätsentscheidung als endogene Variablen Berücksichtigung finden. Des Weiteren kontrolliert die Autorin für Merkmale der Familienpolitik. Die Ergebnisse zeigen einen u-förmigen Zusammenhang zwischen der Diskriminierung und der Fertilität. Das heißt ausgehend von einem niedrigen Diskriminierungsniveau gehen mit steigender Diskriminierung zunächst negative Effekte auf die Fertilität einher, während von einem sehr hohen Diskriminierungsniveau wieder positive Effekte ausgehen. Dieser Zusammenhang wird in Frankreich deutlich. Hier besteht relativ wenig Geschlechterdiskriminierung und gleichzeitig zeichnet sich Frankreich durch eine hohe Fertilität aus. Das Land befindet sich also am Anfang des u-förmigen Zusammenhangs zwischen Geschlechterdiskriminierung und Fertilität.

#### **4.5.4 Zusammenfassung**

Frankreich zeichnet sich durch eine im europäischen Vergleich hohe Fertilitäts- und Vollzeiterwerbstätigkeitsquote der Frauen aus. Wie Schweden zeigt auch Frankreich, dass sich ein hoher Beschäftigungsgrad und eine hohe Geburtenzahl nicht ausschließen. Das zentrale Element, das zu diesem Erfolg in Frankreich beiträgt, ist die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch ein großes Angebot an Kinderbetreuungsplätzen auch für Kleinkinder. Dies führt zu einer hohen Erwerbsbeteiligung insbesondere junger Mütter. Vier von fünf Müttern mit nur einem Kind unter drei Jahren verbleiben im Arbeitsmarkt (vgl. Tabelle 4).

Die starke Betonung auf Sachleistungen im Zusammenhang mit der Kinderbetreuung schlägt sich in der besonderen Struktur der finanziellen staatlichen Aufwendungen für familienorientierte Maßnahmen nieder. Gemessen am Sozialprodukt gibt Frankreich in Europa mit am Meisten für Sachleistungen aus. Im europäischen Vergleich mit am höchsten ist auch der Aufwand über steuerliche Fördermaßnahmen. Hierin schlägt sich das System der steuerlichen Familienförderung über ein Familiensplitting nieder.

Dagegen liegen die direkten finanziellen Leistungen bestenfalls im europäischen Mittelfeld. Allerdings werden diese Mittel auf kinderreiche Familien konzentriert. Das Erziehungsgeld wurde erst in 2004 auch auf die Familien mit nur einem Kind ausgeweitet. Kindergeld wird weiterhin erst ab dem zweiten Kind gezahlt. Diese Maßnahmen scheinen, auch wenn strenge kausalanalytische Wirkungsnachweise schwierig zu erbringen sind, den vergleichsweise hohen Anteil von Müttern mit drei und mehr Kindern zu erklären.

Auf einen kurzen Nenner gebracht, ergibt sich das hohe französische Geburtenniveau aus einer niedrigen Rate ganz kinderlos bleibender Frauen und einer hohen Anzahl von Müttern mit individuellen Geburtenraten über Bestandserhaltungsniveau. Das erste Element wird durch eine gut ausgebaute Kinderbetreuung unterstützt, die gerade besser qualifizierten Frauen die Erfüllung des Kinderwunsches bei Fortführung der Erwerbskarriere ermöglicht. Das zweite Element wird durch eine Reihe pronatalistisch begründeter Maßnahmen zur speziellen Förderung zweiter und weiterer Kinder (Familiensplitting, gestaffeltes Kindergeld) gefördert.

#### **4.6 Zusammenfassender Überblick**

Die Analyse der Geburtenentwicklung in den für diese Studie ausgewählten Ländern zeigt markante Unterschiede. Die verschiedenen wohlfahrtsstaatlichen Systeme schaffen unterschiedliche Voraussetzungen für die Realisierung von Geburtenwünschen, die sich in unterschiedlichen Fertilitätsmustern niederschlagen. Zwei grundsätzliche Erkenntnisse der Länderanalysen sind: Ein günstiges Geburtenumfeld lässt sich offenbar mit unterschiedlichen sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen schaffen, und ein geburtenfördernder Rahmen ist keine notwendige Voraussetzung für ein hohes Geburtenniveau.

Tabelle 5 fasst noch einmal die wesentlichen Kenngrößen, anhand derer sich Geburtenverhalten und die Rahmenbedingungen in den hier analysierten Ländern gut charakterisieren lassen, im vergleichenden Überblick zusammen. Betrachtet man das aktuelle Geburtenniveau, repräsentiert Spanien in der hier betrachteten Ländergruppe eindeutig das Schlusslicht. Allen anderen Ländern ist es gelungen, ihre zusammengefassten Geburtenziffern praktisch auf den Bevölkerungsbestand erhaltenden Niveau zu halten,

auch wenn die zusammengefasste Geburtenrate generell niedriger liegt als in den 1960er Jahren.

**Tabelle 5: Kennziffern des Geburtenverhaltens und des sozio-ökonomischen Rahmens im Ländervergleich**

	Spanien	Vereinigte Staaten	Schweden	Frankreich
<i>Geburten</i>				
Zusammengefasste Geburtenziffer				
1970	2,90	2,48	1,94	2,48
2000	1,46	2,12	1,91	2,00
Kohortenfertilität				
Jahrgang 1950	2,41	2,03	2,00	2,11
Jahrgang 1965	1,59	2,07	1,98	2,02
Anteil 3. und weiterer Kinder an allen Geburten	9,9	n.v.	18,9	14,7
Alter bei der ersten Geburt				
2005	29,3	25,2	28,7	28,5
Veränderung seit 1970	2,8	2,5	2,9	4,1
<i>Erwerbsstatus</i>				
Erwerbstätigenquote von Müttern				
mit Kindern unter 3 Jahren	48,2	n.v.	45,1	46,7
mit mehr als 3 Kindern	51,8	n.v.	75,6	56,9
Arbeitsteilung von Eltern mit Kindern unter 16 Jahren				
2 Verdiener in Vollzeit	39,2	72,1	41,0	41,4
Alleinverdiener	39,5	26,4	15,0	26,1
<i>Familienpolitik</i>				
Gesamtausgaben (% des BIP)	1,2	1,3	3,2	3,8
Anteil der monetären Leistungen	36,1	5,9	47,3	36,7
Anteil der steuerlichen Leistungen	8,0	51,5	0,0	20,4

Quelle: OECD Family Database,  
[http://www.oecd.org/document/4/0,3343,en\\_2649\\_34819\\_37836996\\_1\\_1\\_1\\_1,00.html](http://www.oecd.org/document/4/0,3343,en_2649_34819_37836996_1_1_1_1,00.html)

Der Rückgang der Geburtenniveaus in den letzten Jahrzehnten ist allerdings generell geringer, als die auf Querschnittsdaten beruhenden Gesamtgeburtenziffern vermuten lassen. Dies zeigt sich, wenn man die abgeschlossene Fertilität verschiedener Geburtsjahrgänge betrachtet. Die stärkere Reaktion der Gesamtgeburtenrate ist das Ergebnis eines Verschiebeeffekts – bei gleicher Geburtenzahl im Lebensverlauf finden die Ge-

burten zu einem späteren Zeitpunkt statt. Dennoch gilt aus im Hinblick auf die Kohortenfertilität, dass das zur Bestandssicherung erforderliche Geburtenniveau in Spanien nicht mehr gehalten wird.

Strukturelle Ursachen hierfür werden bei einer näheren Analyse der Geburtenmuster deutlich. Erstens ist das durchschnittliche Alter der Mütter mit 29,3 Jahren in Spanien im Ländervergleich am höchsten. Zwar ist das Erstgeburtsalter in allen betrachteten Ländern gestiegen, in den Vereinigten Staaten ist es aber nach wie vor knapp 4 Jahre niedriger. Ein hohes Erstgeburtsalter verringert die Wahrscheinlichkeit weiterer Geburten, weil die verbleibende Lebensspanne im gebärfähigen Alter kürzer ist.

Allerdings liegen Schweden und Frankreich beim Erstgeburtsalter nur wenig hinter Spanien. Dies zeigt, dass dieser Parameter nicht der einzige Faktor ist, der den dort beobachteten Rückgang der vollständigen Kohortenfertilität erklärt. Tatsächlich kommt in Spanien als weiterer Faktor hinzu, dass auch die realisierte Zahl der dritten und höheren Geburten einer Frau gering ist. Nur jede zehnte Geburt stammt noch von einer Mutter mit bereits zwei Kindern. In Frankreich und Schweden ist dieser Anteil deutlich höher.

Hinter diesen Unterschieden stehen unterschiedliche sozio-ökonomische Rahmenbedingungen, die sich unter anderem an der Stellung von Müttern im Erwerbsleben festmachen. Zwar unterscheiden sich die Erwerbsquoten von Müttern mit Kindern unter 3 Jahren – auch in Ländern mit hohen Geburtenraten ist kaum jede zweite Frau erwerbstätig. Unterschiede betreffen aber die Rückkehrwahrscheinlichkeit nach einer Geburt, insbesondere nach zweiten und weiteren Geburten. Die Länder mit einem hohen Anteil von dritten und weiteren Kindern bewältigen dies mit einer relativ hohen Erwerbsbeteiligung dieser Mütter. So steht in Schweden nur jede vierte Frau mit drei und mehr Kindern nicht im Erwerbsleben.

Bedeutsame Unterschiede zeigen sich zudem bei der und Spezialisierung von Paaren auf Haus- und Erwerbsarbeit. In Spanien gibt es einen klaren Zug zum Alleinverdienermodell. In 40 Prozent der Haushalte mit Kindern unter 16 Jahren gibt es nur einen – meist männlichen und Vollzeit arbeitenden – Verdiener. In Schweden lebt nur jede siebte, in Frankreich und den Vereinigten Staaten nur jeder vierte Familie nach diesem

Muster. Da der Rückzug auf das Alleinverdienermodell einen Einkommensverlust bedeutet, ist die soziale Lage spanischer Familien im Ländervergleich ungünstig.

Der Ländervergleich zeigt, dass zwei Gegenmodelle zum Alleinverdienermodell vorkommen. In den Vereinigten Staaten dominiert ein Doppelverdienermodell, bei dem beide Partner Vollzeit beschäftigt sind. Dieses Modell erfordert externe Möglichkeiten der Ganztagsbetreuung für Kinder. In Schweden und Frankreich ist der Doppelverdienerhaushalt mit Vollzeit dagegen nicht verbreiteter als in Spanien. Dafür gibt es eine weitaus größere Zahl von Haushalten, in denen mindestens ein Elternteil Teilzeit beschäftigt ist. Dies setzt eine ausreichende Zahl von Teilzeitarbeitsplätzen voraus, ermöglicht aber eine flexiblere Organisation der Kinderbetreuung,

Die festgestellten Unterschiede zwischen den Ländern lassen sich teilweise mit unterschiedlichen sozialen Normen im Hinblick auf Erwerbstätigkeit, Familie und Geschlechterrollen erklären. Sie sind aber auch das Ergebnis unterschiedlicher Wohlfahrtsstaatmodelle, deren Gestaltung wiederum Ausdruck dieser Normen ist. Die grundsätzlichen Unterschiede in der Ausrichtung der familienbezogenen Leistungen lassen sich bereits an den in Tabelle 5 angegebenen wenigen Kennziffern ablesen.

Spanien und die Vereinigten Staaten repräsentieren Länder mit gemessen am OECD-Durchschnitt niedrigen familienbezogenen Leistungen. Bei gleichem Ausgabeniveau unterscheidet sich die Struktur der Leistungen allerdings erheblich. In Spanien dominieren Realleistungen, nur etwa ein Drittel des Budgets steht für monetäre Leistungen zur Verfügung. Damit sind relativ wenige Ressourcen vorhanden, um die mit dem vorherrschenden Alleinverdienermodell verbundenen Einkommensnachteile durch finanzielle Transferzahlungen auszugleichen.

In den Vereinigten Staaten ist der Anteil monetärer Transfers an den familienpolitischen Leistungen noch erheblich niedriger – der Nachteilsausgleich für die Familien vollzieht sich hier allerdings überwiegend über das Steuersystem. Die finanzielle Sicherung von Familien ist damit direkt an den Erwerbsstatus gebunden. Eine solche Form der Absicherung macht sinn, wenn die soziale Norm die Vollzeitbeschäftigung beider Elternteile ist. Allerdings lässt sich umgekehrt auch sagen, dass die Regelung des familiären Lastenausgleichs über das Einkommensteuersystem die Erwerbsneigung fördert,



so dass das Doppelverdienermodell nicht nur Ursache, sondern auch Folge dieses Systems ist.

Schweden und Frankreich repräsentieren Wohlfahrtsstaaten mit ausgeprägter Familienorientierung. Mit dem Budget, das für familienbezogene staatliche Leistungen zur Verfügung steht, stehen sie an der Spitze der OECD-Länder. Wiederum gibt es aber klare strukturelle Unterschiede. In Schweden sind sowohl die monetären als auch die realen Leistungen für Familien sehr hoch. Im Gegenzug dazu ist das Steuersystem absolut familienneutral. Damit wird eine soziale Absicherung unabhängig vom Erwerbsstatus erreicht, wie es dem sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaatsmodell entspricht.

In Frankreich zeigt sich dagegen ein gemischtes System, wie es für das konservative Wohlfahrtsstaatsmodell typisch ist. Die Absicherung ist zu einem gewissen Teil – über das Steuersystem – an den Erwerbsstatus gebunden, daneben gibt es jedoch auch monetäre Leistungen, um eine von der Stellung im Arbeitsmarkt unabhängige Sicherung zu erreichen. Für einen konservativen Wohlfahrtsstaat erscheint in Frankreich der Anteil der realen Leistungen, mit denen Teile der Betreuungsverantwortung aus den Familien an den Staat verlagert werden. Hierin spiegelt sich eine durch historische Sondereinflüsse erklärbare Tradition pro-natalistischer Politik. Diese drückt sich auch in der überdurchschnittlichen Förderung von Familien mit drei und mehr Kindern aus. Diese gute Förderung größerer Familien liefert eine Erklärung warum die Erwerbsbeteiligung von Müttern mit mehr als drei Kindern niedriger ist als in Schweden, wo mit Bezug auf die Kinderzahl weitgehend neutrale familienpolitische Instrumente eingesetzt werden.

Zu den Wirkungen der in den einzelnen Ländern eingesetzten spezifischen Instrumente auf die Geburtenzahl liegt eine Anzahl von Studien vor. Die Ergebnisse sind zwar nur schwer zu verallgemeinern, insgesamt gesehen ergibt sich aber: eine bessere soziale Absicherung der Familien wirkt positiv auf die Kinderzahl. Der Effekt ist allerdings überraschend schwach, insbesondere bei vom Erwerbsstatus unabhängigen Leistungen. Die Wirkungen der Familienpolitik entstehen demnach vor allem an der Schnittstelle von Geburten- und Erwerbsentscheidungen. Allerdings liegen für das Feld der Familienpolitik nur vergleichsweise wenige kausale Wirkungsanalysen vor. Gründe sind die fehlende Kontrollgruppe bei vielfach universellen Leistungen und die langen Wirkungsverzögerungen, da Geburtenwünsche im Lebensverlauf geplant werden.

## **5 Rahmenbedingungen der Geburtenentwicklung in Deutschland**

### **5.1 Geburtenverhalten**

Mit 1,38 Kindern je Frau im Jahr 2008 weist Deutschland nach den südeuropäischen Ländern sowie den Transformationsländern Osteuropas die niedrigste zusammengefasste Geburtenziffer in der Europäischen Union auf. Wurden im Jahre 1964 noch 1.357.000 Kinder geboren, so waren es im Jahre 2006 lediglich 672.000 Kinder. Dies entspricht der niedrigsten Geburtenzahl in Deutschland seit 1945.

#### **Gesamtfertilitätsraten**

In der retrospektiven Betrachtung erfuhren West- und Ostdeutschland in der Folgezeit des zweiten Weltkriegs bedingt durch Nachholeffekte einen deutlichen Anstieg der Fertilität, der im Jahre 1964 in einer Gesamtfertilitätsrate von 2,5 Kindern pro Frau gipfelte. Mit der Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen sowie der Freigabe der Antibabypille setzte ab 1965 zunächst in Ostdeutschland eine erhebliche Kontraktion der Fertilitätsraten ein. Der Westen Deutschlands folgte diesem Trend zwei Jahre später.

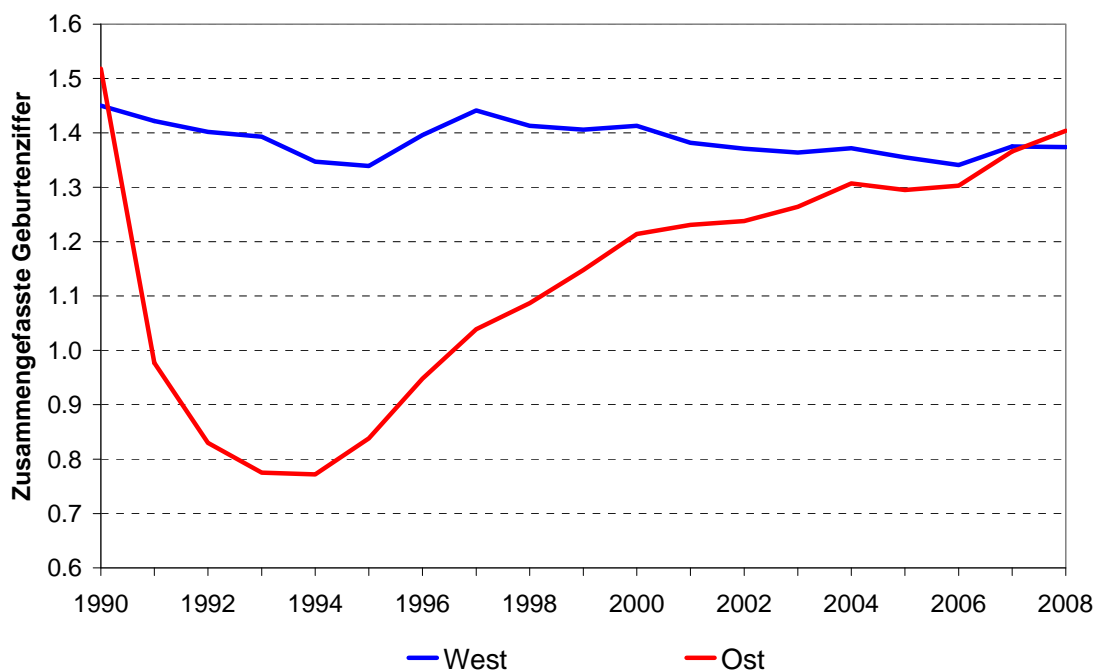
Während der Osten Deutschlands den sinkenden Fertilitätsraten 1976 mit staatlichen Maßnahmen zur Unterstützung der Familien begegnete und auf diesem Wege die Zahl der Geburten bis 1980 auf 1,9 Kinder je Frau steigern konnte (Büttner und Lutz, 1990), erreichte die Geburtenrate in Westdeutschland Mitte der 80er Jahre ihren Tiefstwert von weniger als 1,3 Kindern je Frau, stieg allerdings daraufhin wieder leicht an.

Mit dem Zusammenbruch des Sozialismus und den damit einhergehenden Transformationsprozessen sank die zusammengefasste Geburtenziffer in Ostdeutschland bei stagnierender Fertilität in Westdeutschland dramatisch ab (Abbildung 8). Der starke Einbruch bis auf einen Wert von 0,8 im Jahr 1994 hängt mit einer Verschiebung geplanter Geburten auf einen spätere Zeitpunkt zusammen (Bhaumik und Nugent, 2005; Lechner, 1999). Mit der Realisierung der verschobenen Geburten und der Stabilisierung

der wirtschaftlichen Lage haben sich die zusammengefassten Geburtenziffern in Ostdeutschland danach wieder an das westdeutsche Niveau angenähert. Zuletzt lag die ostdeutsche zusammengefasste Geburtenziffer (1,40) sogar leicht über der westdeutschen (1,37).

Mit dieser Fertilitätsrate macht jede Kindergeneration nur noch etwa zwei Drittel der jeweiligen Elterngeneration aus, eine Entwicklung, welche die Anzahl der potenziellen Mütter im gebärfähigen Alter zwischen 14 und 49 Jahren kontinuierlich reduziert. Waren im Jahre 1997 noch 19,7 Millionen Frauen im Alter zwischen 14 und 49 Jahren, so waren es im Jahre 2006 lediglich 19,3 Millionen.

**Abbildung 8: Zusammengefasste Geburtenziffer in West- und Ostdeutschland**



Quelle: Statistisches Bundesamt.

Die zusammengefasste Geburtenziffer ausländischer Frauen ist seit 1990 von 2,0 um 0,4 auf 1,6 Kinder gesunken, liegt damit aber noch über den Geburtenziffern einheimischer Frauen. Mayer und Riphahn (1999) untersuchen die Fertilität von Zuwanderinnen im Rahmen eines ökonometrischen Modells genauer. Sie stellen eine Konvergenz der Fertilitätsraten von Zuwanderinnen und Einheimischen im Zeitablauf fest, die

durch einen Anpassungsprozess im generativen Verhalten an die Verhältnisse in Deutschland bedingt ist.

### **Kohortenfertilität**

Ein wichtiger Ansatzpunkt zur Verbesserung des Verständnisses der Geburtenentwicklung ist die Betrachtung der Fertilität getrennt für verschiedene Alterskohorten. Hierbei wird nicht die durchschnittliche Anzahl an Kindern pro Frau in einem bestimmten Jahr analysiert, sondern die durchschnittliche Anzahl an Kindern, die eine Frau am Ende ihres gebärfähigen Alters bekommen hat. Diese Perspektive bildet die Entwicklung des Geburtengeschehens besser ab als Gesamtfertilitätsraten als Querschnittsmaß. Insbesondere werden Tempoeffekte – Variation in der zusammengefassten Geburtenziffer als Folge eines unterschiedlichen Profils altersspezifischer Geburtenraten – kontrolliert.

Aussagen zu den realisierten Geburten im Lebensverlauf waren in Deutschland wegen Besonderheiten der offiziellen Statistik lange relativ unsicher. Die nachfolgenden Aussagen hierzu entstammen dem Bericht zur Sondererhebung „Geburten in Deutschland“ des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2006 (Statistisches Bundesamt 2008), mit der die bestehende Informationslücke teilweise gefüllt wurde.

Abgeschlossene Geburtenziffern liegen nur für jene Frauen vor, die zum Zeitpunkt der Erhebung 50 Jahre oder älter waren, die also vor 1957 geboren wurden. Für jüngere Frauen können die erreichten Geburtenziffern unter der Berücksichtigung interpretiert werden, dass sie im Jahr 2006 noch gebärfähig sind und sich die Geburtenziffern somit noch erhöhen werden. Die älteste in der Studie enthaltene Frauengeneration, geboren zwischen 1931 und 1936, hat durchschnittlich 2 Kinder in ihrem Leben zur Welt gebracht. Alle späteren Generationen haben jedoch im Schnitt weniger Kinder bekommen. Die aktuellste abgeschlossene Geburtenziffer bezieht sich auf im Jahr 2006 50-54 jährige Frauen und beträgt circa 1,7 Kinder pro Frau. Obwohl ein leichter Abwärtstrend in der Zahl der Kinder für die jüngeren Generationen zu erkennen ist kann hierzu aufgrund der fortdauernden Gebärfähigkeit der Frauen noch keine abschließende Zahl genannt werden.

Im Ost-West-Vergleich zeigt sich, dass die abgeschlossene Geburtenziffer in den Neuen Ländern für alle Frauenkohorten über derjenigen in den Alten Ländern liegt. Der

Abstand hat sich jedoch durch die rückläufige Entwicklung der Geburten in den Neuen Ländern von anfangs bis zu 21 Prozent auf 2 Prozent für die Geburtenjahrgänge 1962-1966 verringert. Ein Grund hierfür könnte die Anpassung des generativen Verhaltens ostdeutscher Frauen an jenes westdeutscher Frauen nach der Wiedervereinigung sein.

Eine aufschlussreiche Perspektive bietet die Betrachtung der Geburtenziffern für Frauen mit verschiedenen Bildungsabschlüssen. Dies lässt Rückschlüsse auf mögliche Gründe für die beobachtbare als auch Prognosen für die zu erwartende Fertilität in Zeiten weiter steigender Bildungsniveaus zu. Für diese Betrachtung sollen zwei Frauenkohorten herausgegriffen werden: die Geburtsjahrgänge 1957-1961 sowie 1967-1971. Für erstere kann eine fast vollständig realisierte Geburtenziffer beobachtet werden, während letztere zwar ihre Berufsausbildung größtenteils abgeschlossen haben, jedoch möglicherweise noch weitere Kinder bekommen möchten. Hierfür sind die in der Sondererhebung gestellten Fragen nach dem weiteren Kinderwunsch interessant.

Die durchschnittliche Geburtenziffer von Frauen, die im Jahr 2006 45-49 Jahre alt waren beträgt 1,5 Kinder pro Frau. Betrachtet man diese Frauen getrennt nach schulischen Abschlüssen, lässt sich erkennen, dass Frauen mit einem Hauptschulabschluss im Durchschnitt lediglich 1,3 Kinder geboren haben. Frauen mit einem Abschluss von einer Polytechnischen Oberschule haben hingegen eine Geburtenziffer von 1,8 Kindern pro Frau. Dazwischen liegen Frauen mit (Fach-)Abitur (1,4 Kinder) und Frauen mit Realschulabschluss (über 1,5 Kinder).

Es ist somit kein eindeutiger Zusammenhang zwischen der Höhe des Bildungsniveaus und der Fertilität zu erkennen. Ein ähnliches Bild ergibt sich auch hinsichtlich des beruflichen Abschlusses. Während Frauen ohne Berufsqualifikation in etwa gleich viele Kinder bekommen wie Frauen mit Meister- oder Technikerabschlüssen (circa 1,7 Kinder pro Frau), liegt die Geburtenziffer für Frauen mit einem berufsqualifizierenden Abschluss (Lehre und gleichwertig) mit 1,5 oder einem Hochschulabschluss mit 1,4 Kindern pro Frau deutlich darunter.

Im Gegensatz zu diesem Ergebnis zeigt sich für Frauen, die im Jahr 2006 35 bis 39 Jahre alt waren, ein anderes Muster bezüglich des Qualifikationsniveaus. Insgesamt ist die Geburtenziffer mit 1,4 Kindern pro Frau zwar nur unwesentlich geringer, allerdings zeigt sich sowohl für den schulischen als auch für den beruflichen Abschluss, dass

ein höheres Bildungsniveau mit niedrigeren Geburtenziffern einhergeht. So haben Frauen ohne Berufsabschluss durchschnittlich bereits 1,8 Kinder, während Frauen mit einem Hochschulabschluss eine Geburtenziffer von nur 1,0 Kindern aufweisen.

Hierbei könnte allerdings eine Rolle spielen, dass Frauen zwischen 35 und 39 Jahren noch im gebärfähigen Alter sind und es gerade für Frauen mit höheren Bildungsabschlüssen wahrscheinlich ist, dass sie ihr erstes und eventuelle weitere Kinder erst später bekommen. Ein solches Verhalten könnte in dem Wunsch begründet sein, nach der Ausbildung zunächst ein paar Jahre im erlernten Beruf zu arbeiten und eine Karriere zu verfolgen, um die Früchte der Ausbildungsphase zu ernten.

Bezüglich der Frage nach der weiteren Familienplanung zeigt sich jedenfalls, dass sich Frauen mit einem Hochschulabschluss öfter noch ein weiteres Kind wünschen als solche mit einer niedrigeren Qualifikation. Es ist also zu vermuten, dass sich die Geburtenziffer der Frauen mit Hochschulabschluss im Vergleich zu anderen Berufsabschlüssen noch etwas erhöht.<sup>10</sup>

Eine weitere mögliche Determinante der Fertilität ist der Familienstand der Frau. Obwohl im Jahr 2006 in den Alten Ländern 30 Prozent und in den Neuen Ländern sogar 60 Prozent aller Geburten außerhalb einer Ehe auftraten, zeigt sich bei der Kohortenbetrachtung ein stark positiver Zusammenhang zwischen Ehe und Fertilität. So ist die Geburtenziffer für die oben betrachteten Frauenkohorten über alle Bildungsabschlüsse hinweg für verheiratete Frauen deutlich höher als für unverheiratete. Am größten ist der Unterschied bei 35-39 jährigen Frauen mit dem höchsten beruflichen und schulischen Bildungsabschluss: verheiratete Frauen mit (Fach-)Abitur (Hochschulabschluss) haben eine erreichte Geburtenziffer von 1,5 (1,3) während unverheiratete Frauen im Durchschnitt lediglich 0,4 Kinder bekommen haben.

### **Kinderlosigkeit**

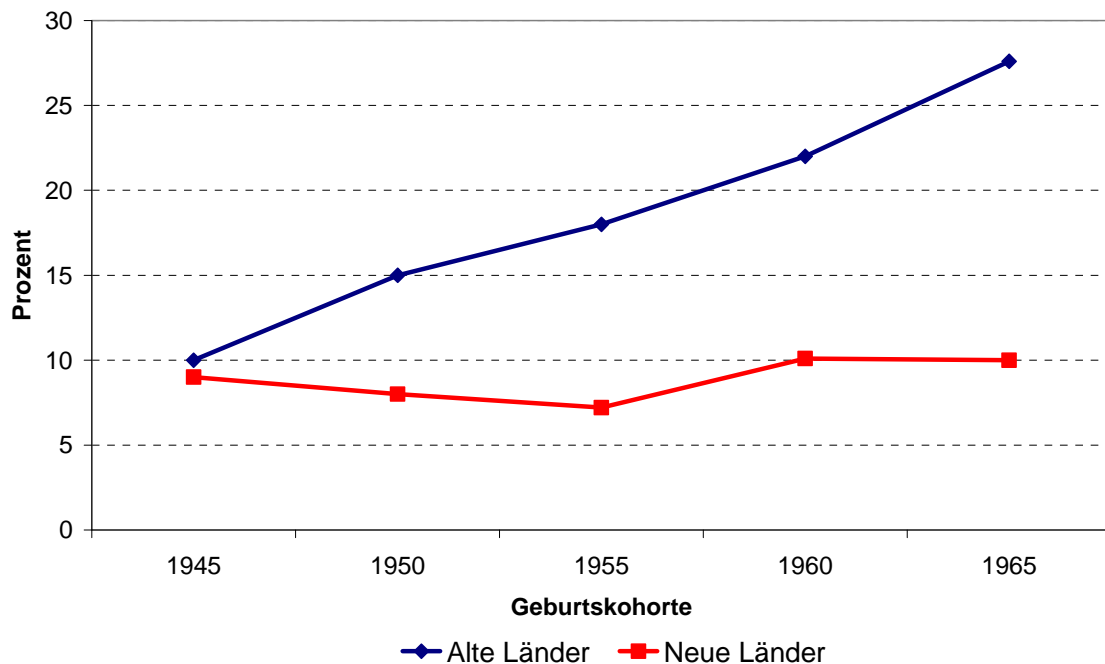
Aus Abbildung 9 geht als Ursache für die geringe Zahl der Geburten auch der im internationalen Vergleich sehr hohe Anteil an Frauen, die völlig kinderlos bleiben, hervor. Im Ausmaß der Kinderlosigkeit bestehen zwischen West- und Ostdeutschland allerdings

---

<sup>10</sup> Diese Aussage ist wegen geringer Fallzahlen allerdings unsicher,

deutliche Unterschiede bestehen. Während in Westdeutschland (Ostdeutschland) 10 Prozent (9 Prozent) der im Jahre 1940 geborenen Frauen kinderlos blieben, sind bereits 28 Prozent (10 Prozent) der im Jahre 1965 geborenen Frauen von Kinderlosigkeit betroffen.

**Abbildung 9: Kinderlosigkeit nach Geburtskohorte, Deutschland**



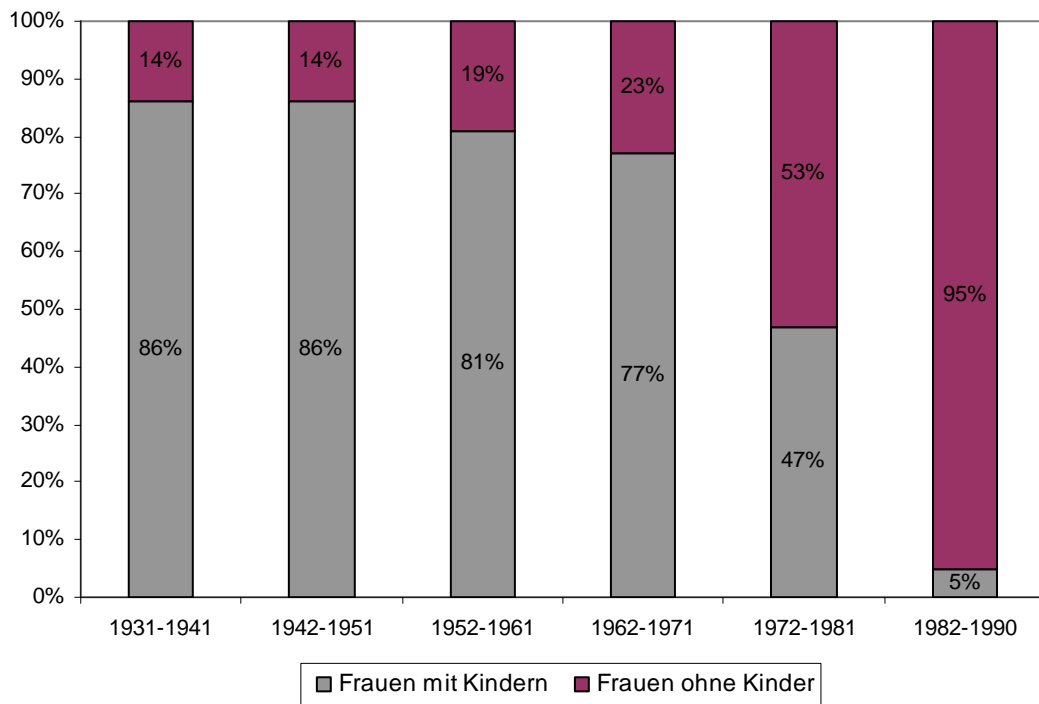
Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2008)

Der Anteil der Mütter an allen Frauen betrug bei den Jahrgängen 1931 bis 1941 ca. 86 Prozent (Abbildung 10). Bei den später geborenen Frauen ging er allmählich zurück und liegt bei den 1942 bis 1951 geborenen Frauen bei etwa 81 Prozent. Somit haben bei den heute etwa 47- bis 56-Jährigen Frauen etwa vier von fünf Frauen Kinder. Bei den 55- bis 75-Jährigen waren es noch sechs von sieben.

Die Kinderlosigkeit unter den jüngeren Frauen ist erwartungsgemäß höher. Im Jahr 2006 betrug der Anteil der kinderlosen Frauen bei den Jahrgängen 1962 bis 1971 ungefähr 23 Prozent und bei den Jahrgängen 1972 bis 1981 ungefähr 53 Prozent. Es ist möglich, dass viele dieser Frauen noch Kinder bekommen und dass sich die Kinderlosigkeit hauptsächlich durch eine hinausgezögerte erste Geburt erklären lässt. Da die

meisten Frauen ihr erstes Kind jedoch nach wie vor bis zum Alter von 30 Jahren bekommen ist davon auszugehen, dass die Kinderlosigkeit insgesamt weiter ansteigen wird.

**Abbildung 10: Anteil kinderloser Frauen nach Geburtskohorte, Deutschland**



Quelle: Statistisches Bundesamt (2008)

Statistiken zur Kinderlosigkeit in West- und Ostdeutschland nach Alter und Kohorte sind in Tabelle 6 zusammenfassend dargestellt. Hieraus wird deutlich, dass es mit 35 Prozent in den alten Ländern einen deutlich höheren Anteil kinderloser Frauen gibt als in den neuen Bundesländern, wo der Anteil kinderloser Frauen lediglich bei 26 Prozent liegt. Für die Kohorten der Jahrgänge 1931-1971 kann der größere Anteil an Müttern in den neuen Bundesländern zumindest teilweise mit der bevorzugten Behandlung von Müttern während des Sozialismus erklärt werden. Allerdings sind auch die von 1972-1982 geborenen Kohorten der ostdeutschen Länder im Vergleich zum Westen durch einen deutlich höheren Anteil an Müttern gekennzeichnet (59 Prozent im Vergleich zu 45 Prozent).



Letzteres ist mit großer Wahrscheinlichkeit nicht allein kulturellen Unterschieden zuzuschreiben, sondern spiegelt insbesondere die besseren Möglichkeiten der Kinderbetreuung im Osten Deutschlands wieder. Der höhere Anteil an ostdeutschen Frauen ohne Kinder der Geburtsjahrgänge 1972-1981 im Vergleich zu den älteren Jahrgängen liegt vermutlich darin begründet, dass auch in den neuen Ländern immer mehr Frauen erst nach Vollendung des dreißigsten Lebensjahres ihr erstes Kind bekommen. Die Lebenskonzepte ostdeutscher Frauen gleichen sich in diesem Punkt also denen westdeutscher Frauen an.

Zum heutigen Zeitpunkt ist unklar, ob die bis zum 30. Lebensjahr nicht realisierten Geburten in einem höheren Alter im gleichen oder ähnlichen Umfang nachgeholt werden. Für das Kinderlosigkeitsniveau der Frauen der Kohorten 1972 bis 1981 wird deshalb das Geburtenverhalten dieser Frauen im Alter von 30 bis 40 Jahren entscheidend sein.

**Tabelle 6: Anteil kinderloser Frauen nach Alter und Kohorte 2006, Deutschland**

Geburtsjahr	Alter	ohne Kinder	
		alte Länder	neue Länder
1982-1990	16-24	95%	96%
1972-1981	25-34	55%	41%
1962-1971	35-44	25%	11%
1952-1961	45-54	21%	7%
1942-1951	55-64	14%	8%
1931-1941	65-75	14%	11%
Insgesamt		35%	26%

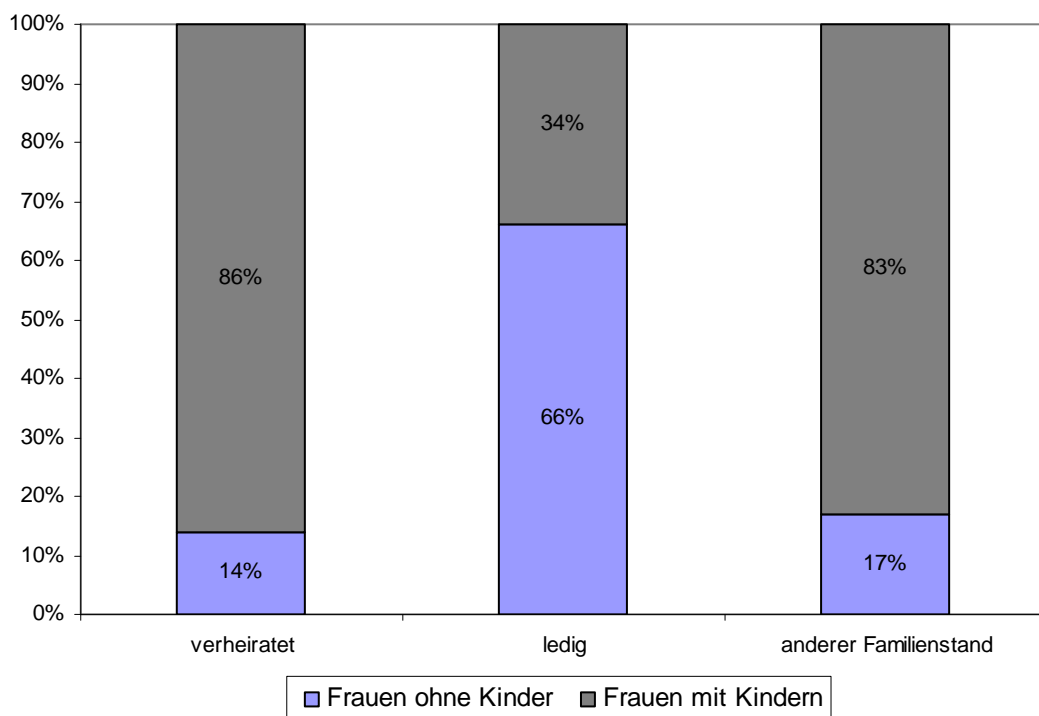
Quelle: Statistisches Bundesamt (2008)

Neben regionalen Unterschieden in der Kinderlosigkeit lassen sich allerdings auch qualifikationsspezifische Disparitäten ausmachen. So beträgt der Anteil der Mütter unter den Frauen mit akademischem Abschluss oder Fachhochschulabschluss (Geburtsjahrgänge 1931 bis 1966) lediglich 79 Prozent, unter den Frauen mit niedrigem Bildungsabschluss hingegen 86 Prozent.

Dieser Zusammenhang deutet auf die (allerdings nicht zwingend kausal zu interpretierende) Bedeutung der Opportunitätskosten hin. Der relative Preis der Kindererzie-

hung steigt zu Lasten der Fertilität mit dem Bildungsniveau. Demgegenüber besteht in Ostdeutschland kein positiver Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau und der Kinderlosigkeit, was auf eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Ostdeutschland hindeutet. Wie bereits erwähnt ist die Versorgung mit Kinderrippenplätzen gerade in Ostdeutschland vergleichsweise hoch. Dieser Zusammenhang wird in den nachfolgenden Abschnitten erneut aufgegriffen.

**Abbildung 11: Anteil der Frauen im Alter von 35-49 Jahren mit und ohne Kinder nach Familienstand 2006, Deutschland**



Quelle: Statistisches Bundesamt (2008)

Des Weiteren spielt der Familienstand einer Frau eine bedeutende Rolle für die Entscheidung ein Kind zu bekommen. Abbildung 11 lässt auf eine hohe Korrelation zwischen der Entscheidung zu Heiraten und der Entscheidung Kinder zu bekommen schließen. Von den verheirateten Frauen im Alter zwischen 35-49 Jahren sind nur 14 Prozent kinderlos, während von den unverheirateten Frauen der gleichen Altersgruppe 66 Prozent keine Kinder haben. Hierbei handelt es sich allerdings nicht unbedingt um

einen kausalen Zusammenhang, da die Entscheidung eine Ehe zu schließen vermutlich mit der Fertilitätsentscheidung zusammenhängt. Allerdings scheint das Vorhandensein einer stabilen Partnerschaft die Fertilitätsentscheidung einer Frau stark zu begünstigen.

Auch bei dem Zusammenhang zwischen Familienstand und Kinderlosigkeit bestehen große Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern. Westdeutsche Frauen entscheiden sich wesentlich seltener ein Kind außerhalb der Ehe zur Welt zu bringen als ostdeutsche Frauen. Während in den alten Bundesländern nur 24 Prozent der ledigen Frauen der Altersgruppe 35-49 bereits ein oder mehrere Kinder haben, haben 66 Prozent der unverheirateten ostdeutschen Frauen der gleichen Altersgruppe Kinder.

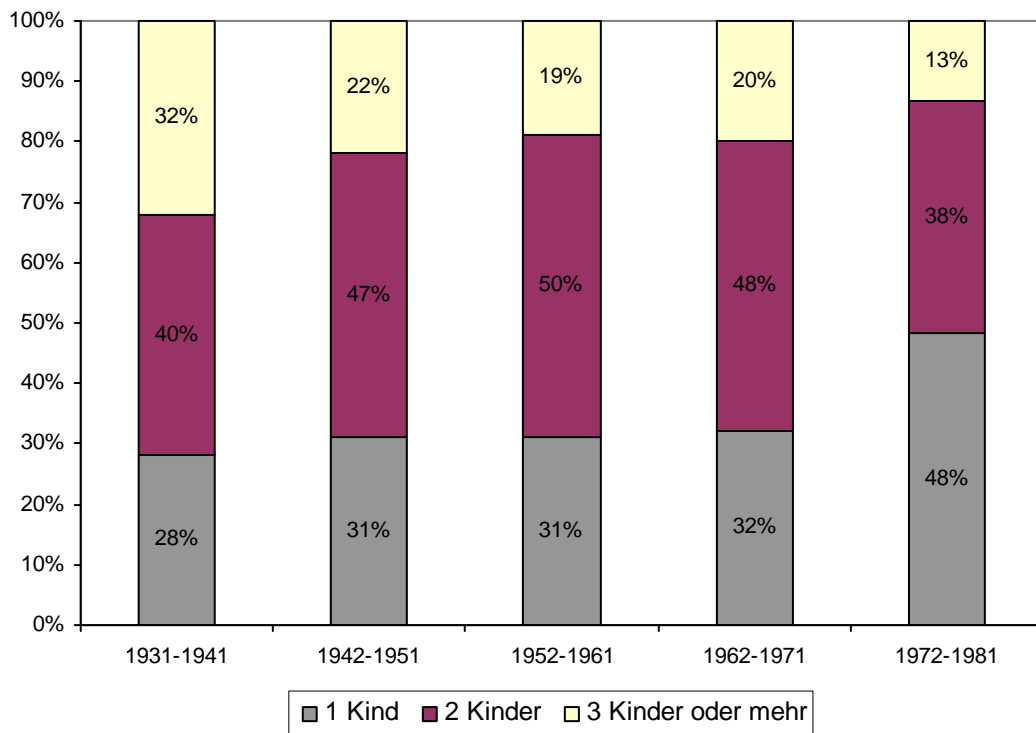
### **Dritte und vierte Kinder**

Neben der Entscheidung, überhaupt Kinder zu bekommen, ist für die Fertilitätsentwicklung in Deutschland vor allem die Anzahl der Kinder einer Frau von Bedeutung. Hat sich eine Frau einmal für ein Kind entschieden, sind die Opportunitäts- und Betreuungskosten für ein zweites Kind im Regelfall geringer, so dass die Wahrscheinlichkeit ein weiteres Kind zu haben, steigt. Gegeben, dass viele Frauen gar keine Kinder bekommen, ist es insbesondere von Interesse unter welchen Bedingungen die Frauen die mindestens ein- oder zwei Kinder bekommen haben, sich auch für ein drittes oder viertes Kind entscheiden.

Abbildung 12 stellt den Anteil der Frauen, die ein, zwei, drei oder mehr Kinder geboren haben, zusammenfassend dar und macht deutlich, dass sich die Zahl der geborenen Kinder bei den Müttern unterschiedlicher Jahrgänge verändert hat. So repräsentiert die deutlich niedrigere Kinderzahl der Geburtskohorte 1942-1951 im Verhältnis zur Kinderzahl der Geburtskohorte 1931-1941 einen Trend zu kleineren Familien. Bei den Jahrgängen 1931 bis 1941 hatte mindestens jede dritte Mutter drei oder mehr Kinder, bei den Kohorten 1947 bis 1951 lediglich jede fünfte. Der Anteil der Mütter mit zwei Kindern stieg gleichzeitig von 40 Prozent auf 47 Prozent und mit einem Kind von 28 Prozent auf 31 Prozent. Ab Geburtsjahrgang 1942 ist die Familienstruktur relativ konstant geblieben.

Von den heute 38 bis 57 Jahre alten Müttern hat in Deutschland etwa jede dritte ein Kind, jede zweite zwei Kinder und jede fünfte drei oder mehr Kinder. Unter den Frauen der Jahrgänge 1972-1981 ist der Anteil der Mütter mit nur einem Kind erwartungsgemäß höher, da einige dieser Frauen ihre Familienplanung noch nicht abgeschlossen haben. Insbesondere bei Frauen, die sich erst relativ spät für Kinder entscheiden, finden die zweiten und weiteren Geburten zwangsläufig in einem höheren Lebensalter der Frauen statt.

**Abbildung 12: Erreichte Kinderzahl nach Geburtskohorte 2006, Deutschland**



Quelle: Statistisches Bundesamt (2008)

Bezüglich der Kinderzahl sind für Deutschland einige regionale Unterschiede zu nennen. Bei den Jahrgängen der 1931 bis 1941 geborenen Frauen ist die Anzahl der pro Frau geborenen Kinder in den alten und neuen Ländern nahezu gleich (Tabelle 7). Bei den ostdeutschen Bundesländern gibt es bezüglich der Kinderzahl für die nach dem

zweiten Weltkrieg geborenen Frauen im Vergleich zu Westdeutschland allerdings einige Besonderheiten.

Gleichzeitig wird die Zahl der Ein-Kind-Familien in den nächsten Jahren im Osten vermutlich weiter ansteigen. Obwohl sich die Anzahl der Kinder der 1962-1971 geborenen Frauen noch verändern kann fällt auf, dass ostdeutsche Frauen wesentlich öfter nur ein Kind haben als westdeutsche Frauen. Die Entscheidung ostdeutscher Frauen gegen ein zweites, drittes oder viertes Kind hängt vermutlich unter anderem mit der zunehmenden materiellen Knappheit zum Ende des Sozialismus und mit der großen Unsicherheit der Wendezeit zusammen.

**Tabelle 7: Anteil der Frauen nach Geburtsjahr und Anzahl der Kinder, West- und Ostdeutschland, 2006**

	Geburtsjahr	1 Kind	2 Kinder	3 Kinder oder mehr
alte Länder	1962-1971	29%	49%	22%
	1952-1961	31%	49%	20%
	1942-1951	31%	47%	21%
	1931-1941	28%	40%	32%
	Insgesamt	32%	46%	23%
neue Länder	1962-1971	40%	46%	14%
	1952-1961	28%	56%	16%
	1942-1951	25%	48%	27%
	1931-1941	29%	39%	32%
	Insgesamt	34%	45%	20%

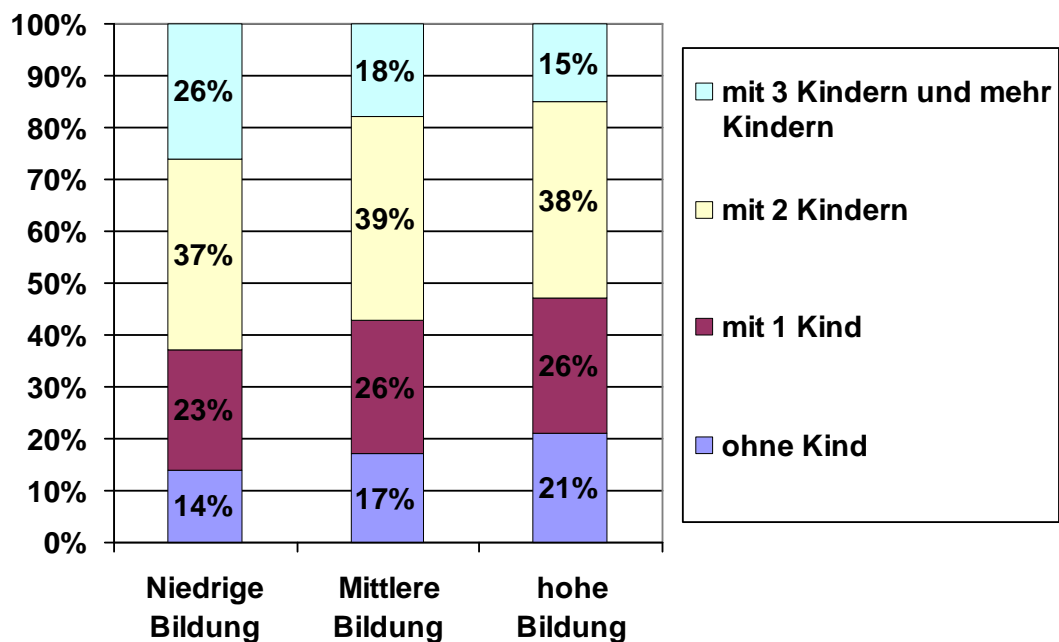
Quelle: Statistisches Bundesamt (2008)

Während der Anteil westdeutscher Frauen mit drei oder mehr Kindern der Jahrgänge 1942-1951 bei 21 Prozent liegt, ist bei den ostdeutschen Kohorten dieses Alters mit 27 Prozent der Anteil der Mütter mit drei oder mehr Kindern höher. Die Anzahl der Familien mit nur einem Kind ist gleichzeitig deutlich niedriger. Bei den jüngeren Kohorten ist der Mütteranteil mit drei oder mehr Kindern in den neuen Ländern weiter gesunken, während er in den alten Ländern stabil blieb. Bei den 1952 bis 1961 geborenen Müttern haben in den neuen Ländern etwa 16 Prozent mehr als zwei Kinder, in den alten Ländern dagegen 20 Prozent. Bei der Generation der 1962-1971 geborenen Mütter

geht die Schere zwischen Ost- und Westdeutschland mit 22 Prozent im Vergleich zu 14 Prozent noch mehr auseinander.

Abbildung 13 verdeutlicht, dass der Anteil der Frauen mit drei oder mehr Kindern mit steigender Qualifikation deutlich zurückgeht. Während 26 Prozent der Frauen mit niedriger Bildung drei Kinder oder mehr zur Welt bringen liegt, dieser Anteil bei den Frauen mit mittlerer und hoher Bildung lediglich bei 18 bzw. 15 Prozent. Die Ursache hierfür ist vermutlich, dass die Geburten von drei oder mehr Kindern zwangsläufig mit mehreren geburtsbedingten Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit der Frau verbunden sind, was Frauen mit höherem Bildungsniveau und somit höheren Opportunitätskosten vergleichsweise stärker in ihrer Fertilitätsentscheidung beeinflusst.

**Abbildung 13: Erreichte Kinderzahl nach Bildungsstand, Frauen im Alter von 40-75 Jahren 2006, Deutschland**



Quelle: Statistisches Bundesamt (2007)

Während das Qualifikationsniveau sich auf deren Bereitschaft, mehrere Kinder zu bekommen, negativ auswirkt, hat das Haushaltseinkommen einen deutlich positiven

Einfluss. Der Anteil der Frauen mit 2 Kindern nimmt mit steigendem Einkommen zu. Etwa ein Fünftel der Frauen mit einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 1300 Euro hatte zwei Kinder, in der Gruppe der Haushaltseinkommen von über 3600 Euro haben dagegen etwa 40 Prozent der Frauen zwei Kinder. Mehr als drei Kinder haben 14 Prozent der Frauen ab einem Haushaltseinkommen von 1300 Euro. Bei einem Einkommen von unter 1300 Euro sind es nur etwa halb so viele. Insgesamt lässt sich daraus schließen, dass Mütter bei einem entsprechenden finanziellen Hintergrund eher zwei oder mehr Kinder haben als eins.

### **Zeitpunkt der ersten Geburt**

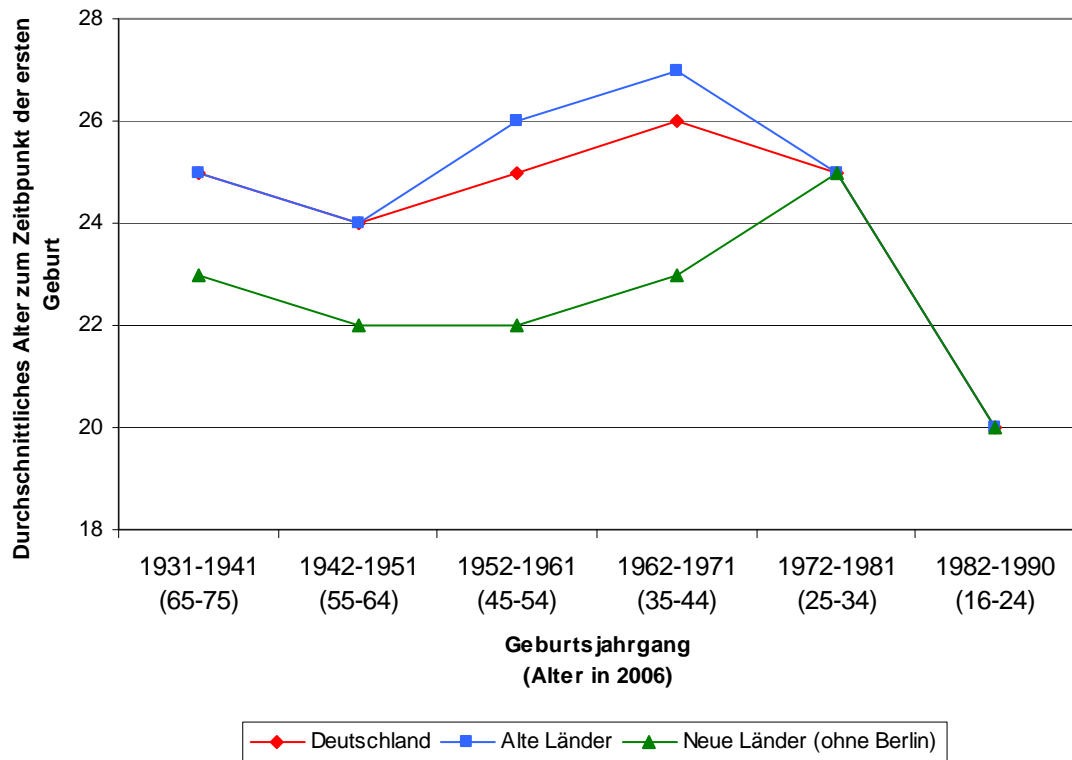
Die abnehmende Kinderzahl in Deutschland ist offenbar auch auf eine Verzögerung der Familienbildung zurückzuführen. Lagen die meisten Geburten der Frauen in den 60er Jahren für Westdeutschland (Ostdeutschland) noch im Alter von etwa 26 Jahren (23 Jahren), wurde der Geburtenzenit im Jahr 2005 hingegen erst mit 31 Jahren (29 Jahren) erreicht.

In der Kohortenbetrachtung zeigt sich, dass diejenigen Frauen, die zwischen 1962 und 1971 geboren wurden, zum Zeitpunkt ihrer ersten Geburt im Durchschnitt 26 Jahre alt waren. Damit hat sich das Durchschnittsalter zum Zeitpunkt der ersten Geburt gegenüber den Geburtenkohorten 1942 bis 1951 um 2 Jahre erhöht, eine Entwicklung, die einerseits durch längere Ausbildungszeiten und andererseits durch die höhere Partizipationsrate der Frau auf dem Arbeitsmarkt bedingt sein könnte. So ging der Rückgang der Fertilitätsraten seit den 60er Jahren mit einer kontinuierlichen Ausweitung der weiblichen Partizipationsraten von 46,5 Prozent im Jahre 1970 auf 69,4 Prozent im Jahre 2007 einher. Frauen mit tertiärem Bildungsabschluss gründen ihre Familien im Vergleich zu Frauen mit niedrigerem Bildungsabschluss im Durchschnitt 5 Jahre später.

Beim Vergleich der Entwicklung des Alters bei der ersten Geburt zwischen den Neuen und Alten Ländern zeigen sich große Unterschiede. Ostdeutsche Frauen der Geburtenkohorten 1931-1951 haben ihr erstes Kind im Schnitt 2 Jahre früher bekommen als westdeutsche Frauen (siehe Abbildung 14). Diese Differenz ist für Frauen, die im Jahr 2006 35-45 Jahre alt waren sogar noch angestiegen. Ein möglicher Grund hierfür könnte in den besseren Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch

eine stärker ausgebaute Infrastruktur bei der Kleinkindbetreuung in Ostdeutschland liegen. Dies erlaubt berufstätigen Frauen eher, auch während der für die Karriere entscheidenden Anfangsphase im Beruf schon Kinder zu bekommen.

**Abbildung 14: Alter zum Zeitpunkt der ersten Geburt der Geburtskohorten 1931-1990, Deutschland**



Quelle: Statistisches Bundesamt (2008)

Der starke Rückgang des Alters bei der ersten Geburt für Frauen zwischen 16 und 34 Jahren ist damit zu begründen, dass diese Frauen sich noch im gebärfähigen Alter befinden und es somit noch nicht möglich ist, Geburten in einem höheren Alter zu beobachten. Das durchschnittliche Alter bei der ersten Geburt wird sich somit für jene Kohorten in den nächsten Jahren noch erhöhen.



## **5.2 Rahmenbedingungen des generativen Verhaltens**

### **5.2.1 Einleitung**

Folgt man der Klassifikation der Wohlfahrtsstaatssysteme von Esping-Andersen (1990), verkörpert Deutschland wie Frankreich das konservative Modell. Ein Gegensatz zu Frankreich besteht jedoch im langen Verzicht auf geburtenbewusste Politik, nicht zuletzt eine Folge der historischen Erfahrung mit der „Bevölkerungspolitik“ des Dritten Reiches. Kennzeichnend für die deutsche Politik ist vielmehr die Dominanz sozialpolitisch orientierter Ziele vor geburtenorientierten Zielen.

Die Leistungen des Staates zielen bei den Erwerbstätigen auf den Statuserhalt durch eine gute Versicherung gegen individuelle Einkommensrisiken. Zugleich greift bei der staatlichen Fürsorge das Subsidiaritätsprinzip. Die Versorgung soll zunächst durch gegenseitige Unterstützung der Haushaltsmitglieder erfolgen, bevor der Staat mit weiteren Mitteln eingreift. Diesem Prinzip entspricht, dass einkommensbezogene direkte oder indirekte monetäre Transfers Vorrang vor der Bereitstellung sozialer Dienstleistungen haben. Die Aufgaben der Versorgung und Betreuung werden also zunächst in die Familie verlagert, die dafür im Bedarfsfall ausreichende Einkommensmittel erhält um die Versorgung und Betreuung vorzunehmen.

In den letzten Jahren vollzieht sich in Deutschland zwar allmählich eine Abkehr von diesem stilisierten Modell. Erkennbar ist dies zum Beispiel an der Einführung der Sozialen Pflegeversicherung, der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe oder – auf dem Gebiet der Familienpolitik – dem geplanten Ausbau der öffentlich geförderten Kindertagesbetreuung. Dennoch prägen insgesamt betrachtet nach wie vor die in den Anfangsjahren in der Bundesrepublik entwickelten Setzungen die heutigen Rahmenbedingungen für Familien.

In diesen Setzungen wirkt das in den 1950er und 1960er Jahren vorherrschende Alleinverdienermodell des männlichen Broterwerbers durch. Dieses hat sich mit dem zunehmenden Bildungsniveau der Frauen allerdings zu einem Drei-Phasen-Modell weiterentwickelt. Der typische Lebensverlauf von Müttern umfasst heute Ausbildung und Vollerwerbsarbeit bis zur Geburt des ersten Kindes, eine längere Erwerbsunterbrechung zur Kinderbetreuung und den Wiedereinstieg in das Erwerbsleben auf einer weniger

qualifizierten Teilzeitstelle, sobald der Schulbeginn der Kinder einen entsprechenden zeitlichen Freiraum schafft.

Zu diesem Modell passen zentrale Elemente des staatlichen Sicherungssystems für Familien: der (teilweise) finanzielle Ausgleich der notwendigen direkten Ausgaben zur Existenzsicherung der Kinder unabhängig vom Erwerbsstatus, die Gewährung einer langen Elternzeit versehen mit Rückkehrgarantien an den Arbeitsplatz, und gesetzlich geregelte Teilzeitangebote. Wie Simulationsrechnungen am Schluss dieses Kapitels zeigen, schafft dieser kulturell und politisch vermittelte Rahmen hohe Opportunitätskosten der Kindererziehung und liefert so eine zentrale Erklärung für das niedrige Geburtenniveau in Deutschland.

### **5.2.2 Einstellungen zu Kindern und Beruf**

Um zu beurteilen, ob der historisch gewachsene institutionelle Rahmen zu den herrschenden Wertvorstellungen der Deutschen passt oder möglicherweise Hürden für die Realisierung von vorhandenen Kinderwünschen aufstellt, lassen sich eine Reihe von Umfrageergebnissen heranziehen. Allerdings liegen kaum gute Zeitreihendaten vor, die etwa die Affinität zu Kindern, konkrete Kinderwünsche sowie individuelle und externe Hindernisse bei der Realisierung von Kinderwünschen im Längsschnitt konsistent erfassen. Befragungen zu dieser Thematik wurden erst in den letzten Jahren vor dem Hintergrund einer zunehmenden gesellschaftlichen und politischen Diskussion des Geburtenrückgangs massiv ausgeweitet. Daher sind nur relativ wenige zuverlässige Trenderaussagen, wie sich die Einstellungen zu Kindern im Zeitverlauf verändert haben, möglich.

Auch wenn die Zahl der Kinderlosen in Deutschland steigt, sind die Deutschen doch mehrheitlich der Meinung, dass Kinder zu ihrem Leben gehören. Aus einer Repräsentativumfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach aus dem Jahr 2003 geht hervor, dass für 59 Prozent der 18- bis 44jährigen Bevölkerung das Lebensglück vom Zusammenleben in einer Familie abhängt. Der Wunsch nach einer Familie ist dabei bei Frauen (64 Prozent) etwas stärker ausgeprägt als bei Männern (55 Prozent).

Einen Vergleich über die Zeit erlauben die Daten aus dem „World Values Survey“. Auf die gesamte westdeutsche Bevölkerung bezogen, waren gemäß dieser Umfrage im Jahr 1990 70,8 Prozent und im Jahr 1997 sogar 74,5 Prozent der Deutschen der

Meinung, dass Familie für sie sehr wichtig sei. In Ostdeutschland war die Zustimmung zu dieser Aussage mit 84,5 Prozent 1990 und 82,6 Prozent 1997 sogar noch höher, allerdings im Trend leicht rückläufig. Familie scheint in Deutschland demnach insgesamt als Wert an Bedeutung zu gewinnen. Diese Werteänderung zeigt sich auch, wie diverse Jugendstudien – am prominentesten die Shell-Studie – belegen, auch bei den Heranwachsenden und jungen Erwachsenen. Der gestiegene Wert der Familie bedeutet aber nicht, dass die nachwachsende Generation auch höhere Geburtenraten realisieren wird.

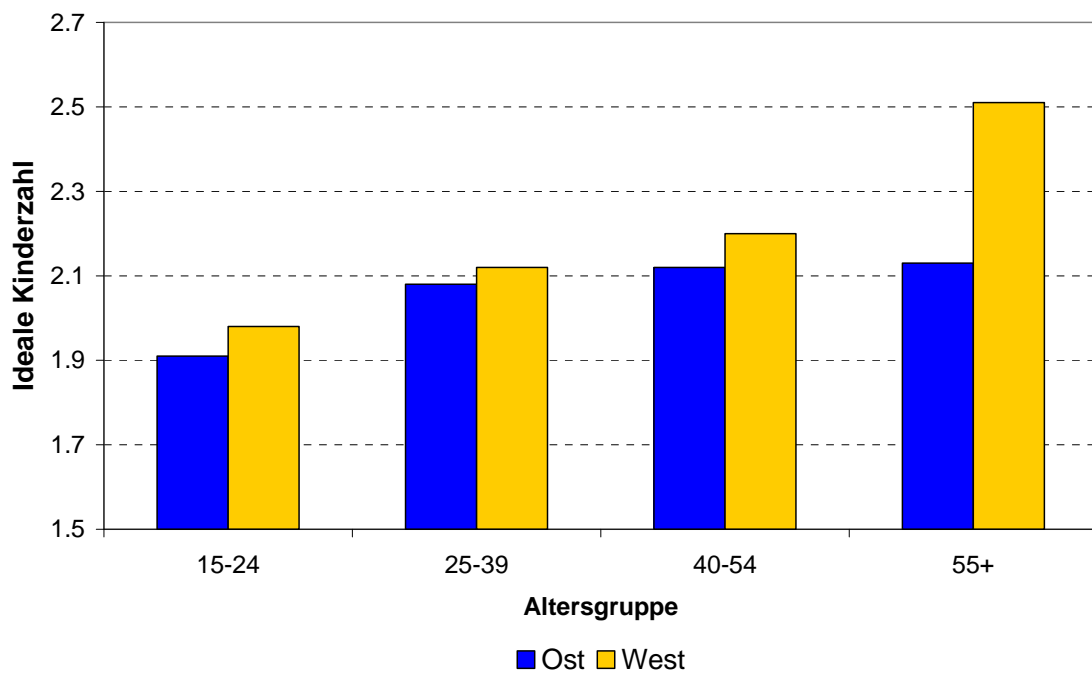
Die gesellschaftliche Leitvorstellung in Deutschland orientiert sich bis heute in hohem Maße an der Zwei-Kind-Familie. Für die Mehrheit (57 Prozent) der 18- bis 44jährigen gehören im Jahre 2003 zwei Kinder zum Ideal. Über die Zeit zeigt sich für Westdeutschland ein abnehmender Kinderwunsch. Lag die durchschnittliche ideale Kinderzahl 1981 noch bei 3,2, ist sie gemäß World Values Survey bis 1997 auf 2,2 gesunken.

Auch im Jahr 2006 sahen dem Eurobarometer zufolge deutsche Frauen im Durchschnitt 2,24 Kinder als ideal an. Ostdeutsche Frauen (2,09) hielten im Vergleich zu westdeutschen Frauen (2,28) etwas kleinere Familien für ideal. Bemerkenswerte Unterschiede ergeben sich zwischen verschiedenen Altersgruppen (Abbildung 15). Die von jüngeren Frauen angegebene ideale Kinderzahl ist markant niedriger als die von älteren Frauen genannte Zahl. Sie liegt sogar unter dem zur Bestandserhaltung benötigten Niveau, vor allem bei den ostdeutschen Frauen. In dieser Perspektive erscheinen die Aussichten für einen Geburtenaufschwung in der nachwachsenden Generation – trotz ihrer hohen Familienwerte – schlecht. Allerdings ist nicht ausgeschlossen, dass die heute jungen Erwachsenen ihre Vorstellungen zur idealen Kinderzahl im Lebensverlauf noch nach oben revidieren.

Eine weitere bemerkenswerte Perspektive bietet allerdings ein Eurobarometer aus dem Jahr 2001, das eine analoge Fragestellung enthielt (Testa, 2006). In keinem anderen europäischen Land ist die als ideal angesehene Kinderzahl in der kurzen Zeitspanne von 5 Jahren derart stark gestiegen – um 0,28 Kinder bei den Frauen und 0,51 Kinder bei den Männern. Der Effekt zeigt sich bei allen Altersgruppen, in Ost- und Westdeutschland, und auch innerhalb derselben Geburtenkohorte. Diese Entwicklung ist schwierig zu erklären, könnte aber auf ein gestiegenes Bewusstsein für die Problematik

der Geburtenentwicklung hindeuten; erfahrungsgemäß sind die Antworten zu individuellen Kinderwünschen auch durch gesellschaftlich vermittelte Erwartungen geprägt.

**Abbildung 15: Ideale Kinderzahl von west- und ostdeutschen Frauen nach Alter, 2006**



Quelle: Eurobarometer 2006.

Im internationalen Vergleich fällt weiter auf, dass sich eine beträchtliche Zahl von Deutschen überhaupt keine Kinder wünscht. Gemäß Dorbritz (2004) wünschen sich 28 Prozent der (westdeutschen) Männer, keine Kinder. Bei den Frauen sind immerhin 12,8 Prozent ohne Kinderwunsch, 7,1 Prozentpunkte mehr als im Durchschnitt der Frauen aus 28 Ländern. Dieses Muster könnte eine Polarisierung der Gesellschaft in Kinderlose und Familien begünstigen.

Als ideales Alter von Frauen bei der ersten Geburt gaben die 25- bis 39-jährigen westdeutschen Frauen im Durchschnitt 24,6 Jahre an. Tatsächlich betrug das durchschnittliche Alter zum Zeitpunkt der ersten Geburt in dieser Kohorte ein halbes Jahr darüber. In Ostdeutschland fallen Wunsch und Realisierung weiter auseinander (22,7

gegenüber 24,1 Jahre). Hier prägt möglicherweise noch die Idealvorstellung der jungen Elternschaft aus DDR-Zeiten das Antwortverhalten.

Die später als gewünschte Realisierung ist ein Hinweis auf biographische Hürden, die zu einem Aufschieben des Kinderwunsches führen. In Deutschland wäre demnach prinzipiell Raum, die Gesamtfertilitätsrate durch Erstgeburten im jüngeren Alter (und damit höhere Realisierungschancen höherer Geburten) zu steigern.

Die Abweichungen zwischen gewünschten und realisierten Kinderzahlen, und zwischen dem gewünschten und tatsächlichen Alter bei der Geburt des ersten Kindes, hängen möglicherweise mit nicht erfüllten Ansprüchen potentieller Väter und Mütter an die Rahmenbedingungen einer Geburt zusammen. Nach Ansicht der Mehrheit der Deutschen müssen ganz konkrete Voraussetzungen erfüllt sein, bevor sie Kinder bekommen. Dazu gehören, wie eine Repräsentativumfrage unter der 18- bis 44-jährigen Bevölkerung des Instituts für Demoskopie Allensbach aus dem Jahr 2003 zeigt, nicht nur eine stabile Beziehung und ein ausgeprägter Kinderwunsch beider Partner, sondern auch eine gesicherte berufliche Position und gute finanzielle Verhältnisse der Familie.

Besonders betont wird in diesem Zusammenhang, dass beide Partner eine abgeschlossene Berufsausbildung haben müssen. Der Gedanke, bereits während der Ausbildung oder der ersten Berufsjahre Kinder zu bekommen, ist der großen Mehrheit, nämlich 85 Prozent der, 18- bis 44-jährigen, fremd. Dies unterstützt die These, dass lange Ausbildungszeiten in Deutschland eine Familiengründung verzögern und hierüber zu unausgeschöpften Fertilitätspotenzialen führen (Betram, 2009).

Im Spannungsfeld zwischen Familie und Beruf favorisiert die Mehrheit der deutschen Bevölkerung zwischen 18 und 44 Jahren den Übergang der Mütter auf eine Teilzeitbeschäftigung. Damit ist zwar nicht der völlige Ausstieg, aber eine Reduktion der beruflichen Tätigkeit das Ideal. Aus Sicht der Frauen gilt das etwas überraschend noch mehr als aus der Sicht der Männer.

Bei der Aufgabe, eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sicherzustellen, sehen 47 Prozent der 18- bis 44-jährigen den Staat in der Verpflichtung. Nur 32 Prozent sehen auch Handlungsspielraum beim Arbeitgeber. Neben ausreichenden kommunalen Betreuungsangeboten können nach Meinung der Befragten vor allem flexible

Arbeitszeiten und betriebliche Betreuungseinrichtungen die Situation von Müttern verbessern.

### 5.2.3 Ehe- und familienbezogene Maßnahmen

Das System ehe- und familienbezogener Maßnahmen in Deutschland ist außerordentlich komplex. Nach einer Übersicht des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugendliche (BMFSFJ) existieren 153 verschiedene Leistungen. Diese sind zudem über viele Ressorts verteilt und folgen darum einem übergreifenden, konsistenten Politikansatz (Hülkamp und Seyda, 2004).

**Tabelle 8: Wichtige ehe- und familienbezogene Maßnahmen in Deutschland nach Art der Maßnahme**

Maßnahmenart	Maßnahmen
Monetäre Leistungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gestaffeltes Kindergeld (alternativ zum Kinderfreibetrag)</li> <li>• Mutterschafts- und Elterngeld</li> <li>• Erhöhter Leistungsbezug beim ALG II</li> <li>• Kinderzuschlag</li> <li>• Anteil der Kinder am Wohngeld</li> </ul>
Steuerliche Leistungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ehegattensplitting</li> <li>• Entlastungsbetrag für Alleinerziehende</li> <li>• Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten</li> <li>• Kinderfreibetrag (alternativ zum Kindergeld)</li> <li>• Kinderkomponente bei der Eigenheimförderung</li> </ul>
Sozialversicherungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Beitragsfreie Mitversicherung von Ehepartnern und Kindern in der Kranken- und Pflegeversicherung</li> <li>• Ermäßigter Beitragssatz in der Sozialen Pflegeversicherung</li> <li>• Erhöhter Leistungsbezug beim ALG I</li> </ul>
Realleistungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Elternzeit</li> <li>• Öffentliche Ausgaben für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege</li> <li>• Hilfe zur Erziehung / Jugendhilfe</li> </ul>

Die Politik nutzt zudem alle denkbaren Arten von Instrumenten parallel: monetäre Leistungen, steuerliche Leistungen, Begünstigungen im Rahmen der Sozialversicherung und Realleistungen. Tabelle 8 verschafft einen Überblick über die derzeit wichtigsten ehe- und familienbezogenen Maßnahmen in Deutschland.

Der finanzielle Wert dieser Leistungen erreichte 2006 einen Umfang von rund 189 Milliarden Euro, davon 112 Milliarden Euro für familienbezogene Leistungen (BMFSFJ, 2008). Vor allem die direkten Barleistungen für Familien sind im internationalen Vergleich großzügig ausgestattet (Abramovici, 2003). Deutschland liegt hier in Europa mit an der Spitze, während die Leistungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf gering ausgeprägt sind (Rürup und Gruescu, 2003).

### **Kindergeld und verwandte Leistungen**

Die zentrale Barleistung – und das familienpolitische Instrument erster Wahl – ist in Deutschland das Kindergeld, das bei der Einführung im Jahr 1954 zunächst lediglich für dritte und weitere Kinder gezahlt wurde. Im Jahr 1961 wurde die Zahlung auf zweite Kinder und 1975 schließlich auch auf erste Kinder ausgeweitet. Da mit zunehmender Kinderzahl das Äquivalenzeinkommen der Haushalte tendenziell sinkt, ist das Kindergeld in der Höhe moderat nach der Kinderzahl gestaffelt. Gegenwärtig beläuft es sich für das erste und zweite Kind auf 164 Euro, das dritte Kind auf 170 Euro und für vierte und weitere Kinder auf 195 Euro. Die angesetzten Beträge sind somit höher als vergleichbare Leistungen in den zuvor betrachteten europäischen Ländern.

Grundsätzlich wird das Kindergeld bis zur Vollendung des 18. Lebensjahrs von den Familienkassen der Bundesagentur für Arbeit gezahlt, wobei der Anspruch auf das Kindergeld den Eltern, nicht den Kindern obliegt. Sofern das entsprechende Kind die Ausbildung noch nicht abgeschlossen hat und das Jahreseinkommen des Kindes den Betrag von 7680 Euro nicht übersteigt, erfolgt die Zahlung des Kindergelds bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres. Darüber hinaus besitzen die Eltern arbeitsloser Kinder Anspruch auf Kindergeld, bis diese das 21. Lebensjahr vollendet haben.

Das Kindergeld wird unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern gewährt. Die Höhe der finanziellen Unterstützung hängt de facto aber am Einkommen der Familie, denn das Kindergeld konkurriert mit einem Kinderfreibetrag bei der Einkommensteuer. Bei der Veranlagung zur Einkommensteuer kann für jedes zu berücksichtigende Kind des Steuerpflichtigen ein Freibetrag von 1.824 Euro für das sächliche Existenzminimum des Kindes (Kinderfreibetrag) sowie ein Freibetrag von 1.080 Euro für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf des Kindes vom Einkommen abgezogen werden. Wenn die Ehegatten gemeinsam veranlagt werden, verdoppeln sich die Beträge auf 3.648 Euro und 2.160 Euro. Insgesamt beläuft sich der Freibetrag je Kind also auf 5.808 Euro. Im Zuge einer Günstigerprüfung wird entschieden, ob Kindergeld oder die Inanspruchnahme des Kinderfreibetrags für eine Familie besser ist. Der Kinderfreibetrag wird wirksam, wenn der damit verbundene finanzielle Vorteil für die Familie größer ist als der Kindergeldanspruch.

Nach der in den letzten Jahren vorgenommenen Erhöhung des Kinderfreibetrags ist gewährleistet, dass das Einkommen, das für die soziale Existenzsicherung der Kinder aufgewendet werden muss, einkommensteuerfrei bleibt (Parsche et al., 2003). Nach den Regelungen des Sozialgesetzbuchs sind dies je nach Haushaltstyp und Alter des Kindes etwa zwischen 250 und 370 Euro. Damit wird letztlich nur das Leistungsfähigkeitsprinzip im deutschen Einkommensteuerrecht umgesetzt, nach dem nur Einkommen, die die ökonomische Dispositionsfähigkeit des Haushalts erhöhen, einer Besteuerung zu unterwerfen sind.

In vielen Fällen, gerade bei reicheren Haushalten mit höheren Ansprüchen an die Qualitätsdimension der Kinder, ersetzen die direkten finanziellen Leistungen des Staates nur einen Teil der tatsächlichen Kosten. Münnich und Krebs (2002) geben diese mit durchschnittlich 400-500 Euro monatlich an. Ein vollständiger Ersatz des finanziellen Aufwands der Eltern wäre allerdings auch nur angemessen, wenn man den Kindern überhaupt nicht den Charakter eines privaten Gutes zuschreibt. Die Steuerfinanzierung des Kindergelds bewirkt eine Umverteilung von Kinderlosen zu Familien. Die Rechtfertigung für diese Umverteilung liegt in den Kindern zugesprochenen positiven gesellschaftlichen Wirkungen.



Präzise betrachtet beläuft sich somit die familienpolitische wirksame Förderung von Kindern durch das Kindergeld nur auf die Differenz zwischen Kindergeld und dem aus dem aus dem Kinderfreibetrag erwachsenden Einkommensteuervorteil. Familien mit besonders hohem Einkommen, für die der Steuerfreibetrag greift, beziehen also streng genommen keine familienpolitischen Leistungen. Bei Familien mit geringem Einkommen, die durch die Grundfreibeträge einkommensteuerfrei sind, ist die Förderung dagegen am höchsten. Bei Haushalten, die ihr soziales Existenzminimum nicht aus eigenem Einkommen sichern können, greift das Kindergeld zwar nicht, weil es vollständig auf soziale Transferansprüche (Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe) angerechnet wird. Familien, die Sozialtransfers empfangen, sind dennoch, weil sie das volle soziale Existenzminimum der Kinder ersetzt bekommen, sogar besser gestellt als Kindergeldempfänger.

Hierzu trägt auch ein spezieller Kinderzuschlag zu Gunsten von Familien mit geringem Einkommen bei. Dieser soll Eltern unterstützen, deren Einkommen zwar für die eigene Versorgung, nicht aber für die zusätzliche Versorgung der Kinder hinreichend ist, und die deshalb komplementär auf den Bezug von Arbeitslosengeld II angewiesen sind. Grundsätzlich haben Eltern Anspruch auf den Kinderzuschlag, wenn das unverheiratete, im Haushalt lebende Kind das 25. Lebensjahr nicht überschritten hat, die Eltern für das entsprechende Kind Kindergeld beziehen, und durch den Kinderzuschlag keine Notwendigkeit mehr für komplementäre Zahlungen des Arbeitslosengeldes II besteht. Sofern die Anspruchskriterien erfüllt sind, beläuft sich der Kinderzuschlag auf monatlich maximal 140 Euro pro Kind. Erwerbseinkommen der Eltern über der Mindesteinkommensgrenze werden zu 70 Prozent angerechnet.

In der Gesamtheit wirkt das System von Leistungen der sozialen Existenzsicherung, Kindergeld und Steuerfreibeträgen demnach regressiv – das durchschnittliche Niveau des als familienbezogen zu wertenden finanziellen Transfers fällt mit dem Haushaltseinkommen. Hierin wird der sicherungs- und nicht geburtenorientierte Charakter der deutschen Familienpolitik gut erkennbar.

Für Deutschland untersucht Althammer (2002) mit Hilfe einer Verweildaueranalyse auf Basis von Individualdaten die dynamischen Wirkungen des Kindergelds auf das Geburtenverhalten. Seine Analyse zeigt, dass eine Erhöhung des Kindergelds den Zeit-

punkt der Geburt eines ersten Kindes nicht signifikant verändert. Allerdings verkürzt sich die Verweildauer bis zur Geburt des zweiten oder dritten Kindes. Dieser Tempoefekt könnte auch einen leicht positiven Zusammenhang zwischen der Höhe des Kindergelds und der Gesamtfertilitätsrate hindeuten. Diese Schlussfolgerung ist konsistent mit empirischen Ergebnissen aus älteren makroökonomisch angelegten Wirkungsanalysen zum Kindergeld in Großbritannien (Ermisch, 1998a,b).

### **Steuerliche Bedingungen für Verheiratete**

In Deutschland behindert das Steuer- und Abgabensystem die Ausübung qualifizierter Teilzeitarbeit für Mütter, wie sie von vielen Familien zum Wiedereinstieg in den Beruf nach einer Elternpause gewünscht wird. Eine Vollzeitbeschäftigung scheidet vielfach aus, da Einrichtungen für Vorschulkinder und Schulen aushäusige Betreuung im Regelfall halbtags anbieten. Dem Ziel der Vereinbarkeit von Familie und Beruf stehen relativ hohe Grenzbelastungen von Zweiteinkommen entgegen. Die Grenzbelastung des Zweitverdieners – im Regelfall die wieder in den Beruf zurückkehrende Mutter – ist in vielen Fällen höher als die Grenzbelastung des Einkommens beim Hauptverdiener in der Familie.

Daher rechnet es sich für die Familien eher, dass der Hauptverdiener – im Regelfall nach wie vor der Vater – mehr arbeitet, als dass der zweite Partner eine qualifizierte Teilzeitarbeit aufnimmt. Mütter, die eine Tätigkeit aufnehmen, begnügen sich häufig mit geringfügiger Beschäftigung. Diese Beschäftigungsform ist durch Steuer- und Abgabefreiheit für den Arbeitnehmer begünstigt. Sie führt normalerweise aus dem ehemals ausgeübten Beruf heraus.

Zur Anreizproblematik für verheiratete Zweitverdiener tragen mehrere Elemente des deutschen Steuer- und Abgabensystems bei: das Ehegattensplitting, die beitragsfreie Mitversicherung von Ehegatten mit geringen Einkommen in der Gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung, die Möglichkeit der Beschäftigung in Mini-Jobs mit einem monatlichen Entgelt von unter 400 Euro mit abgesenkten Sozialbeiträgen, sowie die Möglichkeit der Beschäftigung in Midi-Jobs mit einem monatlichen Entgelt zwischen 400 und 800 Euro.

Das Einkommensteuerrecht in Deutschland beruht dem Grundsatz nach zwar auf dem Prinzip der Individualbesteuerung. Um bei der vorgeschriebenen gemeinsamen Veranlagung von Ehepartnern jedoch eine Benachteiligung von verheirateten gegenüber unverheirateten Paaren zu vermeiden, wird seit den späten 1950er Jahren das Prinzip des Ehegattensplittings verwendet. Dieses fördert implizit die Ehe, denn ein verheiratetes Paar stehen mindestens genauso gut, wegen Unterschieden im Einkommensniveau der Partner im Regelfall aber besser da als zwei Alleinstehende. Das Ehegattensplitting bewirkt aber nur eine Förderung der Ehe, nicht der Familie, denn der Splittingvorteil fällt auch bei kinderlosen Paaren an.

Beim Ehegattensplitting wird bei Verheirateten die Steuerlast der Ehepartner wie folgt bestimmt: Das zu versteuernde Einkommen beider Ehepartner wird zunächst addiert und dann halbiert. Auf das halbierte Einkommen wird der Formeltarif der Einkommensteuer angewendet. Die Steuerschuld des Haushalts entspricht dem Doppelten der Einkommensteuer auf das halbierte Einkommen. Dieses System führt wegen der Progression des Einkommensteuertarifs zu einem Steuernachlass. Dieser fällt umso größer aus, je größer die Differenz beim zu versteuernden Einkommen der beiden Eheleute.

Bei Verheirateten gleicht das Ehegattensplitting die Grenzbelastungen des Einkommens der beiden Partner aus.<sup>11</sup> Dies führt für den Zweitverdiener zu einer höheren Grenzbelastung (und daher negativen Arbeitsanreizen) im Vergleich zu einem Unverheirateten, der dasselbe Bruttoeinkommen erzielt. Der Splittingvorteil wächst in der Differenz der Erwerbseinkommen (bei gegebenem Gesamteinkommen). Er fördert die Spezialisierung der Partner auf Haus- und Erwerbsarbeit und stellt damit eine Hürde für Mütter dar, die nach einer Babypause in den Beruf zurückkehren wollen.

Die Attraktivität der Müttererwerbstätigkeit wird durch die Möglichkeit einer beitragsfreien Mitversicherung in der Gesetzlichen Krankenversicherung und der Sozialen Pflegeversicherung weiter geschmälert. Ehegatten und Kinder, die kein sozialversicherungspflichtiges Einkommen erzielen, erhalten volle Leistungen, ohne selbst Beiträge zu zahlen. Umgekehrt bedeutet dies, dass die Beiträge bei einer sozialversicherungs-

---

<sup>11</sup> Die Grenzbelastung beschreibt, wie viel von einem zusätzlich verdienten Euro netto beim Haushalt ankommt.

pflichtigen Beschäftigung des Zweitverdieners den Charakter einer Steuer haben – der höheren Beitragszahlung des Haushalts steht keine höhere Leistung gegenüber.

Schließlich wirkt die Bevorzugung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse bei Steuern und Abgaben bremsend auf die Wiederbeschäftigung von Müttern in qualifizierten Tätigkeiten. Im Teilzeitbereich jenseits einer Geringfügigkeitsgrenze fallen Zweitverdiener häufig in die Midi-Job-Zone zwischen 400 Euro und 800 Euro (sog. „Gleitzone“). Ein Stundenlohn von bis zu 9,30 Euro bei einer Wochenarbeitszeit von 20 Stunden führt zum Beispiel in diesen Bereich. Midi-Jobs sind aufgrund des „Eingleitens“ des Sozialversicherungsbeitrags äußerst unattraktiv. Denn nach Überschreiten der 400-Euro-Schwelle werden Beiträge zu den Sozialversicherungen, beginnend mit 4 v. Hundert auf das gesamte Bruttoentgelt fällig. Der Beitragssatz steigt mit steigendem Entgelt linear auf den Satz des regulären Arbeitnehmerbeitrags von rund 20 Prozent, der bei 800 Euro Monatseinkommen erreicht wird.

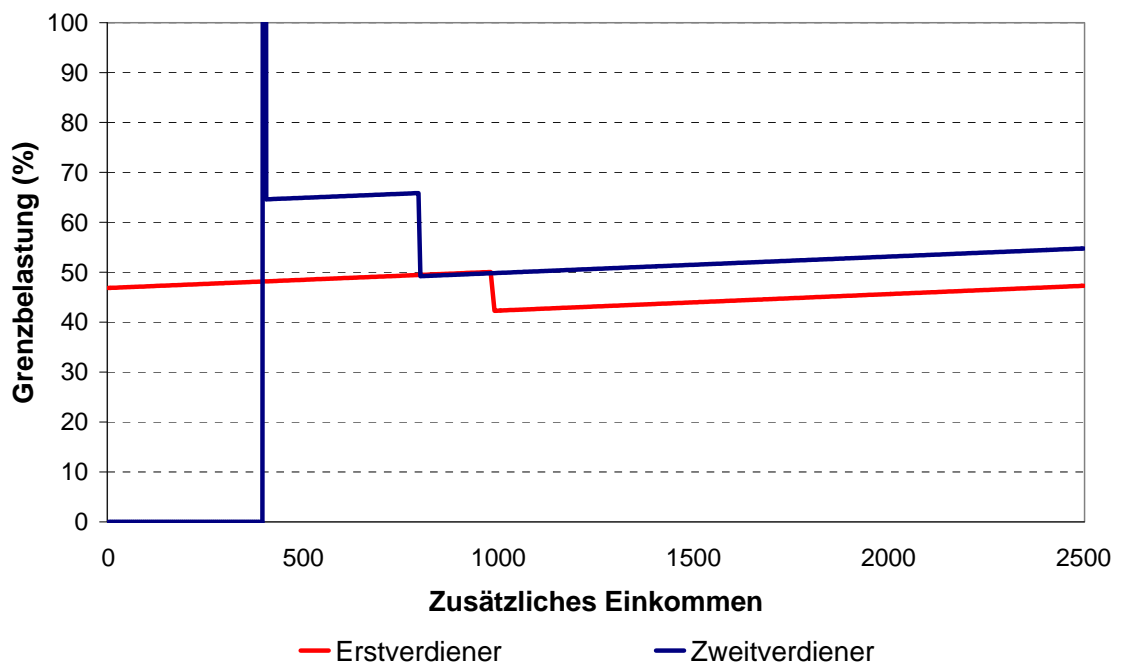
Der Tarifverlauf in der Midijob-Zone führt zu extrem hohen Grenzbelastungen und damit negativen Arbeitsanreizen. Sie erreichen allein durch die Sozialabgaben Werte von über 40 Prozent. Zu dieser Beitragsbelastung kommt bei Verheirateten noch die Belastung durch Einkommensteuer hinzu, denn das im Midijob erzielte Einkommen unterliegt der normalen Steuerpflicht, die bei Jahreseinkommen des Paares von etwa 20.000 Euro beginnt. Berücksichtigt man die Steuerzahlungen, können in der Gleitzone Grenzbelastungen des Zweiteinkommens von weit über 70 Prozent auftreten.

Während Midijobs wegen der hohen Grenzbelastung des Einkommens für Verheiratete äußerst unattraktiv sind, fallen bei Minijobs mit einem Monatseinkommen unter 400 Euro weder Sozialabgaben noch Steuern an. Damit wird die implizite Besteuerung von Zweitverdienern in Kranken- und Pflegeversicherung vermieden und der Splittingvorteil bleibt voll erhalten.

Zusammengefasst heißt dies: Die steuerliche Grenzbelastung in Minijobs ist null, während übrige Teilzeitbeschäftigungen jenseits der Geringfügigkeitsgrenze von hohen marginalen Belastungen betroffen sind. Attraktiv ist in vielen Fällen erst wieder eine Beschäftigung im oberen Teilzeit- oder im Vollzeitbereich. Dies kann wiederum im Konflikt mit den gewünschten zeitlichen Arrangements in der Familie stehen.

Diese für die Attraktivität der Müttererwerbstätigkeit in Deutschland zentralen Anreizprobleme lassen sich an einem Beispiel gut illustrieren. Betrachtet wird dazu ein verheiratetes Paar, in dem ein Partner („Vater“) in der Ausgangssituation ein Einkommen von 2.500 Euro monatlich verdient und der andere Partner („Mutter“) nicht arbeitet. Das Einkommen des Erstverdieners entspricht in etwa dem durchschnittlichen sozialversicherungspflichtigen Entgelt in Deutschland. Ausgehend davon betrachten wir die Grenzbelastungen des Familieneinkommens in zwei Fällen: a) Ausdehnung des Einkommens des Vaters um bis zu 2.500 Euro, b) Erwerbsaufnahme der Mutter und Ausdehnung ihres Einkommens um bis zu 2.500 Euro. Abbildung 16 erlaubt einen Vergleich der Grenzbelastungen des Zusatzeinkommens für die beiden Fälle, die jeweils mit demselben Bruttoeinkommen des Paares verbunden sind.

**Abbildung 16: Grenzbelastungen von zusätzlichem Einkommen bei Erst- und Zweitverdienern, Deutschland**



Anmerkung: Verheiratetes Paar. Ausgangssituation: Erstverdiener mit Einkommen von 2.500.

Quelle: ZEW Mikrosimulationsmodell.

In Abbildung 16 beginnt die Grenzbelastungskurve für den Zweitverdiener im steuer- und abgabenfreien Minijob-Bereich bei Null. Im Vergleich dazu ist eine geringe Steigerung des Einkommens für den Vater deutlich weniger attraktiv – von seinem Zusatzverdienst verblieben netto nur etwas über die Hälfte beim Haushalt. Darum leistet das System einer Spezialisierung der Mütter auf eine geringfügige Tätigkeit Vorschub.

An der Einkommensobergrenze für die Minijobs erreicht die Grenzbelastung der Mutter mit Einsetzen der Beitrags- und Steuerpflicht dagegen eine Spitze. Der Haushalt erleidet bei Überschreiten der Geringfügigkeitsschwelle sogar einen absoluten Einkommensverlust. In der Midijob-Zone zwischen 400 und 800 Euro liegt die Grenzbelastung des Zweitverdienereinkommens über 60 Prozent, deutlich mehr als die Grenzbelastung eines entsprechenden Zusatzeinkommens des Erstverdieners. Gerade in einem Einkommensbereich, der für Mütter bei nicht zu hohem Stundenlohn durch eine qualifizierte Teilzeittätigkeit erreicht werden kann, ist der Erwerbsanreiz also schwach.

Bei Überschreiten der Midijob-Grenze fällt die Grenzbelastungskurve der Mutter für einen engen Einkommensbereich auf die Grenzbelastungskurve des Vaters. An dieser Stelle ist das Steuer- und Abgabensystem im Hinblick auf die Arbeitsanreize immerhin neutral. Der betroffene Einkommensbereich ist allerdings nur schmal.<sup>12</sup> Er wird verlassen, sobald der Erstverdiener die Beitragssatzhöchstgrenze in der Kranken- und Pflegeversicherung überschreitet. Von hier an leistet das System einer Spezialisierung des Mannes auf die Erzielung eines möglichst hohen Einkommens Vorschub.

Folgende konkrete Rechnung verdeutlicht noch einmal gut das gezeigte Anreizproblem. Angenommen, die Mutter wäre eine Verkäuferin, die bei Vollzeittätigkeit im Umfang von 40 Stunden ein Bruttogehalt von 2.225 Euro im Monat erzielen kann. Dies entspricht einem Bruttostundenlohn von 12,85 Euro. Nimmt sie – bei unverändertem Monatseinkommen ihres Mannes von 2.500 Euro brutto – eine Teilzeittätigkeit an, entspricht der für die Familie erreichte Nettoeinkommensgewinn umgerechnet einem Nettostundenlohn von 6,90 Euro. Bei einer Vollzeittätigkeit betrüge der implizite Nettolohnsatz sogar nur 6,60 Euro. Die Steuer- und Abgabenlast liegt also bei fast 50 Prozent. Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist damit kaum attraktiv. Zum Ver-

gleich: bei einem Minijob auf 400-Euro-Basis und 8 Stunden Wochenarbeitszeit beträgt der implizite Nettostundenlohn 11,54 Euro.

## **Sozialversicherungen**

Das in Deutschland auf eine lange Tradition zurückblickende gut ausgebaute System an gesetzlichen Sozialversicherungen hat wesentliche Lebensrisiken, die früher innerhalb der Familie abgesichert wurden, sozialisiert. Gesetzliche Renten-, Arbeitslosen-, Kranken- und Pflegeversicherung sind für die weitaus überwiegende Mehrheit der Bevölkerung obligatorisch und bieten ein im internationalen Vergleich überdurchschnittliches Leistungsniveau. Durch das Finanzierungssystem im Umlageverfahren, bei dem die garantierten laufenden Leistungen durch die laufenden Beitragsseinnahmen gedeckt werden, ist auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene von der Entwicklung des Geburtenniveaus abhängig. Auf der individuellen Ebene enthält es aber nur schwache Elemente einer Umverteilung von Kinderlosen zu Familien.

Somit wirkt in Deutschland der fallende Versicherungsnutzen der Kinder durch die Sozialisierung der Fürsorge für erwerbslose, ältere, kranke und pflegebedürftige Familienmitglieder tendenziell negativ auf das Geburtenniveau. Gleichzeitig sind die Geburtenanreize durch Umverteilung von Kinderlosen zu Kinderreichen gering.

Für die Umverteilung werden verschiedene Instrumente eingesetzt. In der gesetzlichen Rentenversicherung werden Elternzeiten bei der Feststellung des Rentenanspruchs als Pflichtbeitragszeit anerkannt. In der Lebensperspektive wird der Einkommensverlust durch eine geburtenbedingte Erwerbsunterbrechung also verringert. Das Instrument wirkt allerdings nur bei Gruppen mit unterdurchschnittlichem Einkommen, denn die Bemessungsgrundlage der Pflichtbeitragszeit ist nicht das potenziell erzielbare Einkommen, sondern das beitragspflichtige Durchschnittsarbeitsentgelt aller Versicherten. Frauen mit höherem Arbeitsentgelt stellen sich also bei der Rente besser, wenn sie arbeiten, statt Zeit für die Kindererziehung aufzuwenden. Die Regelung bewirkt demnach nicht nur eine Umverteilung von Kinderlosen zu Familien mit Kindern, sondern

---

<sup>12</sup> Verdient der Vater nur geringfügig mehr als das im Beispiel unterstellte Einkommen von 2.500 Euro verschwindet unter sonst gleichen Voraussetzungen der Bereich gleicher Marginalbelastungen rasch ganz.

auch von Reich zu Arm. Anders ausgedrückt sind besser qualifizierte Frauen an dieser Stelle von einer geburtenorientierten Maßnahme ausgeschlossen.

In der Arbeitslosenversicherung erhalten Arbeitslose mit Kindern eine leicht höhere Lohnersatzrate, während der Beitragssatz für alle Versicherten gleich ist. Als familienbezogene Leistung dürfte diese Leistung kaum wirksam sein, denn sie differenziert noch nicht einmal nach der Kinderzahl. Auch als sozialpolitische Leistung ist das Instrument diffus, denn ein nicht gesichertes Existenzminimum der Kinder bei einem Fall von Arbeitslosigkeit in der Familie würde im Bedarfsfall durch das gut ausgebaute System von sozialen Transferleistungen zur Existenzsicherung aufgefangen.

In der Gesetzlichen Krankenversicherung ist die beitragsfreie Mitversicherung von nicht arbeitenden Ehepartnern und Kindern eine bedeutende familienbezogene Leistung. Die negativen Arbeitsanreize für Zweitverdiener, die von dieser Leistung ausgehen, wurden oben schon beschrieben. Als impliziter Transfer interpretiert, begünstigt die kostenlose Versicherung ärmere gegenüber reicheren Familien. Letztere würden von der Alternative einer individuellen Beitragspflicht und bei gleichem Aufkommen niedrigeren Beiträgen eher profitieren. Darüber hinaus ist der implizite Transfer proportional zur Anzahl der Kinder in der Familie. Er unterstützt somit die generelle Entscheidung für Kinder, wirkt hinsichtlich der optimalen Kinderzahl jedoch neutral.

In der Sozialen Pflegeversicherung sind Kinderlose gegenüber Eltern nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts leicht schlechter gestellt. Kinderlose zahlen einen leicht erhöhten Beitragssatz (1,9 Prozent gegenüber 1,7 Prozent). Die Begründung liegt darin, dass bei Kinderlosen der Beitrag der persönlichen Angehörigen zu den Pflegeleistungen entfällt.

Im Hinblick auf die Geburtenentwicklung ist ein anderer Wirkungskanal der erst in den 1990er Jahren erfolgten Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung jedoch vermutlich bedeutsamer. Mit den Mitteln der Pflegeversicherung wurde die finanzielle Absicherung von Angehörigen von Pflegebedürftigen deutlich verbessert. Dies schafft einerseits Anreize, den Erwerbsverlauf zur Angehörigenpflege zu unterbrechen. Ist der Erwerbsverlauf bereits unterbrochen, fallen auch die Opportunitätskosten bei einer familiären Betreuung von Kindern niedriger aus. Andererseits schafft die Pflegeversicherung auch größeren finanziellen Spielraum, Angehörige extern in Betreuungseinrich-



tungen versorgen zu lassen. Die begünstigt ein auf die berufliche Karriere orientiertes Lebensmodell.

Mit anderen Worten hat die Pflegeversicherung die biografischen Handlungsmöglichkeiten von Frauen grundsätzlich erweitert. Dies sollte im Sinne einer Lebensverlaufsperspektive auf das Geburtenverhalten die Geburtenentscheidung erleichtern. Inwieweit diese Hypothese zutrifft, oder ob die mit der Pflegeversicherung mögliche Spezialisierung auf häusliche Fürsorge die berufliche Entwicklung und damit die Geburtenhäufigkeit negativ beeinflusst, ist allerdings eine empirisch noch unbeantwortete Frage.

### **Kinderbetreuung und Elternzeit**

Während Deutschland auf steuerlichem Wege und durch direkte Geldleistungen Familien stärker unterstützt als der Durchschnitt der OECD-Länder, ist die öffentliche Infrastruktur zur Unterstützung von Familien, insbesondere im Bereich der frühkindlichen Betreuung, schlecht ausgebaut. Entsprechend liegen die Aufwendungen für öffentliche Dienstleistungen an Familien unter dem OECD-Durchschnitt. Diese Verteilung öffentlicher Mittel entspricht dem Prinzip der elterlichen Verantwortung für die Kinderbetreuung, die der Staat unterstützt, aber nicht übernimmt.

Entsprechend ist die Versorgung mit Betreuungsplätzen in Deutschland quantitativ betrachtet insgesamt schlecht. Sowohl Planung als auch Finanzierung obliegen entsprechend des Subsidiaritätsprinzips in erster Linie den Kommunen. Somit bestimmen politische Prioritätensetzungen und vorhandene Finanzmittel vor Ort das Angebot. Die Folge ist eine erhebliche regionale Streuung bei der Versorgung mit Hort-, Krippen- und Kindergartenplätzen.

Gemäß Bundesjugendstatistik 2006 lagen die Betreuungsquoten in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege für Kinder im Alter von unter drei Jahren deutschlandweit nur bei 13,6 Prozent. In Ostdeutschland ist der Versorgungsgrad mit über einem Drittel historisch bedingt allerdings sehr viel höher und liegt mit an der europäischen Spitze. Besser ausgebaut sind die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder von drei Jahren bis zum Schuleintritt. Der Versorgungsgrad erreicht deutschlandweit 86,9 Prozent, wobei auch hier die ostdeutschen Flächenländer vorn liegen. Die gute Versorgungsquote in Westdeutschland relativiert sich allerdings mit Blick auf eine weitere

wichtige Dimension des Angebots. Während in Ostdeutschland Ganztagesplätze nach wie vor die absolute Norm sind, ist in Westdeutschland nur jeder vierte verfügbare Platz ein Ganztagesplatz. Hier ist die Betreuung überwiegend auf den Vormittag beschränkt, was Müttern die Aufnahme einer Vollzeitbeschäftigung erschwert.

Die Tagesbetreuung in Westdeutschland befindet sich allerdings im Aufbau. Grundlage ist das im Jahr 2008 beschlossene Kinderförderungsgesetz (KiföG), mit dem die Betreuungsquoten für Kinder zwischen 0 und 3 Jahren bis zum Jahr 2013 auf 35 % ausgeweitet werden sollen. Diese Zielgröße entspricht in etwa der artikulierten Nachfrage zum tatsächlichen Betreuungsbedarf (potenzieller) Eltern.

Inwiefern der geplante Ausbau einen positiven Einfluss auf das Geburtenverhalten haben kann, lässt sich anhand der bisher für Deutschland verfügbaren empirischen Evidenz nicht sagen. Hank und Kreyenfeld (2002) sowie Hank et al. (2003) können für die westdeutschen Länder keinen Zusammenhang zwischen dem lokalen Versorgungsgrad und Kinderbetreuungseinrichtungen und dem individuellen Geburtenverhalten nachweisen. Für Ostdeutschland weisen die Ergebnisse der zweiten genannten Studie jedoch auf einen signifikant positiven Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit, ein erstes Kind zu bekommen hin.

Die unterschiedlichen regionalen Ergebnisse lassen sich dahingehend interpretieren, dass erst gewisse Schwellenwerte überschritten werden müssen, damit die Möglichkeit der aushäusigen Kinderbetreuung im Entscheidungskalkül der Eltern eine Rolle bekommt. Für westdeutsche Frauen, die oft auf informelle Betreuungsarrangements ausweichen, hat die Verfügbarkeit dieser alternativen Form der Betreuung, wie die Ergebnisse von Hank et al. (2003) zeigen, einen messbaren Einfluss auf das Geburtenverhalten. Geht man davon aus, dass sich mit einer ausreichenden Verfügbarkeit von formellen Betreuungsarrangements diese stärker in Anspruch genommen werden, dürften sie als Determinante des Geburtengeschehens an Bedeutung gewinnen.

Allerdings behindert in den westdeutschen Ländern eine vergleichsweise geringe gesellschaftliche Akzeptanz außerfamiliärer Kleinkindbetreuung diesen Wandel bei den Betreuungsarrangements. Gemäß Umfrageergebnissen stimmen immerhin 62 Prozent der westdeutschen Frauen der Aussage zu, dass Berufstätigkeit der Mutter für Kleinkinder schädlich ist. In Ostdeutschland wird diese Aussage lediglich von 29 Prozent der

Frauen bestätigt. An der Einstellung zur Erwerbstätigkeit mit Kleinkindern hat sich im Zeitverlauf wenig geändert (Geisler und Kreyenfeld, 2005). Die skeptische Haltung westdeutscher Frauen zur außerfamiliären Kleinkinderbetreuung ist umso bemerkenswerter, weil sie international die Ausnahme ist (Lipinski und Stutzer, 2004).

Eine mögliche Erklärung für die verbreiteten Vorbehalte gegen die Betreuung in Tagespflege- und Kindertageseinrichtungen sind Qualitätsprobleme. Zahlreiche empirische Studien weisen zum einen auf eine breite Spanne an Qualitätsniveaus hin, zum anderen bestätigen sie, dass zwar meist die gesetzten Mindeststandards erreicht werden, aber nur vergleichsweise wenige Betreuungseinrichtungen gute bis sehr gute Qualität liefern (Tietze, 1998; Tietze et al., 2006). Eltern, die auf die „Qualität“ ihrer Kinder bedacht sind, haben in Deutschland also möglicherweise einen rationalen Grund, auf die Betreuung in diesen Institutionen und damit auf „Quantität“ von Kindern zu verzichten. Nicht zuletzt aus diesem Grund betont die Begründung des Kinderförderungsgesetzes den Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren „in guter Qualität“.

Da die Betreuung durch die Mutter im Kleinkinderbereich der Regelfall ist, sind die Elternschutzgesetze in Deutschland großzügig angelegt. Hierzu gehören lange und flexibel zu nehmende Elternzeiten, verbunden mit einem Rückkehrrecht in den ursprünglichen Beruf. Zudem ist das Recht, Teilzeit zu arbeiten, besonders ausgeprägt. Die Elternzeit ermöglicht Müttern oder Vätern eine Erziehungszeit von bis zu 36 Monaten, innerhalb derer der Arbeitgeber den (oder einen vergleichbaren) Arbeitsplatz zur Rückkehr frei halten muss. Es besteht die Möglichkeit, die Erziehungszeit in zwei Perioden zu teilen, sie muss allerdings bis zum 7. Lebensjahr des Kindes verbraucht werden. Die Elternzeit verlängert sich um weitere 36 Monate, wenn innerhalb der Elternzeit ein weiteres Kind geboren wird.

In den meisten Fällen nehmen die Mütter die Möglichkeit der Erwerbsunterbrechung nach der Geburt in Anspruch. Um das Haushaltseinkommen in der Elternpause besser zu sichern, wurde im Jahr 2007 ein einkommensabhängiges Elterngeld nach skandinavischem Vorbild eingeführt, das das bis dahin gültige Erziehungsgeld ablöste. Das Elterngeld wird für 12 bis 14 Monate gezahlt. Die Verlängerung auf 14 Monate erfolgt, wenn sich Mütter und Väter die Elternzeit untereinander aufteilen, und der Vater mindestens zwei Monate Elternzeit in Anspruch nimmt.

Der Einkommenstransfer beläuft sich auf 67 Prozent des in den letzten 12 Monaten vor Geburt des Kindes verfügbaren durchschnittlichen Nettoeinkommens. Die Untergrenze des Elterngelds liegt bei 300 Euro monatlich. Dieser Betrag wird auch denjenigen gezahlt, die vor der Geburt kein Einkommen nachweisen können. Damit enthält das System eine Umverteilungskomponente, mit der arbeitsmarktferne Haushalte speziell gefördert werden. Die Obergrenze des monatlichen Elterngelds liegt bei 1800 Euro. Damit wird der Transfer erst bei relativ hohen Einkommen, die spürbar über dem durchschnittlichen sozialversicherungspflichtigen Einkommen in Deutschland liegen, gekappt.

Darin liegt ein wesentlicher Unterschied zum Vorläufermodell des einkommensunabhängigen Erziehungsgelds, das eine Erwerbsunterbrechung besser qualifizierter Frauen mit einem relativ hohen Einkommensverlust belegte. Der zweite bemerkenswerte Unterschied ist, dass mit der expliziten Förderung von „Vätermonaten“ erstmals ein explizit gleichstellungsorientiertes Instrument in die deutsche Ehe- und Familienpolitik eingeführt wurde. Die Frage, inwiefern diese Änderungen zu Verhaltensänderungen geführt haben, lässt sich empirisch fundiert noch nicht beantworten. Zwar gibt es Hinweise auf einen leichten Anstieg der Geburtenhäufigkeit unmittelbar nach Einführung der Elterngeldregel, allerdings könnte es sich hier um Vorzieheffekte handeln.

Die dynamischen Wirkungen von Erwerbsunterbrechungen durch Elternzeit auf die Karriereentwicklung sind dagegen für Deutschland gut empirisch belegt. Ejrnaes and Kunze (2004), Ziefle (2004) und Beblo und Wolf (2002) untersuchen die Einkommensverluste von Frauen nach der Geburt ihres ersten Kindes im Vergleich zu kinderlosen Frauen. Ejrnaes and Kunze (2004) finden, dass vor allem niedrig qualifizierte Mütter Einkommensverluste erfahren, während der Einkommensnachteil im Vergleich zu kinderlosen bei Hochqualifizierten nicht signifikant ist. Ziefle (2004) ermittelt, dass sich die Dauer der Elternzeit mittel- bis langfristig negativ auf spätere Karrierechancen auswirkt. Bei Rückkehr zum bisherigen Arbeitgeber ist der Karriereeffekt zwar schwächer, bleibt aber teilweise erhalten. Beblo und Wolf (2002) zeigen, dass die negativen Einkommenseffekte der Erwerbsunterbrechung geringer ausfallen, je früher sie im Lebensverlauf stattfindet.

#### 5.2.4 Arbeitsmarktbedingungen

In Deutschland liegt ein hohes Gewicht auf der beruflichen Erstausbildung. Dazu trägt nicht zuletzt das international besondere Duale Ausbildungssystem, das der größte Teil eines Jahrgangs durchläuft bei. Aus diesem Grund treten Frauen und Männer in Deutschland relativ spät in das Erwerbsleben ein.

Das Durchschnittsalter beim Eintritt in den Arbeitsmarkt hat sich zudem im Zeitablauf noch nach oben verschoben. Der zentrale Grund hierfür ist, dass ein wachsender Anteil eines Jahrgangs tertiäre Bildungsabschlüsse erreicht. Hierzu hat eine allgemeine Bildungsexpansion seit den 1970er Jahren beigetragen, von der vor allem Frauen profitierten. Heute bilden Mädchen an den Gymnasien die Mehrheit und erreichen häufiger einen für ein Studium qualifizierenden Abschluss. Hinzu kommt, dass innerhalb der Gruppe der Abiturienten der Ersteintritt in den Arbeitsmarkt deutlich später erfolgt als in den geburtenstarken 1960er Jahren. Abiturientinnen des Jahrgangs 1950 erreichten den Arbeitsmarkt durchschnittlich mit 21 Jahren, Abiturientinnen des Jahrgangs 1960 erst mit 24 Jahren und heute vielfach erst mit 27 Jahren. Der lange Abstand zwischen Schulabschluss und Beruf ist in erster Linie auf das sequentielle Durchlaufen mehrerer berufsbezogener Bildungsphasen zurückzuführen (Scherger, 2006).

Die Verzögerung der Arbeitsmarktintegration hat einen entscheidenden Einfluss auf das Geburtenverhalten, da so das biologisch limitierte Zeitfenster der Frau zur Geburt von Kindern nochmals beschränkt wird. Die Phase des Arbeitsmarkteinstiegs wird als „Rushhour“ im Leben empfunden, während der die vielfältigen Ansprüche und Anforderungen (Aufbau von privaten Bindungen, berufliche Karriere, Realisierung von Konsumwünschen, Realisierung von Kinderwünschen) zeitlich schwierig zu koordinieren sind (Bertram, 2009). Hierzu passt, dass das Durchschnittsalter der Frau zum Zeitpunkt der Geburt des ersten Kindes in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen ist (Abbildung 14).

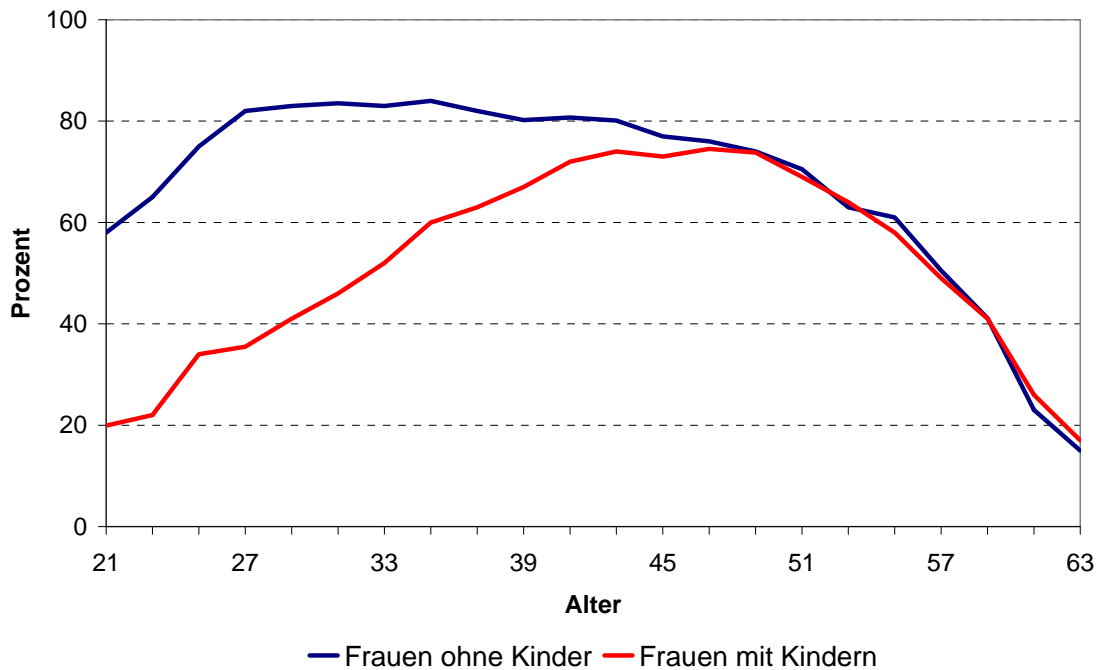
Hierbei wirken nicht nur die längeren Ausbildungszeiten der Frauen, sondern auch die der Männer verzögernd auf die Familiengründung aus, denn die Gründung eines gemeinsamen Haushalts setzt ökonomische Unabhängigkeit und finanzielle Stabilität voraus.

Häufig wird auch behauptet, dass sich eine zunehmende Prekarisierung der Beschäftigung insbesondere bei jüngeren Hochqualifizierten am Anfang ihrer beruflichen Karriere negativ auf die Realisierung von Kinderwünschen auswirke. In diesem Zusammenhang wird gerne das Schlagwort einer „Generation Praktikum“, die zunehmend unbezahlten oder minderbezahlten Tätigkeiten in ungesicherten beruflichen Verhältnissen nachgehen müsse, verwendet. Allerdings ist die empirische Basis für eine solche Schlussfolgerung eher schwach. So belegen Verlaufsanalysen der Erwerbsentwicklung am Übergang Hochschule-Erwerbslebens keineswegs einen signifikanten Anstieg von Praktika von Hochschulabsolventen vor dem Berufseinstieg (HIS, 2004). Wenn überhaupt, trifft das Phänomen nur einen kleinen Anteil der Absolventen/-innen in bestimmten Studienfächern (vor allem Kultur- und Sozialwissenschaften). Von daher dürften die langen Ausbildungszeiten in Deutschland eine erheblich größere Bedeutung für die (Nicht-)Realisierung von Geburtenwünschen haben als Probleme am Übergang Hochschule-Beruf.

Betrachtet man die Beteiligung der Geschlechter am Arbeitsmarkt, finden sich die weiter oben beschriebenen staatlich gesetzten Rahmenbedingungen in Deutschland deutlich niedriger. Das zentrale Kennzeichen hierfür ist die schlechte Integration von Frauen in sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse.

Die allgemeine Partizipationsquote der Frauen liegt in Deutschland mit 69 Prozent der 15- bis 64-jährigen etwas höher als im OECD-Durchschnitt. Frauen haben unabhängig vom Qualifizierungsniveau einen Rückstand gegenüber Männern. Bei Männern mit sekundärer Bildung ist die Partizipationsrate um 13 Prozentpunkte höher als bei gleich gebildeten Frauen, bei Männern mit tertiärer Ausbildung beträgt der Vorsprung 7 Prozentpunkte. In beiden Fällen ist der Unterschied zwischen den Geschlechtern aber niedriger als im OECD-Durchschnitt. Aus dieser Perspektive erscheint die Gleichberechtigung von Frauen und Männern am deutschen Arbeitsmarkt recht gut fortgeschritten.

**Abbildung 17: Altersspezifische Erwerbstätigenquoten von Frauen ohne Kinder und mit Kindern, Deutschland 2004**



Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus, Statistisches Bundesamt (2005).

Das Bild ändert sich, wenn man die Erwerbstätigenquoten von Männern und Frauen in Abhängigkeit davon betrachtet, ob sie in einer Eltern-Kind-Gemeinschaft mit ledigen Kindern leben. Hier zeigen sich markante Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Bei Frauen sind die Erwerbstätigenquoten von Müttern bis zum Alter von Mitte 40 drastisch geringer als bei Kinderlosen (Abbildung 17). Während die kinderlosen Frauen ab etwa 27 Jahren auf hohem Niveau in den Arbeitsmarkt integriert sind, erreicht der Durchschnitt aller Mütter erst jenseits der 30 eine Erwerbsquote über 60 Prozent. Die Integration in die Erwerbstätigkeit verschlechtert sich mit der Kinderzahl. Im Durchschnitt der Altersgruppe 25-54 ist die Erwerbsquote der Mütter mit mehr als einem Kind nochmals rund ein Fünftel niedriger als bei den Müttern mit nur einem Kind.

Hinter diesen Beobachtungen stehen die sehr geringen Erwerbsquoten von Müttern mit Kindern unter 3 Jahren, von denen weniger als 40 Prozent am Erwerbsleben teilnehmen. Dies ist bei einem Vergleich der westeuropäischen Länder der tiefste Wert.

Etwas günstiger ist die Erwerbsbeteiligung der Mütter mit Kindern im Alter von 3 Jahren bis zur Einschulung von rund 55 Prozent. Bei den Männern in einer Eltern-Kind-Gemeinschaft zeigt sich im Gegenzug eine Spezialisierung auf die Rolle des Versorgers. Der Vorsprung von Männern mit Kindern gegenüber Kinderlosen bei der Erwerbsquote liegt über den gesamten Lebensverlauf zwischen 5 und 10 Prozentpunkten.

Die Gegensätze zwischen Männern und Frauen bei der Erwerbstätigkeit erscheinen noch stärker, wenn man die Art der Arbeitsverhältnisse in den Blick nimmt. Am deutschen Arbeitsmarkt haben in den letzten Jahren atypische Arbeitsverhältnisse (Teilzeitarbeit, befristete oder geringfügige Beschäftigung) massiv an Bedeutung gewonnen. Der strukturelle Beschäftigungszuwachs im letzten Jahrzehnt ist auf diese Entwicklung zurückzuführen. Zwischen 1997 und 2007 entstanden rund eine Million mehr atypische Beschäftigungsverhältnisse als im Saldo Normalarbeitsverhältnisse abgebaut wurden.

Atypische Beschäftigungsverhältnisse sind die Domäne von Frauen. Daher könnte diese Entwicklung, die in struktureller Sicht Ausdruck einer erhöhten Arbeitsmarktflexibilität ist, das Geburtenverhalten ungünstig beeinflusst haben. Wie das Beispiel Spanien zeigt, kann ein Zuwachs atypischer Beschäftigung die tatsächliche ökonomische Unsicherheit und die Erwartungshaltung bezüglich des Arbeitsmarktes so verschlechtern, dass das Geburtenniveau leidet. Hierfür sprechen unter anderem die Ergebnisse von Adsera (2005). Im europäischen Ländervergleich zeigt sich, dass Frauen nicht nur bei Arbeitslosigkeit, sondern auch in befristeten Beschäftigungsverhältnissen Geburten hinausschieben.

Eine andere Sicht auf die Entwicklung ist jedoch das Frauen insbesondere der Aufwuchs der Teilzeitarbeit überhaupt Gelegenheit verschafft, ihre gestiegene Erwerbsneigung mit einer Mutterschaft zu verbinden. Blickt man wiederum auf die Ergebnisse von Adsera (2005), ist eine bessere Verfügbarkeit von Teilzeitarbeitsplätzen mit einer höheren Geburtenrate verbunden.

Insofern dürfte die in Deutschland sehr starke Segmentierung des Arbeitsmarktes vor allem bei den Teilzeitarbeitsverhältnissen durchaus zu einer Stabilisierung des Geburtenniveaus beitragen. Mehr als zwei Fünftel aller Frauen arbeiten in Deutschland weniger als 31 Stunden pro Woche. Dagegen liegt der Anteil teilzeitbeschäftigter Männer unter 10 Prozent. Diese Segmentierung trifft gesellschaftlich nicht auf Ablehnung.



In einer Befragung erhielt ein Erwerbsmuster, nach dem der Mann einer Vollzeitbeschäftigung und die Frau einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen, von den Deutschen mit 42,9 Prozent die höchste Zustimmung aller möglichen Erwerbsmuster (OECD, 2002).

**Tabelle 9: Anteil der Teilzeitbeschäftigung an allen Tätigkeiten, Westdeutsche Frauen im Alter 37-40, 1987-2004**

Jahr	Frauen mit weniger als tertiärer Bildung		Frauen mit tertiärer Bildung	
	Kinderlose	Mütter	Kinderlose	Mütter
1987	26	93	16	80
1995	21	95	18	86
2004	22	93	17	84

Angaben in Prozent.

Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage von Duschek und Wirth (2005).

An der Bedeutung der Teilzeitarbeit als Beschäftigungsstandard für westdeutsche Mütter hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten kaum etwas verändert (Tabelle 9). Unter der hier betrachteten Gruppe der älteren Frauen, die als Mütter im Durchschnitt schon größere Kinder zu versorgen haben, ist der Anteil der Teilzeitarbeit an allen Erwerbsverhältnissen seit 1987 fast unverändert geblieben. Die strukturellen Muster blieben somit fast gleich. Es gibt nicht nur eine Polarisierung bei der Teilzeitarbeit zwischen Männern und Frauen, sondern auch eine Polarisierung bei den Frauen zwischen Kinderlosen und Müttern. Bei den hochqualifizierten Frauen ist Teilzeitarbeit erwartungsgemäß weniger verbreitet als bei den weniger qualifizierten Frauen. Unabhängig davon befindet sich auch hier ein sehr großer Teil der beschäftigten Mütter in einer Teilzeitarbeit.

Aus dieser Perspektive reflektiert die starke Zunahme der Teilzeitarbeit in Deutschland in den letzten Jahrzehnten die wachsende Erwerbsbeteiligung von Frauen, und insbesondere die steigende Erwerbstätigenquote der Mütter, die um Familie und Beruf zu vereinbaren, diese Form der Beschäftigung anbieten. Die Interpretation, dass die Expansion der Teilzeitarbeit zumindest in Westdeutschland durch ein wachsendes

Angebot an Müttern zurückzuführen ist, die nach entsprechenden Beschäftigungsmöglichkeiten suchen, und nicht angebotsseitig getrieben wird, sprechen auch Umfragen. Zwei von drei westdeutschen Frauen nennen familiäre Verpflichtungen als Grund für die Vollzeittätigkeit. Dagegen macht nur jede zehnte Frau ein mangelndes Angebot an Vollzeittätigkeiten für die Teilzeitbeschäftigung verantwortlich (BMFSFJ, 2005).

In den ostdeutschen Ländern zeigt sich in vollständig anderes Bild. Teilzeitbeschäftigung ist hier kaum nennenswert verbreitet. Dafür nennt nur jede fünfte Frau familiäre Verpflichtungen als Grund für eine Teilzeitbeschäftigung. Dies ist angesichts der hervorragenden Verfügbarkeit von Kindertagesbetreuung auch kaum überraschend. Als Hauptgrund der Teilzeitbeschäftigung nennen 57 Prozent der ostdeutschen Frauen einen Mangel an Vollzeitarbeit. Kürzere Beschäftigung erscheint also als bessere Alternative vor der nach wie vor hohen Arbeitslosigkeit. Die damit verbundene ökonomische Unsicherheit und das geringere Einkommensniveau dürften dazu beitragen, dass die ostdeutsche Gesamtfertilitätsrate die westdeutsche Rate trotz besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht übersteigt.

Die Verfügbarkeit einer großen Zahl von Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen ist ein Beispiel für die Anpassungsfähigkeit der Arbeitgeber, auf die zeitlichen Flexibilisierungsbedürfnisse von Frauen zu reagieren. Allerdings fehlt es vielfach an qualifizierter Teilzeitarbeit. Zum einen wird diese wegen der oben beschriebenen Anreizwirkungen weniger stark nachgefragt, zum anderen sind qualifizierte Tätigkeiten weniger leicht teilbar als weniger qualifizierte Tätigkeiten. Darauf verweist auch die niedrigere Teilzeitquote besser qualifizierter Mütter (Tabelle 9).

Auch andere Indikatoren für die Arbeitszeitflexibilität verweisen Deutschland auf eine relativ gute Position. Nicht zuletzt als Folge relativ starker Beschäftigungsrigidität in Verbindung mit einem hohen Kündigungsschutz bevorzugen deutsche Arbeitnehmer vielfach Anpassungen der Arbeitszeit gegenüber Anpassungen bei der Zahl der Beschäftigten. Daher sind flexible Arbeitszeitmodelle mit Arbeitszeitkonten und Gleitzeiten nicht nur für höher qualifizierte Positionen verfügbar. Aus dieser Perspektive ist das von den Unternehmen gebotene Arbeitsumfeld insgesamt – auch im internationalen Vergleich – relativ familienfreundlich.

## 5.3 Opportunitätskosten, Arbeitsangebot und Fertilität

### 5.3.1 Einleitung

Für Deutschland liegen außer den schon im Verlauf dieses Kapitels genannten Evaluationsstudien quasi keine Studien vor, die den Einfluss des sozio-ökonomischen Rahmens auf das Geburtenniveau empirisch analysieren. Der Rahmen ist wesentlich geprägt durch eine steuerliche Förderung des Alleinverdienermodells, ein schlecht ausgebautes System der öffentlichen Kinderbetreuung in Verbindung mit langen Elternzeiten, und eine vergleichsweise starke Präferenz der Mütter für die persönliche Betreuung der eigenen Kinder. Folge der langen Erwerbsunterbrechungen sind dynamische Einkommensverluste auf dem Arbeitsmarkt, also Opportunitätskosten, die die Entscheidung gegen Kinder unterstützen können.

Eine Möglichkeit, die Bedeutung dieser Faktoren für das Geburtengeschehen in Deutschland empirisch herauszuarbeiten, bieten Mikrosimulationsstudien. Diese basieren auf empirisch geschätzten strukturellen Modellen des Entscheidungsverhaltens der Haushalte. Die Wirkungen einzelner Faktoren auf die modellierten Zielgrößen können in diesem Rahmen aufgezeigt werden, indem die Veränderungen des Entscheidungsverhaltens bei kontrafaktischen Veränderungen der den zugrundeliegenden ökonomischen Restriktionen – bei konstant angenommenen individuellen Präferenzen – simuliert werden. Die Schwierigkeit des Mikrosimulationsansatzes zur Analyse des Geburtengeschehens ist die hohe Komplexität des Entscheidungsverhaltens von Haushalten, die modellhaft reduziert werden muss.

Im Folgenden werden Ergebnisse eines ersten Mikrosimulationsmodells für Deutschland präsentiert, dass die Geburtenentscheidung im Kontext familiärer Verhandlungen über das finanzielle und Zeitbudget des Haushalts in Abhängigkeit von Umfang und Art des Arbeitsangebots jedes Partners abbildet. Hierbei werden sowohl die gesamtfamiliären Aspekte als auch die individuelle Perspektive der beiden Elternteile beachtet. Die Präsenz der Kinder belastet das Haushaltsbudget mit direkten und indirekten monetären Kosten, die zum Teil durch staatliche Transferleistungen und Förderungen kompensiert werden. Zugleich hat die Fertilitätsentscheidung sehr unterschiedliche Auswirkungen auf das individuelle Verhalten der Elternteile. Insbesondere ist die Ge-

burt eines Kindes bei der Mutter öfter die Ursache einer beruflichen Karriereunterbrechung, wohingegen der Vater weiterhin vollzeitbeschäftigt ist.

Die beobachtete Asymmetrie des elterlichen Verhaltens nach der Geburt eines Kindes bedeutet Transfers von Ressourcen zwischen den Ehepartnern, wie zum Beispiel Geld oder Zeit. Die Spezialisierung auf Haushalts- oder Marktarbeit induziert Umverteilung des Zeit- und Geldbudgets innerhalb der Familie. Dies beeinflusst die individuellen Opportunitätskosten der Kinder für jedes Elternteil. Ein Vater einer nicht erwerbstätigen Mutter, der einen Beitrag zu den Konsumausgaben seiner Frau finanziert, trägt indirekt einen Teil der Opportunitätskosten der Kinder.

Deshalb benutzen wir als Grundlage der folgenden empirischen Analyse einen strukturellen mikroökonomischen Modellrahmen, der die Entscheidungsstruktur innerhalb des Haushaltes explizit mit betrachtet. Ziel ist es, die Opportunitätskosten, die durch die Präsenz von Kindern in der Familie verursacht werden, zu quantifizieren, sowie den Einfluss auf die Entscheidungen der Familien herauszuarbeiten. Innerhalb dieses Rahmens wird gezeigt, dass eine Reduktion der mütterlichen Opportunitätskosten der Kinderbetreuung durch familienpolitische Maßnahmen zu einer spürbaren Steigerung der individuellen Geburtenraten führen könnte.

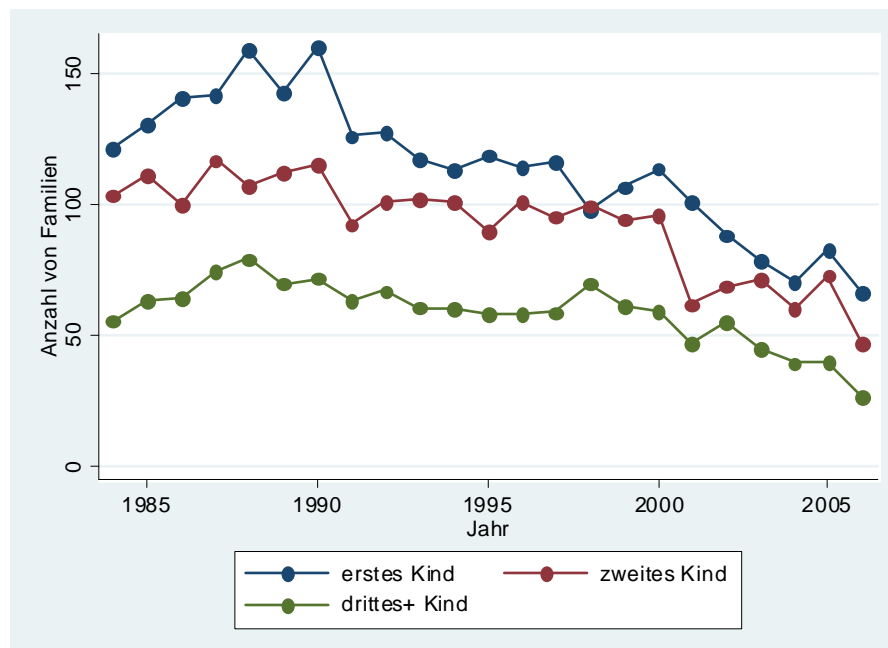
### **5.3.2 Daten**

Unsere Analyse beruht auf Daten des Sozio-Oekonomischen Panels (SOEP). Dieser für die deutsche Bevölkerung repräsentative Längsschnittdatensatz beinhaltet neben detaillierten Angaben zu den sozio-demographischen Merkmalen der Haushalte auch geeignete Informationen über die zu erklärenden Verhaltensvariablen Arbeitsangebot und Fertilitätsentscheidung.

Von der Fragestellung ist prinzipiell nur eine vergleichsweise geringe Anzahl von Haushalten – Familien, in denen ein Kind geboren wurde – betroffen. Um robuste empirische Ergebnisse zu erhalten, muss in den Ausgangsdaten eine ausreichende Zahl dieser Haushalte zur Verfügung stehen. Um hinreichende Fallzahlen zu erzielen, verwenden die Schätzungen die Beobachtungen aus allen zu Verfügung stehenden SOEP-Wellen zusammen genommen. Damit gehen alle Haushalte ein, die in den Jahren 1984 bis 2007 – für Ostdeutschland von 1990 bis 2007 – erfasst werden. Berücksichtigt werden Haus-

halte, in denen der Haushaltsvorstand und sein Partner zwischen 20 und 55 Jahren alt sind, und für die die sozio-ökonomischen Merkmale vorhanden sind, die zur Schätzung des mikroökonomischen Verhaltensmodells benötigt werden. Familien, deren Entwicklung um die Geburt eines Kindes (ein Jahr vor und zwei Jahre danach) herum nicht vollständig beobachtet werden kann, fallen aus der Stichprobe heraus.

**Abbildung 18: Fallzahlen erster, zweiter und weiterer Geburten gemäß SOEP**



Angaben für die genutzte Stichprobe.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des SOEP 1984-2007.

Abbildung 18 zeigt die Verteilung der Geburtenzahlen nach dem Zeitpunkt in der verwendeten Stichprobe. Die an den Fallzahlen gemessene Geburtenhäufigkeit sinkt für erste, zweite und weitere Kinder im Zeitablauf deutlich. Die Zahl der beobachteten Erstgeburten geht beispielsweise um gut ein Drittel zurück. Hierzu tragen erstens Echowirkungen bei – bei nicht bestandserhaltendem Geburtenniveau ist die folgende Müttergeneration kleiner. Darum fällt die absolute Geburtenzahl auch bei konstanter Fertilitätsrate. Zweitens ist die Geburtenrate leicht gesunken. Drittens ist die Panel-Sterblichkeit im SOEP zu berücksichtigen.

**Tabelle 10: Charakteristika der SOEP-Haushalte mit und ohne Geburtenfälle**

	Alle Haushalte	Haushalte mit Geburten	„Geburtenrate“
Gesamt	100,0	100,0	9,7
Deutsche	84,1	80,0	9,2
Ost	20,6	18,6	8,6
Ausländer	15,9	20,0	12,2
Zweiverdiener	37,6	50,7	13,1
Alleinverdiener	24,7	41,4	16,2
Single Frau	19,4	7,8	3,9
Single Mann	18,3	< 0,1	< 0,1
Hohe Bildung	24,8	23,7	9,3
Mittlere Bildung	51,0	51,5	9,8
Niedrige Bildung	24,2	23,8	9,5

Anzahl der Beobachtungen für die gesamte Stichprobe: 60.158; Anzahl der Beobachtungen für Haushalte mit Geburten: 5.846; Geburtenrate = (Anzahl der Haushalte mit Geburten / Anzahl der Haushalte) x100.

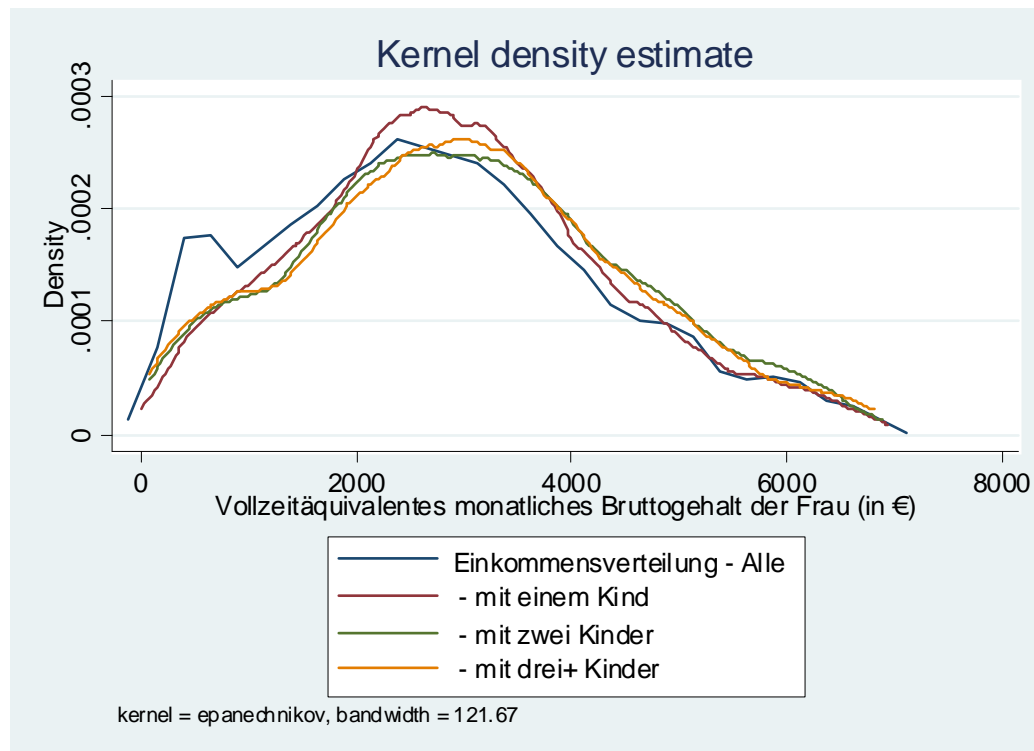
Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage des SOEP 1984-2007.

Tabelle 10 vermittelt einen Überblick über die Zusammensetzung der genutzten Stichprobe nach Haushaltstypen. Insgesamt werden Informationen zu über 60.000 Haushalten verwendet. In etwas weniger als zehn Prozent der Familien wurde ein Kind geboren. Sehr wenige Geburtenfälle gibt es bei den Alleinstehenden. In Ostdeutschland ist die Geburtenrate im betrachteten Zeitraum - wie erwartet - unterdurchschnittlich. Ebenfalls erwartet ist die höhere Geburtenrate bei Familien mit Migrationshintergrund. Am höchsten ist die Geburtenwahrscheinlichkeit in Alleinverdienerhaushalten. Die in Tabelle 10 sichtbar werdende hohe Geburtenrate bei Zweiverdienerhaushalten ist auf die Tatsache zurück zu führen, dass künftige Mütter während der Schwangerschaft mit dem ersten Kind im Regelfall noch berufstätig sind.

Auf der Basis der Stichprobe lassen sich erste deskriptive Analysen vornehmen, die die Zusammenhänge zwischen Fertilität, Arbeitsangebot und Einkommen illustrieren.

ren. Insbesondere lässt sich eine Brutto-Hochrechnung der Opportunitätskosten der Kinderbetreuung durchführen.

**Abbildung 19: Vollzeiteinkommenspotenzial von Frauen nach ihrer Kinderzahl**



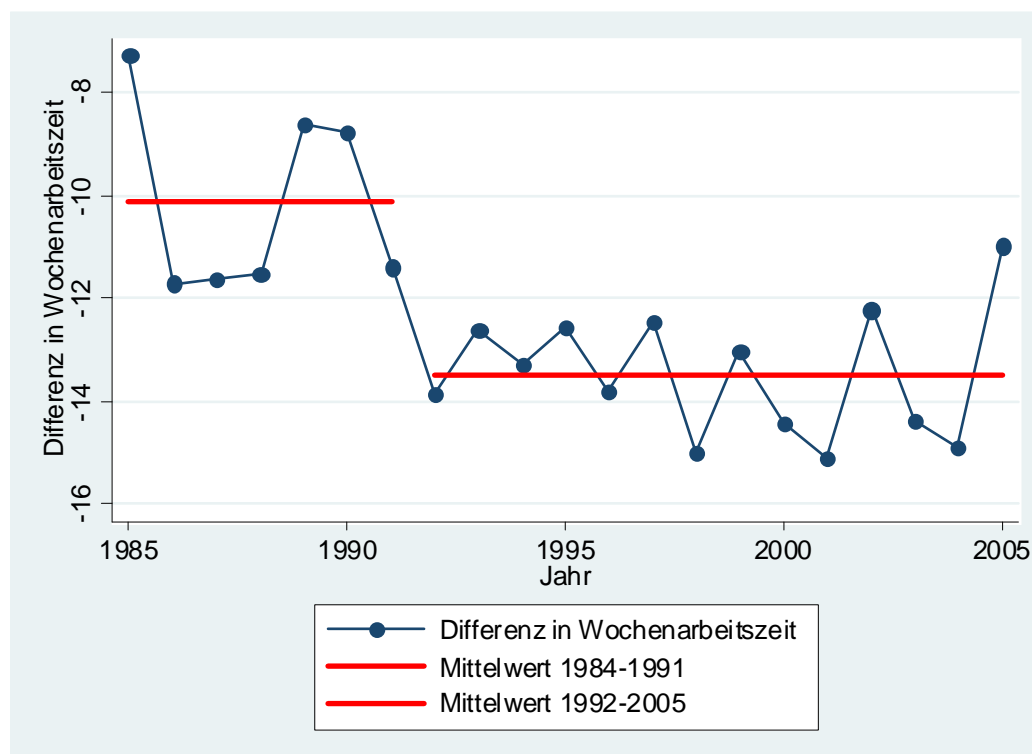
Vollzeitäquivalentes monatliches Bruttogehalt anhand der Angaben zum Stundenlohn. Gehalt für nicht erwerbstätige Frauen auf Basis der Angaben für erwerbstätige Frauen imputiert.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des SOEP 1984-2007.

Abbildung 19 veranschaulicht die Verteilung des vollzeitäquivalenten Bruttoeinkommens von Frauen in Abhängigkeit ihrer Kinderzahl, das sich auf Basis des – potenziellen – Stundenlohns hochrechnen lässt. Für nicht erwerbstätige Frauen wird hierbei ein auf Grundlage der beobachteten Löhne von beschäftigten Frauen mit vergleichbaren sozio-ökonomischen Merkmalen geschätzter Lohn verwendet. Das vollzeitäquivalente Bruttoeinkommen ist der Preis, den die Frau bezahlen muss wenn sie sich der Betreuung ihrer Kinder widmet, statt sich für eine Erwerbsbeteiligung zu entscheiden. Es bildet deshalb ein gutes Maß für die maximalen Opportunitätskosten der Kinderbetreuung.

Es zeigt sich, dass es in Deutschland für den Zeitraum 1984-2007 kein signifikanter statistischer Zusammenhang zwischen dem Einkommenspotenzial der Frauen und den realisierten Kinderwünschen feststellen lässt. Dieses Ergebnis widerspricht der Hypothese des „Qualitäts-Quantitäts-Trade off“, nach dem Frauen mit wachsendem Einkommenspotenzial niedrigere Kinderzahlen realisieren sollten, weil sie mehr Ressourcen auf die Förderung jedes einzelnen Kindes verwenden wollen.

**Abbildung 20: Anpassungen der Wochenarbeitszeit von Frauen nach Geburt**



Durchschnittlicher Differenz der Wochenarbeitszeit zwei Jahre nach der Geburt und ein Jahr vor der Geburt nach dem Geburtsjahr des Kindes.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des SOEP 1984-2007.

Das Bild relativiert sich allerdings stark, wenn man den Zusammenhang zwischen dem tatsächlichen Einkommen und der Kinderzahl in den Blick nimmt. Potenzielles und realisiertes Einkommen der Mütter weichen in Deutschland stark voneinander ab. Im Vergleich zu kinderlosen Frauen ist die Erwerbsbeteiligung der Mütter niedriger und die Teilzeitneigung der beschäftigten Frauen höher. Dies zeigt sich wegen Elternzeit und fehlender Kindertagesbetreuung außer Haus insbesondere bei den Müttern mit Klein-



kindern. Diese Tatsachen zeigen sich auch in der hier verwendeten Stichprobe (Abbildung 20). Im Durchschnitt ist die Wochenarbeitszeit von Müttern in den ersten beiden Jahren nach der Geburt eines Kindes 8 bis 14 Stunden geringer als im Jahr vor der Geburt des Kindes.

Des Weiteren zeigt die Zeitreihe einen bemerkenswerten Strukturbruch. Der geburtenbedingte durchschnittliche Rückgang der Wochenarbeitszeit von jungen Müttern ist vor 1992 tendenziell geringer als danach. Eine Erklärung liefert die Ausweitung der maximalen Dauer der Elternzeit im Jahr 1992 auf drei Jahre. Die Erwerbsunterbrechung bei Inanspruchnahme der Elternzeit entspricht zwar oftmals nicht der maximalen Bezugsdauer, ist aber doch von dieser abhängig. (Beblo und Wolf, 2004). Im Gegensatz dazu hat die starke Erhöhung des Kindergeldes in 1996 interessanterweise keine markanten Effekte auf das Arbeitsangebot junger Mütter. Hier zeigt sich, dass Pauschalleistungen über den reinen Einkommenseffekt nicht angebotswirksam sind.

Unter Berücksichtigung der Erwerbsunterbrechungen nach der Geburt lassen sich die statischen Opportunitätskosten einer kinderbedingten Erwerbsunterbrechung quantifizieren. Hierzu werden die mit der individuellen Erwerbsunterbrechung bei individuellem Lohnsatz verbundenen Einkommensausfälle bestimmt und für die ersten zwei Jahre nach der Geburt eines Kindes aufsummiert. Die Referenz ist die Lohnentwicklung von beschäftigten, aber kinderlosen Frauen.

Die Berechnungen betrachten zwei Szenarien: Im ersten Szenario („Elternzeit“) gibt die Mutter ihre berufliche Tätigkeit für zwei Jahre vollständig auf und bezieht Elterngeld. Im zweiten Szenario („Elterngeld“) gibt die Mutter ihre Tätigkeit nur für die Dauer des Elterngeldbezugs auf. Der Vater nimmt die restlichen zwei Monate wahr. Danach kehren Mutter und Vater in den Arbeitsmarkt zurück. Dabei wird unterstellt, dass die Mutter und der Vater dasselbe Einkommen wie vor der Erwerbsunterbrechung erhalten.

Tabelle 11 zeigt die Ergebnisse für den Beispielfall einer Mutter mit 2 Kindern und einem vollzeitbeschäftigten Partner, die den durchschnittlichen Stundenlohn innerhalb ihrer Bildungskategorie erhält. Bei der Hochrechnung der Opportunitätskosten werden auch Steuern und Sozialabgaben sowie die dem Haushalt zustehenden Transferleistungen berücksichtigt. Es zeigt sich zum einen, dass die Opportunitätskosten durch

die Erwerbunterbrechung im Zusammenhang mit der Geburt mit dem Bildungsstand der Frau wachsen. Dies ist eine Folge des höheren Einkommenspotenzials am Arbeitsmarkt. Zweitens sind die Opportunitätskosten im Szenario „Elterngeld“, bei dem die Eltern nach einer vergleichsweise kurzen Erwerbunterbrechung wieder zurückkehren, deutlich geringer. Hier wirkt die einkommensabhängige Gestaltung des Elterngelds senkend auf die Opportunitätskosten der Mutter – dennoch sind die Opportunitätskosten für Akademikerinnen etwa 60 Prozent höher als bei Müttern mit Hauptschulabschluss.

**Tabelle 11: Statistische Opportunitätskosten der Kindererziehung (Euro) in den ersten beiden Jahren nach der Geburt, Mutter mit 2 Kindern**

Bildungsstand	Szenario „Elternzeit“	Szenario „Elterngeld“
Hauptschule	21.748	4.410
Realschule	24.824	4.908
Abitur	29.750	5.749
Universität	35.744	7.001

Beispielfall: Mutter mit 2 Kindern mit durchschnittlichem Stundenlohn in der Bildungskategorie. Vollzeitbeschäftigter Mann mit gleichem Bildungsniveau.

Quelle: ZEW-Mikrosimulationsmodell auf Grundlage des SOEP 1984-2007.

Die hier angestellte Rechnung lässt die dynamischen Karriereeffekte, die lange über die ersten zwei Jahre nach der Geburt hinauswirken, unberücksichtigt. Aber auch so scheinen die unmittelbaren Opportunitätskosten der Realisierung eines Kinderwunsches in Deutschland nicht unerheblich, wenn man bedenkt, dass das Szenario „Elterngeld“ wegen der schlecht ausgebauten Kindertagesbetreuung im Kleinkindbereich häufig nicht (oder nur unter hohen privaten Kosten) realisierbar ist.

Der nächste Abschnitt analysiert die Auswirkungen der festgestellten Opportunitätskosten auf das Arbeitsangebots- und Geburtenverhalten der Haushalte.

### 5.3.3 Modellrechnungen

Das im Folgenden genutzte Modell ist ein Verhandlungsmodell, das die Koordinationsprozesse von Männern und Frauen innerhalb der Familie explizit abbildet. Im Gegensatz zu üblichen Mikrosimulationsmodellen werden die Entscheidungen der beiden Ehepartner zunächst separat getroffen. Die Partner verhandeln dann über die Verteilung von Zeit und Geld innerhalb des Haushalts, sowie über die Realisierung des Kinderwunsches. Dabei wird unterstellt, dass die Eheleute versuchen, den höchsten Nutzen im Raum aller realisierbaren Kombinationen von Verhaltensmöglichkeiten zu erzielen. Die gewählte Kombination resultiert aus einem endogenen Verhandlungsprozess, und in den die Machtposition der Eheleute im Haushalt einfließt.

In das Modell ist standardmäßig eine Entscheidung über das Erwerbsverhalten, die aufgrund einer Abwägung des Nutzens aus Freizeit und dem durch Arbeit erzielten Einkommenszuwachs getroffen wird, integriert. Die Innovation des Modells ist die simultane Fertilitätsentscheidung, die wie folgt modelliert ist: Kinder stiften Eltern einen positiven Nutzen. Dafür kostet ihre Erziehung Zeit und Geld, was wiederum den elterlichen Nutzen mindert. Die Entscheidung für die Realisierung des Kinderwunsches treffen die Eltern dann, wenn der erzielte Nutzen mit Kind höher ist als ohne. Die Parameter dieser Entscheidung lassen sich auf Grundlage der Veränderungen des verfügbaren Einkommens vor und nach der Geburt ökonometrisch schätzen.

Die folgenden Simulationsergebnisse beruhen auf einem Gedankenexperiment, das die Rahmenbedingungen des elterlichen Entscheidungsverhaltens verändert, aber die ökonometrisch geschätzten Verhaltensparameter als Ausdruck der Präferenzen der Eheleute konstant hält. Die geschätzten Verhaltensparameter sind von den sozioökonomischen Charakteristika der Eheleute abhängig, so dass der Heterogenität der Entscheidungsstrukturen auf individueller Ebene Rechnung getragen wird.

Als Referenz der Simulation dient der rechtliche Status quo des Jahres 2006. Das Steuer- und Transfersystem wird in vereinfachter Form modelliert. Neben Einkünften aus Erwerbstätigkeit, Vermietung und Verpachtung, Kapitaleinkünften und pauschalisierten Sozialtransfers werden empfangene bzw. zu leistende Unterhaltszahlungen berücksichtigt und die üblichen pauschalen Abzüge vorgenommen. Gemäß den Regelungen für 2006 beschränken wir uns bei den Familienleistungen auf das Kindergeld bzw.

den Kinderfreibetrag (je nach größerer Entlastungswirkung) und die Leistungen in Elternzeit. Ehepaare werden zusammen veranlagt, und die Steuerschuld wird nach dem Abzug etwaiger Freibeträge durch das Ehegattensplitting bestimmt.

Dieser Referenz stellen wir ein extremes Szenario gegenüber – die flächendeckende Bereitstellung kostenloser öffentlicher Kinderbetreuung für alle Kinder unmittelbar nach der Geburt. Dieses Szenario ist offensichtlich unrealistisch, aber es ist zu illustrativen Zwecken außerordentlich nützlich. In einem solchen Rahmen können Eltern nämlich die die Opportunitätskosten der Kindererziehung auf Null drücken, indem sie die öffentlich bereitgestellte Kinderbetreuung in Anspruch nehmen. Der Vergleich mit der Situation im Status quo zeigt deshalb, wie die Opportunitätskosten der Kinderbetreuung auf die Entscheidungsvariablen des Haushalts wirken.

Das Szenario der kostenlosen Kinderbetreuung setzen unsere Simulationsrechnungen in der einfachsten Form um. Familien erhalten eine zusätzliche Transferleistung in Höhe der Kosten der öffentlich geförderten Kinderbetreuung, die anhand der SOEP-Daten hochgerechnet werden können. Um die Maßnahme zu finanzieren, wird das Kindergeld (oder der Kinderfreibetrag) für jedes Kind, das eine öffentliche, kostenlose Kinderbetreuungseinrichtung besucht, abgeschafft.

**Tabelle 12: Arbeitsangebotseffekt kostenloser öffentlicher Kinderbetreuung**

Ehefrau	Ehemann			Insgesamt
	<0	0	>0	
<0	12,6	5,3	0,1	18,0
0	0,1	28,4	0,9	29,4
]0-20]	4,2	27,9	3,7	35,8
>20	1,1	12,7	3,0	16,8
Insgesamt	18,0	74,3	7,7	N = 5.846

Spalten zeigen die Änderung in der wöchentlichen Arbeitszeit für den Mann. Zeilen zeigen die Änderung in der wöchentlichen Arbeitszeit für die Frau.

Quelle: ZEW-Mikrosimulationsmodell auf Grundlage des SOEP 1984-2007.

Tabelle 12 zeigt, dass Frauen mit ihrem Arbeitsangebot auf die vollständige Subventionierung der Kinderbetreuungskosten stärker reagieren würden als Männer. Im Schnitt weiten sie ihr Arbeitsangebot deutlich aus. Dabei bewirkt die Maßnahme eine breitere Auffächerung der angebotenen Erwerbsstunden hin zu einer nahezu gleichmäßigen Verteilung der Arbeitszeiten zwischen null Stunden und der Vollzeitbeschäftigung. Weniger als 30% der Frauen zeigen keine Anpassungsreaktionen. Die Stundenänderungen der übrigen Frauen bewegen sich überwiegend zwischen -10 und +20 Stunden. Die überwiegende Mehrheit der Männer (75%) passt ihr Arbeitsangebot nicht an, die übrigen verringern es um bis zu 10 Stunden.

Die Feststellung, dass einige Haushalte ihr Arbeitsangebot reduzieren, beruht auf der unterstellten Gegenfinanzierung. Manche wohlhabenden Familien reduzieren ihr Arbeitsangebot, weil durch mit dem Wegfall des Kinderfreibetrags verbundene Erhöhung der Einkommenssteuerlast den Arbeitsanreiz verringert.

Das erhöhte Arbeitsangebot der Frauen hat auch Auswirkungen auf die Machtverteilung innerhalb der Familie. Die Verteilung der Zeit- und Geldressourcen verschiebt sich zu Gunsten der Frauen. Schließlich lässt sich aus dem Modell die Änderung des Geburtenverhaltens durch die geänderten Rahmenbedingungen – unter Berücksichtigung des veränderten Arbeitsangebots und die stärkere Gleichberechtigung der Geschlechter im Haushalt – simulieren. Gemessen anhand der „Geburtenrate“ in der Stichprobe von 9,7 (Tabelle 10) bewirkt die Beseitigung der Opportunitätskosten der Kinderbetreuung in den ersten beiden Lebensjahren einen Anstieg der Geburtenrate auf 11,3. Angewendet auf die Gesamtfertilitätsrate in Deutschland entspräche dies einem Anstieg auf ein Niveau von 1,6. Diese Modellrechnung zeigt, dass die Opportunitätskosten der Kinderbetreuung in der frühen Lebensphase des Kindes substantiell zum niedrigen Geburtenniveau beitragen.

## **6 Konsequenzen für die Wirtschaftspolitik**

### **6.1 Einleitung**

Seit mehr als 30 Jahren liegt das Geburtenniveau in Deutschland unter dem Niveau, das langfristig den Bestand der Gesellschaft ohne Zuwanderung von außen sichern würde. Eine zunehmende Alterung der Bevölkerung und bald wahrscheinlich auch eine spürbare Abnahme der Bevölkerungszahl sind die Folge. Diese Entwicklung könnte die wirtschaftlichen Wachstumsperspektiven des Landes spürbar verschlechtern.

Ein sinkendes Arbeitskräfteangebot, insbesondere ein sinkendes Angebot von Humankapital der neuesten Generation, führt die Wirtschaft unter sonst gleichen Umständen unmittelbar auf einen niedrigeren Expansionspfad. Deutschland könnte daher in der Wirtschaftskraft gegenüber Ländern mit höheren Geburtenraten bzw. höherem Bevölkerungswachstum zurückfallen. Dabei ist der individuelle Wohlstand der Bürger umso stärker gefährdet, je mehr die demografische Alterung nicht nur die gesamtwirtschaftliche Beschäftigtenquote, sondern auch die durchschnittliche Produktivität je Beschäftigten verringert (vgl. Kapitel 2).

Dieses Kapitel diskutiert, welche politischen Maßnahmen geeignet sein könnten, den langfristigen wirtschaftlichen Belastungen durch die demographische Entwicklung zu begegnen. Abschnitt 6.2 widmet sich zunächst den grundsätzlichen Gestaltungsprinzipien möglicher wirtschaftspolitischer Strategien gegen die demographische Krise. Abschnitt 6.3 zeigt auf, welche Ansatzpunkte für eine geburtenorientierte Politik sich aus der Länder vergleichenden Perspektive ergeben. Abschnitt 6.4 beschließt die Studie mit konkreten wirtschaftspolitischen Empfehlungen. Diese betreffen sowohl eine unmittelbar ursachenorientierte Bevölkerungspolitik mit dem Ziel der Geburtensteigerung, als auch eine kompensierende Wirtschaftspolitik mit dem Ziel, die auch bei steigenden Geburtenraten in den kommenden Jahrzehnten eintretenden wirtschaftlichen Belastungen durch den demografischen Wandel abzumildern.

## 6.2 Rechtfertigung wirtschaftspolitischer Eingriffe

Grundsätzlich bieten sich der Politik zwei Strategien, um auf die sich abzeichnenden Belastungen des wirtschaftlichen Wachstums und des individuellen Wohlstands durch die demographische Entwicklung zu reagieren: Kompensierende Wirtschaftspolitik und ursachenorientierte Bevölkerungspolitik. Die beiden Strategien schließen sich nicht gegenseitig aus, sondern können einander ergänzen.

Kompensierende Wirtschaftspolitik zielt darauf ab, die potenziellen negativen Wachstums- und Wohlstandsfolgen der demographischen Entwicklung so gering wie möglich zu halten. Generell gesprochen erfordert diese Strategie Maßnahmen, die die Anpassungsfähigkeit von Märkten erhöhen und die Abhängigkeit staatlicher Institutionen, wie etwa der sozialen Sicherungssysteme, von der natürlichen Bevölkerungsentwicklung reduzieren. Da sich die negativen Konsequenzen der demographischen Entwicklung auf Wachstumspotenzial und Wohlstand langsam entfalten, muss kompensierende Wirtschaftspolitik langfristig und nachhaltig orientiert sein. Eine Weg, dies zu erzielen, sind Regelbindungen, die an die demographische Entwicklung gekoppelt sind, wie zum Beispiel der demographische Faktor in der Rentenformel.

Ursachenorientierte Bevölkerungspolitik ist darauf ausgerichtet, durch steigende Geburtenzahlen langfristig eine günstigere demographische Entwicklung zu erreichen. Eine solche Politik muss die Faktoren, die die individuelle Entscheidung für oder gegen Kinder beeinflussen, so verändern, dass die individuellen Fertilitätsraten wachsen.

Allerdings entfaltet diese Strategie ihre Wirkungen nur sehr langsam. Dies liegt zunächst in der Natur der individuellen Geburtenentscheidungen, die immer mit einer Lebenszyklusperspektive getroffen werden. Selbst effektive Politik wird daher nur allmählich wirksam. Zusätzliche erste und weitere Kinder werden im Allgemeinen nicht sofort nach Einführung einer Maßnahme, sondern gemäß der Lebensplanung der Eltern erst zu einem späteren Zeitpunkt geboren.

Auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene verbessert ein Anstieg der Geburtenzahlen die Altersstruktur und Wachstumsrate der Bevölkerung zwar nachhaltig, aber wegen der Trägheit demographischer Prozesse erst in der ganz langen Frist. So bedeutet der vergangene Geburtenausfall niedrige Jahrgangsstärken bei den Frauen im gebärfähigen

Alter. Daher dauert es selbst bei steigenden Geburtenraten mehrere Generationen, bis die Jahrgangsstärken erneut das Niveau wie vor dem Geburteneinbruch erreichen. Ebenfalls dauert es gut 20 Jahre, bis die zusätzlichen Neugeborenen als Arbeitskräfte aktiv werden. Entsprechend kann eine ursachenorientierte Bevölkerungspolitik die wirtschaftlichen Belastungen durch die demographische Entwicklung der kommenden drei Jahrzehnte kaum kompensieren. Sie kann eine kompensierende Wirtschaftspolitik demnach ergänzen, aber nicht ersetzen.

Ob überhaupt wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Bekämpfung niedriger Geburtenraten eingesetzt werden sollten, ist international durchaus nicht unumstritten (Caldwell et al., 2002). Nicht selten ist die Auffassung, dass es sich bei der Entscheidung für oder gegen Kinder in erster Linie um eine souveräne private Entscheidung handelt, in die der Staat durch Maßnahmen zur Geburtenförderung nicht direkt eingreifen sollte (Barach et al., 2005).

Ein oft genanntes Argument, um entsprechende Eingriffe trotzdem zu rechtfertigen, beruht auf der auch für Deutschland gut abgesicherten empirischen Beobachtung, dass die individuell gewünschte Kinderzahl höher ist als die tatsächliche Kinderzahl. Der Abstand zwischen beiden Größen verweist auf Restriktionen, etwa finanzieller Natur oder am Arbeitsmarkt, die Eltern daran hindern, ihre eigentlichen Kinderwünsche zu realisieren.<sup>13</sup> Aus dieser Feststellung allein lässt sich jedoch nicht ohne weiteres folgern, dass Staatseingriffe zur Überwindung dieser Restriktionen angemessen sind. Dies zeigt sich leicht an einer Analogie: auch bei vielen privaten Konsumgütern können Haushalte wegen ihres begrenzten verfügbaren Budgets ihre Wünsche nicht oder nur teilweise realisieren. Hieraus folgt jedoch offensichtlich nicht, dass finanzielle Hilfen eingeführt werden sollten, um den Haushalten in jedem Fall das eigentlich gewünschte Konsumniveau zu ermöglichen.

Bei genauer Betrachtung sagt die gegenüber der realisierten Zahl höhere gewünschte Kinderzahl erst einmal nur, dass eine geburtenorientierte Politik zumindest nicht im Widerspruch zu den individuellen Präferenzen der Bevölkerung steht. Falls die in Befragungen gemessenen Zahlen stimmen, hat eine größere Zahl von (potenziellen)

---

<sup>13</sup> Hier wird von der Möglichkeit abstrahiert, dass der in Umfragen erhobene ideale Kinderwunsch gar nicht die individuelle Präferenz der Befragten wiedergibt, sondern beispielsweise sozial vermittelt ist.



Eltern in Deutschland noch unbefriedigte Kinderwünsche. Eine staatliche Geburtenförderung hätte demnach prinzipiell Aussicht auf Erfolg.

Um geburtenorientierte Maßnahmen zu rechtfertigen, muss statt der individuellen die gesamtwirtschaftliche Perspektive in den Blick genommen werden. Dies führt auf zwei Aspekte: die Korrektur von Marktversagen und die positiven externen Effekte einer höheren Geburtenrate.

- Nicht alle Hürden, die Haushalte an der Realisierung ihres idealen Kinderwunsches hindern, liegen im privaten Verantwortungsbereich. Auch das Versagen von Märkten kann dazu beitragen, dass die gewünschten individuellen Geburtenraten nicht realisiert werden. Ein Beispiel ist unfreiwillige Arbeitslosigkeit, mit der Verluste an Einkommen und wirtschaftlicher Sicherheit einhergehen. Dies wirkt wiederum negativ auf die individuelle Geburtenrate. Ein anderes Beispiel ist ein Versagen im Bildungssystem, dass zu längeren Ausbildungszeiten und damit verbunden zu späterer Familiengründung (und niedrigeren Kinderzahlen) führt. Ein letztes Beispiel betrifft den Wohnungsmarkt, der vielfach kein adäquates Angebot an familiengerechten Wohnungen schafft.

Vor diesem Hintergrund bieten sich zwei Ansätze für geburtenorientierte Maßnahmen. Ein so genannter „first best“-Ansatz zielt auf die Beseitigung des Marktversagens selbst. Diese Perspektive führt zu einem sehr breit angelegten Verständnis von Familienpolitik – sie umfasst dann zum Beispiel auch die Felder der Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Wohnungspolitik. Ein alternativer, so genannter „second best“-Ansatz besteht darin, die unerwünschten Folgen des Marktversagens durch weitere Markteingriffe zu korrigieren, um in der Summe eine Wohlfahrtssteigerung zu erreichen.

- Eine höhere Geburtenrate in Deutschland hätte eine Reihe von positiven Wirkungen, die die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt steigern könnten. Diese externen Effekte werden von den einzelnen Bürgern, die ihre Entscheidungen für oder gegen Kinder treffen, bei ihrer Entscheidung jedoch nicht mit ins Kalkül gezogen. Ein Beispiel ist der dynamische Einkommensverlust, wenn die Volkswirtschaft wegen demographisch bedingt abnehmender Innovationskraft systematisch langsamer wächst. Ein zweites Beispiel wären Effizienzgewinne

durch eine sinkende Steuerlast pro Kopf, da mit einer größeren Bevölkerung unter sonst gleichen Umständen die Staatsverschuldung pro Kopf fällt. Ein letztes Beispiel ist der tendenziell fallende Aufwand pro Kopf für die Bereitstellung staatlicher Infrastruktur, wenn diese mit Skalenerträgen verbunden ist.

Es ist allerdings praktisch unmöglich, ausgehend von konzeptionellen Überlegungen dieser Art einen empirisch klar begründeten Maßstab für eine optimale Bevölkerungsstruktur zu ermitteln, aus der sich ein konkretes optimales Geburtenziel für die Politik ableiten ließe. Jedoch ist es in der spezifischen Situation Deutschlands mit einer rasch alternden Bevölkerung und ohne Zuwanderung in wenigen Jahren stark negativen Bevölkerungswachstumsraten insgesamt genommen sehr wahrscheinlich, dass bei Zuwächsen der Geburtenraten in plausibler Größenordnung der soziale Nutzengewinn insgesamt höher wäre als die privaten Nutzengewinne. Somit wäre eine weitere Begründung für ursachenorientierte Bevölkerungspolitik gegeben.

Losgelöst von der Frage, ob geburtenorientierte Eingriffe aus volkswirtschaftlicher und gesellschaftlicher Perspektive gerechtfertigt sind, muss man die Frage stellen, ob überhaupt wirtschaftspolitische Instrumente zur Verfügung stehen, mit denen sich die Geburtenraten substanziell beeinflussen lassen.

Im Kern verweisen die Theorien des Geburtenverhaltens auf zwei zentrale Faktoren, die die Entscheidung für oder gegen Kinder beeinflussen: die individuellen Präferenzen für Kinder im Verhältnis zu den Präferenzen für andere Arten der Einkommensverwendung und die mit der Realisierung des Kinderwunsches verbundenen direkten und indirekten Kosten. Familienbezogene Maßnahmen setzen normalerweise nicht an den als souverän zu betrachtenden individuellen Präferenzen der potenziellen Eltern an. Vielmehr richtet sich die Politik überwiegend auf die direkte und indirekte Verbesserung des Haushaltseinkommens von Familien einerseits und auf die Senkung der mit Kindern verbundenen direkten und indirekten Kosten andererseits.

Zu den Fertilitätswirkungen familienbezogener Maßnahmen, die auf die finanziellen Restriktionen der Haushalte gerichtet sind, existieren eine Reihe von kausalanaly-

tisch angelegten Wirkungsstudien aus verschiedenen Ländern.<sup>14</sup> Da die evaluierten Maßnahmen an den genannten ökonomischen Determinanten des Geburtenverhaltens ansetzen, verwundert es nicht, dass die große Mehrheit der Studien einen positiven Einfluss auf die Geburtenhäufigkeit konstatiert. Dennoch liefert die verfügbare empirische Evidenz in ihrer Gesamtheit ein überraschend schwaches Fundament, um diese Maßnahmen als geburtenorientierte Politik zu begründen.

Erstens ist, wie der internationale Überblick zeigt, die Spannweite der geschätzten Effekte reichlich groß. Dies verweist auf die nach wie vor bestehende methodologische Unsicherheit bei quantitativ ausgelegten kausalen Wirkungsanalysen mit der Geburtenhäufigkeit als Zielgröße. Tatsächlich sind Veränderungen der Fertilität auf individueller Ebene empirisch schwer zu fassen, denn die Zielgröße kann nur in der Längsschnittdimension über den Lebenszyklus richtig erfasst werden. Hierzu sind sehr lange Reihen individueller Verlaufsdaten im Haushaltskontext erforderlich.

Aber selbst wenn diese Daten verfügbar sind, ist es schwierig, die Wirkung einer spezifischen Maßnahme auf die Geburtenhäufigkeit zu schätzen. Fertilitätsentscheidungen werden dynamisch und simultan mit anderen Entscheidungen (zur Aus- und Weiterbildung, Familiengründung, Arbeitsmarktbeteiligung) getroffen. Dies bedeutet, dass Änderungen im Geburtenverhalten im Anschluss an familienpolitische Regeländerungen häufig nicht unmittelbar sichtbar werden, sondern graduell verlaufen. Zugleich beeinflussen andere Veränderungsprozesse in den sozialen, rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen die Fertilitätsentscheidungen, so dass die Wirkung einer spezifischen Regeländerung nur mit großen Schwierigkeiten empirisch zu isolieren ist.

Wenn man die vorhandenen quantitativ angelegten Wirkungsstudien zusammenfasst, ist die zweite Schlussfolgerung, dass die Fertilitätswirkungen familienbezogener finanzieller Maßnahmen in der Mehrheit nicht besonders groß sind. Gemäß der Übersicht von Gauthier (2007) liegt der positive Effekt in der Größenordnung von 0,05 bis 0,2 Kindern pro Frau. Auch wenn die Ergebnisse einzelner Studien wegen der Unterschiedlichkeit der Herangehensweisen und der analysierten Maßnahmen kaum vergleichbar sind: dieser positive Geburteneffekt erscheint sowohl im Vergleich zum

---

<sup>14</sup> Einen aktuellen internationalen Überblick gibt Gauthier (2007). Zahlreiche Einzelstudien wurden auch in den vorangegangenen Kapiteln dieser Studie erwähnt.

Rückgang der Geburtenziffern als auch zum Abstand zwischen individuell gewünschter und realisierter Kinderzahl klein.

Die gemessenen niedrigen Geburtenwirkungen müssen nicht bedeuten, dass finanzielle Aspekte bei der Entscheidung für oder gegen Kinder empirisch betrachtet eine eher untergeordnete Rolle spielen. Eine alternative Erklärung für die beobachteten schwachen Effekte ist, dass die evaluierten Maßnahmen zu schwach dosiert sind, um Fertilitätshürden zu überwinden. Tatsächlich erscheint die Größenordnung finanzieller staatlicher kinderbezogener Leistungen im Verhältnis zu den tatsächlichen Gesamtaufwendungen der Eltern für Kinder eher gering. Ohne an dieser Stelle in die Einzelheiten der Messung der Kosten von Kindern einzugehen: das Kindergeld in Deutschland zum Beispiel deckt nur einen Teil des Aufwands zur Finanzierung des sozialen Existenzminimums der Kinder. Die tatsächlichen Konsumaufwendungen dürften vor allem bei Haushalten mit höherem Einkommen sogar noch deutlicher darüber liegen.

Im Umkehrschluss legt diese Überlegung nahe, dass erhebliche öffentliche Ressourcen einzusetzen wären, um über direkte kinderbezogene Leistungen eine substantielle Geburtensteigerung zu erzielen. Allerdings dürften die vorhandenen empirischen Wirkungsstudien das Potenzial geburtenorientierter Politik aus mehreren Gründen unterzeichnen (Gauthier, 2008). Zu nennen sind zunächst drei Argumente methodologischer Natur, mit denen sich die eher skeptische Einschätzung der Wirksamkeit finanziell orientierter Maßnahmen etwas relativiert:

- Die Mehrheit der eingesetzten – und demnach evaluierbaren – familienpolitischen Maßnahmen zielt gar nicht unmittelbar auf die Erhöhung der Geburtenraten. Der siebte Familienbericht des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2006) etwa nennt die Steigerung der Geburtenhäufigkeit nur als ein Teilziel der familienbezogenen Maßnahmen in Deutschland neben zahlreichen anderen Zielen. Die Instrumente zielen oft primär auf eine Verbesserung der sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen von Familien (wirtschaftliche und soziale Sicherung, Nachteilsausgleich). Die Wirkungen der Maßnahmen im Hinblick auf das primäre Ziel dürften im Regelfall stärker sein als die Wirkungen auf die Fertilität als abgeleitete, sekundäre Zielgröße.

- Die Analysen isolieren üblicherweise die Wirkung einer einzelnen Politik auf die Geburtenhäufigkeit. Die individuellen Entscheidungen für oder gegen ein erstes Kind oder weitere Kinder hängen tatsächlich aber von der Gesamtheit der familienpolitischen Leistungen ab. Diese bilden oft ein sehr komplexes Geflecht – so existieren in Deutschland mehr als 150 ehe- und familienbezogene Leistungen nebeneinander. Die Evaluation der Wirkungen von Maßnahmenbündeln schafft ganz erhebliche Daten- und Identifikationsprobleme. Kausale Wirkungsanalysen, die ein breiteres (oder gar das gesamte) Spektrum von Leistungen quantitativ im Hinblick auf die Fertilität evaluieren, existieren praktisch nicht.
- Die verfügbaren Evaluationsstudien konzentrieren sich auf einen durchschnittlichen Maßnahmeneffekt. Oft werden alle Frauen im reproduktionsfähigen Alter betrachtet, unabhängig von den faktischen Möglichkeiten, überhaupt ein (weiteres) Kind zu bekommen. Die Maßnahmeneffekte wären tendenziell größer, wenn sie nur für die eigentliche Zielgruppe geschätzt werden könnten. Allerdings ist es im Bereich der Familienpolitik vielfach schwierig, Zielgruppen empirisch genau abzugrenzen, da Leistungen vielfach allen Eltern offen stehen. Dennoch ist bei der Einschätzung der Möglichkeiten geburtenorientierter Politik auch die Heterogenität von Maßnahmeneffekten und Zielgruppen zu berücksichtigen. Es kann Maßnahmen geben, die im Durchschnitt aller potenziellen Eltern nur einen geringen Effekt erzielen, aber bei spezifischen Gruppen potenzieller Eltern hoch wirksam sind.

Dennoch muss der Ansatz für die Gestaltung einer effektiven geburtenorientierten Politik mit Blick auf die gemessenen durchschnittlich schwachen Fertilitätswirkungen finanzieller Maßnahmen zugunsten von Eltern erweitert werden. Die vorhandenen theoretischen Erkenntnisse über die Ursachen des Geburtenrückgangs verweisen hier auf geeignete Ansatzpunkte für geburtenorientierte Politik:

- Die vorhandene Evidenz zu den Fertilitätswirkungen finanzieller Maßnahmen belegt indirekt, dass finanzielle Aspekte die individuellen Entscheidungen für oder gegen Kinder zwar berühren, dass aber auch nicht-monetäre Faktoren eine wichtige Erklärung liefern, warum Haushalte die gewünschte Kinderzahl

nicht realisieren. Tatsächlich weisen Umfragen von Höhn et al. (2008) darauf hin, dass Haushalte nicht-monetäre Instrumente der Familienpolitik, wie etwa die Verfügbarkeit von Kinderbetreuung oder die Flexibilisierung von Arbeitszeiten, mehr schätzen als direkte finanzielle Transfers. Zwar lassen sich diese und ähnliche Elemente der Familienpolitik grundsätzlich auch monetär bewerten und entsprechend auch in Form finanzieller Hilfen gestalten. In der Praxis dürfte die Unterscheidung in finanzielle und nicht-materielle Hilfen jedoch für eine geburtenorientierte Familienpolitik relevant bleiben.

- Die Theorie verweist auch auf die Verhandlungsprozesse und das Geschlechterverhältnis innerhalb von Haushalten als wichtige Determinanten der Fertilitätsentwicklung. Eine mögliche Interpretation der niedrigen Reagibilität der Fertilitätsentscheidungen auf übliche familienbezogene Hilfen wäre, dass diese Faktoren die Geburtenentscheidung so weit dominieren, dass die Politik nur schwache Wirkung entfaltet. Bei dieser Diagnose sind als Teil einer effektiven ursachenorientierten Bevölkerungspolitik auch Maßnahmen, die auf eine ausgewogenere Machtverteilung zwischen den Geschlechtern abzielen, in den Blick zu nehmen.

Es gibt hinreichend gute empirische Belege dafür, dass die zuletzt genannten nicht-monetären Faktoren zu einem niedrigen Geburtenniveau beitragen. Dagegen herrscht ein Mangel an belastbaren quantitativen kausalen Wirkungsanalysen zu den Fertilitätswirkungen von Maßnahmen, die unmittelbar an diesen Faktoren ansetzen. Daher sollte bei entsprechenden Maßnahmen das Monitoring der ausgelösten Wirkungen besonders intensiv sein. Um die Folgen besser analysieren zu können, bieten sich eine schrittweise Einführung oder experimentelle Designs an.

Fasst man diese Vorüberlegungen zusammen, empfiehlt es sich, eine Gesamtstrategie gegen die möglichen negativen wirtschaftlichen Folgen des Geburtenrückgangs in Deutschland an folgenden Prinzipien orientieren:

- Eine ursachenorientierte Bevölkerungspolitik sollte durch eine langfristig angelegte kompensierende Wirtschaftspolitik flankiert werden.

- Eine geburtenorientierte Politik ist gerechtfertigt, solange der soziale Nutzen einer höheren Kinderzahl größer ist als der private Nutzen. Dies ist angesichts des demographischen Alterungsprozesses in Deutschland wahrscheinlich. Ein genaues Geburtenziel lässt sich auf dieser Basis allerdings nicht angeben.
- Eine umfassende geburtenorientierte Strategie muss Hürden, die nicht im privaten Verantwortungsbereich liegen, aber Haushalte an der Realisierung ihres idealen Kinderwunsches hindern in den Blick nehmen.
- Die niedrigen Geburtenraten haben verschiedene Ursachen. Daher empfiehlt sich eine breite Anlage ursachenorientierter Bevölkerungspolitik, die mit verschiedenen Maßnahmen auf die verschiedenen Ursachen wirkt.
- Die empirischen Kenntnisse über die Wirkungen spezifischer geburtenorientierter Leistungen auf das Geburtenverhalten sind vergleichsweise schlecht, da gerade zur Kombination von Maßnahmen belastbare kausalanalytische empirische Studien fehlen. Daher empfiehlt sich bei neuen Maßnahmen die schrittweise Implementation und ein intensives Monitoring.

### **6.3 Lehren aus dem Ländervergleich**

Wie der Ländervergleich zeigt, ist die Geburtenentwicklung in den entwickelten Ländern in den letzten vierzig Jahren sehr unterschiedlich verlaufen. Zwar ist die Fertilität fast überall niedriger als vor dem Pillenknick in den 1960er Jahren. Dennoch liegt das Fertilitätsniveau in einigen Ländern (Schweden, Frankreich, Vereinigte Staaten) nach wie vor nahe an dem als bestandserhaltend für eine Gesellschaft anzusehendem Niveau. Die Geburtenrate in Deutschland bewegt sich im europäischen Vergleich am unteren Ende. Die Gesamtfertilitätsrate ist hier nur wenig höher als in den Ländern des Mittelmeerraums (Spanien), die zu den Ländern mit den weltweit niedrigsten Geburtenraten gehören.

Es liegt daher nahe, aus der unterschiedlichen Kombination von Geburtenraten und Familienpolitik in den einzelnen Ländern Hinweise abzuleiten, welche spezifischen

Rahmenbedingungen in Deutschland zu einer höheren Geburtenrate führen könnten. Dieser Ansatz hat allerdings enge Grenzen:

- Die makroökonomische Perspektive verliert viel Information. Auf der Ebene der Politik wird immer ein ganzes Bündel von familienpolitischen Maßnahmen erfasst. Auf der Ebene des Geburtengeschehens ist die Gesamtfertilitätsrate als Indikator für die Geburtenentwicklung sehr ungenau. Ihre Veränderung beruht auch auf Faktoren, die von der Politik nicht unmittelbar beeinflusst sind. Außerdem verbirgt die Gesamtfertilitätsrate die darunter liegende Geburtenstruktur. Eine adäquate Urteil über die Wirksamkeit von Familienpolitik, das sich nicht nur an Effizienz- sondern auch an Verteilungskriterien orientiert, erfordert jedoch auch den Blick auf strukturelle Fertilitätswirkungen.
- Die Familienpolitik eines Landes wirkt immer im Gesamtkontext der wirtschaftlichen, wirtschaftspolitischen, sozialstaatlichen, und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eines Landes. Man darf daher grundsätzlich nicht davon ausgehen, dass die Wirkung einer Maßnahme, die einem spezifischen Kontext funktioniert, erhalten bleibt, wenn man sie in ein Land mit anderen Rahmenbedingungen überträgt.

Trotz dieser Vorbehalte erscheinen die Unterschiede im Geburtenverhalten zwischen den in dieser Studie betrachteten ausgewählten Ländern klar genug, um aus einem Ländervergleich einige grundlegende Aussagen zu gewinnen, welche generelle Richtung sozio-ökonomische Rahmenbedingungen und Familienpolitik in Deutschland nehmen müssten, um wieder höhere Geburtenraten erreichen zu können.

Konkrete Vorschläge für eine geburtenorientierte Politik, wie sie in Abschnitt 6.4 gemacht werden, müssen dagegen, damit sie in den sozio-ökonomischen Rahmen passen, von den bestehenden Verhältnissen in Deutschland ausgehen und diese weiter entwickeln.

Ein guter Ausgangspunkt für die aus einem Ländervergleich zu ziehenden Lehren ist die von Gauthier und Philipov (2007) für Ländergruppen mit unterschiedlichen wohlfahrtsstaatlichen Konfigurationen vorgenommene Gegenüberstellung von Gebur-



tenhäufigkeit und zusammenfassenden Indikatoren der sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen (Tabelle 13). Trotz des eher qualitativen Charakters vermittelt diese Gegenüberstellung gut den Kontrast zwischen den geburtenstarken skandinavischen Ländern und den besonders geburtenschwachen Ländern des Mittelmeerraums.

Ein hoher Lebensstandard mit niedriger Armutsrate und geringer Arbeitslosigkeit (zentrale Bestandteile des Human Development Index) scheint einer hohen Fertilität förderlich. Ebenso dürfte eine positive Korrelation zwischen dem Niveau der staatlichen Unterstützungsleistungen für Familien und der Geburtenrate bestehen (Bradshaw und Finch, 2006). Schließlich spricht die Evidenz dafür, dass ein höherer Grad an Gleichberechtigung der Geschlechter, insbesondere im Hinblick auf die Arbeitsteilung im Haushalt und am Arbeitsmarkt, positiv mit einer höheren Fertilität zusammenhängt (McDonald, 2000).

**Tabelle 13: Geburtenniveau und sozio-ökonomischer Kontext (2006)**

Land	Fertilität	Human Development Index	Gender Empowerment Index	Staatliche Leistungen für Familien
Deutschland	–	+	o	o
Schweden	+	+	+	+
Frankreich	+	+	o	+
Vereinigte Staaten	+	+	o	–
Spanien	–	–	–	–

Anmerkung: + überdurchschnittlich; o durchschnittlich, - unterdurchschnittlich

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Gauthier und Philipov (2007). Datebasis: UNDP Human Development Report (online) und Gauthier (2005)

Der Ländervergleich demonstriert aber auch, dass der Zusammenhang zwischen den einzelnen Faktoren und dem Geburtenniveau keineswegs eindeutig ist. Besonders auffällig ist dies in den Vereinigten Staaten (und anderen angelsächsischen Ländern). Trotz wenig ausgebauter Sozialleistungen für Familien, wie sie für den liberalen Wohlfahrts-

staat typisch sind, und nur durchschnittlichen Ergebnissen bei der Gleichberechtigung der Geschlechter gelingt es hier, ein weit überdurchschnittliches Geburtenniveau zu erreichen.

Dies verweist auf den Einfluss besonderer Faktoren, die sich nicht in den deutschen Kontext übertragen lassen. Hierzu zählen besonders konservative Familienwerte (Inglehart und Baker, 2000), also eine unter sonst gleichen Umständen höhere Präferenz für Kinder, und der hohe Anteil von geringqualifizierten Zuwanderern aus mittelamerikanischen Ländern, die sich noch am Geburtenverhalten ihrer Herkunftsländer orientieren. Eine weitere Erklärung wäre, dass die von den Bedingungen des durch hohe Eigenverantwortung charakterisierten liberalen Wohlfahrtsstaats geprägten Bürgerinnen und Bürger Kinder stärker als privates Gut wahrnehmen. Dies bedeutet, dass die Erwartungen an staatliche Unterstützungsleistungen von vornherein weniger stark ausgeprägt sind, so dass die niedrigen Leistungen für Familien bei der Geburtenentscheidung nicht negativ ins Kalkül genommen werden.

Dieses Beispiel ist ein Beleg dafür, dass sich nur bedingt aus der Praxis anderer Länder lernen lässt. Ein hohes Sicherungsniveau für Familien ist, wie das Beispiel der Vereinigten Staaten zeigt, keine notwendige Bedingung für ein hohes Geburtenniveau. Der Umkehrschluss, dass eine Senkung des Sicherungsniveaus im gänzlich anderen deutschen Kontext nicht schaden würde, wäre aber völlig unzulässig.

Von seiner wohlfahrtsstaatlichen Konfiguration her bietet sich für Deutschland eher der Vergleich mit Frankreich und Schweden an.

Als ein zentraler Unterschied zu Frankreich lässt sich die dort größere staatliche Unterstützung von Familien durch flächendeckende Ganztagsbetreuung benennen. Dies führt zwar insgesamt nicht zu einer höheren Erwerbstätigkeitsquote von Frauen als in Deutschland – ein Grund für die ähnliche Einstufung in Tabelle 13 beim Gender Empowerment Index. Die Erwerbstätigkeitsquote junger Mütter ist allerdings in Frankreich doppelt so hoch wie in Deutschland. Ein Vorsprung zeigt sich auch bei der Vollzeitquote von Müttern. In der Folge ist die Rate kinderloser Frauen unabhängig vom Bildungsgrad deutlich niedriger als in Deutschland, ein zentraler Grund für das höhere Geburtenniveau des Landes. Hierüber darf ein zweiter wichtiger Grund nicht vergessen werden: die gezielte Förderung zweiter und höherer Geburten. Die französische Politik be-

kennt sich historisch bedingt seit langem zu bevölkerungspolitischen, pronatalistischen Zielen.

Vergleicht man Schweden und Deutschland, sticht die bessere Gleichstellung der Geschlechter als weiterer möglicher Ansatzpunkt einer geburtenorientierten Politik heraus. Prägend für die universalistischen Wohlfahrtsstaaten Skandinaviens ist die in den 1960er Jahren begonnene Politik, allen erwerbsfähigen Bürgerinnen und Bürgern eine aktive Teilnahme am Erwerbsleben zu ermöglichen. Ergebnis dieser Politik ist eine im internationalen Vergleich sehr gute Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt, also einer Abkehr von einem Modell mit dem Mann als dem „Broterwerber“, also dem Haupteinkommensbezieher in der Familie.

**Tabelle 14: Geschlechterneutralität von Steuer- und Transfersystemen im internationalen Vergleich, 2006**

Land	Belastung von 2-Verdiener-Haushalt im Verhältnis zu 1-Verdiener-Haushalt <sup>a)</sup>	Steuerliche Grenzbelastung des Zweitverdieners <sup>b)</sup>
Deutschland	1,6	51
Schweden	-7,6	32
Frankreich	0,3	27
Spanien	-0,9	23
Vereinigte Staaten	0,0	33

<sup>a)</sup> Berechnung auf Basis der durchschnittlichen Steuer- und Abgabenzahlung (abzüglich familienbezogener Leistungen) im Verhältnis zum Einkommen. Familie mit zwei Kindern im Alter 6 und 11 Jahren mit 133 Prozent des länderspezifischen durchschnittlichen Einkommens. Einverdienerhaushalt: Aufteilung des Familieneinkommens 100:0; Zweiverdienerhaushalt: Aufteilung des Familieneinkommens: 50:50.

<sup>b)</sup> Durchschnittlicher effektiver Steuersatz eines Elternteils bei Paaren, bei denen ein Partner 67 Prozent des länderspezifischen Durchschnittseinkommens verdient.

Quelle: OECD Family Policy Database.

Die Besonderheit des schwedischen Modells zeigt sich eindrücklich an der Gestaltung der Steuer- und Abgabenbelastung unter Berücksichtigung der familienbezogenen Transfers (Tabelle 14). Das schwedische System belastet Familien, bei denen sich das Haushaltseinkommen aus zwei gleichen Teilen zusammensetzt, massiv weniger als Familien, bei denen ein Alleinverdiener dasselbe Einkommen erzielt – ein Ergebnis des Prinzips der Individualbesteuerung.

In Deutschland benachteiligt das Steuer- und Transfersystem dagegen sogar das Zweiverdienermodell. Im internationalen Vergleich ist in keinem anderen Land (abgesehen von der tschechischen Republik) die implizite steuerliche Förderung des Einverdienermodells stärker. Hinzu kommt, dass sich Frauen mit erwerbstätigem Partner, die über die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit entscheiden müssen, hohen marginalen Abgabenbelastungen gegenüber sehen. Für einen Haushalt, in dem ein Elternteil zwei Drittel des länderspezifischen Durchschnittseinkommens verdient, beträgt die Grenzbelastung des Einkommens, wenn der andere Elternteil zu arbeiten beginnt, bei über 50 Prozent. Dies ist im internationalen Vergleich sehr hoch (Tabelle 14). Die Geschlechterneutralität des Steuer- und Transfersystems ist nicht nur in den liberalen Vereinigten Staaten, sondern auch in Frankreich mit seinem vergleichbaren konservativen Wohlfahrtsstaatsmodell deutlich besser ausgeprägt.

Die bisher anhand von makroökonomischen Indikatoren zusammengefassten sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen spiegeln sich auf der individuellen Ebene in der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger, welche Faktoren für ihre Entscheidung für oder gegen Kinder besonders wichtig sind. Die diesbezüglichen persönlichen Einschätzungen lassen sich für die europäischen Länder anhand der Ergebnisse einer Eurobarometer-Umfrage aus dem Jahr 2006 vergleichen (Tabelle 15). Betrachtet werden im Folgenden nur die Antworten von Frauen im Alter von 15 bis 39 Jahren, also der Bevölkerungsgruppe, die wesentlich die Entscheidung für oder gegen eine Geburt mitzutragen hat.

**Tabelle 15: Wichtige Umstände für die Fertilitätsentscheidung im europäischen Vergleich, 2006**

Land	Berufliche Situation der Eltern	Wirtschaftliche Faktoren <sup>a)</sup>	Gesundheit der Eltern	Kinderbetreuung	Elternzeit
Deutschland, West	45	49	67	66	44
Deutschland, Ost	50	47	70	42	39
Schweden	37	40	74	43	81
Frankreich	38	52	66	39	46
Spanien	62	61	70	60	51

<sup>a)</sup> Finanzielle Situation, Wohnsituation und Kosten der Kinder.

Angaben von Frauen im Alter 15-39. Anteil der Frauen, die dem genannten Umstand eine sehr hohe Bedeutung zumessen, Mehrfachnennungen möglich.

Quelle: Eigene Berechnung auf Basis des Eurobarometers 253, Welle 65.1, publiziert in Testa (2006).

Die persönliche Gesundheit spielt für die Entscheidung, ein (weiteres) Kind zu bekommen, aus der individuellen Perspektive potenzieller Mütter die wichtigste Rolle. Dies gilt für alle Europäerinnen, also unabhängig von den sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen. Bei den übrigen Umständen, die für die Geburtenentscheidung als besonders wichtig angesehen werden, zeigen sich dagegen zwischen den Ländern markante Unterschiede.

Im Vergleich zu deutschen Frauen messen Schwedinnen der aktuellen beruflichen Situation der Eltern und wirtschaftlichen Faktoren ein deutlich geringeres Gewicht bei. Hier wirkt sich aus, dass das universalistische Wohlfahrtsstaatsmodell eine sehr gute soziale Absicherung gegen Einkommens- und Beschäftigungsschwankungen bietet. Im Vergleich dazu ist die staatliche Absicherung gegen Einkommensschwankungen in den konservativen Wohlfahrtsstaaten im Vergleich geringer. Entsprechend erscheint die aktuelle finanzielle Situation des Haushaltes für die Geburtenentscheidung sowohl in Deutschland als auch in Frankreich wichtiger. Die Unterschiede im Geburtenniveau zwischen diesen beiden Ländern speisen sich also kaum aus dieser Quelle.

Ein bemerkenswertes Detail der Eurobarometer-Ergebnisse ist, dass in Schweden die berufliche Situation der Väter als relativ unwichtig für die Geburtenentscheidung erscheint. Hierin spiegelt sich offenbar die hohe Integration beider Geschlechter in den Arbeitsmarkt. In Westdeutschland, wo das Modell mit dem Mann als Hauptverdiener nach wie vor prägend ist, messen 65 Prozent der beruflichen Situation des Vaters eine hohe Bedeutung bei, in Schweden dagegen nur 39 Prozent. Die Teilung der Aufgaben am Arbeitsmarkt wirkt hier wie eine Versicherung – Beschäftigungsschwankungen bei einem Partner wirken sich relativ schwächer auf das Haushaltseinkommen aus. Dies führt offenbar dazu, dass ein möglicher Faktor, der die Geburtenentscheidung negativ belasten kann, weniger stark wahrgenommen wird.

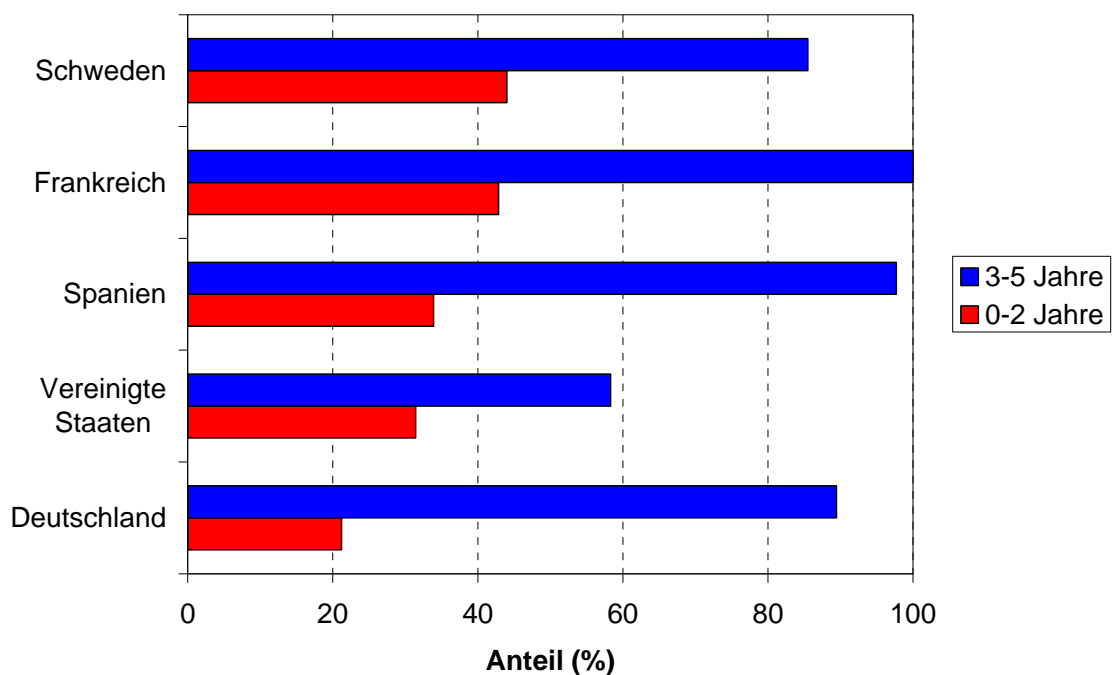
Für diese Interpretation der Daten spricht auch, dass die berufliche Situation des Vaters von ostdeutschen Frauen deutlich weniger wichtig eingeschätzt wird (50 Prozent) als von westdeutschen Frauen. Tatsächlich folgen ostdeutsche Haushalte, gemessen an den Partizipations- und Vollzeitbeschäftigungsraten von Frauen seltener dem Alleinverdienermodell – hier wirken in der DDR entwickelte Rollen- und Erwerbsmuster nach (Bonin und Euwals, 2005).

Klar ausgeprägt sind die Länderunterschiede hinsichtlich der individuellen Einschätzungen zu den Faktoren, die unmittelbar durch Instrumente der staatlichen Familienpolitik geprägt sind. Für zwei Drittel aller westdeutschen Frauen spielt die Verfügbarkeit von Kinderbetreuung bei der Geburtenentscheidung eine relevante Rolle, in Frankreich und Schweden sind es dagegen nur rund 40 Prozent. Das Problem der Kinderbetreuung erscheint für westdeutsche Frauen sogar wichtiger als für Spanierinnen.

Die im Eurobarometer gemessene Länderrangfolge spiegelt sehr gut die tatsächliche Verfügbarkeit von Kinderbetreuung für Kinder im Vorschulalter (Abbildung 21). Der Faktor Kinderbetreuung wird offensichtlich in den Ländern, in denen ein höherer Anteil der Kinder – meist in öffentlichen Einrichtungen – betreut wird, seltener als Umstand wahrgenommen, der bei der Entscheidung für oder gegen Kinder eine Rolle spielt. Besonders wichtig scheinen dabei die Betreuungsmöglichkeiten im frühen Kindesalter, bei denen Deutschland im europäischen Vergleich und sogar hinter den Vereinigten Staaten zurückliegt.

Der gegenläufige Zusammenhang zwischen der Problemwahrnehmung der potenziellen Mütter und der faktischen Verfügbarkeit von Kinderbetreuung zeigt sich im Übrigen auch innerhalb Deutschlands. In Ostdeutschland, wo das System der Kinderbetreuung historisch bedingt nach wie vor stärker ausgebaut ist, ist der Anteil der Frauen, die diesen Faktor bei der Entscheidung für ein Kind als besonders relevant betrachten, genauso niedrig wie in Frankreich und Schweden.

**Abbildung 21: Anteil der Kinder in Betreuungseinrichtungen nach Alter des Kindes im internationalen Vergleich, 2006**



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der OECD Family Policy Database.

Bei der individuellen Beurteilung der Bedeutung der Möglichkeit einer Elternpause für die Geburtenentscheidung sticht im Eurobarometer Schweden deutlich heraus. Im internationalen Vergleich erscheinen die schwedischen Elternzeit-Regeln zum Zeitpunkt der Umfrage tatsächlich am großzügigsten. Zwar ist die maximal mögliche Erwerbsunterbrechung nach der Geburt in den Vergleichsländern Deutschland, Frankreich und Spanien großzügiger geregelt. Die über die mögliche Elternzeit hinweg gewährte finanzielle Absicherung ist aber in Schweden merklich höher (Tabelle 16).

Ein Elternteil, der in Schweden den Mutter- bzw. Vaterschaftsurlaub sowie die Elternzeit vollständig in Anspruch nimmt, verliert nur 13,3 Prozent eines Vollzeiteinkommens. In den anderen Ländern ist der Einkommensverlust deutlich höher, da die finanzielle Absicherung früher ausläuft als die Absicherung durch eine Rückkehrmöglichkeit in den alten Beruf. Die Einschätzung, wie wichtig der Faktor Elternzeit für die Geburtenentscheidung ist, hängt aber offensichtlich nicht allein an der finanziellen Dimension. Französinnen und Spanierinnen beurteilen dieses Instrument der Familienpolitik trotz der sehr unterschiedlichen materiellen Absicherung durch den Staat in etwa gleich.

**Tabelle 16: Elternzeit-Politik im internationalen Vergleich, 2006**

Land	Mutterschaftsurlaub und Elternzeit in Wochen	Bezahlte Wochen Mutterschaftsurlaub und Elternzeit (Vollzeitäquivalent)
Deutschland	156	48,8
Schweden	72	62,4
Frankreich	156	47,1
Spanien	156	16,0
Vereinigte Staaten	12	0,0

Mutterschaftsurlaub und Elternzeit (Mütter und Väter); Vollzeitäquivalent: Gewichtung der Dauer der Mutterschaftsurlaub und der Elternzeit mit der Lohnersatzrate.

Quelle: Eigene Berechnung auf Basis der OECD Family Policy Database.

Tatsächlich dürften andere Faktoren hinzukommen. Hierzu gehört gewiss die relativ gute Realisierbarkeit der Rückkehrmöglichkeit nach einer Babypause. Hierbei helfen sowohl die im Ländervergleich gute Integration von Frauen vor der Erwerbsunterbrechung als auch die nur relativ kurze Elternzeit. Eine kürzere Erwerbsunterbrechung bedeutet einen geringeren Verlust an Humankapital, was eine Reintegration nach der Elternpause erleichtert.



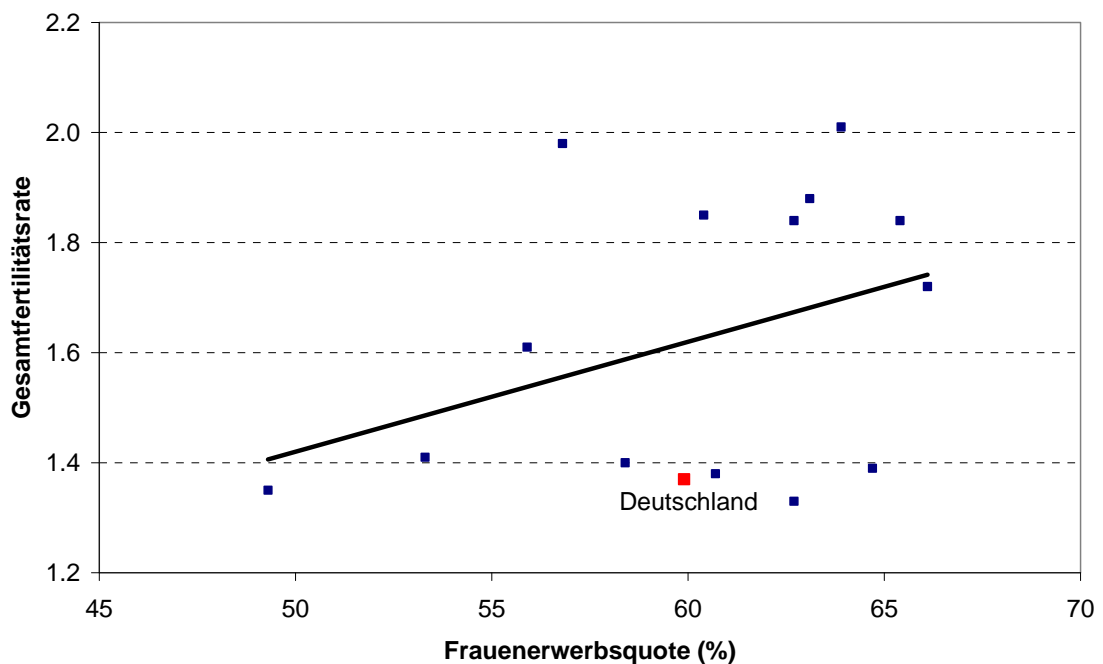
Darüber hinaus zielen die Elternzeitregelungen durch spezielle „Vätermonate“ darauf ab, die Gleichberechtigung der Geschlechter im Haushalt und damit die auf Gleichberechtigung im Erwerbsleben angelegte Politik zu ergänzen. Dieser Faktor dürfte die Bewertung der Schwedinnen zur Elternzeit als für die Geburtenentscheidung relevantes Instrument der Familienpolitik beeinflussen. Auch wenn die Erwerbsunterbrechungen von Frauen nach wie vor häufiger sind und länger dauern, ist der Anteil der Männer, die eine Elternpause einlegen, in Schweden vergleichsweise hoch.

Hierzu passt die Beobachtung von Gauthier und Philipov (2008), dass die Zeit, die Väter im Verhältnis zu Müttern mit kleinen Kindern verbringen (53%), hier deutlich höher ist als in Frankreich (44%), Deutschland (41%) und Spanien (39%). Auch wenn dies nur teilweise den Elternzeitregeln zugeschrieben werden kann, verweist es doch erneut auf die Bedeutung der Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern als möglicher Determinante des hohen Geburtenniveaus in den skandinavischen Ländern. Die empirische Evidenz spricht jedenfalls für einen positiven Zusammenhang zwischen der aktiven Beteiligung von Vätern an der Kindererziehung und der Wahrscheinlichkeit weiterer Geburten (Neyer et al., 2006; Buber, 2002). Die Neuregelung von Elterngeld und Elternzeit in Deutschland, die Anfang 2007 in Kraft trat und sich darum vermutlich noch nicht in der Einschätzung des Faktors Elterngeld durch die deutschen Frauen im Eurobarometer von 2006 spiegelt, hat diesem Aspekt durch die erstmalige Einführung zusätzlicher Vätermonate nach schwedischem Vorbild Rechnung getragen.

Im Ergebnis gelingt es Schweden (und den übrigen skandinavischen Ländern) durch eine Strategie, die die Abkehr vom Einverdienermodell, gut ausgebaute Kinderbetreuung und finanziell gut ausgestattete Elternzeit verbindet, im europäischen Vergleich am besten, geburtenfreundliche sozio-ökonomische Rahmenbedingungen herzustellen. Diese Feststellung gilt, obwohl das schwedische Modell im Kern nur an dem Ziel orientiert ist, eine möglichst gute Sicherung jedes einzelnen Individuums zu erreichen und entsprechend auf das Individuum und nicht auf die Familie hin gerichtete Maßnahmen anbietet (Andersson, 2008). Im Ergebnis jedoch ist der Einkommensnachteil, den Familien mit Kindern in Schweden wie in anderen nordischen Ländern zu verkraften haben, im internationalen Vergleich sehr niedrig (Sigle-Rushton und Waldfogel, 2007). Dies wiederum ist für das Geburtenniveau förderlich.

Auf den kürzesten Nenner gebracht, lautet deshalb das Fazit aus der Gegenüberstellung von Geburtenniveau und sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen im internationalen Vergleich: Ein Paradigmenwechsel der Familienpolitik hin zu einer konsequenten Unterstützung der Erwerbstätigkeit von Müttern würde die Aussichten, ein höheres Geburtenniveau in Deutschland zu erreichen, deutlich verbessern. Der Vergleich der europäischen Länder (ohne die von ökonomischen Übergangsprozessen betroffenen osteuropäischen Staaten) unterstützt sehr klar die Feststellung, dass eine höhere Frauenerwerbsquote einer höheren Geburtenrate nicht widerspricht, sondern diese im Gegenteil begünstigt (Abbildung 22).<sup>15</sup>

**Abbildung 22: Frauenerwerbsquote und Gesamtfertilitätsrate in der EU15, 2007**



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Eurostat-Daten.

Diese Feststellung steht mit der aus theoretischer Perspektive zentralen Rolle der Opportunitätskosten in Form von Einkommens- und Humankapitalverlusten im Zu-

<sup>15</sup> Der seit Mitte der 1980er Jahre positive empirische Zusammenhang zwischen Erwerbstätigkeit und Geburtenniveau ist in zahlreichen Studien belegt. Beispielhaft genannt seien Brewster und Rindfuss

sammenhang mit der Kindererziehung vollkommen im Einklang. Der Rückgang der Gesamtfertilitätsrate in Deutschland beruht ganz wesentlich auf einer Polarisierung des Geburtengeschehens. Insbesondere Frauen mit besseren Einkommensperspektiven am Arbeitsmarkt, also höheren Opportunitätskosten, bleiben häufig kinderlos und erreichen so eine hohe Partizipationsrate. Hierdurch zeigt sich auf individueller Ebene für Deutschland eine negative Korrelation zwischen Erwerbsbeteiligung und Fertilitätsraten. Dies steht jedoch nur scheinbar im Widerspruch zum positiven Zusammenhang beider Größen im internationalen Vergleich. Ländern mit hohem Geburtenniveau gelingt es, durch Sicherung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf die Opportunitätskosten der Kindererziehung so zu senken, dass sich die Geburtenraten von Frauen unterschiedlicher Qualifikation (bei unterschiedlichem Timing der Geburten) angleichen.

Apps und Rees (2004) untermauern diese Argumentation theoretisch. In ihrem Gleichgewichtsmodell entscheiden sich berufstätige Frauen nur dann für eine niedrigere Kinderzahl, wenn sie die Kinderbetreuung selbst durchführen müssen. Stehen dagegen alternative Kinderbetreuungsmöglichkeiten zur Verfügung, steigt wegen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf die realisierte Kinderzahl. Dieser Effekt verstärkt sich, wenn die Kinderbetreuung staatlich subventioniert wird, selbst wenn man die Notwendigkeit der Gegenfinanzierung der Subvention durch Steuern berücksichtigt. Dagegen beseitigt in diesem Modell eine staatliche Transferzahlung zum Ersatz der direkten Kosten der Kinder, also ein Kindergeld, den latenten Gegensatz zwischen Erwerbstätigkeit und Geburtenniveau nicht. Das zur Gegenfinanzierung des Kindergelds erforderliche höhere Steuerniveau senkt nämlich die Nettoerträge aus Erwerbstätigkeit, so dass der Arbeitsanreiz sinkt.

Die drei Faktoren, die im Vergleich der Rahmenbedingungen europäischer Länder als Geburten fördernd identifiziert wurden, fügen sich offensichtlich in diese Interpretation ein. Die Bereitstellung öffentlicher Kinderbetreuung senkt die elterlichen Opportunitätskosten unmittelbar. Eine gute Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt in Verbindung mit einer mäßig langen, finanziell gut abgesicherten Elternzeit unterstützt einen kontinuierlichen Einkommens- und beruflichen Karriereverlauf trotz der vermutlich von

---

(2000), Ahn und Mira (2002), Rindfuss et al. (2004) und Adserà (2004).

den meisten Eltern gewünschten Erwerbsunterbrechung unmittelbar im Anschluss an die Geburt.

Schließlich verringert eine stärkere Gleichberechtigung der Geschlechter sowohl am Arbeitsmarkt als auch bei der unentgeltlichen Arbeit im Haushalt die indirekten Kosten der Kindererziehung für die Frauen. Der Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt nach einer Babypause gelingt leichter und die mit einer Spezialisierung der Partner auf Markt- bzw. Hausarbeit verbundenen Risiken (Beschäftigungsverlust des Ernährers, Verlust der eigenen wirtschaftlichen Dispositionskraft) sind geringer.

Die im Ländervergleich offensichtlich werdende zentrale Rolle der Opportunitätskosten der Kindererziehung für die Fertilitätsentscheidung verweist darüber hinaus auf eine strukturelle Anforderung geburtenorientierter Politik in Deutschland. Diese muss insbesondere auf die Zielgruppe der Frauen mit besseren Einkommenschancen hin adjustiert werden. Somit unterscheidet sich der Charakter der Familienpolitik als Geburtenpolitik von der Familienpolitik als Sozialpolitik.

## **6.4 Bausteine einer geburtenorientierten Politik in Deutschland**

### **6.4.1 Einleitung**

Der internationale Vergleich des Zusammenhangs von sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen und Geburtenhäufigkeit führt auf die Zunahme der Müttererwerbstätigkeit als zentralem Baustein einer geburtenorientierten Arbeitsmarkt-, Familien- und Gleichstellungspolitik in Deutschland. Hierfür sprechen auch Schätzungen zur Bedeutung der durch Erwerbsunterbrechungen hervorgerufenen Opportunitätskosten der Kindererziehung für die individuellen Geburtenwahrscheinlichkeiten (Abschnitt 5.3).

Eine solche Politik braucht wohl einen langen Atem, bis die intendierten Verhaltensänderungen sichtbar werden, denn dieser Paradigmenwechsel erfordert wohl auch einen Mentalitätswandel, zumindest in Westdeutschland. Gemäß Eurobarometer waren im Jahr 2006 immerhin 17 Prozent der westdeutschen Frauen im gebärfähigen Alter (15-39 Jahre) der Meinung, dass Frauen im Idealfall zur Kinderbetreuung daheim bleiben sollen. Die jüngere westdeutsche Frauengeneration erscheint damit der Mütterer-

werbstätigkeit gegenüber zwar aufgeschlossener als die vorangegangene Generation – in der Altersgruppe 40-65 Jahren halten noch 21 Prozent der westdeutschen Frauen die Nichterwerbstätigkeit von Müttern für das ideale Modell – aber weiterhin weniger als der Durchschnitt der Westeuropäerinnen (EU15: 12 Prozent). In Schweden und Frankreich vertreten gerade 3 bzw. 8 Prozent der jüngeren Frauengeneration dieses Ideal.

Die positive Einstellung zur Müttererwerbstätigkeit in diesen Ländern ist wohl nicht nur Ursache, sondern auch ein Ergebnis der für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf günstigeren Rahmenbedingungen. Wie die gesetzten Rahmenbedingungen die Einstellungen der betroffenen Akteure beeinflussen können, zeigt nicht zuletzt das Beispiel der ostdeutschen Frauen. Ihre Haltung zur Müttererwerbstätigkeit ist nach wie vor durch das Zweiverdienermodell geprägt, das zur Zeit der DDR staatlich massiv unterstützt wurde und durch das gut ausgebaute System von Kinderbetreuungseinrichtungen auch weiterhin unterstützt wird. Das Ergebnis sind hohe Partizipationsraten und Vollzeitbeschäftigungsquoten ostdeutscher Mütter, obwohl der für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf relevante Gesetzesrahmen in West- und Ostdeutschland praktisch identisch ist.

Eine auf die Förderung der Müttererwerbstätigkeit ausgerichtete geburtenorientierte Strategie zielt also vor allem auf die Akteure in Westdeutschland. Im Folgenden diskutieren wir die wohl zentralen Bausteine dieser Strategie.

#### **6.4.2 Infrastrukturpolitik: Ausbau der Kindertagesbetreuung**

Die innerdeutschen Unterschiede verweisen klar auf den positiven Zusammenhang zwischen dem *Niveau* geförderter Kinderbetreuung und der Beschäftigungswahrscheinlichkeit verheirateter Frauen, insbesondere von Müttern junger Kinder. Dieser Zusammenhang lässt sich auch durch einen Vergleich der OECD-Länder empirisch gut belegen. (Pettit und Hook 2005).

Darüber hinaus lässt sich aus zahlreichen Einzelfallstudien insgesamt schließen, dass *Veränderungen* bei der Verfügbarkeit der Kinderbetreuung die Partizipationsraten von Müttern zumindest mittelfristig verändern. Hierfür sprechen nur die Erfahrungen mit dem positiven Vorbild der nordischen Länder (Gustafsson und Stafford, 1992; Sundström und Stafford, 1992), sondern auch das negative Vorbild der Länder des Mit-

telmeerraums. Für Italien und Spanien belegen etwa Del Boca et al. (2005), Del Boca und Sauer (2008) sowie Del Boca und Vuri (2007), dass ein Mangel an Kinderbetreuungsplätzen die Erwerbsquote von Müttern verringert.

Der auf dieser Basis gewonnenen Empfehlung, das Angebot an öffentlicher Kinderbetreuung auszuweiten, widersprechen die Ergebnisse der Übersicht von Kreyenfeld und Hank (2000) nur scheinbar. Sie können für die westdeutschen Bundesländer auf Basis regionaler Unterschiede einen Zusammenhang zwischen der Verfügbarkeit von Kinderbetreuung und der Beteiligung von Müttern am Arbeitsmarkt empirisch nicht feststellen. Der Grund für die beobachtete schwache Korrelation zwischen der Verfügbarkeit von institutioneller Kindertagesbetreuung, gemessen an der Relation aus Planzahlen und Kinderzahlen, dürfte allerdings im Auseinanderklaffen der Struktur von Betreuungsangebot und -nachfrage zu suchen sein.

Ein zentrales Problem sind hier neben den knappen Betreuungsangeboten für Kleinkinder unter drei Jahren die oft stark eingeschränkten Öffnungszeiten, die keine Ganztagesbetreuung gewähren. Die Erhöhung des Kinderbetreuungsangebots allein scheint keinen Effekt auf die Arbeitsmarktpartizipation der Mütter zu entfalten, solange die Betreuungsdauern nicht der nachgefragten Stundenzahl entsprechen.

Dieses Problem setzt sich in den Schulen vielfach fort. Vor allem Grundschulen bieten überwiegend nur (verlängerte) Halbtagsangebote, da sie eher selten über ein ausgebauten Hortangebot verfügen oder als Ganztagschule konzipiert sind. Während in Deutschland die Grundschulen im Regelfall bis 13:30 Uhr öffnen, dauert der Schultag (inklusive Betreuung und nicht-schulischen Aktivitäten) in Frankreich bis 16 oder 17 Uhr, in Schweden sogar bis 17:30 Uhr (Eurydice, 2008).

Am Beispiel Dänemark zeigt sich, dass eine Strategie die Betreuungszeiten öffentlicher Einrichtungen an Werktagen auf die normalen Bürozeiten abzustimmen, zum Ziel einer vollen Integration von Müttern in den Arbeitsmarkt beitragen kann. Nach der Ausweitung des zeitlichen Angebots fiel hier die Quote der nur Teilzeit arbeitenden Frauen. Auch in Frankreich zeigt sich die Bedeutung der Betreuungszeiten. Die verlängerten Betreuungszeiten für Kinder führen dazu, dass – bei mit Deutschland vergleichbarer Erwerbsquote – deutlich mehr Frauen Vollzeit arbeiten. Dies bedeutet nicht, dass

hier alle Kinder tatsächlich täglich Vollzeit betreut werden, jedoch führt das Vollzeitangebot zu einem hohen Maß an Arbeitszeitflexibilität für die Eltern.

Um das Ziel eines höheren Versorgungsgrads bei der Kindertagesbetreuung von Kindern im Vorschul- und Schulalter zu erreichen, müssen die Ausgaben für öffentliche Kinderbetreuung weiter steigen. Im Jahr 2007 gaben Frankreich und Schweden noch annähernd doppelt so viel (rd. 1 Prozent des BIP) für diesen Posten aus wie Deutschland (OECD 2007). Eine vollständige öffentliche Finanzierung der Kinderbetreuung, wie in Schweden praktiziert, ist allerdings nicht erforderlich und könnte substanzielle Mitnahmeeffekte erzeugen.

Zumindest spricht die vorhandene empirische Evidenz dafür, dass eine prinzipielle Zugangsmöglichkeit zur Kinderbetreuung bei der Partizipationsentscheidung der Mütter eine wichtigere Rolle spielt als die Finanzierungsbeiträge der Eltern. Dies zeigt sich sowohl im Kontext des liberalen Wohlfahrtsstaatsmodells der USA (Blau, 2000) als auch des familiären Wohlfahrtsstaatsmodells Italien (Del Boca, 2002) und des konservativen Wohlfahrtsstaats Frankreich (Choné et al., 2003).

In dieses Bild fügen sich Resultate von Wrohlich (2007) für Deutschland. Sie schätzt anhand eines Mikrosimulationsmodells mit simultanen Erwerbs- und Betreuungsentscheidungen, dass eine verbesserte Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsmöglichkeiten das Arbeitsangebot von Müttern deutlich stärker verbessern würde als eine Reduktion der privaten Kosten der Kinderbetreuung.

Diese Feststellung bedeutet nicht, dass Kinderbetreuung kein normales Gut ist, bei dem Eltern auf Preisänderungen nicht reagieren. Tatsächlich zeigt sich in Situationen, wo Eltern, die Kinderbetreuung wünschen - wie in Schweden - praktisch nicht restringiert sind, dass niedrigere Elternbeiträge wie theoretisch erwartet mit einer höheren Erwerbsneigung von Müttern und demzufolge einer stärkeren Nutzung der Kinderbetreuung einhergehen (Powell, 1997). Trotzdem lautet die wirtschaftspolitische Handlungsempfehlung: Knappe öffentliche Ressourcen sollten zuerst in den Ausbau einer nachfragegerechten Kindertagesbetreuung investiert werden. Finanzielle Hilfen zur Senkung der Elternbeiträge wirken im direkten Vergleich nachrangig.

Vor diesem Hintergrund erscheint der Plan des Bundes, den Ausbau der Kleinkindbetreuung voranzutreiben und bis 2013 einen Versorgungsgrad bei den Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren von rund 30 Prozent zu erreichen, ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Würde das ehrgeizige Ausbauziel erreicht, nähert sich das Betreuungsangebot im frühkindlichen Bereich dem französischen, wenn auch nicht dem schwedischen Niveau. Dieser Versorgungsgrad dürfte in Deutschland angesichts der verbreiteten Vorbehalte deutscher Mütter zur externen Kleinkindbetreuung zunächst ausreichen. Die mit der besseren Verfügbarkeit von Kindertagesbetreuungsmöglichkeiten einhergehende Senkung der Opportunitätskosten der Kindererziehung dürfte die Geburtenwahrscheinlichkeiten messbar erhöhen.

Allerdings wird es nicht allein auf die generelle Erhöhung des Versorgungsgrads bei der Kinderbetreuung ankommen. Wichtig ist auch eine Differenzierung der Betreuungsangebote, um den sich ausdifferenzierenden Anforderungen der Mütter gerecht zu werden.

#### **6.4.3 Steuerpolitik: Mehr Geschlechterneutralität**

Die positiven Wirkungen eines Ausbaus der Erwerbsneigung von Müttern ließen sich weiter erhöhen, wenn die implizite Förderung des Einverdienermodells im deutschen Steuer- und Abgabensystem aufgegeben würde. Die Detailanalyse der Grenzbelastungen der Einkommen von Frauen, die ein geringeres Einkommen realisieren als ihr Partner, ergab ein klares Bild. In Deutschland sind die Anreize für Mütter, die nach einer durch eine Geburt veranlassten Erwerbsunterbrechung wieder ins Erwerbsleben eintreten wollen, häufig zu gering (Abschnitt 5.2.3).

Zentrales Problem ist das Prinzip des Ehegattensplittings, mit dessen Anwendung Deutschland mittlerweile eine Ausnahme innerhalb der EU darstellt. Die meisten europäischen Länder haben seit den 1970er Jahren den Übergang zu Systemen der Individualbesteuerung vollzogen, zuletzt Irland im Jahr 2000. Nur Frankreich, Luxemburg und Portugal verwenden noch das Splittingssystem. Ein Ländervergleich durch Apps und Rees (2004) illustriert, dass die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Ländern, in denen das Ehegattensplitting herrscht, systematisch niedriger ist als in Ländern, in denen das



Prinzip einer individuellen Besteuerung etabliert ist. Eine analoge Beobachtung lässt sich hinsichtlich der Gesamtfertilitätsraten machen.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, die Besteuerung der Erwerbseinkommen von Eltern hinsichtlich der Erwerbsentscheidung neutral zu gestalten. Die etwa in Schweden gewählte Alternative ist die reine Individualbesteuerung. Hierbei wird das jeweilige Einkommen der beiden Partner völlig getrennt voneinander behandelt und einzeln dem Einkommensteuertarif unterworfen. Jedes Einkommen wird also mit seinem individuellen Grenzsteuersatz besteuert. Bei einer progressiven Einkommensteuer bedeutet der Übergang vom Ehegattensplitting zur Individualbesteuerung, dass die Grenzbelastung des Einkommens bei dem Partner mit dem höheren Einkommen steigt, die Grenzbelastung beim Einkommen des Partners mit dem niedrigeren Einkommen fällt.

Empirisch betrachtet wirken diese Effekte aber nicht symmetrisch. Beim Verdienender des höheren Einkommens ist die Arbeitsmarktnähe tendenziell höher, so dass der negative Arbeitsangebotseffekt durch die steigende Marginalbelastung geringer ausfällt als der positive Anreizeffekt durch die fallende Marginalbelastung des anderen Verdieners. Verhaltensbasierte Simulationsrechnungen unterstützen darum im Allgemeinen die Hypothese, dass in Ländern mit Splittingsystem ein Übergang zur Individualbesteuerung das Arbeitsangebot von Frauen (und damit auch Müttern als Zweitverdienern) erhöhen würde (Burniaux et al., 2003). Gustafsson (1992) zeigt durch einen Vergleich mit Deutschland, dass die geringere Zahl von Alleinverdiener-Paaren in Schweden auf das System der Individualbesteuerung zurückgeführt werden kann.

Für Deutschland zeigen unter anderen Wagenhals (2007) und Wrohlich (2007) den positiven Effekt eines Übergangs von einem einheitlichen Marginalsteuersatz zu einem progressiven individuellen Steuersatz für jeden Partner. Wrohlich schätzt, dass die Partizipationsrate verheirateter Frauen durch eine entsprechende Reform um 5 Prozentpunkte steigen würde.

Eine reine Individualbesteuerung wäre in Deutschland allerdings verfassungsrechtlich problematisch. Das Individualbesteuerungsprinzip behandelt den Unterhalt für nicht arbeitende Ehepartner und Kinder wie reine Konsumausgaben. Allerdings existiert eine Möglichkeit, dieses Problem zu umgehen. Hierzu muss die Individualbesteuerung um die Möglichkeit, Freibeträge zur Gewährleistung (fiktiver) Unterhaltsbeträge zwi-

schen den Ehegatten und an die Kinder, zwischen den Partnern zu verschieben, ergänzt werden (Familienrealsplitting). Die zu erwartenden positiven Arbeitsanreize sind in dieser Variante etwas geringer. Bei der Erwerbsaufnahme des Zweitverdieners entfällt für den Haushalt ein Teil des Steuervorteils, der sich aus dem übertragenen Freibetrag ergibt.

Das Realsplittingsystem schafft im Verhältnis zum Splittingsystem positive Anreizeffekte, wirkt allerdings auf das Geburtenziel nur indirekt: über die sinkenden Opportunitätskosten der Kindererziehung bei steigender Müttererwerbstätigkeit. Eine Möglichkeit, Mehrkindfamilien innerhalb des Steuersystems explizit zu fördern, also die mit der Realisierung des Kinderwunsches verbundenen gesamtwirtschaftlichen externen Effekte zu honorieren, wäre das in Frankreich mit Erfolg praktizierte System des Familiensplittings. Hierbei wird nicht nur den Eltern, sondern auch den Kindern ein Splittingfaktor zugeordnet. Kinder dämpfen so die Progression der Einkommensbesteuerung.

Die genauen Anreizwirkungen des Familiensplittings hängen an zwei Faktoren: der Zahl der Kinder und dem Einkommensniveau des Haushalts. Bei Familien mit niedrigem Einkommen entfaltet ein Familiensplitting oft gar keine Anreize, da diese Haushalte vielfach ohnehin keine Einkommensteuer entrichten müssen. Es ist aber gerade ein Vorzug des Familiensplittings, dass die Anreizwirkungen mit wachsendem Einkommen steigen. Damit spricht es genau die Zielgruppe von Müttern besonders an, die in Deutschland besonders häufig kinderlos bleibt – gut qualifizierte Frauen mit überdurchschnittlichem Einkommen. Bei dieser Gruppe sind nicht nur die Opportunitätskosten der Kindererziehung höher, sondern in der Tendenz auch die direkten Kosten, da die Ansprüche an die „Qualität“ der Kinder mit dem Einkommensniveau steigen. Darum ist ein Familiensplitting eine vergleichsweise zielgenaue geburtenorientierte Maßnahme.

Als weiterer Vorteil kommt hinzu, dass sich das Familiensplitting so gestalten lässt, dass eine Förderung höherer Geburten erreicht wird. Hierzu muss der Splittingfaktor mit der Kinderzahl steigen. Da in Deutschland in der jüngeren Frauengeneration die als persönlich ideal angesehene Kinderzahl etwa um das Bestandserhaltungsniveau liegt (2,13 in der Altersgruppe 15-24, 2,10 in der Altersgruppe 25-39; Angaben des Euroba-

rometer 2006), ist eine besondere Förderung vor allem für dritte und höhere Kinder angebracht.

Auch hier weist das Vorbild Frankreich den Weg – der Splittingfaktor für die Kinder steigt ab dem dritten Kind von 0,5 auf 1,0 Punkte, so dass die steuerliche Entlastung nicht nur im Einkommen, sondern auch in der Zahl der Kinder im Haushalt progressiv ist. Dennoch ist das französische System nicht in allen Teilen empfehlenswert. Es enthält nämlich auch das unter sonst gleichen Umständen negative Erwerbsanreize schaffende Ehegattensplitting.

Kurz gefasst, könnte eine geburtenorientierte Steuerreform für Deutschland demnach so aussehen:

- Abschaffung des Ehegattensplittings zugunsten einer Individualbesteuerung mit übertragbaren fiktiven Unterhaltsleistungen für Kinder und Ehepartner (Realsplitting), um positive Erwerbsanreize unter Wahrung des Leistungsfähigkeitsprinzips zu schaffen. Ein solches Realsplitting dürfte auch den verfassungsrechtlichen Bedenken, die einer reinen Individualbesteuerung entgegenstehen, zuvorkommen.
- Reduktion der verbleibenden individuellen Steuerzahlbeträge über ein Familiensplitting mit einem für das 1. und 2. Kind niedrigeren Splittingfaktor, um Anreize für dritte und höhere Geburten zu schaffen, die mit Blick auf externe Effekte einer verbesserten Gesamtfertilitätsrate gerechtfertigt sind.

Um das System eines Realsplittings mit einem Familiensplitting zu kombinieren, muss in zwei Schritten vorgegangen werden. Im ersten Schritt wird das zu versteuernde Einkommen der beiden Ehepartner unter Berücksichtigung der Überträge zur Abdeckung der impliziten Unterhaltsleistungen innerhalb der Familie bestimmt werden. Ohne Familiensplitting-Komponente würde das so ermittelte steuerpflichtige Einkommen dem individuellen Steuertarif unterworfen. Bei Kombination mit dem Familiensplitting würde das verbleibende Einkommen dagegen durch den Splittingfaktor (1+gewichtete Zahl der Kinder) geteilt, die ermittelte Einkommensgröße dem Steuertarif unterworfen und

der ermittelte Steuerzahlbetrag wiederum mit dem Splittingfaktor multipliziert, um den individuellen Steuerzahlbetrag zu erhalten.<sup>16</sup>

Eine solche Reform lässt sich prinzipiell aufkommensneutral gestalten. Durch den Verzicht auf den Splittingvorteil für Ehegatten (und die sich daraus ergebende höhere Beschäftigung von verheirateten Frauen) entstehen Zusatzeinnahmen, die zur Finanzierung der Geburtenförderung über den Splittingfaktor für Kinder eingesetzt werden können. Für Geringverdiener bleibt bei diesem System das Kindergeld als Alternative zu den im Zusammenhang mit Kindern entstehenden Steuervorteilen erhalten. Allerdings dürften die Steuervorteile gegenüber dem Kindergeld häufiger überwiegen als unter dem derzeitigen System.

Die Parameter, des vorgeschlagenen Systems, mit denen sich – unter Beibehaltung des heutigen Einkommensteuertarifs – prinzipiell Aufkommensneutralität herstellen lässt, sind die Gewichte der Kinder zur Feststellung des Splittingfaktors. Diese Gewichte lassen sich über verhaltensbasierte Mikrosimulationsrechnungen in ihrer Größenordnung zumindest anhaltsweise a priori abschätzen.

Die Wirkungen der vorgeschlagen Steuerreform auf die Müttererwerbstätigkeit könnten durch Beseitigung weiterer Steuer- und Abgabenregelungen, die die Wiederaufnahme einer qualifizierten Tätigkeit nach einer Phase der Elternzeit in Deutschland weniger lukrativ machen, verstärkt werden. Aus der Detailanalyse (Abschnitt 5.2.3) ergeben sich folgende Ansätze für eine weitere Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf:

- ein Ende der beitragsfreien Mitversicherung von Familienangehörigen. An deren Stelle sollten einkommensunabhängige persönliche Prämien in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung treten. Bei Geringverdienern erfordert eine solche Neuregelung zur Beschäftigungsneutralität der gesundheitsbezogenen Sozialversicherungsbeiträge allerdings einen sozialen Ausgleich.

---

<sup>16</sup> Zum Vergleich: Beim Familiensplitting ohne Realsplitting-Komponente würde das gesamte zu versteuernde Einkommen des Paares durch den Splittingfaktor (2+gewichtete Kinderzahl) geteilt. Das Realsplitting führt aber zu einer Individualbesteuerung jedes Partners, so dass der Splittingfaktor um 1 – den Wert des Ehegatten – reduziert werden muss.

- die Abschaffung der Mini- und Midi-Jobs. Midijobs schaffen hohe Grenzbelastungen des Einkommens gerade in einem Einkommensbereich, den Mütter mit qualifizierten Teilzeittätigkeiten gut erreichen können. Minijobs stellen eine Bevorzugung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse zu Lasten sozialversicherungspflichtiger qualifizierter Beschäftigung dar und verringern daher in Deutschland das Arbeitsangebot verheirateter Frauen (Schwarze, 1998). Eine Alternative zur völligen Abschaffung von Minijobs ist, das erzielte Einkommen zur Feststellung von Steuern und Abgaben zu den übrigen Einkommen des Haushalts zu addieren. So blieben diese Jobs nur für spezielle Adressaten (Studierende, Rentner) attraktiv, verlören als Quelle eines abgabenfreien Zweiteinkommens jedoch ihre Attraktivität.

Die zuletzt genannten Maßnahmen wirken zwar auch als Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die zu erwartenden Wirkungen gehen jedoch weit über dieses Ziel hinaus. Aus diesem Grund dürften diese Reformen – als familienpolitische Maßnahmen verstanden – noch schwieriger durchsetzbar sein als die vorgeschlagene geburtenorientierte Steuerreform.

#### **6.4.4 Zeitpolitik: Reform der Elternzeit**

Die im deutschen Steuer- und Abgabensystem eingebaute Ungleichheit der Arbeitsanreize von Frauen und Männern stützt die im europäischen Vergleich starke Spezialisierung westdeutscher Mütter auf die häusliche Arbeit. Dieses traditionelle Rollenmodell wird durch die vorhandenen Elternzeitregelungen weiter gefördert. Die Elternzeiten in Deutschland erscheinen im internationalen Vergleich besonders lang und in Kombination mit den gut ausgebauten Ansprüchen auf Teilzeitarbeit auch als besonders flexibel. In Verbindung mit der fehlenden Kindertagesbetreuung sind sie jedoch klar auf ein Familienmodell hin ausgelegt, bei denen Mütter zumindest in den ersten Lebensjahren die Betreuung ihrer Kinder selbst übernehmen.

Selbst wenn nicht, wie es praktisch häufig vorkommt, mehrere Elternzeitperioden miteinander verkettet werden, tragen die resultierenden dynamischen Effekte auf die Einkommens- und Karriereverläufe von Frauen zu einer geringeren Gesamtfertilitätsrate bei – unmittelbar wegen der langfristigen Verschlechterung des Familieneinkommens

und mittelbar wegen des Aufschubs von ersten Geburten, mit dem Frauen eine Verschlechterung der Verhandlungsposition gegenüber ihrem Partner vermeiden. Diese Interpretation stützen auch die in dieser Studie vorgelegten Simulationsrechnungen (Abschnitt 5.3.3).

Blickt man auf die vorhandene internationale Evidenz, ist in diesem Zusammenhang nicht das grundsätzliche Recht auf eine Rückkehr zum alten Arbeitsplatz das Problem. Sowohl Länder vergleichende Arbeiten (Gutierrez-Domenech, 2005) als auch Einzelstudien – etwa Rønsen und Sundström (1996) für Schweden – sprechen dafür, dass eine Reduktion der Beschäftigungsunsicherheit die Rückkehrgeschwindigkeit und die Erwerbswahrscheinlichkeit nach einer Geburtenpause erhöhen. Die mit einem ausreichenden Maß an Arbeitssicherheit einhergehenden geringeren Opportunitäts- und psychologischen Kosten sind prinzipiell für eine positive Geburtenentscheidung förderlich.

Sehr bedeutsam ist jedoch die Länge der möglichen Elternzeiten. Auf eine Formel gebracht: Je ausgedehnter die Erwerbsunterbrechung, desto höher die Folgekosten in Form entgangener Karriere- und Einkommenschancen für die Mütter. Lalive und Zweimüller (2006) schätzen für Österreich, wo der mögliche Erziehungsurlaub von einem auf zwei Jahre verlängert wurde, dass Mütter mit jedem Monat längerer Elternzeit im Durchschnitt einen halben Monat später in den Arbeitsmarkt zurückkehren. Weber findet (2004) für Deutschland, dass die Ausdehnung der gesetzlichen Elternzeit zwischen 1985 und 2000 zusammen mit einer Erhöhung der Zuwendungen an Eltern die Beschäftigtenrate von Müttern mit kleinen Kindern signifikant reduziert hat. Zudem müssen Mütter, die aus der Elternzeit zurückkehren, lang anhaltende Lohneinbußen hinnehmen. Nach Schätzungen für Deutschland reduziert jeder Monat Erziehungszeit über fünf Jahre gemessen das Lohnwachstum um bis zu 1,5 Prozent (Ondrich et al., 2003; Schönberg und Ludsteck, 2007).

Die stark negativen Effekte einer längeren Elternzeit sind durch die mit einer Erwerbsunterbrechung verbundenen Humankapitalverluste, aber auch durch den Verlust von Netzwerken in den Betrieben und am Arbeitsmarkt generell theoretisch gut zu erklären.

Mit Blick auf die vorhandene empirische Evidenz scheint folgende Neuordnung der Elternzeit für Deutschland empfehlenswert:

- Verkürzung der maximalen Dauer der Elternzeit nach schwedischem Vorbild von 36 auf 18 Monate.
- Anpassung der Geschwindigkeitsprämie an die verkürzte Elternzeit.

Wird innerhalb der 18 Monate ein weiteres Kind geboren, sollte dies für die Eltern günstiger sein, als zwei getrennte Episoden der Elternzeit. Die empirische Evidenz für Schweden und Österreich, ist ungewöhnlich stark, dass eine mit Vorteilen versehene Verkettungsmöglichkeit von Elternzeiten die Geburtenraten langfristig erhöht, weil die Wahrscheinlichkeit weiterer Geburten mit verkürztem Geburtenabstand wächst. Insofern weist die mit der letzten Reform der Elterngeldregelungen in Deutschland eingeführte „Geschwindigkeitsprämie“ genau in die richtige Richtung. Um die Wirksamkeit zu verstärken, wäre es denkbar, die Dauer der Elternzeit für zweite und weitere Geburten zu verkürzen, falls diese nicht innerhalb der Elternzeit im Zusammenhang mit dem ersten Kind begonnen wird. Ein solches Instrument würde die vom Staat – im Sinne einer geburtenorientierten Politik – intendierte Lenkungswirkung klar offen legen.

- Förderung der Teilzeit in Elternzeit und Qualifizierung in Elternzeit.

Auch bei einer Verkürzung der Elternzeit kann sich durch Verkettung von Ansprüchen eine relativ lange Erwerbsunterbrechung mit entsprechend wachsender Arbeitsmarktferte ergeben. Darum sind zusätzliche, kompensierende Maßnahmen zu empfehlen. Als günstig für die langfristige Karriereentwicklung von Müttern erweist sich Teilzeit in Elternzeit – durch sie behalten Mütter eine Bindung an den Betrieb und verlieren weniger Humankapital. Eine Möglichkeit, um die Kombination von Teilzeitbeschäftigung und Elternzeit zu fördern, ist, das aus der Beschäftigung erzielte Einkommen nur teilweise auf das Elterngeld anzurechnen.

In vielen Fällen dürfte – wegen fehlender Kinderbetreuungsmöglichkeiten, Neigung der Eltern, aber auch fehlender Angebote der Arbeitgeber – eine Teilzeit in Elternzeit nicht zum Tragen kommen. Eine Alternative sind spezielle Qualifizierungsangebote für Frauen in Elternzeit, die einerseits auf die zeit-

lichen Restriktionen mit der Kinderbetreuung zugeschnitten sind, zum anderen auf die Fortführung der Karriere in der alten Beschäftigung. Das zentrale Ziel ist, die Abweichungen vom sich vor der Geburt abzeichnenden Karrierepfad nach Ende der geburtenbedingten Erwerbsunterbrechung so klein wie möglich zu halten.

- Beschränkung auf ein Blockmodell

Die derzeitige sehr flexible Elternzeitregel, bei der Anspruch nicht nur unmittelbar im Anschluss an die Geburt, sondern auch in einer späteren Lebensphase des Kindes genommen werden kann, erhöht die Kosten der Elternzeit aus Perspektive der Arbeitgeber. Mit der Verkürzung auf 18 Monate bietet es sich an, zu einem Blockmodell zurückzukehren, bei dem der Anspruch auf Elternzeit nur unmittelbar im Anschluss an die Geburt besteht, um die Planbarkeit zu erhöhen.

Eine Verringerung der bei den Unternehmen entstehenden Kosten der Elternzeit – durch Verkürzung und Blockmodell – hätte vermutlich auch positive dynamische Rückwirkungen auf die Karriereentwicklung von Frauen. Derzeit schafft die Erwartung der Arbeitgeber, dass sich Ehefrauen nach der Geburt auf die Hausarbeit spezialisieren, Einstellungs- und Karrierehemmnissen schon vor der Geburt, und zwar unabhängig davon, ob eine einzelne Frau überhaupt eine Geburt mit anschließender längerer Erwerbsunterbrechung plant.

- Anrechnung des erwarteten Einkommens bei der gesetzlichen Rente

Die derzeitige Regelung zur Berücksichtigung der Erziehungsleistungen in der Gesetzlichen Rentenversicherung ist nachteilig für eine wichtige Zielgruppe einer geburtenorientierten Politik – die gut und sehr gut qualifizierten Frauen. Die Anrechnung der Elternzeit beim Rentenanspruch sollte nicht auf Basis eines pauschalen Durchschnittsentgelts erfolgen, sondern proportional zur tatsächlichen individuellen Einkommensposition vor der Geburt sein.



Mit dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz von 2007 wurden zwei Elemente des schwedischen Elterngeldmodells übernommen, deren Effekte noch empirisch genau beobachtet werden müssen – die Regelung zu den „Vätermonaten“ und der Übergang auf ein vom Einkommen vor der Geburt abhängiges Elterngeld. Diese Maßnahmen entfalten keine eindeutigen Wirkungen auf die Fertilität.

Der Grundgedanke der Vätermonate, Männer stärker an der nicht am Markt erbrachten Arbeit des Haushalts zu beteiligen, kann – theoretisch betrachtet – die Geburtenraten erhöhen. Die Verhandlungsposition der Mütter innerhalb des Haushalts wächst, und eine kürzere Elternzeit der Mütter als Folge der Vätermonate würde die Karriereperspektiven der Rückkehrerinnen verbessern. Dem stehen allerdings die möglichen Einkommensverluste des Mannes bei Inanspruchnahme von Vätermonaten gegenüber. Diese ergeben sich eher weniger aus dem unmittelbaren Einkommensausfall während der Elternzeit, der durch das Elterngeld begrenzt wird – nicht ausgeschlossen ist allerdings, dass Arbeitgeber die Beteiligung eines Mannes an der Kindererziehung als negatives Signal über seine Leistungsbereitschaft im Unternehmen auffangen.

Unabhängig davon dürfte die jetzige Regelung, nach der beide Partner gleichzeitig in Elternzeit gehen können, um den maximalen Anspruch von 14 Monaten Elterngeld zu realisieren, die mit den „Vätermonaten“ verbundenen Ziele schwächen. Abzuwarten bleibt, wie stark die Vätermonate tatsächlich zur Kinderbetreuung eingesetzt werden. Wichtiger noch ist empirisch festzustellen, ob über die Vätermonate hinaus ein Effekt auf die Zeitverwendung der Männer und die Arbeitsteilung im Haushalt erkennbar ist.

Zu prüfen ist auch, ob die jetzige Regelung dazu führt, dass Frauen früher aus der Elternzeit in den Arbeitsmarkt zurückkehren. Zumindest in dieser Hinsicht dürfte ein Arrangement mit aufeinander folgenden Mütter- und Vätermonaten Erfolg versprechender sein als die derzeitige Lösung mit parallelen Elternzeiten. Allerdings könnte bei dieser Ausgestaltung die bemerkenswert hohe, möglicherweise Mitnahmeeffekten geschuldete Inanspruchnahmequote fallen und den beabsichtigten Signaleffekt an die Väter schwächen.

Das zweite Element des neuen Elterngelds in Deutschland, das weiterer empirischer Beobachtung bedarf, ist die Ausgestaltung als Status sichernder Transfer, der von

der vorherigen Einkommens- und damit Beschäftigungsposition der Mütter als Leistungsbezieherinnen abhängt. Die Einkommensbindung fördert die Geburtenneigung zwar unmittelbar, weil damit die Höherqualifizierten als Adressatengruppe besser erreicht werden als das mit dem früheren einkommensunabhängigen Erziehungsgeld. Es kann jedoch unerwünschte Nebenwirkungen geben. Erstens kann der Versuch, vor der Erwerbstätigkeit einen möglichst hohen ökonomischen Status zu erreichen, um ein möglichst hohes Elterngeld zu bekommen, den Zeitpunkt der Geburt hinausschieben. Ein Verzögerungseffekt zur Etablierung im Beruf könnte somit die individuell realisierte Fertilität über den Lebensverlauf senken.

Zweitens könnte das Geburtenverhalten, wie das Beispiel Schweden zeigt, anfälliger auf die konjunkturelle Entwicklung reagieren. Wenn die konjunkturelle Entwicklung das Einkommensniveau vor der Geburt drückt, wird das Elterngeld unattraktiver, so dass Geburten aufgeschoben werden. Bei einem einkommensunabhängigen Elterngeld besteht dagegen die Möglichkeit, dass Frauen, wie in Finnland zu beobachten, Zeiten der ökonomischen Krise dazu verwenden, temporäre Beschäftigungsschwierigkeiten und Einkommensverluste durch eine Elternzeit zu überbrücken. Wie konjunkturanfällig das Elterngeld in Deutschland ist, ist eine derzeit noch nicht zu beantwortende empirische Frage.

Eine prinzipiell empfehlenswerte Möglichkeit, um das Risiko eines prozyklischen Geburtenverhaltens als Folge eines einkommensbezogenen Elterngelds zu vermeiden, wäre, die gewährte Lohnersatzrate an die Konjunkturerwicklung oder genauer die – zeitlich verzögerte – Arbeitsmarktentwicklung zu koppeln. Bei steigender Arbeitslosigkeit (von Frauen) müsste die Ersatzrate des Einkommens vor der Geburt steigen, bei fallender Arbeitslosigkeit fallen.

#### **6.4.5 Flexibilisierung des Arbeitsmarkt- und Bildungsrahmens**

Die bisher genannten Maßnahmen der Infrastruktur-, Steuer- und Finanzpolitik scheinen wegen der überragenden Rolle der Opportunitätskosten für die Realisierung der vorhandenen Kinderwünsche zentral, um eine geburtenorientierte Politik in Deutschland zu etablieren. Sie zielen in ihrer Gesamtheit darauf, die Rate der Kinderlosen zu senken,

die Rate der Mütter mit drei und mehr Kindern zu erhöhen, und die Kinderzahlen zwischen Müttern verschiedenen Qualifikationsniveaus anzugleichen.

Um diese Ziele zu erreichen, hilft ein flexibles Modell, bei dem Kindererziehung parallel zu Ausbildung und Beruf laufen kann. Jedenfalls erreicht dieses Modell die Ziele besser als ein Blockmodell, bei dem – stilisiert – Vollzeitausbildung, Vollzeiterwerbstätigkeit, völliger Ausstieg aus dem Beruf nach der Geburt, Teilzeitarbeit und später Vollzeitarbeit aufeinander folgen. Das flexible Modell erfordert einen entsprechend flexiblen, der Vielfalt der Lebensläufe gerecht werdenden Rahmen, innerhalb dessen sich die Wirkungen der oben beschriebenen geburtenorientierten Maßnahmen leichter entfalten könnten.

Zentral für diesen Rahmen ist die weitere Flexibilisierung der Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten. An der Gestaltung dieses größeren Rahmens können und müssen auch andere Akteure als der Staat mitwirken.

Der Beschäftigungsrahmen erscheint in Deutschland insgesamt genommen, trotz der in den letzten Jahren erreichten Verbesserungen bei flexiblen Arbeitsverhältnissen vor allem für Geringqualifizierte, nach wie vor relativ starr. Sowohl die berufliche als auch die räumliche Mobilität sind in Deutschland im europäischen Vergleich sehr gering. Eine wichtige Ursache hierfür ist, dass dem Bestandsschutz von Beschäftigungsverhältnissen eine hohe Bedeutung zugemessen wird. Hierdurch verschlechtert sich jedoch die Position von Arbeitsmarkt-„Outsidern“, zu denen auch Mütter zählen, die ihre berufliche Laufbahn für die Kinderbetreuung unterbrechen. Wiedereinstiegschürden ließen sich durch Veränderungen beim Kündigungsschutz, vor allem durch einen Übergang zu gesetzlichen Abfindungszahlungen als Regelfall, senken.

Die Gewerkschaften könnten diesen Prozess unterstützen, indem sie eine noch stärkere Lohndifferenzierung zulassen. Lohnschemata, die sich lediglich am Alter und nicht an der effektiven Erfahrung am Arbeitsmarkt orientieren, senken die Erwerbschancen von Müttern. Es muss auch möglich sein, dass sich spezielle Kosten des Arbeitgebers, die bei Beschäftigung von Müttern und Vätern entstehen, die sich auch der Kindererziehung widmen, in Lohnunterschieden niederschlagen. Solche Kosten entstehen etwa in Verbindung mit Unteilbarkeiten des Arbeitsplatzes, Produktivitätsverlusten durch Einsatz von Aushilfen, Planungsunsicherheit, Humankapitalverluste in der El-

ternzeit. Können die Arbeitgeber solche Kosten über die Löhne teilweise auf den Verursacher überwälzen, verbessern sich die Chancen, dass sie qualifizierte Beschäftigungsmöglichkeiten für Mütter bereit halten.

Dies heißt allerdings nicht, dass die Kosten eines mit der Kindererziehung vereinbaren Arbeitsplatzes allein den Eltern aufgebürdet werden müssten. Die Unternehmen haben ein Eigeninteresse daran, die Frauen als Träger betriebsspezifischen Humankapitals zu halten. Angesichts eines in einigen Arbeitsmarktbereichen schon vorhandenen und sich in Zukunft wegen des demographischen Wandels in der Tendenz verschärfenden Fach- und Führungskräftemangels bilden Frauen ein Reservoir von gut qualifizierten Arbeitskräften, aus dem zunehmend geschöpft werden muss.

Wenn manche Unternehmen derzeit noch nicht ausreichend durch adäquate Arbeitsplätze für Mütter auf diesen Bedarf reagieren, spricht dies für mangelhafte vorausschauende Planung. Insofern kann auch Aufklärung über die Möglichkeiten und durch technologischen Fortschritt sinkenden Kosten flexibler Arbeitsplatzgestaltung (Output statt Inputorientierung, Home Office, Job Sharing) für Mütter ein Beitrag zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten.

Mit Maßnahmen der Beschäftigungs- und Lohnflexibilisierung wachsen die Unsicherheiten am Arbeitsmarkt. Dies kann prinzipiell einer Realisierung von Geburtenwünschen entgegen stehen, wie es der Fall Spanien zeigt. In Deutschland ist damit aber nur begrenzt zu rechnen, weil das deutsche Wohlfahrtsstaatsmodell Systeme für eine soziale Stattsicherung umfasst. Bei Nutzung der Flexibilisierungspotenziale und bei gleichzeitiger guter Absicherung gegen die Folgen der resultierenden höheren Beschäftigungsschwankungen würde sich Deutschland stärker auf das „flexicurity“-Modell der nordischen Länder zu entwickeln, das offenbar nicht im Gegensatz zu einer hohen Gesamtfertilitätsrate steht.

Auch Veränderungen im deutschen Bildungs- und Ausbildungssystem könnten bessere Rahmenbedingungen für die Realisierung von Kinderwünschen schaffen. Hierbei kommt es entscheidend darauf an, die zeitlichen Dispositionsmöglichkeiten während der „Rush Hour des Lebens“ – zwischen 20 und 30 Jahren – zu erhöhen. Das historisch gewachsene und sich nach wie vor die Wertvorstellungen der Deutschen zur Organisation des Lebenslaufs prägende Qualifizierungsmodell misst der Erstausbildung die zent-

rale Rolle zu. Nach- und Weiterqualifikation durch „lebenslanges Lernen“ sind dagegen unterentwickelt.

Um einen geburtenfreundlichen Rahmen zu schaffen, empfehlen sich auf diesem Feld zwei Veränderungen: Die erste Maßnahme wäre eine Verkürzung der Zeiten in der Erstausbildung. Eine Verkürzung der Erstausbildungszeit ermöglicht frühere ökonomische Selbstständigkeit und Gründung eines eigenen Haushalts – von der großen Mehrheit Deutschen nach wie vor als eine Grundvoraussetzung für eine Familiengründung betrachtet. Die zweite Maßnahme wäre ein Ausbau der berufsbegleitenden Qualifizierungsmöglichkeiten über den Lebenslauf. Diese zweite Maßnahme muss die erste geradezu zwingend ergänzen, denn die reduzierten Inhalte der Erstausbildung verlangen eine Kompensation. Andererseits wäre es aber möglich, die zweite Maßnahme ohne die erste zu realisieren.

Als geburtenorientierte Politik betrachtet, hat ein höheres Gewicht der lebenslangen Weiterbildung, wie es für die liberalen angelsächsischen und den sozialdemokratischen nordischen Wohlfahrtsstaaten charakteristisch ist, große Vorteile. Erstens verschafft es größere zeitliche Handlungsspielräume, denn Weiterbildung ist im Vergleich zur Erstausbildung leichter in Teilzeit zu organisieren. Zweitens fördert eine Modularisierung von Qualifizierungsmaßnahmen die berufliche Mobilität im Lebensverlauf. Karrieren sind weniger durch die irreversible Erstausbildung festgelegt; Qualifikationen, die die aktuelle Arbeitsmarktentwicklung erfordert, können zeitnah erworben werden. Dies steigert die Erwerbschancen für Mütter beim Wiedereinstieg in den Beruf.

Der Staat kann dazu beitragen, die Erstausbildungszeiten zu verkürzen, indem vorhandene Effizienzreserven im Bildungssystem genutzt werden. Hochqualifizierte stehen dabei wegen der niedrigen Geburtenraten von Akademikerinnen in Deutschland besonders im Fokus. Darum sind weitere Anstrengungen erforderlich, die Studienzeiten an den Hochschulen zu verkürzen. Es zeigt sich derzeit noch nicht, dass der im Rahmen des Bologna-Prozesses vollzogene Übergang zu einem Bachelor/Master-System genügt, um diesem Ziel näher zu kommen.

Wichtiger ist noch, vorgeschriebene Ausbildungsinhalte zu reduzieren und weniger formale Qualifikationen als Voraussetzung für die Berufsausübung zu verlangen. Insgesamt ist eine Verschiebung der Gewichte weg von der Erstausbildung und hin zur

Weiterbildung im Beruf jedoch in erster Linie eine Aufgabe der Arbeitgeber. Diese können profitieren, weil sie Qualifikationen erhalten, die passgenauer den sich weiter ausdifferenzierenden und zeitlich rasch wandelnden betrieblichen Anforderungen entsprechen.

Ein Bewusstseins- und Verhaltenswandel auf dieser Ebene benötigt allerdings Zeit, denn das deutsche System mit seinem hohen Gewicht auf der Erstausbildung ist über sehr lange Jahre historisch gewachsen. Zudem müssen die Unternehmen lernen, dass eine berufsbegleitende Qualifizierung einen höheren Teil der Ausbildungskosten in die Betriebe verlagert, denn sie und nicht der Staat sind Träger des Systems. Dies ist jedoch insoweit gerechtfertigt, als die Weiterbildung im Lebensverlauf betriebsspezifisches Humankapital vermittelt, so dass die profitierenden Unternehmen auch die Kosten tragen sollten.

## **6.5 Bausteine einer kompensierenden Wirtschaftspolitik**

Kompensierende Wirtschaftspolitik ist darauf angelegt, den möglichen negativen wirtschaftlichen Folgen des Geburtenrückgangs entgegen zu arbeiten. In einem weit verstandenen Sinne wäre jede staatliche Maßnahme, die geeignet ist, das gesamtwirtschaftliche Wachstum und die Arbeitsproduktivität pro Kopf zu erhöhen, kompensierende Wirtschaftspolitik, denn die demographische Entwicklung wirkt auf den künftigen gesellschaftlichen und individuellen Wohlstand über diese zentralen Parameter.

Um der Natur des demographischen Problems gerecht zu werden, scheint jedoch eine engere Abgrenzung einer kompensierenden Wirtschaftspolitik angemessen. Die von Veränderungen der natürlichen Parameter der Bevölkerungsentwicklung getriebenen demographischen Prozesse vollziehen sich nur sehr langsam. Entsprechend langsam bauen sich ihre Wirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft auf. Kompensierende Wirtschaftspolitik im engeren Sinne benötigt darum eine sehr weit in die Zukunft gerichtete Perspektive.

Um überhaupt langfristige wirtschaftspolitische Festlegungen zu erreichen, sind Regelbindungen nützlich. Da es darum geht, die Folgen demographischer Veränderungen zu bekämpfen, empfiehlt es sich, die verwendeten Regeln an demographische Pa-

parameter zu knüpfen. Im Idealfall wird so erreicht, dass die Dosierung des wirtschaftspolitischen Eingriffs zunimmt, wenn sich die demographische Situation verschlechtert. Umgekehrt würde bei Erfolg einer geburtenorientierten Wirtschaftspolitik die kompensierende Wirtschaftspolitik automatisch zurückgefahren. Zugleich entfalten sich bei einer demographischen Regelbindung die Anpassungsmaßnahmen nur allmählich, aber gut vorhersehbar. Dies gibt den Betroffenen die Möglichkeit, ihr Verhalten rechtzeitig an die sich ändernden Rahmenbedingungen anzupassen.

Hier soll kompensierende Wirtschaftspolitik vor allem in diesem engeren Sinne verstanden werden. Drei Felder bieten sich für langfristige demographische Regelbindungen in der Wirtschaftspolitik besonders an: die Steigerung des privaten Versicherungsanteils bei der Kranken- und Pflegeversicherung, die Steuerung der Migration, und die Investitionen in Bildung.

### **Privatanteil in Kranken- und Pflegeversicherung**

Ein funktionierendes Beispiel für eine langfristige Regelbindung als kompensierende Wirtschaftspolitik ist der demographische Faktor in der Gesetzlichen Rentenversicherung, der bei Veränderungen im Verhältnis der Zahl der Rentenempfänger zur Zahl der Beitragszahler das Wachstum des Rentenwerts verringert. Im Ergebnis wird das Sicherungsniveau in der staatlichen Versicherung unter sonst gleichen Umständen umso mehr abgesenkt, je mehr sich die Altersstruktur der Bevölkerung verschlechtert. Dies nähert das Rentenversicherungssystem an ein System an, das das Beitragsniveau auf einem gewissen Niveau festhält und nur noch die bei diesem Beitragsniveau finanzierbaren Leistungen garantiert. Dies schafft Anreize, die ausfallenden Leistungen durch zusätzliche private Absicherung per Kapitaldeckungsverfahren auszugleichen.

Dieses langfristige an die demographische Entwicklung gebundene Verfahren zur Stabilisierung des Umlagesystems könnte auch auf die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung übertragen werden. Die wohl praktikabelste Möglichkeit wäre hier, generelle Zuzahlungen an allen Behandlungskosten einzuführen und den Anteil der Zuzahlung an den Kosten an einen demographischen Lastquotienten zu knüpfen. Ein angemessen gewichteter Alterslastquotient lässt sich auf Basis der durchschnittlichen altersspezifischen Beiträge und Leistungsausgaben ermitteln.

Bei diesem System würden sich die privaten Zuzahlungen für die Krankenversorgung und Pflegeleistungen im Zuge des demographischen Alterungsprozesses systematisch erhöhen. Die Beitragszahler müssten sich gegen die steigenden Kosten zusätzlich privat versichern. Auf diesem Weg könnte langfristig in Deutschland ein System etabliert werden, das auf eine Mischfinanzierung aus privater und umlagefinanzierter Krankheits- und Pflegevorsorge setzt. Mit einem wachsenden privaten Anteil würde auch die unter Anreizgesichtspunkten bedeutsame kostenlose Mitversicherung von Angehörigen in der gesetzlichen Versicherung an Gewicht verlieren.

Um die private Vorsorge zu sichern, empfiehlt sich die Ausgestaltung der privaten Versicherung zur Erstattung der Zuzahlungen als Pflichtversicherung. Damit keine übermäßigen Kostenbelastungen für Haushalte mit geringem Einkommen entstehen, müssen ihre Beiträge im Bedarfsfall durch staatliche Transfers finanziert werden.

### **Zuwanderung**

Der Geburtenausfall der Vergangenheit belastet zunehmend das Wachstum des Arbeitskräfteangebots in Deutschland. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter schrumpft kräftig, so dass sich insbesondere die Versorgung mit qualifiziertem Personal verschlechtert. Zuwanderung stellt eine politisch gut gestaltbare Möglichkeit dar, die zahlenmäßige Verkleinerung der Bevölkerung aufzuhalten.

Allerdings ist Deutschland im internationalen Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte derzeit trotz des 2004 eingeführten Zuwanderungsgesetzes nicht ausreichend konkurrenzfähig. Jedenfalls ist die Zuwanderung aus dem Ausland in den vergangenen Jahren trotz einer lange günstigen konjunkturellen Entwicklung und wachsenden Fachkräftebedarfs gefallen – eine Entwicklung gegen den internationalen Trend wachsender Zuwanderung. Dies dürfte nicht nur an den im internationalen Vergleich relativ geringen Nettoeinkommen für besser Qualifizierte liegen, sondern auch am Fehlen einer systematischen Strategie für die gesteuerte Zuwanderung ausländischer Fachkräfte.

Die Elemente einer Zuwanderungskonzeption, die sich international bewährt haben, sind:



- Gezielte Auswahl von Zuwanderern anhand von Merkmalen, die den Arbeitsmarkterfolg erleichtern (implizite oder explizite Punktesysteme),
- klar getrennte Kanäle für Zuwanderung aus wirtschaftlichen, familiären und humanitären Gründen, sowie für zeitlich befristete und auf Dauer angelegte Zuwanderung,
- Festlegung der Gesamtzahl der Zuwanderer und Aufteilung auf die verschiedenen Formen der Zuwanderung über Quoten.

Am letzten Punkt kann eine regelgebundene kompensierende Zuwanderungspolitik einsetzen. Ein jährlicher Zuwanderungsbedarf lässt sich aus dem zuletzt gemessenen (oder vorhergesagten) Überschuss der jährlichen Sterbefälle über die Geburtenfälle ableiten. Die gewählte Gesamtzuwanderungsquote muss allerdings nicht notwendig gleich der natürlichen Bevölkerungsbewegung sein, denn eine konstante Bevölkerung ist kein ökonomisch oder bevölkerungstheoretisch begründbares Ziel. Dieses Ziel würde darüber hinaus in jedem Fall verfehlt, denn durch die Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der Europäischen Union lässt sich die Gesamtzuwanderungszahl ex ante nicht steuern.

Jedoch kann die Zuwanderungsquote an *Veränderungen* des Sterbefallüberschusses geknüpft werden. Bei einer proportionalen Regel würde die zugelassene Zahl der Zuwanderer umso schneller steigen, je stärker die einheimische Bevölkerung schrumpft und so den Schrumpfungsprozess kompensieren. Da sich die Schrumpfrate der einheimischen Bevölkerung mittelfristig gut prognostizieren lässt, sind die Zuwanderungschancen nach Deutschland für internationale Zuwanderer gut kalkulierbar.

Die weitere Aufteilung der Gesamtzahl der vorgesehenen Zuwanderer auf die verschiedenen Zuwanderungskriterien muss dagegen jährlich neu anhand der spezifischen Entwicklungen am Arbeitsmarkt und gesellschaftlichen Anforderungen festgelegt werden. Ein zentrales Element für die Auswahl der ökonomisch motivierten Zuwanderer ist die Beschäftigungsfähigkeit in Mangelberufen. Hierfür ist der Aufbau eines Instrumentariums zur Feststellung des kurz- und mittelfristigen Arbeitskräftebedarfs zu empfehlen.

## **Bildung**

Eine Ursache für den langfristigen Geburtenrückgang liegt in den steigenden Ansprüchen der Eltern an die „Qualität“ ihrer Kinder. Da die Eltern für jedes einzelne Kind mehr Ressourcen für eine adäquate Versorgung und Ausbildung aufwenden, ist Zahl der Kinder gesunken. Eine diesem Zusammenhang entsprechende kompensierende wirtschaftspolitische Strategie zielt darauf ab, die Konsequenzen einer ausfallenden Quantität an Personen und damit Arbeitskräften zu begrenzen, indem mehr in die Qualität der verbleibenden Bevölkerung investiert wird.

Um dem Charakter der Bildungspolitik als demographisch kompensierende Politik gerecht zu werden, bietet es sich an, den Anteil der öffentlichen Ausgaben für Bildung am Sozialprodukt negativ an die Veränderung der Geburtenzahlen zu koppeln. Bei sinkenden Kinderzahlen sollte die Bildungsinvestitionsquote zunehmen, bei wieder wachsenden Kinderzahlen könnte sie fallen. Werden weniger Kinder geboren, bedeutet die endogene Aufstockung der Bildungsausgaben, dass die pro Bildungsteilnehmer verfügbaren Ressourcen deutlich wachsen.

Bei der Ausrichtung seiner Bildungsinvestitionen steht der Staat dabei vor der Frage, wie diese Ressourcen am besten investiert werden können. Neuere empirische Untersuchungen über die spezifischen Erträge staatlicher Bildungsmaßnahmen, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten im Lebensverlauf vorgenommen werden, kommen zu dem Ergebnis, dass knappe Ressourcen umso besser angelegt sind, je früher sie im Lebensverlauf investiert werden. Der Grund liegt in der Natur des Erwerbs von Fähigkeiten. Bereits vorhandene Fähigkeiten helfen, „Lernen zu lernen“. Ein weiterer Zuwachs an Fähigkeiten ist daher umso leichter zu erreichen, je mehr Fähigkeiten bereits vorhanden sind. Die Erträge des frühen Fähigkeitserwerbs wachsen durch diese Nachfolgeeffekte (Pfeiffer und Reuss, 2008).

Diese entwicklungspsychologisch mittlerweile gut abgesicherten Erkenntnisse führen zu der Empfehlung, zusätzliche öffentliche Bildungsausgaben vor allem im Bereich der frühkindlichen Bildung in Deutschland zu erhöhen. Eine solche Strategie hätte gleich mehrere gewünschte Nebeneffekte. Es bieten sich Chancen, die Qualität der Betreuungseinrichtungen für Kleinkinder zu verbessern und dadurch bestehende Vorbehalte von Müttern gegen die formelle Kinderbetreuung außerhalb der Familie abzubauen.

en. Zweitens wird ein Beitrag zur Bekämpfung der Bildungsungleichheit geleistet, die nicht auf Unterschiede in den angeborenen Fähigkeiten, sondern auf von klein auf wirkende Unterschiede im sozialen Umfeld zurückgehen. Auch hier gilt, dass mit einer früheren Intervention im Lebensverlauf dieselbe Reduktion der Bildungsungleichheit effektiver erreicht werden kann wie mit einer späteren Intervention.

Auch wenn die beschriebene Verwendung von Ressourcen für die Bildung den nachhaltigsten und größten Ertrag verspricht, kann eine kompensierende Bildungspolitik nicht allein auf diese Ausrichtung setzen. Dies gilt allein schon deshalb, weil sich die positiven Wirkungen frühkindlicher Bildungsinvestitionen nur sehr langsam entfalten. Kompensierende Bildungspolitik sollte daher auch andere Phasen des Lebenszyklus in den Blick nehmen. Zu empfehlen ist insbesondere die Investition zusätzlicher Mittel in den Aufbau von Strukturen zur beruflichen Weiterqualifizierung im Lebensverlauf, die eine Verkürzung der Erstausbildung, vor allem bei tertiären Bildungswegen, erlauben.

## **6.6 Schlussbemerkungen**

Selbst wenn sie wirksam sind: sowohl geburtenorientierte als auch kompensierende Wirtschaftspolitik entfalten ihre Wirkungen nun langsam. Darum sollte mit der Umsetzung einer demographisch orientierten Politik möglichst zügig begonnen werden. Dabei empfiehlt es sich, mit den rasch umsetzbaren Maßnahmen zu beginnen.

Als geburtenorientierte Politik ließe sich praktisch sofort und ohne fiskalische Belastungen eine Reform der Elternzeit-Regeln umsetzen. Als nächstes empfiehlt es sich, die Entwicklung eines geschlechterneutralen Steuer- und Transfersystems zu betreiben. Die im Koalitionsvertrag für die Legislaturperiode in Aussicht gestellte Einkommenssteuerreform böte eine Gelegenheit, eine entsprechende Neuordnung vorzunehmen. Diese Reform kann – aus der Perspektive der Familienpolitik – durchaus aufkommensneutral erfolgen. Dazu müssen die Einnahmen aus der Abschaffung impliziter Förderungen (Splitting-Vorteil, Begünstigung geringfügiger Beschäftigung) eingesetzt werden, um die vorgeschlagene Kombination aus Real- und Familiensplitting zu finanzieren.

Nur mittelfristig umsetzbar ist der empfohlene Ausbau der öffentlichen Betreuung für Kleinkinder. Er erfordert erstens substanzielle öffentliche Infrastrukturinvestitionen.

Diese müssten allein schon wegen der begrenzten Haushaltsspielräume zeitlich gestreckt werden. Außerdem darf die Qualitätsdimension nicht unterschätzt werden. Die Ausbildung geeigneten Personals für eine hochwertige Kinderbetreuung benötigt Zeit.

Einen längeren Atem benötigen auch Reformen für eine weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarkts und für mehr Effizienz im Bildungssystem. Diese Schritte sind primär der allgemeinen Arbeitsmarktpolitik zuzurechnen und werden im Allgemeinen nicht als Familienpolitik wahrgenommen. Sie sind daher in einem größeren Kontext zu kommunizieren. Gerade im Bereich der (aus fiskalischer Perspektive günstigen) Arbeitsmarktflexibilisierung erscheinen die politischen Hürden sehr hoch, wie die seit langem geführte Diskussion um die Lockerung des Kündigungsschutzes in Deutschland zeigt.

Bei der kompensierenden Wirtschaftspolitik ließe sich gesteuerte Zuwanderung quasi sofort etablieren. Konzepte zur Steuerung ökonomisch orientierter Zuwanderung nach Deutschland wurden bereits vor mehreren Jahren von der so genannten Süßmuth-Kommission entwickelt, im Zuwanderungsgesetz jedoch nicht umgesetzt. Zuwanderungspolitik hat auch den Vorteil, dass sie kein größeres Budget benötigt. Allerdings dürfte sie in den ersten Jahren kaum effektiv sein, da sich Deutschland im weltweiten Wettbewerb um mobile Zuwanderer erst einmal aufstellen muss.

Relativ leicht umsetzbar erscheint eine regelgebundene Steigerung der öffentlichen Bildungsinvestitionen. Es ist weithin anerkannt, dass das deutsche Bildungssystem unterfinanziert ist. Daher treffen Vorschläge zur Erhöhung der Bildungsausgaben – wie sie auch der Koalitionsvertrag enthält – auf breite Zustimmung. Der limitierende Faktor ist hier die Finanzierbarkeit. Eine kompensierende Bildungsstrategie erfordert substanzielle staatliche Aufwendungen, die sich erst in der längeren Frist ammortisieren. Kurzfristig belastet sie die öffentlichen Haushalte. Zumindest in der aktuellen konjunkturellen Situation sind die finanziellen Möglichkeiten, eine solche Strategie anzustoßen, darum relativ begrenzt.

Abschließend lässt sich festhalten: Geburtenorientierte Wirtschaftspolitik und kompensierende Wirtschaftspolitik sind kein Gegensatz. Ein gutes Beispiel hierfür ist die in dieser Studie in den Mittelpunkt gestellte Ausrichtung einer geburtenorientierten Politik auf die Steigerung der Müttererwerbstätigkeit. Diese Strategie ist unmittelbar

auch kompensierende Wirtschaftspolitik. Denn selbst wenn die damit verbundenen Geburtenziele nicht erreicht werden sollten: Die mit einer höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen verbundene bessere Verfügbarkeit von Fachkräften stärkt das Wachstumspotenzial Deutschland angesichts einer rasch sinkenden Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

Ein anderes Beispiel ist die hier empfohlene stärkere Investition in Quantität und Qualität des Angebots an frühkindlicher Bildung. Diese Strategie entfaltet alle gewünschten Effekte. Sie senkt die mit der privaten Kindererziehung verbundenen Opportunitätskosten und fördert damit Geburten. Sie verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und fördert damit über die bessere Verfügbarkeit von Fachkräften das Wachstum. Schließlich gleicht sie Fähigkeiten, die am Arbeitsmarkt durch kleinere Jahrgangsstärken ausfallen, durch mehr Fähigkeiten pro Kopf aus und fördert so das langfristige Wachstum.

Ein letztes Beispiel ist die oft nur als Wachstumspolitik gesehene weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarkts. Diese könnte in Verbindung mit der guten sozialen Sicherung bei vorübergehenden Einkommens- und Beschäftigungsschwankungen einen Rahmen der „flexicurity“ schaffen. Die Erfahrungen der nordischen Länder zeigen, dass dieser Ordnungsrahmen der sich ausdifferenzierenden Vielfalt der Biographien und Lebensentwürfe besser gerecht wird und so nötige individuelle Handlungsspielräume zur Realisierung der auch in Deutschland nach wie vor vorhandenen Kinderwünsche schaffen könnte.

## 7 Literaturverzeichnis

- Abramovici, G. (2003), Sozialschutz: Barleistungen für Familien in Europa, in Eurostat (Hrsg.), *Statistik kurzgefasst* No. 19/2003, Brüssel.
- Acs, G. (1996), The Impact of Welfare on Young Mothers' Subsequent Childbearing Decisions, *The Journal of Human Resources* 31. Jg., 898-915.
- Adserà, A. (2004), Changing Fertility Rates in Developed Countries. The Impact of Labor Market Institutions, *Journal of Population Economics* 17. Jg., 17-43.
- Adserà, A. (2006a), Differences in Desired and Actual Fertility: An Economic Analysis of the Spanish Case, *Review of the Economics of the Household* 4. Jg., 75-95.
- Adserà, A. (2006b), Marital Fertility and Religion in Spain, 1985 and 1999, *Population Studies* 60. Jg., 205-221.
- Ahn, N. und P. Mira, (2001), Job Bust, Baby Bust? Evidence from Spain, *Journal of Population Economics* 14. Jg., 505-521.
- Ahn, N. und P. Mira, (2002), A Note on the Changing Relationship Between Fertility and Female Employment Rates in Developed Countries, *Journal of Population Economics* 15. Jg., 666-682.
- Aliaga, C. (2005), Niedrigere Beschäftigungsquote und höhere Teilzeitquote für Frauen mit Kindern, Eurostat Pressemitteilung No. 49/2005.
- Althammer, J. (2000), *Ökonomische Theorie der Familienpolitik*, Heidelberg.
- Andersson, G. (1998), Trends in Marriage Formation in Sweden 1971-1993, *European Journal of Population* 14. Jg., 157-178.
- Andersson, G. (2000), The Impact of Labour-Force Participation on Childbearing Behaviour: Pro-Cyclical Fertility in Sweden during the 1980s and the 1990s, *European Journal of Population* 16. Jg., 293-333.
- Andersson, G. (2004), Childbearing Developments in Denmark, Norway, and Sweden from the 1970s to the 1990s: A Comparison, *Demographic Research* 3. Jg., 155-176.

- Andersson, G. (2008), A Review of Policies and Practices Related to the “Highest-Low” Fertility of Sweden, *Vienna Yearbook of Population Research* 2008, 125-147.
- Andersson, G., A. Duvander und K. Hank, (2004), Do Child-Care Characteristics Influence Continued Child Bearing in Sweden? An Investigation of the Quantity, Quality, and Price Dimension, *Journal of European Social Policy* 14. Jg., 407-418.
- Andersson, G. und K. Scott, (2005), Labour-Market Status and First-Time Parenthood: The Experience of Immigrant Women in Sweden, 1981-97, *Population Studies* 59. Jg., 21-38.
- Apps, P. und R. Rees (2004), Fertility, Taxation and Family Policy, *Scandinavian Journal of Economics* 106. Jg., 745-763.
- Argys, L.M., S.L. Averett und D.I. Rees, (2000), Welfare Generosity, Pregnancies and Abortions among Unmarried AFDC Recipients, *Journal of Population Economics* 13. Jg., 569-594.
- Ariza, A. und A. Ugidos (2007), Entry Into Motherhood: The Effect of Wages, Discussion Paper, University of the Basque Country, Leioa.
- Auer, M. (2000), Vereinbarungskarrieren. Eine karrieretheoretische Analyse des Verhältnisses von Erwerbsarbeit und Elternschaft, München.
- Avenel, M. (2001), Les Enfants de Moins de Six ans et Leurs Familles en France Métropolitaine, *Études et Résultats* 97.
- Bachrach, C., R. King und A. Yuan (2005), Children as Private and Public Goods: Implications of Fertility Trends, in: A. Booth und A. Crouter (Hrsg.), *The New Population Problem*, 183-198, Roslyn Heights.
- Baizan, P., A. Aassve, und F. C. Billari (2001), Cohabitation, Marriage, First Birth: The Interrelationship of Family Formation Events in Spain, MPIDR Working Paper No. 2001-036, Rostock.
- Baughman, R. und S. Dickert-Conlin (2003), Did Expanding the EITC Promote Motherhood? *American Economic Review* 93. Jg., 247-251.

- BDI – Bundesverband der deutschen Industrie (2009), Innovationsindikator Deutschland 2009, Berlin.
- Beblo, M., S. Bender und E. Wolf (2009), Establishment-Level Wage Effects of Entering Motherhood, *Oxford Economic Papers* 61. Jg., i11-i34.
- Beblo, M. und E. Wolf (2002), Wage Penalties for Career Interruptions: An Empirical Analysis for West Germany, ZEW Discussion Paper No. 02-45, Mannheim.
- Becker, G.S. (1965), A Theory of Allocation of Time, *Economic Journal* 75. Jg., 493-517.
- Becker, G.S. (1981), *A Treatise on the Family*, Cambridge (Mass.).
- Becker, G.S. (1981), *The Economic Approach to Human Behavior*, Chicago.
- Becker, G.S., J. Duesenberry und B. Okun (1960), An Economic Analysis of Fertility, in: National Bureau of Economic Research (Hrsg), *Demographic and Economic Change in Developed Countries*, Princeton, 225-256.
- Berinde, D. (1999). Pathways to a third child in Sweden, *European Journal of Population* 15. Jg., 349-378.
- Bertram, H. (2009), Zeit, Infrastruktur und Geld: Der demographische Wandel und die neue Familienpolitik, in: Bertelsmann Stiftung und Bundespräsidialamt (Hrsg.), *Familie. Bildung. Vielfalt. Den demographischen Wandel gestalten*, Gütersloh, 65-94.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2008), Familienbezogene Leistungen und Maßnahmen in Deutschland, Download unter: <http://www.bundespruefstelle.de/bmfsfj/generator/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationen,did=89432.html>
- Bhaumik, S.K. und J.B. Nugent (2002), Does Economic Uncertainty Have an Impact on Decisions to Bear Children? Evidence from Eastern Germany, William Davidson Working Paper No. 491, Michigan.
- Birg, H., E.-J. Flöthmann und I. Reiter (1991), *Biographische Theorie der demographischen Reproduktion*, Frankfurt/Main.
- Birg, H. und H. Koch (1987), Der Bevölkerungsrückgang in der Bundesrepublik Deutschland: Langfristige Bevölkerungsaussagen auf der Grundlage des demo-



graphischen Kohortenmodells und der biographischen Theorie der Fertilität, Frankfurt/Main.

- Björklund, A. (2006), Does Family Policy Affect Fertility – Lessons from Sweden, *Journal of Population Economics* 19. Jg., 3-24.
- Blanchet, D. und O. Ekert-Jaffé (1994), The Demographic Impact of Family Benefits: Evidence from a Micro-Model and from Macro-Data, in: Ermish, J. und N. Ogawa (Hrsg.), *The Family, the Market and the State in Ageing Societies*, Oxford, 79-103.
- Blau, D.M. (2000), Child Care Subsidy Programs, NBER Working Paper No. 7806, Cambridge.
- Blossfeld, H.-P. und J. Huinik (1989), Human Capital Investment or Norms of Role Transition? How Women's Schooling and Career Affect the Process of Family Formation, *American Journal of Sociology* 97. Jg., 143-168.
- Bonin, H. und R. Euwals (2005), Why are Labor Force Participation Rates of East German Women so High?, *Applied Economics Quarterly* 51. Jg., 359-386.
- Bradshaw, J., N. Finch und D. Soo (2006), Can Policy Influence Fertility?, in: Emanuel, H. (Hrsg.) *Ageing and the Labour Market: Issues and Solutions, International Studies in Social Security*, Antwerpen, 151-168.
- Brañas-Garza, P. und S. Neuman (2006), Is Fertility Related to Religiosity? Evidence from Spain, IZA Discussion Paper No. 2192, Bonn.
- Brentano, L. (1910), The Doctrine of Malthus and the Increase of Population During the Last Decades, *The Economic Journal* 20. Jg., 371-393.
- Bressé, S., B. Le Bihan und C. Martin (2007), La Garde des Enfants en Dehors des Plages Horaires Standards, *Études et Résultats* 551.
- Brewster, K.L. und R.R. Rindfuss (2000), Fertility and Women's Employment in Industrialized Nations, *Annual Review of Sociology* 26. Jg., 271-296.
- Buber, I. (2002), The Influence of the Distribution of Household and Childrearing Tasks Between Men and Women on Childbearing Intentions in Austria, MPIDR Working Paper No. 4/2002, Rostock.

- Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2008), *Bevölkerung – Daten, Fakten Trends zum demografischen Wandel in Deutschland*, Wiesbaden.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2005), *Gender-Datenreport*, München.
- Burkart, G. (1994), *Die Entscheidung zur Elternschaft*, Stuttgart.
- Burniaux, J., R. Duval und F. Jaumotte (2004), *Coping with Ageing: A Dynamic Approach to Quantify the Impact of Alternative Policy Options on Future Labour Supply in OECD Countries*, Economics Department Working Papers No. 371/2004, Paris.
- Büttner, T. und W. Lutz (1990), *Estimating Fertility Responses to Policy Measures in the German Democratic Republic*, *Population and Development Review* 16. Jg., 539-555.
- Caldwell, J., P. Caldwell und P. McDonald (2002), *Policy Responses to Low Fertility and Its Consequences: A Global Survey*, *Journal of Population Research* 19. Jg., 1-24.
- Chaleix, M. (1999), *Recensement de la Population de 1999: 7,4 millions de Personnes Vivent Seules en 1999*, *INSEE Première* 788.
- Choné, P., D. Le Blanc und I. Robert-Bobée (2003), *Female Labor Supply and Child Care in France*, CESifo Working Paper No. 1059, München.
- Cigno, A. (1992), *Children and Oensions*, *Journal of Population Economics* 5. Jg., 175-183.
- Cigno, A., L. Casolaro und F.C. Rosati (2003), *The Impact of Social Security on Saving and Fertility in Germany*, *Finanzarchiv* 59. Jg., 188-211.
- D'Addio A.C. und M.M. d'Ercole (2005), [Trends and Determinants of Fertility Rates: The Role of Policies](#), [OECD Social, Employment and Migration Working Papers](#) 27, OECD, Directorate for Employment, Labour and Social Affairs.
- De la Rica, S. und A. Iza (2005), *Career Planning in Spain: Do Fixed-Term Contracts Delay Marriage and Parenthood?*, *Review of the Economics of the Household* 3. Jg., 49-73.

- Del Boca, D. (2002), The Effect of Child Care and Part Time Opportunities on Participation and Fertility Decisions in Italy, *Journal of Population Economics* 15. Jg., 549-573.
- Del Boca, D. und M. Locatelli (2007), The Determinants of Motherhood and Work Status: A Survey, in: Del Boca, D. und C. Wetzels (Hrsg.), *Social Policies, Labor Markets and Motherhood*, Bonn.
- Del Boca, D., M. Locatelli und D. Vuri (2005), Child-Care Choices by Working Mothers: The case of Italy, *Review of Economics of the Household* 3. Jg., 453-477.
- Del Boca, D., S. Pasquale und C. Pronzato (2005), Fertility and Employment in Italy, France, and the UK, *Labour* 19. Jg., 51-77.
- Del Boca, D. und R.M. Sauer (2008), Life Cycle Employment and Fertility Across Institutional Environments, *European Economic Review*, im Druck.
- Deutscher Bundestag (2008), Entwurf eines Gesetzes zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagesstätte, Berlin.
- DiPrete, T.A., P.S. Morgan, H. Engelhardt und H. Pacalova (2003), Do Cross-National Differences in the Costs of Children Generate Cross-National Differences in Fertility Rates?, DIW Discussion Paper No. 355, Berlin.
- Dorbritz, J. (2004), Keine Kinder mehr gewünscht?, BiB-Mitteilung No. 3, 10-17.
- Downs, B. (2003), Fertility of American Women: June 2002, Current Population Reports, P20-548, US Census Bureau.
- Duschek, K.-J. und H. Wirth (2005), Kinderlosigkeit von Frauen im Spiegel des Mikrozensus, *Wirtschaft und Statistik* 8. Jg., 800-820.
- Duvander, A.-Z., G. Andersson (2006), Gender Equality and Fertility in Sweden: A Study on the Impact of the Father's Uptake of Parental Leave on Continued Childbearing, *Marriage and Family Review* 39. Jg., 121-142.
- Eckert-Jaffé, O., H. Joshi, K. Lynch, R. Mougin, M. Rendall und D. Shapiro (2002), Fertility, Timing of Births and Socio-Economic Status in France and Britain: Social Policies and Occupational Polarisation, *Population* 57. Jg., 475-507.
- Eissa, N. und H. Williamson Hoynes (1996), Labor Supply Response to the Earned Income Tax Credit, *Quarterly Journal of Economics* 111. Jg., 605-637.

- Eissa, N. und H. Williamson Hoynes (2004), Taxes and the labor market participation of married couples: the earned income tax credit, *Journal of Public Economics* 88. Jg., 1931-1958.
- Ellwood, D.T. (1999), The Impact of the EITC on Work and Social Policy Reforms on Work, Marriage, and Living Arrangements, JCPR Working Papers No.124, Chicago.
- Ermisch, J.F. (1988a), Econometric Analysis of Birth Rate Dynamics in Britain, *Journal of Human Resources* 23. Jg., 563-576.
- Ermisch, J.F. (1988b), Economic Influences on Birth Rates, *National Institute Economic Review* 126. Jg., 71-81.
- Ermisch, J.F. (1989), Purchased Child Care, Optimal Family Size and Mother's Employment: Theory and Econometric Analysis, *Journal of Population Economics* 2. Jg., 79-102.
- Esping-Andersen, G. (1990), *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge.
- Europäische Kommission (2002a), Beschäftigung in Europa 2002, Luxemburg.
- Europäische Kommission (2002b), The Life of Women and Men in Europe. A Statistical Portrait. Data 1980-2000, Luxemburg.
- Europäischer Rat (2003), Beschluss des Rates vom 22. Juli 2003 über die Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten, Brüssel.
- Ferrera, M. (1996), The 'Southern Model' of Welfare in Social Europe, *Journal of European Social Policy* 6, 17-37.
- Frejka, T. und C.F. Westoff (2008), Religion, Religiousness and Fertility in the US and in Europe, *European Journal of Population* 24. Jg., 5-31.
- Garner, H., D. Meda und C. Senik (2004), La Difficile Conciliation Entre vie Professionnelle et vie Familiale, *Premières synthèses* 50. Jg., DARES.
- Gauthier, A.H. (2005), Trends in Policies for Family-Friendly Societies, in: M. Macura, L. MacDonald und W. Haug (Hrsg.), *The New Demographic Regime: Population Challenges and Policy Responses*, New York, 95-110.

- Gauthier, A.H. (2007), The Impact of Family Policies on Fertility in Industrialized Countries: A Review of the Literature, *Population Research and Policy Review* 26. Jg., 323-246.
- Gauthier, A.H. (2008), Some Theoretical and Methodological Comments on the Impact of Policies on Fertility, *Vienna Yearbook of Population Research 2008*, Wien, 25-28.
- Gauthier, A.H. und D. Philipov (2008), Can Policies Enhance Fertility in Europe?, *Vienna Yearbook of Population Research 2008*, Wien, 1-16.
- Geisler, E. und M. Kreyenfeld (2005), Müttererwerbstätigkeit in Ostdeutschland. Eine Analyse mit Mikrozensus 1991-2002., MPI Discussion Paper 2005-33, Rostock.
- Georgellis, Y. und H.J. Wall (1992), The Fertility Effect of Dependent Tax Exemptions: Estimates for the United States, *Applied Economics* 24. Jg., 1139-1145.
- Gibson, C. und K. Jung (2006), Historical Census Statistics on the Foreign-born Population of the United States: 1850 to 2000, U.S. Census Bureau, Working Paper No. 81, Washington D.C..
- Glass, J.L. und S.B. Estes (1997), The Family Responsive Workplace, *Annual Review of Sociology* 23. Jg., 289-313.
- Gohmann, S.F. und R.L. Ohsfeldt (1994), The Dependent Tax Exemption, Abortion Availability, and US Fertility Rates, *Population Research and Policy Review* 13 (4) Jg., 367-381.
- González, M.-J. und T. Jurado-Guerrero (2006), Remaining Childless in Affluent Economies: A Comparison of France, West Germany, Italy and Spain, *European Journal of Population* 22. Jg., 317-352.
- Gustafsson, S (1992), Separate Taxation and Married Women's Labour Supply, A Comparison of West Germany and Sweden, *Journal of Population Economics* 5. Jg., 61-85.
- Gustafsson, S. und F.P. Stafford (1992). Child Care Subsidies and Labor Supply in Sweden, *Journal of Human Resources* 27. Jg., 204-230.
- Gutierrez-Domenech, M. (2002), The Impact of the Labour Market on the Timing of Marriage and Births in Spain, CEP Discussion Paper, London.

- Hamm, I., H. Seitz und M. Werding (2008), *Demographic Change in Germany: The Economic and Fiscal Consequences*, Berlin.
- Hank, K. (2002), Regional Social Contexts and Individual Fertility Decisions: A Multi-level Analysis of First and Second Births in Western Germany, *European Journal of Population* 18. Jg., 281-299.
- Hank, K., und M. Kreyenfeld, (2003), A Multilevel Analysis of Child Care and the Transition to Motherhood in Western Germany, *Journal of Marriage and the Family* 65. Jg., 584-596.
- Hank, K., M. Kreyenfeld, und C.K. Spieß (2004), Kinderbetreuung und Fertilität in Deutschland, *Zeitschrift für Soziologie* 33. Jg., 228-244.
- Heckman, J. und J.R. Walker (1990a), The Relationship Between Wages and Income and the Timing and Spacing of Births: Evidence from Swedish Longitudinal Data, *Econometrica* 58. Jg., 1411-1441.
- Heckman, J. und J.R. Walker (1990b), The Third Birth in Sweden, *Journal of Population Economics* 3. Jg., 235-275.
- Heiland, F., A. Prskawetz, und W.C. Sanderson (2005), Do the More-Educated Prefer Smaller Families?, Vienna Institute of Demography Working Papers No. 03/2005, Wien.
- Herlyn, I. und D. Krüger (2003), *Späte Mütter. Eine empirisch-biographische Untersuchung in West- und Ostdeutschland*, Opladen.
- Hoem, B. (2000), Entry into Motherhood in Sweden: The Influence of Economic Factors on the Rise and Fall in Fertility, 1986-1997, *Demographic Research* 2. Jg..
- Hoem, B. und J.M. Hoem (1989), The Impact of Women's Employment on 2nd and 3rd Births in Modern Sweden, *Population Studies* 43. Jg., 47-67.
- Hoem, B. und J.M. Hoem (1997), Sweden's Family Policies and Roller-Coaster Fertility, *Journal of Population Problems* 52. Jg., 1-22.
- Hoem, J.M. (1986), The Impact of Education on Modern Family-Union Initiation, *European Journal of Population* 2. Jg., 113-133.

- Hoem, J.M. (1993), Public Policy as the Fuel for Fertility: Effects of a Policy Reform on the Pace of Childbearing in Sweden in the 1980s., *Acta Sociologica* 36. Jg., 19-31.
- Hoem, J.M. (2005), Why Does Sweden Have Such High Fertility, MPIDR Working Paper No. 2005-009, Rostock.
- Hoffert, S.L. und S.C. Curtin (2003), The Impact of Parental Leave on Maternal Return to Work after Childbirth in the United States, OECD Social, Employment and Migration Working Papers No. 7, Paris.
- Hoffman, L.W. und M.L. Hoffman (1973), The Value of Children to Parents, in: Fawcett, J.T. (Hrsg.), *Psychological Perspectives on Population*, New York, 19-76.
- Hoffman, S.D. und M. Foster (2000), AFDC Benefits and Non-marital Births to Young Women, *Journal of Human Resources* 35. Jg., 376-391.
- Höhn, C., D. Avramow und I. Kotowksa (Hrsg.) (2008), People, Population Change and Policies: Lessons from the Population Policy Acceptance Study Vol. 1: Family Change, Berlin.
- Höpfinger, F. (1997), *Bevölkerungssoziologie: Eine Einführung in Bevölkerungssoziologische Ansätze und demographische Prozesse*, Weinheim/München.
- Hotz, V.J. und J.K. Scholz (2001), The Earned Income Tax Credit, NBER Working Papers No. 8078, Cambridge.
- Hülkamp, N. (2006), Ursachen niedriger Fertilität in hoch entwickelten Staaten, Soziologische, ökonomische und politische Einflussfaktoren, Dissertationsschrift, Universität Köln.
- Hülkamp, N. und S. Seyda (2004), Staatliche Familienpolitik in der sozialen Marktwirtschaft. Ökonomische Analyse und Bewertung familienpolitischer Maßnahmen., IW-Analysen No. 11, Köln.
- Hülkamp, N. und S. Seyda (2005), Politische Rahmenbedingungen als Ursachen niedriger Geburtenraten, *Wirtschaftsdienst* 85. Jg., 109-118.
- Huinink, J. und M. Wagner (1998), Individualisierung und die Pluralisierung von Lebensformen, in: Friedrichs, J. (Hrsg.), *Die Individualisierungsthese*, Opladen, 85-106.

- Inglehart, R. und W.E. Baker (2000), Modernization, Cultural Change, and the Persistence of Traditional Values, *American Sociological Review* 65. Jg., 19-51.
- Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques (INSEE 2008a), Evolution de la fécondité par groupe d'âge, [http://www.insee.fr/fr/themes/tableau.asp?reg\\_id=0&ref\\_id=NATCCF02203](http://www.insee.fr/fr/themes/tableau.asp?reg_id=0&ref_id=NATCCF02203).
- Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques (INSEE 2008b), Nombre de naissances, âge moyen des mères, [http://www.insee.fr/fr/themes/tableau.asp?reg\\_id=0&ref\\_id=NATCCF02202](http://www.insee.fr/fr/themes/tableau.asp?reg_id=0&ref_id=NATCCF02202).
- Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques (INSEE 2008c), Structure familiale des ménages, [http://www.insee.fr/fr/themes/tableau.asp?reg\\_id=0&ref\\_id=NATTEF02313](http://www.insee.fr/fr/themes/tableau.asp?reg_id=0&ref_id=NATTEF02313).
- Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques (INSEE 2008d), Activité, emploi et chômage selon la situation familiale et le nombre d'enfants, [http://www.insee.fr/fr/themes/tableau.asp?reg\\_id=0&ref\\_id=NATCCF03128](http://www.insee.fr/fr/themes/tableau.asp?reg_id=0&ref_id=NATCCF03128).
- Jagannathan, R., M.J. Camasso und M. Killingsworth (2004), New Jersey's Family Cap Experiment: Do Fertility Impacts Differ by Racial Density?, *Journal of Labor Economics* 22. Jg., 431-460.
- Keane, M. und R. Moffitt (1998), A Structural Model of Multiple Welfare Program Participation and Labor Supply, *International Economic Review* 39. Jg., 553-589.
- Kenjoh, E. (2005), New Mother's Employment and Public Policy in the UK, Germany, the Netherlands, Sweden, and Japan, *Labour* 19. Jg., 5-49.
- Klerman, J.A. und A. Leibowitz (1998), Labor Supply Effects of State Maternity Leave Legislation, in: Blau, F.D. und R. Ehrenberg (Hrsg.), *Gender and Family Issues in the Workplace*, New York, 65-91.
- Kohlmann, A. (2000), Value of Children Revisited – Ökonomische, soziale und psychologische Einflussfaktoren auf Fertilitätsentscheidungen in der BRD, Dissertation an der TU Chemnitz.
- Köppen, K. (2006), Second Births in Western Germany and France, MPIDR Working Paper No. 2006-14, Rostock.



- Kreyenfeld, M.(2001), Employment and Fertility – East Germany in the 1990s, Dissertation an der Universität Rostock,
- Kreyenfeld, M (2002), Time-Squeeze, Partner Effect or Self-Selecton? - An Investigation Into the Positive Effect of Women's Education on Second Birth Risks in West Germany, MPID Working Paper No. 2002-02, Rostock.
- Kreyenfeld, M. (2005), Economic Uncertainty and Fertility Postponement – Evidence from German Panel Data, MPIDR Working Paper No. 2005-034, Rostock.
- Kreyenfeld, M. und K. Hank (2000), Does the Availability of Childcare Influence the Employment of Mothers? Findings From Western Germany, *Population Research and Policy Review* 19. Jg., 317-337.
- Kreyenfeld, M. und D. Konietzka (2007), Education and Fertility, in: Hamm, I., H. Seitz und M. Werding (Hrsg.): *Demographic change in Germany: the economic and fiscal consequences*, München, 165-186.
- Kreyenfeld, M., K.C. Spieß, und G.G. Wagner (2002), Kinderbetreuungspolitik in Deutschland, *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft* 5. Jg., 201-221.
- Kunze, A. und M. Ejrn (2004), *Wage Dips and Drops around First Birth*, IZA Discussion Paper No. 1011, Bonn.
- Lalive, R. und J. Zweimüller (2005), Does Parental Leave Affect Fertility and Return-to-Work? Evidence from a "True Natural Experiment", IZA Discussion Paper No. 1613, Bonn.
- Laroque, G. und B. Salanié (2005), Does Fertility Respond to Financial Incentives? IZA Diskussionspapier No. 3575, Bonn.
- Lauterbach, W. und M. Weil (2007), Mehrfachausbildungen und die Folgen für die Erwerbstätigkeit. Oder: Wer ist am erfolgreichsten? in: Szydlik, M. (Hrsg.): *Flexibilierung: Folgen für Arbeit und Familie*, Wiesbaden, 68-92.
- Leibenstein, H. (1957), *Economic Backwardness and Economic Growth*, New York.
- Leibenstein, H. (1974), An Interpretation of the Economic Theory of Fertility: Promising Path or Blind Alley?, *Journal of Economic Literature* 12. Jg., 457-479.

- Levy, H., C. Lietz, und H. Sutherland (2006), Alternative Tax-Benefit Strategies to Support Children in the European Union: Recent Reforms in Austria, Spain and the UK, EUROMOD Working Papers No. 10/05, Wien.
- Levy, H. und M. Marcader-Prats (2003), 2001 Tax-Benefit System, EUROMOD Country Report, Barcelona.
- Liefbroer, A. und M. Corijn (1999), Who, What, and When? Specifying the Impact of Educational Attainment and Labour Force Participation on Family Formation, *European Journal of Population* 15. Jg., 45-75.
- Lindenberg, S. (1990), Rationalität und Kultur. Die verhaltenstheoretische Basis des Einflusses von Kultur auf Transaktionen, in: Haferkamp, H. (Hrsg.), *Sozialstruktur und Kultur*, Frankfurt/Main, 249-287.
- Lipinski, H. und E. Stutzer (2004), Wollen die Deutschen keine Kinder? Sechs Gründe für die anhaltend niedrigen Geburtenraten, *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg* No. 6, 3-8.
- Livi-Bacci, M. (1973), *A Century of Portuguese Fertility?*, Princeton.
- Livi-Bacci, M. (1997), *A Concise History of World Population*, Oxford.
- Lundberg, S. und R.A. Pollak (1996), Bargaining and Distribution in Marriage, *Journal of Economic Perspectives* 10. Jg., 139-158.
- Malthus, T.R. (1924, zuerst 1798), *Eine Abhandlung über das Bevölkerungsgesetz*, Erster Band, Jena.
- Malthus, T.R. (1925, zuerst 1798), *Eine Abhandlung über das Bevölkerungsgesetz*, Zweiter Band, Jena.
- Matt, A. und C. Meilland (2007), Comparaison du Soutien Financier Apporté aux Familles Dans Douze Pays Européens, *Recherches et Prévisions* 90.
- Mayer, J. und R.T. Riphahn (1999), Fertility Assimilation of Immigrants: Evidence from Count Data Models, IZA Discussion Paper No. 52, Bonn.
- McDonald, P. (2000), Gender Equity, Social Institutions and the Future of Fertility, *Journal of Population Research* 17. Jg., 1-16.

- Meier, V. (2005), Auswirkungen familienpolitischer Maßnahmen auf die Fertilität: Internationaler Vergleich für ausgewählte Länder, Studie im Auftrag der Robert Bosch Stiftung.
- Meil, G. (2006), The Evolution of Family Policy in Spain, *Marriage and family review* 39. Jg., 359-380.
- Meyer, B.D. und D.T. Rosenbaum (1999), Welfare, the Earned Income Tax Credit, and the Labor Supply of Single Mothers, NBER Working Papers No. 7363, Cambridge.
- Mittauer, M. und R. Sieder (2009), Vom Patriarchat zur Partnerschaft. Zum Strukturwandel der Familie, München.
- Mombert, P. (1907), Studien zur Bevölkerungsbewegung in Deutschland in den letzten 10 Jahren unter besonderer Berücksichtigung der ehelichen Fruchtbarkeit, Karlsruhe.
- Moshion, J. (2008), Reconciling Work and Family Life: The Effect of French Family Policies, mimeo, Université Paris I..
- Münnich, M. und T. Krebs (2002), Ausgaben für Kinder in Deutschland. Berechnungen auf der Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998, *Wirtschaft und Statistik* 12. Jg., 1080-1100.
- Nauck, B. (2007), Der individuelle und kollektive Nutzen von Kindern, in: Ehmer, J., U. Ferdinand und J. Reulecke (Hrsg.), *Herausforderung Bevölkerung. Zu Entwicklungen des modernen Denkens über die Bevölkerung vor, im und nach dem „Dritten Reich*, Wiesbaden, 321-331.
- Neyer, G., G. Andersson, J Hoem, M. Ronsen und A. Vikat (2006), Fertilität, Familiengründung und Familienerweiterung in den nordischen Ländern, MPIDR Working Paper No. 22/2006, Rostock.
- OECD (2002), OECD Employment Outlook 2001, Paris.
- OECD (2004), Education at a Glance 2004, Paris
- OECD (2005), OECD Stat, [http://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=SOCX\\_AGG](http://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=SOCX_AGG)
- OECD (2007), Education at a Glance 2007, Paris.

- Oláh, L. (2003). Gendering Fertility: Second Births in Sweden and Hungary, *Population Research and Policy Review* 22. Jg., 171-200.
- Ondrich J., C.K. Spiess und Q. Yang (2003), Changes in Women`s Wages after Parental Leave, *Journal of Applied Social Science Studies* 123. Jg., 125-138.
- Ott, N. (1989), Familienbildung weibliches Erwerbsverhalten aus verhandlungstheoretischer Sicht, in: Wagner, G., N. Ott und H.-J. Hoffmann-Nowotny (Hrsg.), *Familienbildung und Erwerbstätigkeit im demographischen Wandel*, Berlin, 97-116.
- Ott, N. (1998), Der familienökonomische Ansatz von Gary S. Becker, in: Pies, I. und M. Leschke (Hrsg.), *Gary Beckers ökonomischer Imperialismus*, Tübingen, 63-90.
- Ott, N. (2001), Der Erklärungsansatz der Familienökonomik, in Huinink, J., K.P. Strohmeier, und M. Wagner (Hrsg), *Solidarität in Partnerschaft und Familie. Zum Stand familienbezogener Theoriebildung*, Würzburg, 129-143.
- Pailhé, A. und A. Solaz (2007), Inflexions des Trajectoires Professionnelles des Hommes et des Femmes après la Naissance d'Enfants, *Recherches et Prévisions* 90.
- Parsche, R., A. Gebauer, C. Grimm, O. Michler, und C. Woon Nam (2003), Steuerlich induzierte Kinderlasten: Empirische Entwicklung in Deutschland, Ifo Forschungsberichte No. 19, München.
- Peter, W. (2005), Der amerikanische Earned Income Tax Credit als Beispiel einer "make work pay"-Strategie, *IW-Trends – Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln* 32. Jg., Heft 3/2005.
- Pettit, B. und J. Hook (2005), The Structure of Women's Employment in Comparative Perspective, *Social Forces* 84. Jg., 779-801.
- Pfeiffer, F. und K. Reuss (2008), Age-Dependent Skill Formation and Returns to Education, *Labour Economics* 15. Jg., 631-648.
- Phillips, B. . (2002), The Economic Cost of Expanding the Family and Medical Leave Act to Small Business, *Business Economics* April 2002.

- Picketty, T. (2005), L'impact de l'allocation parentale d'éducation sur l'activité féminine et la fécondité en France, 1982-2002, in C. Lefèvre (Hrsg.), *Histoires de familles, histoires familiales*, Les Cahiers de l'INED.
- Pla, A. (2008), *Bilan démographique 2007: Des naissances toujours très nombreuses*, INSEE Première 1170.
- Pollack, R.A. (1985), A Transaction Cost Approach to Families and Households, *Journal of Economic Literature* 23. Jg., 581-608.
- Powell, L.M. (1997), The Impact of Child Care Cost on the Labour Supply of Married Mothers: Evidence from Canada, *Canadian Journal of Economics* 30. Jg., 577-594.
- Pylkkänen, E. and N. Smith, (2004), The Impact of Family-Friendly Policies in Denmark and Sweden on Mothers' Career Interruptions Due to Childbirth, IZA Discussion Paper No. 1050, Bonn.
- Recoules, M. (2008), How Gender Discrimination can Explain Fertility Behaviors and Family-Friendly Policies?, mimeo, Universität Paris I.
- Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (2008), Evaluation des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternteilzeit, Studie im Auftrag des BMFSFJ.
- Rindfuss, R.R. und K.L. Brewster (1996), Childbearing and fertility, *Population and Development Review* 22. Jg., 258-289.
- Rindfuss, R.R., K.B. Gutto und P.S. Morgan (2003), The Changing Institutional Context of Low Fertility, *Population Research and Policy Review* 22. Jg., 411-438..
- Robert-Bobbée, I. und M. Mazuy (2005), Calendriers de constitution des familles et âge de fin d'études., in: C. Lefèvre und A. Filhon (Hrsg.), *Histoires de familles, histoires familiales*, INED, 175-200.
- Rønsen, M. und M. Sundström (1996), Maternal Employment in Scandinavia: A Comparison of the After-Birth Employment Activity of Norwegian and Swedish Women, *Journal of Population Economics* 9. Jg., 267-285.
- Rosenzweig, M.R. (1999), Welfare, Martial Prospects and Nonmartial Childbearing, *Journal of Political Economy* 107. Jg., S3-S32.

- Rosenzweig, M.R. und K.I. Wolpin (1980), Testing the Quantity-Quality Fertility Model: The Use of Twins as a Natural Experiment, *Econometrica* 48. Jg., 227-240
- Ruhm, C.J. (1997), Policy Watch – The Family and Medical Leave Act, *Journal of Economic Perspectives* 11. Jg., 175-186.
- Ruhm, C.J. und J.L. Teague (1998), Parental Leave Policies in Europe and North America, in Blau, F.D. und R. Ehrenberg (Hrsg.), *Gender and Family Issues in the Workplace*, New York, 133-165.
- Rürup, B. und S. Gruescu (2003), Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung, Gutachten im Auftrag des BMFSFJ.
- Scherger, S. (2006), Destandardisierung, Differenzierung, Individualisierung – Westdeutsche Lebensläufe im Wandel, Wiesbaden.
- Schmitt, C. (2008), Labour Market Integration and the Transition to Parenthood – A Comparison of Germany and the UK, DIW Discussion Papers No. 808, Berlin.
- Schönberg, U. und J. Ludsteck (2007), Maternity Leave Legislation, Female Labor Supply, and the Family Wage Gap, IZA Discussion Paper No. 2699, Bonn.
- Schröder, J. (2005), Der Zusammenhang zwischen Erwerbstätigkeit und Fertilität: Ein Überblick über den Forschungsstand, MZES Working Paper No. 89, Mannheim.
- Schulz, F. und H.-P. Blossfeld (2006), Wie verändert sich die häusliche Arbeitsteilung im Eheverlauf? Eine Langsschnittstudie der ersten 14 Ehejahre in Westdeutschland, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 58. Jg., 23-49.
- Schwarze, J. (1998), Die Reform der geringfügigen Beschäftigung und das Arbeitsangebot verheirateter Frauen, *Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften* 49. Jg., 221-242.
- Sigle-Rushton, W. und J. Waldfogel (2007), The Incomes of Families with Children: A Cross-Sectional Comparison, *Journal of European Social Policy* 17. Jg., 299-318.
- Sleeboos, J. E. (2003), Low Fertility Rates in OECD Countries: Facts and Policy Responses, OECD Social, Employment and Migration Working Papers No. 15, Paris.

- Spiess, C. K. und K. Wrohlich (2006), The Parental Leave Benefit Reform in Germany: Costs and Labour Market Outcomes of Moving Towards the Scandinavian model, IZA Discussion Paper No. 2372, Bonn.
- Statistisches Bundesamt (2005), *Leben und Arbeiten in Deutschland 2004*, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2007), *Geburten in Deutschland*, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2008), *Atypische Beschäftigung auf dem deutschen Arbeitsmarkt*, Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt (2008), *Geburten und Kinderlosigkeit in Deutschland, Bericht über die Sondererhebung 2006 "Geburten in Deutschland"*, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2008), *Bevölkerungsstand*, Wiesbaden.
- Sundström, M. and F.P.Stafford, (1992), Female Labour Force Participation, Fertility, and Public Policy in Sweden, *European Journal of Population* 8. Jg.,199-215.
- Sundström, M. und A.-Z. Duvander (2002). Gender Division of Childcare and the Sharing of Parental Leave Among New Parents in Sweden, *European Sociological Review* 18. Jg., 433-447.
- Tasiran, A.C. (1995), *Fertility Dynamics: Spacing and Timing of Births in Sweden and the United States*, Amsterdam
- Testa, M.R. (2006), *Childbearing Preferences and Family Issues in Europe*, European Commission, [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/ebs/ebs\\_253\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_253_en.pdf).
- Toulemon, L., A. Pailhé und C. Rossier (2008), France: High and Stable Fertility, *Demographic Research* 19. Jg., 503-556.
- Toulemon, L. (2003), *La fécondité en France depuis 25 ans*, Haut conseil de la population et de la famille, Paris.
- United Nations (2005), *The World's Women: Progress in Statistics*, United Nations Publication.
- Vallés-Giménez, J. und A. Zárata-Marco (2006), Have Child Tax Allowances Affected Family Size? A Microdata Study for Spain, Documento de trabajo / Fundación de las Cajas de Ahorros No. 265.

- Vila, M.R. und T.C. Martín (2007), Immigrant Mothers, Spanish Babies, Childbearing Patterns of Foreign Women in Spain, Fundación BBVA, Documentos de Trabajo 17.
- Wagenhals G. (2007), Auswirkungen einer Reform des Ehegattensplittings. In: Seel, B. (Hrsg.) *Ehegattensplitting und Familienpolitik*, Wiesbaden, 239-267.
- Waldfogel, J. (1996), The Impact of the Family and Medical Leave Act on Coverage, Leave-Taking, Employment, and Earnings, mimeo, Columbia University, New York.
- Weber, A.M. und C. Lauer (2003), *Employment of Mothers after Childbirth. A French-German Comparison*, ZEW Discussion Paper No. 03-50, Mannheim.
- Weber, A.M. (2004), Wann kehren junge Mütter auf den Arbeitsmarkt zurück? - Eine Verweildaueranalyse für Deutschland, ZEW Discussion Paper No. 04-08, Mannheim.
- Whittington, L.A. (1992), Taxes and the Family: The Impact of the Tax Exemption for Dependents on Marital Fertility, *Demography* 29. Jg., 215-226.
- Whittington, L.A. (1993), State Income Tax Policy and Family Size: Fertility and the Dependency Exemption, *Public Finance Quarterly* 21. Jg., 378-398.
- Whittington, L. A., J. Alm, und E. Peters (1990), Fertility and Personal Exemption: Implicit Pro-natalist Policy in the United States, *American Economic Review* 80. Jg., 545-556.
- Willis, R. (1973), A new Approach to the Economic Theory of Fertility Behavior, *Journal of Political Economy* 81. Jg, S14-S64.
- Wrohlich, K. (2007), Evaluating Family Policy Reforms Using Behavioural Microsimulation. The Example of Childcare and Income Tax Reforms in Germany., Dissertation an der FU Berlin.
- Ziefle, A. (2004), Die individuellen Kosten des Erziehungsurlaubs: Eine empirische Analyse der kurz- und längerfristigen Folgen für den Karriereverlauf von Frauen, *Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 56. Jg., 213-231.